

HANS LEO REIMANN

UNRUHE UND AUFRUHR  
IM MITTELALTERLICHEN  
BRAUNSCHWEIG

BRAUNSCHWEIG 1962

Cap 425

UNRUHE UND AUFRUHR IM MITTELALTERLICHEN BRAUNSCHWEIG

UB Braunschweig 84



2228-657-2





21.8-151  
2.6.11

BRAUNSCHWEIGER WERKSTÜCKE  
Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt  
Herausgegeben von Bert Bilzer und Richard Moderhack

---

Band 28

---

# Unruhe und Aufruhr im mittelalterlichen Braunschweig

von

HANS LEO REIMANN

---

1962

---

WAISENHAUS-BUCHDRUCKEREI UND VERLAG BRAUNSCHWEIG

Braunschweig  
Städtische  
Bibliothek



Ap 425

## VORWORT

Die vorliegende Arbeit, an der für den Druck nur geringfügige Änderungen vorgenommen worden sind, ist im Winter 1960/61 von der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg als Dissertation angenommen worden. Den Herausgebern, insbesondere Herrn Archivdirektor Dr. Richard Moderhack, spreche ich meinen Dank dafür aus, daß sie die Veröffentlichung in dieser Form ermöglicht haben.

Mein besonderes Interesse für die Stadtgeschichte und die Struktur der mittelalterlichen Bürgerschaft wurde geweckt in einem Seminar von Herrn Prof. Brunner im Sommersemester 1956. Durch persönlichen Kontakt mit Vertretern des historischen Materialismus und durch Beschäftigung mit dem marxistischen Geschichtsbild wurde mein Augenmerk speziell auf die Problematik sozialer Spannungen und Kämpfe gelenkt. So ergab sich die Fragestellung dieser Arbeit, mit der ich mich, dem Rat von Herrn Prof. Brunner folgend, der Geschichte Braunschweigs zuwandte, da gerade diese Stadt mehrfach von schweren inneren Kämpfen erschüttert wurde und die Quellen ausreichend erschienen, um ein klares Bild von ihrem Verlauf zu gewinnen.

Für ihren Rat bin ich Herrn Prof. Brunner und Herrn Prof. Lammers, die das Entstehen der Arbeit verfolgten, zu Dank verpflichtet, insbesondere dafür, daß sie mir Gelegenheit gaben, die von mir untersuchten Fragen in ihrem Oberseminar zur Diskussion zu stellen. Ebenfalls zu danken habe ich Herrn Archivdirektor Dr. Moderhack und Herrn Archivrat Dr. Querfurth vom Stadtarchiv Braunschweig für ihre jederzeit bereitwillig gewährte Unterstützung; auch Herrn Hans Wiswe, der mir insbesondere bei der Entzifferung der oft schwer lesbaren Texte mit seiner Erfahrung zur Seite stand, gilt mein Dank, ebenso Frau Dr. Hübner vom Mittelniederdeutschen Wörterbuch, die mir mit ihren Hinweisen das Verständnis schwieriger Stellen erleichterte.

DR. HANS LEO REIMANN



# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT . . . . .	5
EINLEITUNG <i>Schwerpunkte und Grenzen</i> . . . . .	11
I DER WANDEL DER BEURTEILUNG IM LAUFE DER JAHRHUNDERTE	
<i>A Der ‚frevelhafte‘ Aufstand gegen den Rat</i>	
1. Zum ‚Schichtbuch‘ von Herman Bote . . . . .	15
2. Zum ‚Schichtspiel‘ von Reynerus Groningen . . . . .	16
3. Zur ‚Heimlichen Rechenschaft‘ . . . . .	16
4. Zusammenfassung: Die Sicht der mittelalterlichen Chronisten . .	17
<i>B Der ‚jahrhundertelange Kampf um die Demokratie‘</i>	
1. Geschichte als Mittel der Tagespolitik — Stadtdirektor Wilhelm Bode, der ‚Vater des Braunschweiger Stadtarchivs‘ . . . . .	18
2. Ludwig Hänselmann, der Herausgeber der Braunschweiger Chroniken . . . . .	19
3. Zusammenfassung: Das Bürgertum des 19. Jahrhunderts als Träger einer neuen Geschichtsschreibung . . . . .	21
<i>C Die Entwicklung des im 19. Jahrhundert entworfenen Bildes der mittel-         alterlichen Unruhen in der Braunschweiger Lokalgeschichtsschreibung         des 20. Jahrhunderts</i>	
1. Bei Walter Mehl . . . . .	23
2. Bei Karl Zwing . . . . .	23
3. Bei Hans von Glümer . . . . .	25
4. Bei Werner Spieß . . . . .	26
5. Zusammenfassung: Die Sicht der Braunschweiger Lokalgeschichtsforschung . . . . .	27
II UNTERSUCHUNG DER KÄMPFE VOM AUSGEHENDEN 13. BIS ZUM AUSGEHENDEN 15. JAHRHUNDERT	
<i>A Schicht der gildemester 1293 — 1294</i>	
1. Verlauf der Unruhen — Erörterung des Boteschen Berichts . . . .	29
Vorbemerkung — Erbstreit im Herzogshaus — ‚Rat‘, ‚Gildemeister‘, ‚Meinheit‘ — Ursachen der Unzufriedenheit — Unruhen im Sommer 1293 — Huldigung der Gilden für Herzog Heinrich — Unruhen im Frühjahr 1294 — Herzog Albrechts Eingreifen — Das Ende der Schicht	
2. Die Gegner und ihre Beweggründe . . . . .	38
Rat und Gilden aus Altstadt und Hagen — Zu Botes Bezeichnung der Gegner	
3. Zusammenfassung der Ergebnisse im Hinblick auf die ‚schicht des rades‘ . . . . .	42

1. Verlauf der Unruhen — ein Überblick von 1374 bis 1380	
a) Die Fehde gegen den Erzbischof von Magdeburg . . . . .	45
Zu den Fehdeursachen allgemein — Zur Fehdeverpflichtung des Rates im Jahre 1374 — Der unglückliche Ausgang	
b) Der Ausbruch der Unruhen am 17. April 1374 . . . . .	47
Verhandlung zwischen Rat und Gildemeistern — Auflauf der bewaffneten Bürger — Wilder Aufruhr	
c) Die Todesopfer der ‚schicht‘ . . . . .	50
Totschlag oder Hinrichtung?	
d) Die Vertriebenen und die neuen Herren der Stadt . . . . .	51
Zuflucht in benachbarten Städten — Der erste Rat nach dem Aufruhr	
e) Das Eingreifen der Hanse . . . . .	53
Verhandlungen der Hanse — Streit um die Zuständigkeit des Gerichts — Der Ausschluß aus der Hanse und seine Durch- führung	
f) Die allmähliche Versöhnung . . . . .	56
Wandel unter den ‚neuen Herren‘ — Verzögerungen einer Versöhnung	
2. Die Gegner und ihre Beweggründe	
a) Die sechs Parteien — ein Überblick . . . . .	60
b) Die Parteien im einzelnen . . . . .	61
Die rivalisierenden Geschlechter im Rat: die Vertriebenen und die in der Stadt Gebliebenen — Uneinige Gilden: die kompro- mißbereiten und die aufrührerischen — Die unzufriedene Menge — Die Bürgerschaft der Altwiek	
c) Die wechselnden Rollen der ‚Parteien‘ im Verlauf der ‚schicht‘	65
Die Parteien zur Zeit des Ausbruchs — Der Wandel im Stadt- regiment zur Zeit der Verhansung — Die Verhandlungspart- ner bei der Versöhnung	
d) Die Beweggründe der ‚schichtmeker‘ . . . . .	67
Zur Quellenlage — Der Brief der Gilden — Die Klageschrift der Vertriebenen — Die Rechtfertigungsschrift der Vertrie- benen	
3. Das Ergebnis der ‚schicht des rades‘	
a) Vorbemerkung . . . . .	72
b) Das Kämmererwesen . . . . .	73
Zentralisierende Reform — Auswirkung auf den Rat	
c) Die Zusammensetzung des Rates . . . . .	74
Die verschiedenen Kollegien — Anteile der Gemeinden und Gilden — Das Prinzip dieser Zusammensetzung auch vor 1374 — Die Macht der Geschlechter — die Lilien-Venthe	

	Seite
d) Die ‚Ratswahl‘ . . . . .	81
Wahl und Kooptation — Verfassungsumbruch? — Dauer der Ratszugehörigkeit	
e) Zum Urteil zeitgenössischer Schreiber . . . . .	83
Keine Reform der Rats Herrschaft — Das alte Mitspracherecht der Gilden und ‚Meinheiten‘ — Ursachen der Unzufriedenheit: Erhöhte Abgaben und ungerechtes Gericht	
 C <i>Schicht der unhorsem borger 1445 — 1446</i>	
1. Verlauf der Unruhen . . . . .	85
Ausbruch — Der ‚Große Brief‘ — Weitere Unruhen — Wiederherstellung der Ruhe	
2. Die Gegner und ihre Beweggründe . . . . .	88
3. Das Ergebnis der ‚schicht der unhorsem borger‘ . . . . .	90
Die Stellung der ‚Hauptleute‘ in der Bürgerschaft — Änderungen im Rat — Einzelne Bestimmungen des ‚Großen Briefes‘	
 D <i>Schicht Ludeke Hollands 1487 — 1489</i>	
1. Verlauf der Unruhen . . . . .	98
Ausbruch — Der ‚Rezeß‘ und das Regiment der ‚Vierundzwanzig‘ — Die Enttäuschung der Bürger, erneute Unzufriedenheit — Ludeke Hollands Niedergang und Sturz	
2. Die Gegner und ihre Beweggründe . . . . .	107
Die Parteien — Gründe der Unzufriedenheit	
3. Das Ergebnis der ‚schicht Ludeke Hollands‘ . . . . .	110
 E <i>Ausblick auf die weitere Entwicklung bis 1671 . . . . .</i>	112
Die Große Fehde 1492 — Aufruhr der Armut 1503 bis 1504 — Einführung der Reformation 1528 — Aufruhr unter Henning Brabant 1601 bis 1604 — Änderung der Ratswahlordnung 1614 — Verlust der Autonomie 1671	
 III DER KAMPF DER BÜRGER UM IHR ‚GUTES ALTES RECHT‘, KEINE REVOLUTION, KEIN KLASSENKAMPF	
A Zum Begriff ‚burgensis‘ und ‚civis‘ . . . . .	115
B Soziale Schichten als Strukturelemente der Bürgerschaft? . . . . .	119
C Abhängigkeitsverhältnisse in der Bürgerschaft . . . . .	121
D Die Stellung des Rates . . . . .	124
E Die Problematik belasteter Begriffe . . . . .	127
F Der Bürger und sein ‚gutes altes Recht‘ . . . . .	129
‚bose vormundscop‘ — Der ‚vulmechtige‘ Rat und die ‚sulfwold‘ — Zum Erfolg der ‚schichten‘ — Das Mitspracherecht — Äußere Einflüsse	
 QUELLEN UND LITERATUR . . . . .	135





## EINLEITUNG

### *Schwerpunkte und Grenzen*

Das Interesse dieser Untersuchung gilt den sozialen Spannungen in der Braunschweiger Bürgerschaft während des Mittelalters und dem Wandel der Beurteilung dieser Spannungen im Laufe der Jahrhunderte. Gegenstand der Untersuchung sind also die Unruhen, Aufstände und Umwälzungen in der Bürgerschaft, in denen diese Spannungen augenfällig und greifbar werden. Ein Komplex von Fragen ergibt sich, wenn es darum geht, den Hintergrund aufzuhellen, vor dem diese schweren Unruhen zum Ausbruch kamen:

Wer steht sich als Gegner gegenüber? Was streben die einzelnen Parteien an? Wo liegt die Ursache ihrer Gegensätze? Gibt es bestimmte Formen, an die man sich hält, oder ist es hemmungsloser Aufruhr? Was läßt sich als Ergebnis am Ende eines Aufstandes feststellen? Bilden die Gegner im Kampf auch in ruhigen Zeiten in sich geschlossene Gruppen? Welche Rolle spielt der Rat? Welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den genossenschaftlichen Verbänden zu? Lassen sich gemeinsame Züge in den Auseinandersetzungen verschiedener Zeiten feststellen? Läßt sich eine Richtung erkennen, in die diese Konflikte insgesamt drängen? Welche Rolle spielen Einflüsse, die von außen kommen, bei den Unruhen innerhalb der Stadtmauern? Dieser Katalog von Fragen ließe sich erweitern, er mag aber genügen, um die Blickrichtung dieser Untersuchung anzudeuten.

Verlockend schien zunächst die Möglichkeit, ähnliche Entwicklungen in anderen Städten des niederdeutschen Raumes in die Untersuchung mit einzubeziehen und so der Arbeit einen weiteren Rahmen zu geben. Die Parallelität der Ereignisse drängte sich geradezu auf. Es erwies sich aber als unabdingbar, das Feld der Untersuchung einzuschränken und scharf abzugrenzen; denn die verwickelten Verhältnisse in der Braunschweiger Bürgerschaft erforderten eine sehr ins einzelne gehende Darstellung. Auch die Bewegungen innerhalb der Bürgerschaft konnten bei der Fülle des Materials nicht alle mit gleicher Ausführlichkeit behandelt werden. Das Kernstück der Untersuchung sind die Ereignisse um das Jahr 1374, die in die Stadtgeschichte unter dem Namen ‚schicht des rades‘ oder auch ‚Große Schicht‘ eingegangen sind. Drei Gründe sprachen dafür, das Hauptaugenmerk gerade auf diesen Aufstand zu richten:

1. Es ist der erste Aufruhr, über den wir aus den Quellen genug erfahren, um ein klares Bild von seinem Ablauf zu gewinnen. Von hier ausgehend, bietet sich eine Grundlage auch zum Verständnis der folgenden Kämpfe. Für den fast ein Jahrhundert davor liegenden Aufstand, die ‚schicht der gildemester‘, sind die Quellen zu spärlich, als daß sich daraus ein sicheres Bild entwerfen ließe. Er scheidet also als Grundlage aus, obwohl er als Forschungsobjekt für die hier behandelten Fragen ebenso interessant wäre.

2. Es ist der blutigste und mit der Vertreibung des Rates und der Verhansung der Stadt der folgenschwerste Aufruhr in der Geschichte Braunschweigs. Wichtige Reformen nehmen hier ihren Ausgang. Hier werden die in der Bürgerschaft vorhandenen Gegensätze so deutlich wie sonst nie.

3. Schließlich fällt ins Gewicht, daß für diese relativ frühe Zeit die Quellen so weit gesichtet und durchgearbeitet sind, daß sie einen Überblick gestatten, der für die spätere Zeit bei reichlich vorhandenen, aber im einzelnen schwer überschaubaren Quellen noch nicht möglich ist.

Eine absolute Beschränkung der Darstellung auf diesen einen Aufstand schien von der Sache her jedoch nicht gerechtfertigt. Der innere Zusammenhang von Kämpfen in der Bürgerschaft, die zwar Jahrhunderte auseinanderliegen, aber dennoch im gleichen Geiste ausgetragen wurden, schloß eine solche Beschränkung aus. Nur ein zeitlich weiter Überblick kann diesem Zusammenhang gerecht werden. Die Grenze ergab sich nach der einen Seite von selbst: der ‚Aufruhr der Gildemeister‘ von 1292—94 ist der erste Streitfall innerhalb der Mauern, von dem wir etwas erfahren. In der anderen Richtung ergibt sich die Begrenzung der Arbeit nicht mit solcher Selbstverständlichkeit. Es galt also, einen sinnvollen Einschnitt zu wählen. Auf den ersten Blick bietet sich das Jahr 1671, in dem die Stadt endgültig ihre Autonomie verlor, als Einschnitt an. Damit hätte man den wohl markantesten Einschnitt in der Geschichte Braunschweigs als Abgrenzung gewählt. Jedoch schien unter dem Thema dieser Arbeit ein solcher Rahmen zu weit. Die Zeit, in der der äußere Umbruch von 1671 sich anbahnt, trägt zu viele eigene Züge, die nicht gebührend zur Geltung kämen bei einer Gesamtdarstellung der Entwicklung innerstädtischer Auseinandersetzungen von 1292 bis 1671. Mit der Reformation dringt von außen so entscheidend neues Gedankengut in die Stadt ein, daß eine Betrachtung der weiteren Entwicklung unter innerstädtischem, innerbürgerschaftlichem Aspekt nicht gerechtfertigt erscheint. Um die Einflüsse zu verstehen, die zu Beginn des 16. Jahrhunderts in der Stadt wirksam werden, wäre es notwendig, den Gesichtskreis beträchtlich auszuweiten. Hier müßten in größerem Zusammenhang die Ursachen für den Niedergang des Handels, den Rückgang des Gewerbes und das Erstarken der Fürstenmacht erfaßt werden. Ferner wäre der allgemeine Wandel in der Haltung der Bürger gegenüber dem Adel in Betracht zu ziehen. Auch den im Zeitalter der Reformation neu aufkommenden Ideen und ihren Auswirkungen auf das Verhältnis von Herr und Untertan wäre im einzelnen nachzugehen. So erweist sich die Entwicklung der Folgezeit als ein eigenes Forschungsgebiet<sup>1)</sup>, das wohl in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des 14. und 15. Jahrhunderts steht, aber doch nicht aus dem Zusammenwirken derselben Kräfte zu erklären ist. Der Wandel des Verhältnisses der Stadt zu ihrem Landesherrn ist nur zu verstehen im Zusammenhang mit dem allgemeinen Wandel der Stellung der Landesherrn zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Die Reformation in Braunschweig müßte wegen des entscheidenden Wirkens von Johannes Bugenhagen im Zusammenhang mit der Einführung der Reformation in anderen Städten, zumindest aber mit der Situation in Hamburg erörtert werden.

Da also die Auseinandersetzungen in Braunschweig zu Beginn des 16. Jahrhunderts mit der weiteren Darstellung der innerbürgerschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht erfaßt werden könnten und eine Untersuchung der angedeuteten Einflüsse von außen den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, schien ein Einschnitt am Ende des 15. Jahrhunderts gerechtfertigt. Die ‚Große Stadtfehde‘ von 1492, in der der Herzog zum erstenmal versucht, unter Aufbietung aller Kräfte den Widerstand seiner Stadt mit Gewalt zu brechen,

<sup>1)</sup> Auf die besonderen Probleme dieser Zeit verweist einleitend auch Querfurth in seiner Untersuchung: Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671 (Lit. Verz. 77).

kündigt unübersehbar eine neue Epoche an. Zwar gelingt es Braunschweig 1492 noch, den Herzog abzuweisen, aber hier wird die folgende Entwicklung, die dann 1671 mit dem Verlust der Autonomie der Stadt endet, in ihrem Ansatz erkennbar. So soll also mit dem Jahr 1492 der Einschnitt gemacht werden, der diese Untersuchung abschließt.

1492 von  
Ende des  
15. Jahrhunderts

Die Kämpfe innerhalb der Braunschweiger Bürgerschaft vom Ende des 13. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts sind schon sehr früh miteinander im Zusammenhang gesehen worden. Als erster faßt Herman Bote am Anfang des 16. Jahrhunderts sie in seinem „Schichtbuch“ zu einer geschlossenen Darstellung zusammen. Eine völlige Umdeutung erfahren diese Auseinandersetzungen dann in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts. Nachdem diese Kämpfe drei Jahrhunderte lang nur am Rande miterwähnt werden, rücken sie jetzt wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Da die Darstellung, wie sie im vorigen Jahrhundert von diesen Auseinandersetzungen entworfen wurde, bis heute das Bild bestimmt, ergibt sich die Frage, ob denn dieses Bild auch für uns gültig ist: sind die Fragen, die Bode und Hänselmann an die Quellen stellten, auch unsere Fragen? Sind die Antworten, die Hänselmann aus den Quellen erarbeitete, auch das, was wir aus ihnen entnehmen?

Die großen Quelleneditionen, vor allem die Chroniken mit den reichhaltigen Kommentaren Hänselmanns bilden für uns den naheliegenden Zugang zur Braunschweiger Stadtgeschichte. Da zeigt sich nun, daß die Geschichte der Darstellung der „Aufstände“ kaum weniger interessant sein dürfte, als die Geschichte der „Aufstände“ selbst. Um zu diesen grundlegenden Forschungsarbeiten zur Geschichte Braunschweigs das rechte Verhältnis zu finden, ist es notwendig, den Geist zu erfassen, aus dem heraus sie entstanden sind. Nur so ergibt sich eine Grundlage, von der aus es möglich sein wird, den Unterschied zu deuten zwischen der Darstellung des Chronisten aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts und der Darstellung des Herausgebers dieser Chroniken am Ende des 19. Jahrhunderts. Der Wandel des Bildes, das von den Aufständen im mittelalterlichen Braunschweig zu verschiedenen Zeiten entworfen wurde, läßt zudem deutlich werden, wie Geschichtsschreibung immer auch ein Stück eigener Zeitgeschichte enthält. Anliegen dieser Arbeit soll es sein, die Motive der „Aufrührer“, ihr Selbstverständnis und ihren Erfolg, gemessen an ihren Zielen, zu erforschen und den Hergang der „Aufstände“ zu erhellen. Die allgemeinen Erkenntnisse der neueren Stadtgeschichtsforschung und das reiche Quellenmaterial sollen die Grundlage bilden für den Entwurf eines neuen Bildes der Unruhen und „Revolutionen“ in der Braunschweiger Bürgerschaft vom Ende des 13. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts.

←  
←



# I. DER WANDEL DER BEURTEILUNG IM LAUFE DER JAHRHUNDERTE

## A Der ‚frevelhafte‘ Aufstand gegen den Rat

### 1. Zum ‚Schichtbuch‘ von Herman Bote

Eine erste Gesamtdarstellung der Auseinandersetzungen innerhalb der Bürgerschaft ist uns von Herman Bote <sup>1)</sup> überliefert. Er hat sein Werk 1514 beendet und darin die Zeit von 1292 bis 1514 erfaßt. Sein Augenmerk richtet sich auf die Unruhen innerhalb der Stadt. Er beginnt seine ‚Chronik der Unruhen‘ mit einer in sich abgeschlossenen Darstellung der ‚schicht der gildemester‘ aus den Jahren 1292 bis 1294. Dann läßt er eine ebenfalls geschlossene Darstellung der ‚schicht des rades‘ folgen, deren Verlauf er vom Beginn im Jahre 1374 bis 1393 nachgeht. Daran schließt sich die Darstellung einer Auseinandersetzung des Rates mit der Geistlichkeit aus dem Jahre 1413 an. Sehr ausführlich behandelt er die ‚schicht der unhorsem borger‘ aus den Jahren 1445 bis 1447, die ihrem Ansatz nach den Ereignissen von 1374 verwandt ist. Dann folgt noch eine abgeschlossene Darstellung der Unruhen von 1488 bis 1492 unter dem Titel ‚schicht Hollandes‘. Der Darstellung des bisher Erwähnten hat Herman Bote offenbar zuverlässige Vorlagen, die uns zum Teil auch erhalten sind, zu Grunde gelegt <sup>2)</sup>. Über die weiteren Auseinandersetzungen bis 1514 berichtet er zusammenhängend, wahrscheinlich aus eigenem Erleben. Es folgt noch eine Sammlung von Münzbestimmungen aus der Zeit von 1442 bis 1509. Eine große Anzahl von Wappenabbildungen und Urkundenabschriften sind der Chronik schließlich in einem Anhang beigelegt.

Herman Bote versucht im ‚Schichtbuch‘, das alle Erhebungen gegen den Rat von 1292 bis 1514 enthält, den Nachweis zu führen, wie verderblich für alle die Auflehnung gegen die Herrschaft des Rates und die alte Ordnung ist. Jeder erleide nur Schaden, und keiner trage einen Nutzen davon. Ein Bild, das er häufig benutzt, um im Vergleich diejenigen zu kennzeichnen, die gegen den Rat aufstehen und die Ordnung erschüttern, mag seine Einstellung zu ihnen andeuten: „Eyn twidracht to maken in den steden van den understen, dat geyt one alse dem ossen, de synen dreck in den stal schit unde maket meß, unde me spent one denne vor den wagen, unde mod synen dreck sulven uthteyn“ <sup>3)</sup>.

Das Anliegen Botes, an den Beispielen der Vergangenheit warnend zu zeigen, wie jede Auflehnung gegen den Rat für die ganze Stadt nur Unglück bringt, ist die Klammer, die die einzelnen Teile der Chronik zusammenhält. Aber nicht nur den Bürgern, die sich

<sup>1)</sup> Ed. H ä n s e l m a n n, Chron. II S. 269 ff.: Einleitung; S. 290: Beschreibung der Handschrift; S. 292: Hinweis auf Abschriften; S. 301: Textedition. Zu Person und Herkunft Botes: Chron. II S. 283.

<sup>2)</sup> Vgl. H ä n s e l m a n n, a. a. O.: Einleitung.

<sup>3)</sup> Chron. II S. 301.

gegen den Rat erhoben, macht Bote den Vorwurf, die Stadt ins Unglück gestürzt zu haben; sein Vorwurf gilt auch dem Rat, der durch Hader und Zwietracht in den eigenen Reihen und durch ungerechtes Gericht Unglück über die Stadt gebracht hat. Im Verlauf der Erörterung der Unruhen wird noch gezeigt werden, wie Bote die Unruhestifter im einzelnen darstellt. Hier kam es nur darauf an, seine allgemeine Intention aufzuzeigen.

## 2. Zum ‚Schichtspiel‘ von Reynerus Groningen <sup>pro 2.4</sup>

Etwa 20 Jahre älter als das ‚Schichtbuch‘ ist ‚Dat schichtspeel to Brunswik‘, eine recht holperig gefügte Reimchronik von Reynerus Groningen, die fast 5000 Verse umfaßt <sup>4)</sup>. Er schloß sein Werk 1492 ab; er bringt darin einen Bericht über ‚Ludeken Hollands schicht‘, die von 1488 bis 1491 die Stadt in Unruhe versetzte. Reynerus Groningen berichtet also über Ereignisse, die er selbst aus nächster Nähe miterlebt hat; er schreibt über Personen, die er kennt. Daß er eindeutig Partei ergreift, ist auf jeder Seite zu spüren. Er steht zu den angesehensten und mächtigsten Geschlechtern im Rat, die gerade in den neunziger Jahren wieder eindeutig die Oberhand im Stadtregentum gewonnen hatten. Reynerus Groningen überschüttet die an ihrer eigenen Unzulänglichkeit gescheiterten Auführer mit beißendem Spott und macht sich über ihre tölpelhafte Ungeschicklichkeit in den Regierungsgeschäften lustig <sup>5)</sup>. Seine Darstellung der Gegner und die Schilderung des Verlaufs der Auseinandersetzung gibt uns vor allem Aufschluß über die Einschätzung des Gegners und die Selbsteinschätzung der Sieger. Den konkreten Ablauf der Dinge in diesem Abschnitt der Geschichte können wir indessen aus anderer Überlieferung genauer und zuverlässiger rekonstruieren.

## 3. Zur ‚Heimlichen Rechenschaft‘

Aus den ersten Jahren des 15. Jahrhunderts ist uns unter dem Titel ‚hemelik rekenscop‘ eine Aufzeichnung überliefert, die wie keine andere geeignet ist, über die zeitgenössische Einschätzung der Ereignisse von 1374 Aufschluß zu geben. Als die Folgen der schweren Auseinandersetzungen vom Ende des 14. Jahrhunderts allmählich überwunden waren und die Stadt nach der Aussöhnung mit den anderen Hansestädten wieder zu Wohlstand kam, beschlossen einige Ratsälteste, für spätere Zeiten festzuhalten, was sich ereignet hatte, um künftige Generationen davon zu unterrichten, wie und warum die Stadt ins Unglück geraten war <sup>6)</sup>. Hier wird berichtet, wie der Aufruhr begann, was dazu führte, wie er

<sup>4)</sup> Ebd. S. 83 ff. (Einleitung) und S. 101 ff. (Text).

<sup>5)</sup> Chron. II S. 94 f.

<sup>6)</sup> Da diese Quelle für die Beurteilung der ‚schicht des rades‘ von grundlegender Bedeutung ist, soll die Absicht der Verfasser mit einem längeren Zitat belegt werden. Chron. I S. 133: ‚Na goddes bord verteynhundert jar na in dem ersten jare betrachteden ichteswelke der eldesten ut dem Rade unde van den radsworen, wu id gestan hedde umme der stad ding unde handlinghe to Brunswig, dat den Rad unde de stad angeroret hadde unde en deyl noch anrorende is, uppe dat me wetten moghe, wudannewiis dat ichteswanne de stad unde de Rad in groten schaden unde schult gekomen weren, unde wu sek de Rad dar endeyles ut gehulpen hefft myt groten sorghen unde vlytlikem arbeide; dat se hebben gedan in der meynen stad, der borghere unde innewonere beste. Hir umme hebben de eldesten dyt bok gescreven laten, alze se van der stad to Brunswig handlinghe wusten unde vornomen hadden, unde hebbet dat dem Rade openbaret. Alze se dat

sich austobte und die Stadt durch den Ausschluß vom hansischen Handel an den Rand des Ruins brachte, wie man schließlich einen Weg der Versöhnung fand und die Wunden wieder langsam heilten. Außerdem finden wir hier die Außenstände der Stadt gewissenhaft verzeichnet. Weil dieses Buch für künftige Zeiten als Warnung und Mahnung gedacht war, sollte es regelmäßig alle drei Jahre im Rate verlesen werden 7).

#### 4. Zusammenfassung: Die Sicht der mittelalterlichen Chronisten

Im ‚Schichtbuch‘, im ‚Schichtspiel‘ und in der ‚Heimlichen Rechenschaft‘ wird das Anliegen der Schreiber zu warnen und zu mahnen besonders deutlich. Die Führer der Aufstände werden als gefährliche Aufrührer gegen Gott, die alte Ordnung und den Rat gebrandmarkt oder als erfolglose Tölpel verlacht. Das Unglück, das über eine Bürgerschaft kommt, die sich gegen ihren Rat mit freventlicher Gewalt erhebt, wird eindringlich dargestellt. Weitere Beispiele aus anderen Aufzeichnungen dieser Zeit würden das Bild erweitern, ohne wesentlich neue Gedanken zur Einschätzung der Unruhen beizusteuern. Immer wieder wenden sich die Chronisten vom ausgehenden 14. bis zum beginnenden 16. Jahrhundert gegen die Unruhestifter und ermahnen andererseits den Rat, seine Pflicht zu der Stadt Bestem zu tun ohne Eigennutz und sorgsam darauf achtend, daß jeder zu seinem Recht komme. Eine Andeutung des Gedankens, der die neuere Literatur beherrscht, daß in den Unruhestiftern auch die Männer zu erblicken seien, die erst den Weg für segensreiche Reformen bereiteten, findet sich nirgends. Die Anschauung der Chronisten galt es hier nicht mehr im einzelnen mit Zitaten zu beweisen; denn sie ist unbestritten. Es ging nur darum, sie als Ausgangsposition zu umreißen, von der aus im 19. Jahrhundert vor allem von Hänselmann ein neues Bild dieser innerstädtischen Auseinandersetzungen entworfen wurde.

=> Formulierung des Auftrags, die Mahnungen in das Buch zu schreiben

---

dem Rade openbareden, wuste one der Rad des groten dank, unde was one sere wol to willen dat se dat also over geprovet hadden unde dat arbeyd dar over gehad, unde nemen dyt bok dandknemeliken to sek. Unde betrachteden myt one alle ding de dar in gescreven weren, unde wu gud dat yd were, dat me sek na ichteswelken belden unde handlinghen de dar inne screven syn, dar de stad in groten ffromen van komen is unde sek ute orer schult sere mede gehulpen hefft, jo narichte in tokomenden tyden, uppe dat der gemeynen stad ding unde gelove bestentlyk blyve unde sek jo vord betere . . .’

7) Chron. I S. 134: . . . ‘Hir umme so is de Rad enych geworden myt den radsworen, dat se dyt bok jo willen uppe dat mynneste eyns lesen laten over de dre jar, alze me den rad to dren jaren settet, bynnen den ersten veer wekenen wen de drevaldeghe Rad gesettet is, edder jo vor mydvasten, den eldesten in dem Rade dede pleghet in de kokene to gande, unde den de dem Rade duncket dat se dyt billechlicken wetten schullet.’

## B *Der „jahrhundertelange“ Kampf um die Demokratie*

### 1. Geschichte als Mittel der Tagespolitik — Stadtdirektor Wilhelm Bode, der ‚Vater des Braunschweiger Stadtarchivs‘

Der Stadtdirektor Wilhelm Bode (1825—1848) legte den Grund für die intensive Beschäftigung mit der Geschichte der Stadt, die im vorigen Jahrhundert wie in so vielen Städten auch in Braunschweig einsetzt. Schon als junger Aktuar wandte er sich neben seiner Arbeit als Jurist dem Studium der Stadtgeschichte zu. Den Anstoß für sein historisches Interesse mag er in den Vorlesungen Remers und Henkes — seines zukünftigen Schwiegervaters — in Helmstedt erhalten haben. Aber schon früh erkannte er, daß die historischen Kenntnisse ihm wertvolle Argumente für seine politischen Absichten liefern könnten<sup>8)</sup>.

Als Stadtdirektor Wilmerding 1825 dem Stadtverordnetenkolleg Wilhelm Bode als Nachfolger vorschlug, haben die geschichtlichen Kenntnisse Bodes neben seiner in mehreren Ämtern erwiesenen Qualifikation für politische Aufgaben und Verwaltungsfragen sicher den Ausschlag gegeben; denn schon Wilmerding hatte in den Jahren der französischen Fremdherrschaft, als die herzoglichen Archive zugänglich waren, Urkunden gesammelt, von denen er annahm, daß sie für die Stadt von Nutzen sein könnten. Es ging ihm darum, den Anspruch der Stadt auf Wiederherstellung ihres Besitzes, den der Herzog 1671 übernommen hatte, zu begründen. Ihm fehlten aber die Kenntnisse und bei seinem Alter wohl auch die Energie, diese Urkunden entscheidend in der Auseinandersetzung mit dem Herzog einzusetzen. Bode schien ihm als bewährter Jurist von leidenschaftlichem politischem Interesse, ausgerüstet mit fundierten historischen Kenntnissen, geeignet zu sein, den Streit mit dem Herzog im Sinne der Stadt zu einem guten Ende zu führen. Am stärksten mag ihn die 1824 veröffentlichte Arbeit Bodes „Das Grundsteuersystem des Herzogtums Braunschweig geschichtlich verfolgt und erläutert“<sup>9)</sup> beeindruckt haben. Hier greift Bode, gestützt auf mittelalterliche Urkunden, das bestehende Finanzwesen an. Bode wurde 1825 der Nachfolger Wilmerdings und setzte mit Erfolg seine Kenntnisse der Stadtgeschichte ein. Er kämpft für die wenigstens teilweise Zurückerstattung des städtischen Landbesitzes, der dem herzoglichen Kammergut zugeschlagen worden war, und fordert eine Entschädigung; außerdem strebt er eine saubere Trennung zwischen staatlichem Haushalt und fürstlicher Privatschatulle an. Tatsächlich gelang es Bode in langwierigem Ringen, den Anspruch der Stadt auf Entschädigung für den abgetrennten Grundbesitz durchzusetzen<sup>10)</sup>. 1832 konnte er so für den städtischen Haushalt eine völlig neue Grundlage schaffen.

<sup>8)</sup> Vgl. dazu die angefangene Biographie Bodes im Nachlaß von Otto Böse: Stadtarchiv Braunschweig H III 3 Nr. 282. Eine umfassende und endgültige Biographie Bodes ist noch nicht geschrieben; wenn ich hier Otto Böse zitiere, dann deswegen, weil sich in seinem Nachlaß eine brauchbare Materialzusammenstellung befindet. Von seiner Einschätzung Bodes als ‚Diktator‘ möchte ich mich ausdrücklich distanzieren. Hier wäre neuerdings auch der Aufsatz von Theodor Müller zu nennen (Lit. Verz. 73), der leider für diese Arbeit nicht mehr ausgewertet werden konnte.

<sup>9)</sup> Lit. Verz. 6.

<sup>10)</sup> Vgl. Böse a. a. O. S. 5. In der ‚Bodeschen Sammlung‘ im Stadtarchiv Braunschweig (H IV) findet sich hierzu ein reiches Material. Dazu auch Bode: Übersicht der Stadtverwaltung zu Braunschweig seit . . . 1825. (Lit. Verz. 10).



Es wäre interessant, Bodes Rolle in dem Aufstand der Stadt gegen ihren Herzog Karl II. näher zu beleuchten. Gerade in dieser schwierigen Situation von 1830 erweist er sich als der weitschauende, einflußreiche Politiker, der die Geschicke der Stadt bestimmt. Hier liegt auch seine Macht in den folgenden Jahren begründet; denn Herzog Wilhelm, der die Nachfolge seines vertriebenen Bruders antritt, tut das auf Veranlassung Bodes und wäre ohne dessen Unterstützung niemals fähig gewesen, sich durchzusetzen. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit aber kann das Verhalten Bodes 1830 nicht näher betrachtet werden. Als besondere Leistung Bodes ist auch sein Mitwirken an der neuen Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 zu bewerten, in der vor allem die starken Sicherungen der verfassungsmäßigen Rechte der Untertanen auffallen.

Aufschlußreich für den Kampf mit historischen Argumenten zu dieser Zeit ist auch die Schrift von v. Grone-Westerbrak „Geschichte der korporativen Verfassung des Braunschweigischen Ritterstandes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation“<sup>11)</sup>, in der Grone, sich ebenfalls auf die Geschichte berufend, Bode angreift. Es kommt so zu einer regelrechten gelehrten politischen Kontroverse zwischen einem führenden Vertreter des ‚modernen Bürgertums‘ und einem führenden Vertreter des Landadels.

Trotz der offensichtlichen Taktik Bodes, mit mittelalterlichen Urkunden in die Tagespolitik einzugreifen, wird man nicht sagen dürfen, er habe Geschichtsforschung nur betrieben, um Argumente für seine politischen Ziele zu gewinnen, dazu sind mit zuviel Liebe und Fleiß auch ganz abseitige, für seine politischen Zwecke völlig unergiebige Gebiete von ihm angegangen worden<sup>12)</sup>.

Bode versucht nun, in historisch interessierten Vereinen breiten Kreisen seine Erkenntnisse zugänglich zu machen<sup>13)</sup>. Er legte auch den Grund für das heutige Braunschweiger Stadtarchiv. Ohne einen solchen Blick auf Bodes Wirken, das in der gezeigten Weise Wissenschaft und Politik miteinander verband, wäre sein Einfluß auf Hänselmann nicht zu verstehen, und Hänselmanns wissenschaftliche Fragen und Thesen wiederum sind auch nur vor ihrem politischen Hintergrund begreiflich. Es wird sich zeigen, wie Hänselmann später im Geiste Bodes weitergearbeitet hat.

## 2. Ludwig Hänselmann, der Herausgeber der Braunschweiger Chroniken

So, wie für Bode das Verhältnis der Stadt zum Landesherrn im Vordergrund des Interesses stand, so war für Hänselmann die ‚Selbstverwaltung‘ der Stadt Mittelpunkt seiner Forschungen. Nach seinem Geschichtsstudium<sup>13a)</sup> in Jena, wo er vor allem Droysen gehört hatte, konnte er wegen eines Gehörleidens nicht im Schuldienst arbeiten. Er wirkte kurze Zeit als Hauslehrer in Mecklenburg und kehrte 1859 nach Braunschweig zurück. Dort war man bei der Vorbereitung der Tausendjahrfeier, die 1861 stattfinden sollte<sup>14)</sup>.

<sup>11)</sup> Lit. Verz. 28. — Bodes Antwort darauf: Lit. Verz. 11.

<sup>12)</sup> Das beredteste Zeugnis davon gibt die Bodesche Sammlung im Stadtarchiv Braunschweig und die Fülle seiner Veröffentlichungen (vgl. Lit. Verz. 6—13).

<sup>13)</sup> Zuerst im Harzverein für Geschichte und Altertumskunde.

<sup>13a)</sup> Vgl. Z i m m e r m a n n (Lit. Verz. 117) und M a c k (Lit. Verz. 60).

<sup>14)</sup> Das korrekte Datum einer Tausendjahrfeier ist bis heute umstritten, das Jahr 1861 jedenfalls als verfrüht erwiesen.

Der Kreis der ‚ehrenamtlichen‘ Mitarbeiter Bodes<sup>15)</sup>, der 1860 den Archivverein gründete, nahm Hänselmann freudig auf. Er wurde schließlich der erste hauptamtlich angestellte Stadtarchivar Braunschweigs. Über die hier angeknüpften Beziehungen kam er schließlich auch zu dem Auftrag, die Braunschweiger Chroniken in der Reihe der ‚Chroniken der deutschen Städte‘ herauszugeben. Hänselmann gab sich aber mit einer bloßen Textedition nicht zufrieden. Er setzte bei seinem Auftraggeber durch<sup>16)</sup>, daß seine umfangreichen Erläuterungen, die teilweise länger als der Text waren, mit abgedruckt wurden. Sein Argument, daß die Darstellungen der mittelalterlichen Chronisten ohne Erklärung falsch verstanden würden, überzeugte. Gegen die Darstellung der mittelalterlichen Chronisten glaubten die Historiker sich vor allem deswegen wenden zu müssen, weil die innere Selbstverwaltung der Stadt, die Eigenregierung, ein Problem von höchstem tagespolitischem Interesse war und der Rückblick in die Geschichte — nach dem Vorbild Bodes — auch hier Argumente für die aktuelle Auseinandersetzung liefern sollte. Wie also sieht nun Hänselmann die Auseinandersetzungen im mittelalterlichen Braunschweig?

In seinen Erläuterungen zu den Chroniken kennzeichnet Hänselmann die Entwicklung Braunschweigs vom Ende des 14. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts mit folgendem Satz: „So, aus glücklichen Anfängen, durch die kurze Blütezeit dann in raschem Sinken zu tiefem Verfall vollendete binnen hundert Jahren hier eine vollkommene Demokratie den nämlichen Lauf, wie vor ihr in der doppelten Zeit das alte Burgensenregiment . . .“<sup>17)</sup> (gemeint ist die Zeit von etwa 1380 bis 1480).

Die Anführer der Aufstände im Anfang dieser — wie er sagt — „Entwicklung einer vollkommenen Demokratie“ nimmt er gegen das absolute Verdammungsurteil der Chronisten in Schutz. Immerhin sieht er in ihren Reihen auch die Träger eines neuen Gedankens, Kämpfer für Reformen, die Recht und Freiheit herstellen sollen. Den Aufruhr von 1374 versteht er als die ‚heilsame Krisis‘, die mit einem Schlage zu demokratischer Praxis führt und das alte, sogenannte Burgensenregiment beseitigt. Es ist der Durchbruch eines neuen Geistes. Von dem Rat, der sich nach dem Abklingen der Erregung bildet, sagt er: „Den Männern dieser neuen demokratischen Ordnung war es vorbehalten, die unerläßlichen Reformen alsbald in Angriff zu nehmen“<sup>18)</sup>. Die Herrschaft des Rates scheint ihm dann nicht gerechtfertigt, wenn die Geschlechter, obwohl in der zahlenmäßigen Minderheit, im Rat doch den Ausschlag in allen wichtigen Entscheidungen geben. Er schreibt für die Zeit von 1445: „Dergestalt ist das Gleichgewicht der Kräfte hier gründlich gestört,

<sup>15)</sup> Aßmann, Dürre, Hessenmüller, Westphal, Kreisrichter Bode, Bethmann (Bibliothekar in Wolfenbüttel) u. a. m. (Vgl. Lit. Verz. 117, S. 39).

<sup>16)</sup> Chron. I S. VI f. im Vorwort: ‚Den selbständigen Ausführungen des Bearbeiters ist in den Beilagen dieses Bandes ein großer, vielleicht zu großer Raum gelassen. Man kann über die Zulässigkeit solcher, wenn auch an sich noch so werthvoller Zuthaten bei der Edition historischer Texte verschiedener Meinung sein. . . . Das Verständnis der mittelalterlichen Schriftsteller durch Commentierung zu fördern erscheint mir . . . doch ein besonders dankenswertes Geschäft.‘ (K. Hegel). Da die Chroniken der deutschen Städte wohl am ehesten greifbar sind, zitiere ich Hänselmanns Argumente im folgenden soweit wie möglich aus seinen Erläuterungen, die er dem Text beigelegt hat. Sein Standpunkt wird daraus voll verständlich. Seine Gedanken sind jedoch in einer ganzen Reihe weniger verbreiteter Arbeiten oft im einzelnen noch ausführlicher dargelegt (vgl. Lit. Verz. 30, 32, 34, 35, 36, 37).

<sup>17)</sup> Chron. II S. XXXVIII.

<sup>18)</sup> Chron. I S. 124.

seine Herstellung im alltäglichen Gange des öffentlichen Lebens der Stadt so gut wie unmöglich. Nur mittels einer durchgreifenden Läuterung des Rathes, in dem man entweder die übermächtigen Elemente auf der einen, oder die unzulänglichen auf der anderen ausscheidet, kann das demokratische Prinzip der Verfassung wieder zu wirklicher Geltung gebracht werden“<sup>19)</sup>. An anderer Stelle sagt er zu derselben Entwicklung: „Wir sahen, wie es trotz aller Cautelen einer durch und durch demokratischen Verfassung (gemeint ist der ‚Ordinarius‘) hatte geschehen können, daß von neuem ein enger Kreis versippter Familien die Ratsstühle fort und fort in unbilliger Zahl besetzt hielt“<sup>20)</sup>. Von diesem Kreis versippter Familien spricht Hänselmann an anderer Stelle als von der ‚herrschenden Klasse‘, wenn er sagt: „... im Jahre 1445 sieht der Rat sich genöthigt ... die Zinsen zu erhöhen und zwiefachen Schoß zu fordern, und damit ist den Feinden der herrschenden Klasse ein Vorwand geliefert, der ihren Umsturzplänen den Weg ebnet ...“<sup>21)</sup>. In den Unruhestiftern der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts sieht Hänselmann die ‚Totengräber‘ der Braunschweiger ‚Demokratie‘, die nach seiner Meinung die Schuld am Niedergang der Stadt und schließlich auch am Verlust der Autonomie tragen. Von Ludeke Holland, der 1488 den Aufstand gegen den Rat führte, sagt er: „Vollendet zeigt in ihm sich der Typus einer Art ausgeprägt, die zu so lauter unheilvoller Rolle nur in sinkenden Demokratien berufen zu sein pflegt“<sup>22)</sup>. Diese hier kurz umrissene Deutung Hänselmanns, die im folgenden noch näher zu beleuchten sein wird, beeinflußt bis heute grundlegend die lokalgeschichtliche Forschung.

### 3. Zusammenfassung:

Das Bürgertum des 19. Jahrhunderts als Träger einer neuen Geschichtsschreibung

Von der regen Vereinstätigkeit im 19. Jahrhundert legt eine eigene Abteilung im Braunschweiger Stadtarchiv Zeugnis ab<sup>23)</sup>. Auf den großen Einfluß, den diese Zusammenschlüsse patriotisch gesinnter, historisch interessierter Bürger erlangten, kann hier nur hingewiesen werden; eine eingehende Erörterung, so lohnend sie wäre, würde zu weit vom Wege abführen. Aus dem Geiste dieser wissenschaftlich gebildeten, politisch aktiven und historisch interessierten Bürger müssen die Ergebnisse der Braunschweiger Lokalgeschichtsforschung des 19. Jahrhunderts gedeutet werden. Hatte die Darstellung der Braunschweiger Geschichte sich bis dahin vor allem dem Herzogshause zugewendet, so rückt jetzt die „Geschichte des freien Bürgertums“ in den Mittelpunkt. Nicht mehr der Landesherr oder die Kirche regen den Geschichtsschreiber zu seiner Arbeit an und unterstützen ihn, sondern das oben gekennzeichnete Bürgertum wird Träger der Geschichtsschreibung<sup>24)</sup>.

<sup>19)</sup> Chron. II S. XLIV.

<sup>20)</sup> Chron. II S. 86.

<sup>21)</sup> Chron. II S. XLVI.

<sup>22)</sup> Chron. II S. 88.

<sup>23)</sup> G XI Vereine.

<sup>24)</sup> Vgl. etwa „Ausführlicher Wahrhafter Historischer Bericht die Fürstliche Land und Erb-stadt Braunschweig ... betreffend“, 1607, ein dreibändiges Werk von insgesamt 4719 Seiten, das den Landesherrn als Vater und Schutzherrn der Stadt verherrlicht, oder auch C. L. F. L a c h - m a n n (Pastor an der Andreaskirche), der in seiner „Geschichte der Stadt Braunschweig ...“ (1815)

Dieses Bürgertum glaubt ein unmittelbares und spontanes Verständnis für die Sorgen und Nöte des Bürgers im mittelalterlichen Braunschweig zu haben. Die auf Reformen drängenden führenden Bürger des 19. Jahrhunderts glauben, in ihrem Kampf um eine liberale Selbstverwaltung nach demokratischen Prinzipien ein unmittelbares Verständnis für die Kämpfe im mittelalterlichen Braunschweig zu haben. So erwächst eine gewisse Sympathie für die Unruhestifter, in denen man die Bahnbrecher für Reformen sieht und denen man manches, was unruhige Zeiten an Übel mit sich bringen, nachzusehen bereit ist wegen des ‚Neuen‘, dem sie zum Durchbruch verhelfen. Die Einheit des ‚bürgerlichen Selbstbewußtseins‘ im Mittelalter und im 19. Jahrhundert ist für sie selbstverständlich. Einer der profiliertesten Historiker dieses Bürgertums war Hänselmann. Er sprach aus, ‚was alle dachten‘. Er prägte aus der Problematik seiner Zeit auch für die mittelalterlichen Unruhen in Braunschweig das Bild der übereinanderliegenden sozialen Schichten, die miteinander um die Herrschaft ringen. Eine gewisse grundsätzlich gegebene „Solidarität“ der Armen einerseits und der führenden, reichen Bürger andererseits erschien ihm so selbstverständlich, daß er sie gar nicht erst näher zu untersuchen brauchte. Dieses Modell der übereinanderliegenden Schichten, die für eine innerstädtische Auseinandersetzung als Gegner vor allem in Frage kamen, war so einleuchtend und überzeugend, weil es dem entsprach, was der Leser selbst erlebte und empfand. Hänselmann hatte die Darstellung der mittelalterlichen Chronisten ‚für seine Generation neu geschrieben‘. Dieses vermeintliche Spontanverständnis ist wohl auch der Grund dafür, daß diese Vorstellung bis heute ihren Platz behauptet hat.

---

staatsbürgerliche Gesinnung, Vaterlandsliebe und Achtung vor der Obrigkeit fördern will und mit dem emphatischen Satz schließt: „... in jedes jungen Helden Brust steht der Wahlspruch geschrieben: Mit Gott für Fürst und Vaterland.“ Die inneren Bewegungen während des Mittelalters sind für Lachmann überhaupt kein Problem. Dagegen setzt sich deutlich Bode mit seinem Kreis ab. Ein beredtes Zeugnis für das historische Interesse dieser Zeit legen etwa auch die folgenden Arbeiten ab, auf die im Zusammenhang dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden soll, da sie für die hier behandelten Fragen nichts Neues oder grundsätzlich anderes enthalten. Sie seien aber wenigstens genannt, um die breite Basis zu veranschaulichen, auf der das Denken der ausführlicher behandelten Autoren beruht:

Ribbentrop, Carl Philipp: Vollständige Geschichte und Beschreibung der Stadt Braunschweig. 1. 2. (Lit. Verz. 81). — Bothen, Herman: Shight— Bok der Stad Brunswyk. (Lit. Verz. 14). — Olfen, Tobias: Tobias Olfen's, eines braunschweigischen Ratsherrn, Geschichtsbücher der Stadt Braunschweig. (Lit. Verz. 75). — Vechelde, Carl Friedrich v.: Braunschweigische Geschichten. Teil 1. (Lit. Verz. 115). — Assmann, Wilhelm: Abriß einer Geschichte der Stadt Braunschweig. (Lit. Verz. 2). — Derselbe: Die geschichtliche Bedeutung der Stadt Braunschweig. Festschrift zu der Jubelfeier des tausendjährigen Bestehens von Braunschweig. (Lit. Verz. 4). — Varges, W.: Ein sozialer Aufstand am Ende des Mittelalters. (Lit. Verz. 110). — Havemann, Wilhelm: Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg. (Lit. Verz. 41). — Dürre, Hermann: Braunschweigs Entstehung und städtische Entwicklung bis in den Anfang des 13. Jahrhunderts. (Lit. Verz. 17). — Heusinger, E.: Geschichte der Residenzstadt Braunschweig von 1806 — 1831. (Lit. Verz. 45). — Heinemann, O. v.: Geschichte von Braunschweig und Hannover. (Lit. Verz. 42). Vgl. auch Stadler, Peter: Geschichtsschreibung und historisches Denken in Frankreich 1789 — 1871. (Lit. Verz. 102). (Hier ist in anderem Zusammenhang auf breiter Grundlage dargelegt, wie sich nach der Französischen Revolution das allgemeine historische Interesse neuen Gegenständen zuwendet und so Dinge, für die sich bis dahin niemand interessierte, plötzlich ins helle Licht der Forschung gerückt werden).

## C Die Entwicklung des im 19. Jahrhundert entworfenen Bildes der mittelalterlichen Unruhen in der Braunschweiger Lokalgeschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts

### 1. Bei Walter Mehl

Die schweren Erschütterungen von Ruhe und Ordnung im mittelalterlichen Braunschweig sind in Abständen immer wieder von der Braunschweiger Lokalgeschichtsforschung aufgegriffen worden<sup>25)</sup>. So erscheint 1909 die Dissertation von Walter Mehl mit dem Titel: *Die Braunschweiger Schicht von 1374 und ihre Nachwirkung in anderen Städten*. Es geht ihm darum zu zeigen, daß die Unruhen in Lübeck (1374), Nordhausen (1375), Stade (1376) und Hamburg (1376) durch den Braunschweiger Aufstand ausgelöst wurden. In der Darstellung des Braunschweiger Aufstands folgt er in großen Zügen Hänselmann, auf den er sich auch ausdrücklich beruft. Von besonderem Interesse im Zusammenhang dieser Arbeit ist seine Auffassung von den Gründen für die finanzielle Misere, in die Braunschweig im Frühjahr 1374 geriet und die letztlich entscheidend für die Unzufriedenheit der Bürger war. Sich auf Hänselmann berufend, schreibt er<sup>26)</sup>: „... (war es) ein überstürztes Reiterstück, das Werk eines Gelüstens, welches mit allen besseren Eingebungen bürgerlichen Geistes im schreienden Widerspruch stand.“ Dann führt er weiter interpretierend aus: „Nur Lust an Streit überhaupt hatte den Rat, der keinerlei ernststen Grund zur Teilnahme hatte, auf die Seite des Herzogs Ernst gezogen, den die Quellen als Urheber des Ausritts zu bezeichnen scheinen. Übel sollte diese Torheit der Stadt bekommen.“

Ob es tatsächlich nur ‚Lust zum Streit‘ und ‚Torheit‘ waren, die den Rat bewogen, 1374 in die gefährliche Fehde an der Seite des Herzogs einzugreifen, wird im Zusammenhang mit der Untersuchung über die Ursachen der ‚schicht des rades‘ noch zu erörtern sein.

### 2. Bei Karl Zwing

Im Jahre 1919 erscheint die Arbeit von Karl Zwing mit dem Titel „Klassenkämpfe im alten Braunschweig, soziale Bilder aus Braunschweigs Vergangenheit.“ Das Motto, das der Verfasser seiner Arbeit voranstellt, weist ihn als überzeugten Marxisten aus: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Zwing versucht, die Gesetzmäßigkeit des historischen Ablaufs, wie der historische Materialismus sie lehrt, in der Geschichte Braunschweigs an den Unruhen in der Bürgerschaft aufzuzeigen. Er formuliert seine Aufgabe so: „In der vorliegenden kleinen Schrift ist der Versuch unternommen, die sozialen Kämpfe im mittelalterlichen Braunschweig von der Entstehung der Stadt bis zum Beginne des 17. Jahrhunderts vom Standpunkte der Gesellschaftslehre Karl Marx' zu erfassen und darzustellen. ... eine kurzgefaßte, aber alles Wesentliche doch berücksichtigende Darstellung der gesellschaftlichen Umwälzungen und politischen Kämpfe in jener Epoche...“<sup>27)</sup>. Noch viel direkter als vor

<sup>25)</sup> In diesem Kapitel werden nur solche Arbeiten erwähnt, deren Verfasser sich in ihrer Forschung speziell den hier behandelten Fragen zugewendet haben. Weitere Beiträge, die in anderem Zusammenhang die Unruhen mitbehandeln, werden im Verlauf der Arbeit an entsprechender Stelle herangezogen.

<sup>26)</sup> Lit. Verz. 65, S. 8.

<sup>27)</sup> Lit. Verz. 118, S. V.

ihm Hänselmann setzt Zwing die Vorgänge im mittelalterlichen Braunschweig mit der Gegenwart in Parallele, wenn er schreibt: „Merkwürdigerweise ist es wieder wie einst im Mittelalter die Stadt Braunschweig, wo die mit dem Beginne einer neuen Geschichtsepoche in Zusammenhang stehenden Auseinandersetzungen der Gesellschaftsklassen mit besonders leidenschaftlicher Schärfe ausgetragen werden“ <sup>28)</sup>).

Die Vorstellung, daß die wesentlichen Strukturelemente der mittelalterlichen Bürgerschaft die sozialen Schichten seien, übernimmt Zwing von Hänselmann, führt das Modell und seine Begründung jedoch im Sinne des historischen Materialismus weiter aus: „Die sozial-wirtschaftliche Schichtung war im mittelalterlichen Braunschweig dieselbe wie die der meisten damaligen deutschen Städte und mußte es sein, da die Entwicklung aus dem ehemaligen Fronhof zur Stadt unter denselben sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfolgt war. Sie zeigt die Dreiteilung: Geschlechter, Handwerker, Gemeinde“ <sup>29)</sup>. Diese übereinanderliegenden Schichten sind für ihn auch die Gegner der Unruhen: „... so sehen wir denn im alten Braunschweig vom 13. Jahrhundert bis weit über das Mittelalter hinaus jene Klassenkämpfe, die von Zeit zu Zeit das ganze wirtschaftliche Leben der Stadt erschütterten. In allen diesen Kämpfen zwischen den aristokratischen Geschlechtern und einer aufstrebenden, nach Gleichberechtigung ringenden Gesellschaftsklasse floß das Blut in Strömen, und die siegende Partei leitete ihre Herrschaft stets mit Hinrichtungen und sonstigen Greuelszenen ein“ <sup>30)</sup>. Das entscheidende Bindeglied zwischen den Gilden ist für Zwing ein allen gemeinsames Klassenempfinden: „Das ganze Handeln der Gilden war von einem stark ausgeprägten Klassenempfinden getragen. Das Klassenempfinden war eben zu allen Zeiten die große Macht, die das Handeln der Gesellschaftsklassen auf dem Kampfplatz der Geschichte beeinflusste“ <sup>31)</sup>. Aus einem Mangel an ebensolchem Klassenbewußtsein könne auch die „Gemeinde“ bei der „schicht der gildemester“ 1292 noch nicht wirksam eingreifen. „Selbständig handelnd tritt die Gemeinde nicht auf, dazu war ihr Klassenbewußtsein infolge des Fehlens einer Organisation zu wenig ausgeprägt ...“ <sup>32)</sup>.

Wie Zwing das Verhältnis der Stadt zu ihrem Landesherrn beurteilt, wird etwa an folgender Stelle deutlich, wo er von den „angeblichen Rechten des Fürsten über Stadt und Land“ spricht: „So war es auch bei dem ersten Ansturm der Handwerker gilden auf das aristokratische Stadtregiment im Jahre 1293. Den äußeren Anlaß bildete der Streit zweier Welfenfürsten um angebliche Rechte über Stadt und Land Braunschweig“ <sup>33)</sup>. An anderer Stelle spricht er von den „Welfendespoten“ <sup>34)</sup> und „feudalistischer Hörigkeit“ <sup>35)</sup>. In diesem polemischen Vokabular glaubt Zwing das Wesen des Verhältnisses zwischen Herzog und Stadt zu erfassen.

Dieser kurze Abriss zeigt, wie Zwing, ausgehend von einer Grundthese Hänselmanns, seine Arbeit aufbaut. Wo bei Hänselmann aber die genaue Beschreibung eines Vorgangs

<sup>28)</sup> Ebd. S. VI.

<sup>29)</sup> Ebd. S. 7.

<sup>30)</sup> Ebd. S. 8.

<sup>31)</sup> Ebd. S. 13.

<sup>32)</sup> Ebd. S. 9.

<sup>33)</sup> Ebd. S. 13.

<sup>34)</sup> Ebd. S. 47.

<sup>35)</sup> Ebd. S. 48.

aus intimer Quellenkenntnis einsetzt, steht bei Zwing das dogmatische Denken des historischen Materialisten. Seinem Schema und seiner Terminologie fügt er die Darstellung Hänselmanns ein. Er glaubte dabei Zusammenhänge herauszuarbeiten, die Hänselmann nicht sehen konnte. Er konnte sie in der Tat nicht sehen. — Für die Erforschung der Unruhen bietet diese Arbeit nichts, was die ausführliche Darstellung ihrer Position und deren Berücksichtigung im Laufe unserer Untersuchungen rechtfertigen würde. Sie zeigt aber im Zusammenhang mit der Erörterung des Wandels, den das Bild von den Unruhen im mittelalterlichen Braunschweig durchgemacht hat, in welcher Richtung das Modell der sozialen Schichtung als Struktur der mittelalterlichen Bürgergemeinde weiter ausgeführt wird <sup>36)</sup>.

### 3. Bei Hans von Glümer

Auch v. Glümer <sup>37)</sup> übernimmt Hänselmanns Vorstellung der übereinanderliegenden Schichten; er hat auch keine Bedenken, das Wort ‚Klassendiktatur‘ <sup>38)</sup> für die Herrschaft des Rates von vor 1374 zu verwenden. So nimmt es nicht wunder, daß er an einigen Stellen im Sinne des historischen Materialismus interpretiert, obwohl das nicht seine Absicht war. Dennoch macht v. Glümer aus seiner umfangreichen Quellenkenntnis heraus auf einige Tatsachen aufmerksam, die eigentlich bei konsequenter Betrachtung die ganze Vorstellung hätten ins Wanken bringen müssen. So etwa, wenn er schreibt: „Namentlich die Gilden erscheinen seit jenem Aufstand von 1373 fern von politischem Ehrgeiz, nur daß sie die Führung der Bürgerschaft übernehmen, wenn es gilt, Mißstände in der Stadtregierung abzustellen . . . Im allgemeinen zeigen sie keine Neigung, die im Keim vorhandenen demokratischen Ideen, von denen gesprochen wurde, zur Entfaltung zu bringen. Auch von sozialem Ehrgeiz, von dem Wunsche, die gesellschaftliche Scheidegrenze niederzureißen, die die Stände voneinander trennte, läßt sich im allgemeinen nicht sprechen . . . Noch weniger als die Gilden scheint die gemeine Bürgerschaft auf einen dauernden politischen Einfluß versessen gewesen zu sein“ <sup>39)</sup>.

Es geht v. Glümer aber in dieser Arbeit nicht in erster Linie um die Auseinandersetzungen, und so werden diese Ansätze nicht fruchtbar. Er bleibt im Grunde bei der Vorstellung Hänselmanns, wenn er etwas über die ‚schicht der gildemester‘ schreibt: „Gegen diese Klassendiktatur [gemeint ist die Herrschaft des Rates] richtete sich der

---

<sup>36)</sup> In diesem Zusammenhang sei auf die Arbeit von Johannes Schildhauer hingewiesen: Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten . . . (Lit. Verz. 87). Was Zwing für Braunschweig anstrebte, das leistet diese Arbeit für die genannten Städte, nämlich die Anwendung des historischen Materialismus auf die innerstädtischen Auseinandersetzungen. Dennoch kann man diese Arbeiten nicht eigentlich nebeneinanderstellen, weil die Arbeit von Schildhauer auf einem überreichen, meist neu erschlossenen Quellenmaterial basiert — und so auch für denjenigen, der ihre Grundthesen nicht anzunehmen vermag, eine lohnende Fundgrube neuer Erkenntnisse ist, während die Arbeit von Zwing nichts Neues bietet außer der schematischen Anwendung des historischen Materialismus auf die bereits bekannte Darstellung der Unruhen. Das Anliegen aber ist Zwing und Schildhauer gemeinsam, die Geschichte der mittelalterlichen Stadt mit den Methoden des historischen Materialismus zu erfassen.

<sup>37)</sup> Hans von Glümer: Staatsbürgerliche Gesinnung und soziale Kultur im spätmittelalterlichen Braunschweig. (Lit. Verz. 27).

<sup>38)</sup> Ebd. S. 364.

<sup>39)</sup> Ebd. S. 366 f.

erste Gildeaufstand.“ Auch er sieht im Gefolge der ‚schicht des rades‘ den Verfassungsumbruch: „Die bisher willkürliche Handhabung der Geschäfte wurde durch die straffe Ordnung des liber ordinarius ersetzt“<sup>40)</sup>. Die ‚willkürliche Geschäftsführung‘ des Rates, der sein ‚selbstherrliches Regiment‘ führte, ist ganz im Sinne Hänselmanns dargestellt. Die ‚schicht Ludeken Hollands‘, in der Hänselmann schon einen Verfall der ‚Demokratie‘ erblickt, führt v. Glümer auch auf ‚demokratische‘ Triebkräfte zurück: „... zeigen sich demokratische Ideen im modernen Sinne nicht zum wenigsten in der Bewegung Ludeke Hollands...“<sup>41)</sup>.

Die Grundthesen Hänselmanns finden sich auch hier: die absolute Herrschaft des Rates vor 1374, der Verfassungsumbruch im Gefolge der ‚schicht des rades‘, der einen Demokratisierungsprozeß einleitet, und die übereinanderliegenden sozialen Schichten, die als Gegner im Kampf innerhalb der Stadtmauern einander gegenüberstehen.

#### 4. Bei Werner Spieß

Sein ganz besonderes Interesse wendet Spieß der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Braunschweigs zu. In einer ganzen Reihe von Arbeiten hat er seit 1932 einzelne Fragen zur Struktur der Bürgerschaft untersucht. Zur Zeit arbeitet er an einer Geschichte Braunschweigs im 16. und 17. Jahrhundert<sup>42)</sup>, aus deren Vorarbeiten schon einiges veröffentlicht ist.

In noch stärkerem Maße als Hänselmann kommt es Spieß darauf an, einen ‚Demokratisierungsprozeß‘ im einzelnen nachzuweisen. Die Vorstellung, daß die Bürgerschaft in ihrer Struktur ein Gebilde von übereinanderliegenden, gegeneinander abgegrenzten Schichten ist, steht bei ihm noch viel mehr im Vordergrund. Auch er sieht in diesen Schichten die Gegner, die sich bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Stadtmauern gegenüberstehen. Er unterscheidet streng die Aristokratie von der übrigen Bürgerschaft, selbst bei den Gilden trennt er streng die aristokratischen von den nichtaristokratischen<sup>43)</sup>.

Ähnlich wie Hänselmann sieht er im Jahre 1374 einen Verfassungsumbruch im Sinne eines Durchbruchs zur Demokratie und deutet die weitere Entwicklung als fortlaufenden Demokratisierungsprozeß. Im Gegensatz zu Hänselmann sieht er nicht so sehr einen schlagartigen Wandel, sondern eine in Stufen sich vollziehende Entwicklung. Er schreibt: „1386 hatte die Stadt Braunschweig ihre neue demokratische Verfassung erhalten...“<sup>44)</sup>. An anderer Stelle heißt es: „Es kann gar kein Zweifel sein, auch die Geschlechter konnten mit der neugeschaffenen Ratsverfassung durchaus zufrieden sein; sie hatte zwar eine gewisse Demokratisierung der Verhältnisse herbeigeführt, aber noch herrschte die Aristo-

<sup>40)</sup> Ebd. S. 364.

<sup>41)</sup> Ebd. S. 365.

<sup>42)</sup> Vgl. die Ankündigung im Vorwort von W. Spieß: Goldschmiede, Gerber und Schuster. (Lit. Verz. 101).

<sup>43)</sup> Vgl. dazu W. Spieß: Fernhändlerschicht und Handwerkermasse (Lit. Verz. 91a); und ders.: Ratsherren (Lit. Verz. 92), S. 25. (Aristokratische Gilden: Wandschneider, Wechsler, Goldschmiede, Wandschneider und Lakenmacher im Hagen, Wandschneider und Lakenmacher in der Neustadt. Handwerker gilden: Lakenmacher in der Altenwiek, Gerber und Schuster, Knochenhauer, Schmiede, Beckenwerker, Bäcker, Kramer, Schneider, Kürschner).

<sup>44)</sup> Spieß: Goldschmiede (Lit. Verz. 101), S. 10.



kratie nahezu unbeschränkt . . . Indes sollte die Demokratisierung der Verhältnisse schon bald rasche Fortschritte machen“ <sup>45)</sup>). Zu den Ereignissen in der Mitte des 15. Jahrhunderts schreibt er: „Viel mehr, als die Verfassung von 1386 hat dieser Große Brief von 1445 zur Demokratisierung der Ratsverfassung beigetragen. Die Wahl der Bürgerhauptleute an den Andreasabenden der Körjahre wurde nunmehr für alle Zeiten der städtischen Selbstherrlichkeit das große, die Gemüter leidenschaftlich erregende Ereignis“ <sup>46)</sup>). Zu dieser Entwicklung sagt er an anderer Stelle: „Es drängt nun aber mehr und mehr auch die übrige Bürgerschaft ans Licht des politischen Lebens . . . Die Gemeinden mußten zu eigentlichen Wahlkörperschaften werden mit aktivem nicht bloß passivem Wahlrecht, wie es die ratsfähigen Gilden bereits seit 1386 waren. Zur Erlangung der politischen Handlungsfreiheit mußte die ungefüge Masse organisiert und mit Führern versehen werden . . .“ <sup>47)</sup>). Hier nimmt Spieß offenbar auch die „Einwohner“ nicht aus. Die Stelle bezieht sich auf die Bürgerhauptleute im Jahre 1445. (Es wird sich nachher als eine ganz entscheidende Frage erweisen, in welchem Verhältnis die Bürgerhauptleute zum Rat und zu der übrigen Bürgerschaft stehen.)

Das mag genügen, um anzuzeigen, in wie engem Zusammenhang sich die Thesen von Hänselmann und Spieß befinden.

##### 5. Zusammenfassung: Die Sicht der Braunschweiger Lokalgeschichtsforschung

Die von Hänselmann begründete und zuletzt von Spieß ausgearbeitete Darstellung vom Ablauf der Unruhen in der Braunschweiger Bürgerschaft während des Mittelalters wird in der Braunschweiger Lokalgeschichte als im Grunde gültig angesehen <sup>48)</sup>). So wäre es möglich, noch weitere Beispiele dafür anzuführen, wie Hänselmanns Grundkonzeption bis heute nachwirkt. In diesem Zusammenhang aber sollte es genügen, nur die Historiker heranzuziehen, die sich ganz speziell der in dieser Arbeit zu behandelnden Problematik zugewendet haben.

Drei immer wieder zu Grunde gelegte Thesen lassen sich den angeführten Arbeiten entnehmen:

1. Am Anfang, etwa bis zur ‚schicht des rades‘ von 1374, steht die ‚absolute Herrschaft einer kleinen festumrissenen sozialen Schicht, der ‚Ratsaristokratie‘, die willkürlich und uneingeschränkt eine Art ‚Diktatur‘ über die Bürgerschaft ausübt.‘

2. Unterhalb dieser kleinen Schicht gibt es weitere soziale Schichten, die sich durch die ‚Diktatur der Oberschicht‘ bedrückt fühlen und selbst zur Herrschaft, zumindest zur Mitherrschaft streben. Die Struktur der Bürgerschaft ist eine Schichtenstruktur. Die Einheiten, die in der Bürgerschaft politisch entscheidend wirksam werden und handlungsfähig sind, bilden soziale Schichten oder ‚Klassen‘.

3. Das beherrschende Element in der Entwicklung ist ein ‚Demokratisierungsprozeß‘, der sich 1292 ankündigt und in der ‚schicht des rades‘ seinen entscheidenden Impuls erhält. In einem Verfassungsumbruch wird durch den ‚Ordinarius‘ zum erstenmal die ‚absolute

<sup>45)</sup> Spieß : Fernhändlerschicht S. 82.

<sup>46)</sup> Ebd. S. 82.

<sup>47)</sup> Spieß : Ratsherren. S. 27.

<sup>48)</sup> Dazu Richard Moderhack : Geschichte der Stadt Braunschweig im Überblick (Lit. Verz. 70). S. 240 ff.

Herrschaft' des Rates über die Bürger durch eine in ihrem Grunde ,demokratische Verfassung' eingeschränkt. Trotz mancher Praktiken, die demokratischem Geiste nicht entsprechen, und trotz vieler Rückschläge erstarkt die junge ,Demokratie' nach und nach.

Bei einer erneuten Beschäftigung mit den Unruhen im mittelalterlichen Braunschweig gilt es nun vor allem zu prüfen, ob diese Thesen im Lichte moderner Sozialgeschichte standhalten. Ist das Bild, das im vorigen Jahrhundert von den ,Revolutionen' im mittelalterlichen Braunschweig und ihren Ursachen entworfen wurde, auch heute noch gültig? Auf diese Frage hin sollen die Quellen im folgenden Kapitel einer erneuten Prüfung unterzogen werden.

## II. UNTERSUCHUNG DER KÄMPFE VOM AUSGEHENDEN 13. BIS ZUM AUSGEHENDEN 15. JAHRHUNDERT

### A Schicht der gildemester 1293 — 1294

#### 1. Verlauf der Unruhen — Erörterung des Boteschen Berichts

Die ‚schicht der gildemester‘ soll nur so weit behandelt werden, wie ihr Hergang aufschlußreich ist für die Beurteilung der ‚schicht des rades‘. Da der Bericht Botes, geschrieben aus einem Abstand von über 200 Jahren, die einzige Grundlage für die Darstellung dieses Ereignisses ist, hat es wenig Sinn, auf Einzelheiten einzugehen; denn obwohl Bote allgemein als zuverlässig gelten kann, ist der Bericht zu knapp und die Richtigkeit der Einzelheiten seiner Darstellung zu wenig gesichert, als daß sich ein klares Bild vom Hergang und den Ursachen der ‚schicht der gildemester‘ auf Grund dieser einen Chronikstelle entwerfen ließe. Dennoch ist eine ausführliche Erörterung gerade dieses Berichts von der ersten heute bekannten Auseinandersetzung innerhalb der Stadtmauern lohnend. Wenn sich auch kein sicheres Bild dieses Kampfes entwerfen läßt, so wird doch deutlich, auf wie unsicherem Grund die Aussagen ruhen, die gerade über diese ‚Anfänge der sozialen Kämpfe‘ gemacht worden sind.

Nach dem Tode Herzog Albrechts des Großen im Jahre 1279 fiel Braunschweig bei der Erbteilung an dessen jüngsten Sohn Wilhelm, dem die Stadt offenbar in der üblichen Weise huldigte. Als Herzog Wilhelm im Jahre 1292 starb, konnten sich seine beiden Brüder <sup>1)</sup> Albrecht und Heinrich weder untereinander noch mit dem Rat der Stadt über das Erbe einigen. Der Rat verweigerte die Huldigung.

Nun berichtet Bote, daß Herzog Heinrich versuchte, sich mit den Gildemeistern gegen den Rat zu verbünden und so die Huldigung zu erlangen: „Do nam de eldeste, geheten Hinrick, dat lant to Brunswick in . . . unde tock to sick de gemeynen lude, sunderliken de gyldestemere, unde makede myt dene eyenen vorbunt, so dat sick de gildemestere uphielden unde satten sich tighen oren Rad“ <sup>2)</sup>.

So wie in diesem Zusammenhang ‚Rat‘ und ‚Gildemeister‘ als Gegner genannt werden, tauchen sie im Laufe der ganzen Darstellung dieser ‚schicht der gildemester‘ auf. Diese Stelle ist im allgemeinen so verstanden worden, als ob sich gegen ‚den Rat der Stadt‘ die ‚Gildemeister der Stadt‘ oder doch zumindest eine Mehrheit von ihnen erhoben habe <sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Zum Streit der herzoglichen Brüder vgl. Hänselmanns Hinweis Chron. II S. 301, Anm. 3.

<sup>2)</sup> Chron. II S. 301.

<sup>3)</sup> So schreibt z. B. Hänselmann in bezug auf die Jahre 1293/94 Chron. I S. XXV: „... fast Staaten im Staate, konnten hier die Gilden sofort in den Kampf mit allen ihrer Expansion und ihrer vollen Gleichberechtigung widerstrebenden Elementen eintreten. Ungewöhnlich früh entfalteten sie daher hier die Wirksamkeit, durch welche sie überall die politischen Schulen des Lebens, Herde der Revolution wurden; keine unter den Sachsenstädten sah früher als Braunschweig den Handwerkerstand gegen die Altbürger andringen.“

Dabei ist aber zu bedenken, daß es den gemeinsamen Rat aller fünf Weichbilde für die ganze Stadt in der Form, wie er zu Botes Zeit existierte, im Jahre 1292 noch gar nicht gab. Gegen ‚den Rat der Stadt‘ konnte sich also zu dieser Zeit niemand erheben. Mehrere Weichbildräte<sup>4)</sup> arbeiteten teils zusammen, teils gegeneinander. In einem besonderen Abschnitt soll nach der Darstellung des Verlaufs der ‚schicht der gildemester‘ die Frage erörtert werden, gegen welchen ‚Rat‘ denn wohl ‚die gildemester‘ sich mit Herzog Heinrich verbanden. Ebenso irreführend wie die Bezeichnung ‚Rat‘ ist Botes Kennzeichnung derjenigen, die sich gegen den ‚Rat‘ erheben. Bote spricht immer von ‚gildemestere‘ oder ‚gilden‘. Im allgemeinen ist das so verstanden worden, als ob ‚die Gilden der Stadt‘ sich gegen ‚den Rat‘ erhoben hätten. Nun ist es aber völlig undenkbar — und es gibt auch keinen Beleg dafür — daß alle Gilden der gesamten Stadt oder auch nur eine Mehrheit aller Gilden aus allen Weichbilden sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengefunden hätten. Soweit die Quellen zurückreichen, deuten sie auf so erhebliche Interessengegensätze gerade zwischen den verschiedenen Gilden hin, daß für die Behauptung eines gemeinsamen Vorgehens der Gilden ein quellenmäßiger Beweis gefordert werden müßte. Liegt ein solcher Beweis nicht vor, fehlt der Behauptung jede Wahrscheinlichkeit, wie im Zusammenhang mit der ‚schicht des rades‘ noch im einzelnen gezeigt werden soll.

<sup>4)</sup> Braunschweig wird als Stadt eine wirkliche Einheit erst im Jahre 1671 mit dem Verlust der Autonomie. Bis dahin haben wir immer mit zwei Tendenzen zu rechnen: Einerseits stehen sich fünf (anfangs weniger) Weichbilde und zwei Immunitäten gegenüber, die ihrer Entstehung und Struktur nach, sowie wegen ihrer unterschiedlichen Rechtslage so verschieden voneinander sind, daß sie bis zuletzt einen Teil ihrer Eigenständigkeit wahren. Andererseits schließen sich schon früh die fünf Weichbilde unter Einbeziehung der Immunitäten zu einer Stadt zusammen, weil sie in dieser Einheit eine stärkere Stellung nach außen hin, den anderen Städten und dem umliegenden Adel, aber auch ihrem Landesherrn gegenüber haben. Im Laufe der Entwicklung wird der Zug zum Zusammenschluß immer stärker, und das Trennende tritt zurück.

Die Altstadt als das älteste Handelszentrum und vor allem Sitz der reichen Fernhändler hat sich bis in späte Zeit immer eine Vormachtstellung in der Gesamtstadt bewahrt. Eine gewisse Rivalität besteht seit jeher zum Hagen, in dem die reichen Wandschneider, die sich schon früh auch dem Fernhandel zuwandten, den Ton angeben. An dritter Stelle rangiert die Neustadt, die vor allem Sitz des Metall verarbeitenden Gewerbes ist. Altewiek und Sack bleiben gegenüber diesen Weichbildern immer von geringerer Bedeutung.

Das neueste Bild dieser allgemeinen Fakten aus der Stadtgeschichte gibt Richard M o d e r h a c k in seinem Aufsatz: Geschichte der Stadt Braunschweig im Überblick. (Lit. Verz. 70). Unersetzlich ist bisher noch immer die „Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter“ von Hermann D ü r r e (Lit. Verz. 18). Mit Vorbehalt ist Ernst August R o l o f f : Tausendjähriges Braunschweig, Die Stadt Heinrichs des Löwen im Wandel der Geschichte (Lit. Verz. 84) heranzuziehen. Zur Erwerbung der Vogtei durch die Altstadt im Jahre 1227 und zum Übergang der landesherrlichen Rechte an den Rat vgl. Willi V a r g e s : Die Gerichtsverfassung der Stadt Braunschweig. (Lit. Verz. 111) S. 38 ff. Von besonderem Interesse für die Anfänge der Stadt ist auch F. T i m m e : Die Gründungsvorgänge des Hagens in Braunschweig im Vergleich zu denen der Dammvorstadt in Hildesheim im Lichte neuerer Forschung (Lit. Verz. 109). Werner S p i e ß : Wik, Markt und Stadt Braunschweig. (Lit. Verz. 95). Dazu auch S. R i e t s c h e l : Die Städtepolitik Heinrichs des Löwen (Lit. Verz. 83). W. V a r g e s : Die Entwicklung der Autonomie der Stadt Braunschweig (Lit. Verz. 112). Einen Überblick über die Größe der Stadt gibt Otto F a h l b u s c h : Die Bevölkerungszahl der Stadt Braunschweig im Anfang des 15. Jahrhunderts (Lit. Verz. 22), S. 249 — 256. Zur allgemeinen Orientierung auch: Niedersächsischer Städteatlas Abt. I: Die Braunschweigischen Städte. 2. Aufl. Braunschweig 1927.

Auch diese Frage, wer sich im Jahre 1293 mit Herzog Heinrich verbindet, soll in einem gesonderten Abschnitt erörtert werden. Für die Darstellung des Verlaufs dieser Unruhen ist also zu berücksichtigen, daß die zunächst so klare, anscheinend jeden Zweifel ausschließende Kennzeichnung der Gegner, wie sie Bote überliefert, uns durchaus nicht eindeutig Aufschluß darüber gibt, wer sich am Ende des 13. Jahrhunderts in Braunschweig so feindlich gegenüberstand, daß es zur ‚schicht der gildemester‘ kam.

Eine dritte Kraft, die Bote im Zusammenhang mit diesem Streit immer wieder nennt<sup>5)</sup>, ist die „meynheyte“. „So makeden de gyldemestere under sick eyne bunt unde vorstrickinge myt loften unde eden, teyn jar langk eyne by deme anderen to blyvende. Unde darto kregen se de meynheyte<sup>6)</sup> mit listen, ock myt frigem mode, eyne dem anderen neyn affstichting to don, by vorlust lyves unde gudes . . .“<sup>7)</sup>.

Hier wird die ‚meynheyte‘ als auf Seiten der Gilden stehend erwähnt. Im folgenden finden wir die ‚meynheyte‘ aber auch als auf Seiten des ‚Rates‘ stehend bezeichnet. So zum Beispiel wenn es heißt: „ . . . de Rad myt der meynheyte kemen ock to hernesche, so dat de Rad mere byval krech unde starcker wart wan de gylde“<sup>8)</sup>.

Das sieht zunächst wie ein Widerspruch aus, zumal die beiden angeführten Textstellen nur wenige Zeilen auseinanderstehen. Sie haben immer wieder Anlaß gegeben, die „meynheyte“ als wankelmütig und unentschlossen darzustellen<sup>9)</sup>, — was sie vielleicht auch gewesen sein mag, — in der Chronik steht davon in diesem Zusammenhang jedoch nichts. Einfacher löst sich dieser ‚Widerspruch‘ auf, wenn wir bedenken, daß es in jedem Weichbild eine ‚meynheyte‘ gegeben hat. Wenn Bote also kurz hintereinander zweimal von ‚meynheyte‘ spricht, die einmal auf Seiten des ‚Rates‘ und einmal auf Seiten der ‚Gilden‘ steht, so sind das sicher nicht beides dieselben Menschen. Wäre tatsächlich die Gesamtheit der ‚meynheyten‘ aller Weichbilde und die Gesamtheit aller Gilden gegen den Rat aufgestanden, hätte er diesem gesammelten Ansturm unmöglich widerstehen können.

Wenn wir festzustellen suchen, worum es in dieser ‚schicht der gildemester‘ letztlich ging, was hier die Gemüter erregte, so erfahren wir von Bote, daß ‚gerechtes Gericht‘, Marktordnungen und städtische Finanzen als die typischen Streitobjekte bei allen Unruhen in der Bürgerschaft auch hier die Hauptrolle spielen:

„Uppe dat eyne iderman mer na deme dage scholde synem rechten bekomen, dat wente to der tiit nicht bescheyn mochte. . . . Ock moste neymet uppe dem markede kopen unde vorkopen, de gyldemester was darby unde mat dat myt der elen edder myt der wichte unde werderde dat ghud unde satte ome den koypp, darna dat yd ghud gewerd was . . .“<sup>10)</sup>

„ . . . So mochte dat komen dat se de macht kregen to den doren to sluten, tynß unde schot uptonemende unde al stadupkome . . .“<sup>11)</sup>

<sup>5)</sup> Chron. II S. 302.

<sup>6)</sup> Als „meynheyte“ werden die nicht in Gilden organisierten Bürger eines Weichbildes bezeichnet. Zu ihr gehören also die vornehmen Kaufmannsgeschlechter, die keiner Gilde beitreten, und die armen Bürger, die einen nicht gildefähigen Beruf ausüben.

<sup>7)</sup> Chron. II S. 302.

<sup>8)</sup> Chron. II S. 303.

<sup>9)</sup> So etwa Zwing S. 9: „ . . . sehen wir die Gemeinde . . . als Anhänger bald der Geschlechter bald der Handwerker gilden auftreten . . .“

<sup>10)</sup> Chron. II S. 302.

<sup>11)</sup> Ebd. S. 305.

Diese drei Stellen kennzeichnen die Hauptstreitobjekte, um die es ging. Folgen wir nun dem Gang der Ereignisse, wie Bote sie überliefert.

Vom 24. Juni 1293 berichtet Bote: „Do kemen de gildemester myt oren twolffen unde helden ore sunderlike laghe dem Rade towedderen, unde stegen in des Rades watere unde leten darinne fysschen, unde slogen rum up, unde wur se dem Rade kondon wat towedderen don, dat deden se myt erneste unde frevele, . . . dat se myt alle oren warcken darna stunden dat se den Rad wolden vordrucken unde byleggen“<sup>13)</sup>. Der ‚Rat‘ versuchte, sich gütlich mit den Zwölfen zu einigen. Es heißt dazu bei Bote<sup>14)</sup>: „Alse so leyt de Rad sick tosamede forboden, de kokenheren<sup>15)</sup> alle, unde gingen to den twolffen uppe oren pallas. Unde de Rad bat se so demodigen unde fruntliken, dat se doch kemen myt dem Rade to raden unde reden endrechtliken, wente twigerleyge rad, eyn tigen den anderen, dat brochte nicht ghudes in.“

Nach Botes Bericht wollen sich die ‚Gildemeister‘ auf keine Einigung einlassen. Ihnen liegt daran, selbst Gericht zu halten<sup>16)</sup>:

„Doe de twolffe unde gyldestere dat horden van deme Rade, dat se de Rad begunde to bid-dende, ja do enersten tengeden se to brummen, unde spreken unde repen: neyn, neyn! se wolden so oren pallas nicht laten. Unde satten do unde koren egen burmestere, egen schrivers, egene seggele. neymet moste den anderen vor gerichte beden myt deme froneboden: we wat to schicken hadde, de moste syne sake clagen vor den twolffen. We ok deme Rade schuldich was efte tighen den Rad brack, dat en konde eder moste de Rad nicht vorderen, he wart darto van den twolffen vordediget. We de ock tighen se wat sede efte straffede or bosheyte, de wart ingelacht efte uth der stad vorvestet edder syn ghut ome affgeschattet.“

Aus dieser Stelle geht nicht hervor, daß die ‚Gildemeister‘ hier erstmals etwas fordern, was sie vorher nicht gehabt hätten. Sie erheben einen Anspruch, dessen Begründung Bote uns nicht überliefert. Leider fehlen aus dieser frühen Zeit die Zeugnisse, die diese Frage erhellen könnten. Mit Hilfe des Herzogs setzen die ‚Gilden‘ zunächst ihren Anspruch auf ein eigenes Gericht durch. Es ist durchaus zu vermuten, daß den ‚Gilden‘ von Anfang an eine eigene Gerichtsbarkeit in bestimmten Grenzen zustand. Jedenfalls gibt es in dieser Zeit keine einheitliche Gerichtsbarkeit für alle Weichbilde, die von einem einheitlichen Rat gleichermaßen für alle Weichbilde ausgeübt worden wäre. Um 1300 spielen, verglichen mit Botes Zeit, die einzelnen Weichbildräte eine viel größere Rolle. Läßt sich das Gerichtswesen in Braunschweig zur Zeit dieser Unruhen auch auf Grund dieses Berichtes nicht klären, so lohnt es sich doch, diese Stelle genau zu betrachten, um festzustellen: es geht aus ihr nicht hervor, daß die Gilden sich ein bisher nie dagewesenes Mitspracherecht in Dingen erobern, die bis dahin ausschließlich Sache des Rates gewesen waren.

Auffallen muß in diesem Zusammenhang auch, daß der Rat bei diesen Forderungen zunächst die ‚Meinheit‘ nicht zu den Waffen ruft, wie er es im weiteren Verlauf immer dann tut, wenn die ‚Gilden‘ bewaffnet auf der Straße erscheinen. Das scheint doch darauf

<sup>13)</sup> Ebd. S. 302.

<sup>14)</sup> Chron. II S. 303.

<sup>15)</sup> Es ist fraglich, ob es Ratsherren unter dem Namen ‚kokenheren‘ zu dieser frühen Zeit schon gegeben hat. Bote war dieser Ausdruck für die einflußreichsten Männer im gemeinen Rat geläufig. Es ist durchaus möglich, daß dieser Name schon zu früher Zeit üblich war, nur kann diese Stelle aus dem ‚schichtboick‘ das nicht belegen.

<sup>16)</sup> Chron. II S. 303.

hinzudeuten, daß der Rat diese Forderungen an sich gar nicht als so völlig absurd und außerhalb des Rahmens jedes Rechts stehend empfunden hat. Wie hätte er sich sonst auf ruhige Verhandlungen einlassen können?

Am 12. Juli kam es nach Botes Bericht zu einer größeren Unruhe in der Stadt. Die Parteien der Bürger standen sich bewaffnet in den Straßen gegenüber:

„Also kam yt to sunte Margreten dage. do wart eyn uployp van den gylden... Hiramme kemen se to hernesche, de gylde myt oren banren unde schilden unde spannen boghen. de Rad myt der meynheyt kemen ock to hernesche“<sup>17)</sup>.

Solch ein bewaffneter ‚Aufruhr‘ scheint dem heutigen Leser dieser Chronik schon nach Anarchie auszusehen. Dabei ist aber zu bedenken, daß der Bürger jener Zeit grundsätzlich bewaffnet war, seine Waffen in der Regel zu Hause hatte, und dann, wenn er sich in seinem Recht bedroht sah, zu seinen Waffen griff und als bewaffneter Bürger im Rahmen des Rechts auf der Straße seinen Willen ‚demonstrierte‘ und notfalls auch kämpfte. So nimmt der Chronist, dem dieses Denken noch geläufig war, an der bloßen Tatsache, daß sich bewaffnete Bürger in den Straßen gegenüber stehen, keinen Anstoß. Diesen „uployp“, in dem sich ‚Rat und Meinheit‘ einerseits und ‚Gilden und Meinheit‘ andererseits lärmend und drohend gegenüberstehen, schlichtete der Herzog — es kann sich nur um Herzog Heinrich gehandelt haben.

Dieser Friede war zunächst auf drei Tage befristet. Mit Briefen und Eiden bekräftigten ‚Rat‘ und ‚Gilden‘ ihr Übereinkommen:

„Wy Rad der stat Brunswick unde gildemestere sunt entliken vordragen unde overeyn gekomen, dat de Rad unde gildemester schullen alle ding raden unde daden unde gericht gelicke, sunder wapen, sunder sturlude, banre unde schilde unde jenige were. Unde de Rad schal de macht hebben to den doren de slottele to bewarende unde darmede up- unde tosluten. Ock en schal eyn uppe den andern neyne hulpe geven, se sin des endrechtliken beraden, so vorder wu dat eyn islik nicht vorborde unde dussen bunt breke: we dar denne hirna numere twidracht makede twischen dem Rade unde den gilden, sin lyff unde guth scholde stan in des Rades gewalt.“<sup>18)</sup>

Auch zu dieser Übereinkunft ist zu bemerken, daß sie keinen Hinweis darauf enthält, daß die Gilden hier erstmals etwas fordern und erlangen, was sie vorher nicht besaßen. Sicher wäre es prinzipiell nicht ausgeschlossen; das wäre aber erst zu beweisen. Der Bericht Botes liefert an dieser Stelle jedenfalls einen solchen Beweis nicht.

Der Friede hielt nicht sehr lange. Schon kurze Zeit darauf weiß Bote von neuen Unruhen der schon geschilderten Art zu berichten<sup>19)</sup>. Er gibt die alleinige Schuld am Bruch dieses Friedens den Gilden. Ob diese Beurteilung zutrifft, bleibt fraglich.

Da die ‚Gildemeister‘ offenbar nicht mit dem bis dahin erreichten Zustand zufrieden sind, setzen sie sich über den ‚Rat‘ hinweg mit Herzog Heinrich in Verbindung und wollen ihn dadurch endgültig für sich gewinnen, daß sie ihm die vom ‚Rat‘ verweigerte Huldigung anbieten<sup>20)</sup>. Dieser Schritt erwies sich später für sie als verhängnisvoll.

<sup>18)</sup> Chron. II S. 304.

<sup>17)</sup> Chron. II S. 303.

<sup>19)</sup> Chron. II S. 304.

<sup>20)</sup> Ebd.: To sunte Michaelis dage vor de duvel in dusse twolfte unde ore gyldestere, unde worden des to rade, dat se wolden hebben eynen huldigen heren. Unde gyngen sammeliken hen to dem hertogen in de borch, so dat se sick myt hertogen Hinrike verbunden unde vorstrickeden, unde dat was alle tigen den Rad. Unde de gylde geven dem hertoghen Hinricke ore seggele unde breve: wat darinne stunt beschreven, dat wart darna mannigen wol kundich, unde besunderen scholde he wesen ore huldige here unde erven to dem lande to Brunswick, unde syn broder hertoge Albert nicht.

Den ganzen Winter über war es in der Stadt unruhig, aber anscheinend ohne daß es zu blutigen Zwischenfällen gekommen wäre. Keiner der streitenden Parteien gelang es, die Oberhand in der ganzen Stadt zu gewinnen. Diese Tatsache beweist, wie groß das Maß der Selbständigkeit Braunschweigs gegenüber dem Herzog auch zu dieser frühen Zeit schon war. Obwohl der Herzog, der in der Burg inmitten der Weichbilde saß, auf Seiten der ‚Gilden‘ stand, die ihm gehuldigt hatten, blieb der ‚Rat‘, der ihm die Huldigung verweigerte, doch im Amte, wenn er auch seine Herrschaftsrechte nicht in dem Maße ausüben konnte, wie er es beanspruchte.

Im Frühjahr 1294<sup>21)</sup> spitzten sich die Auseinandersetzungen erneut zu und erreichten zu Pfingsten einen Höhepunkt. Die ‚Gilden‘ zogen vor das ‚Nigestadhus‘, in dem der ‚Rat‘ tagte, und stellten erneut ihre Forderungen. Bote berichtet, daß die ‚Gilden‘ bewaffnet vor dem Rathaus Aufstellung nahmen, ohne jedoch den Frieden des Rathauses zu brechen. Die ‚Gildemeister‘ verhandelten mit dem ‚Rat‘: Unde se esscheden de slottel van dem Rade to den doren, unde wolden vorder macht hebben uptonemende unde uthtogevende schot, tynß, muntsmede, tollerbode, alle stadupkome . . .“<sup>22)</sup>.

Während nun die Zwölf mit dem ‚Rat‘ verhandelten und draußen vor dem Rathaus die bewaffneten ‚Gilden‘ das Ergebnis abwarteten, bot der ‚Rat‘ die ‚Meinheit‘ auf, die sich, ebenfalls bewaffnet, vor dem Rathaus einfand. Unter Lärm und Schreien begann ein Streit unter den Bürgern, zunächst anscheinend ohne blutige Opfer. Der ‚Meinheit‘ ist es offenbar gelungen, die ‚Gilden‘ zurückzudrängen. Interessant ist nun, daß sich die ‚Gilden‘ in Richtung Hagen zurückzogen, wo es dann auf der Hagenbrücke einige Tote und eine große Anzahl Verletzte gegeben hat<sup>23)</sup>.

Die Tatsache, daß sich die ‚gildebrodere‘ aus der Neustadt nach dem Hagen zurückzogen, scheint doch ein Anzeichen dafür zu sein, daß sie auch von dort gekommen sind. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß es Tote erst auf der Hagenbrücke gab, als die ‚Meinheit‘ aus der Neustadt versuchte, den Gilden in das Weichbild Hagen zu folgen.

Bei der Erörterung der Frage, wer sich eigentlich in der ‚schicht der gildemester‘ als Gegner gegenüberstand, wird diese Chronikstelle besonders zu berücksichtigen sein.

Die Verhandlungspartner im Nigestadhus beschlossen unterdessen, für einen Tag keine Gewalt anzuwenden und am nächsten Tag weiter zu verhandeln. Über den Beginn der Verhandlungen am nächsten Tag berichtet Bote<sup>24)</sup>: „Alse se nu des anderen dages wedder tosamede kemen, do lepen de gildebrodere uppe der strate alse dulle ossen vor alle dore unde negelden de dore vaste to. Do kam de Rad myt der meynheyt unde brack de dore

<sup>21)</sup> Chron. II S. 305 findet sich von H ä n s e l m a n n als Datum dieser Ereignisse das Jahr 1293 am Rande vermerkt. Vermutlich handelt es sich um einen Druckfehler, denn aus dem Text geht eindeutig hervor, daß es sich nur um das Frühjahr 1294 handeln kann. S. 307 findet sich, ebenfalls am Rande vermerkt, auch wieder das richtige Datum: Juli 1294.

<sup>22)</sup> Chron. II S. 305.

<sup>23)</sup> Chron. II S. 305 f.: „So leyt de Rad eyne achter van dem huse afflopen, de dat meyne volck tosamede kreh. Unde de kregen ock ore were to henden, unde lepen to den gildebrodere vor dat hus, dar se stunden unde pralden, so dat dar eyne stryt under one wart, dat orer teyne dot bleven uppe der Hagenbrugge beligen unde wol hundert gewunt . . .“

<sup>24)</sup> Ebd. S. 306.



wedder up unde sloch dat iserenwarck dar wedder aff, dat de gilde dar hadden voregenegelt. Darvan erhoff sick eyn strit to deme anderen male, dat dre dor bleven unde vele gewunt.“

Wieder einigte man sich, trotz dieser Vorfälle bis zur Vesperzeit Frieden zu halten und weiterzuverhandeln. Nachmittags war offenbar noch immer keine Einigung erzielt, denn zur Vesperzeit wiederholt sich die Szene von morgens: „Do de vespertiit kam, do wolden de gildebroder de dore wedder tonegelen, unde de Rad myt der meynheyit wolden des one nicht staden. Dar erhoff sick de dridde striit, unde repen ‚wapen‘ hir, ‚wapen‘ dort, unde slogen sick under malkanderen, dat dar aver dode bleven unde vele gewunt.“

In dieser verfahrenen Situation nun greift Herzog Heinrich ein<sup>25)</sup>, aber auch er vermag nicht einen endgültigen Frieden herzustellen, was er wohl getan hätte, wenn es in seiner Macht gelegen hätte. Er kann nur einen auf drei Tage befristeten Frieden durchsetzen und für die in dieser Frist geführten Verhandlungen als Schlichter auftreten. Daß seine Position als Schlichter nicht allzu stark zu bewerten ist, geht schon daraus hervor, daß der ‚Rat‘ sich noch immer mit Erfolg weigerte, ihm zu huldigen.

Das Ergebnis dieser dreitägigen Verhandlungen scheint zunächst eine Lösung zu bringen: sechs der zwölf Gildemeister sollten abtreten und an ihre Stelle sollten sechs aus dem ‚Rat‘ treten. Dieses neue Kollegium der Zwölf sollte dann die Funktion eines Rates übernehmen, „uppe dat de Rad nicht gensliken so worde bygeleht, ock dat de gilde ores reygementes nicht bister worden“, wie es zur Begründung heißt<sup>26)</sup>. Nach diesem Übereinkommen trat in der Bürgerschaft zunächst eine Beruhigung ein. Aber schon nach zwei Wochen, also etwa Ende Juni, hatten sich die Sechs vom ‚Rat‘ und die Sechs von den ‚Gilden‘ so weit entzweit, daß ‚Rat‘ und ‚Gilden‘ ihr gemeinsames Regiment aufgaben und wieder wie vordem miteinander stritten.

---

<sup>25)</sup> Zwing vertritt die Auffassung, daß im Jahre 1294 die Hanse in den Streit eingegriffen habe. Er schreibt a. a. O. S. 15 „... Jetzt trat die Hansa als Vermittlerin auf. Da in den übrigen Hansastädten ebenfalls noch das aristokratische Geschlechterregiment vorherrschend war, so ist es selbstverständlich, daß diese Vermittlung im Sinne des bisherigen Rates erfolgte, weshalb auch keine Einigung erzielt wurde. Kurze Zeit darauf wurde das schwerste Geschütz, das des wirtschaftlichen Boykotts, seitens der Hansa aufgeföhren. Auf einem Bundestag in Lübeck beschloßen die Delegierten der Hansa, ‚kein hansischer Kaufmann in Flandern, Holland oder Brabant solle sich da aufhalten dürfen, wo man Braunschweiger zulasse, an jedem Orte, wo sich dieselben aufhalten oder gewohnt haben, solle der Tuchhandel verboten sein bis ein Monat nach ihrer Entfernung.“

Leider macht Zwing keine Quellenangabe. Wenn die Anführungszeichen andeuten sollen, daß er den Text wörtlich übernommen hat, muß ein Gewährsmann ein moderner Autor sein (Formulierung und Schreibweise!). Mir ist die Quelle nicht bekannt, auf die diese Darstellung zurückgeht. Sie widerspricht jedenfalls der Darstellung in der Braunschweiger Chronik. Möglicherweise, wenn keine Verwechslung mit der ‚schicht des rades‘ vorliegt, geht sie zurück auf eine Chronik einer der benachbarten Städte; wahrscheinlich liegt aber doch eine Verwechslung mit der ‚schicht‘ des rades‘ vor, denn der hier aufgeführte Beschluß der Hanse entspricht genau dem vom 24. Juni 1377 (vgl. Hans. UB Bd. IV Nr. 592 und diese Arbeit im Abschnitt über das Eingreifen der Hanse in der ‚schicht des rades‘).

<sup>26)</sup> Chron. II S. 306.

Jetzt zeichnet sich in der Auseinandersetzung zwischen ‚Rat‘ und ‚Gilden‘ eine neue Phase ab, die darauf hindeutet, daß es sich nicht nur um einen rein innerbürgerschaftlichen Streit handelt, wie nach dem bisher Berichteten vermutet werden könnte. Herzog Albrecht zu Göttingen, also der jüngere Bruder Herzog Heinrichs, schaltet sich in den Streit ein. Warum er erst zu einem verhältnismäßig so späten Zeitpunkt auf den Plan tritt, bleibt unklar. Mangel an Interesse kann es kaum gewesen sein; denn dazu war Braunschweig ein zu bedeutendes Objekt, dagegen spricht auch sein entschlossenes Vorgehen im folgenden. Vermutlich war er durch andere Verwicklungen gebunden. Der ‚Rat‘ dürfte von Anfang an auf eine Unterstützung durch Herzog Albrecht gerechnet haben; denn es zeigt sich, daß er für ihn gegen Herzog Heinrich Partei ergreift und daß dafür Herzog Albrecht den ‚Rat‘ gegen die ‚Gilden‘ unterstützt.

Am 12. Juli 1294 schickte Herzog Albrecht seinem Bruder Heinrich einen Brief <sup>27)</sup>. Er fordert darin von ihm sein Erbteil an Braunschweig. Für den Fall, daß ihm sein rechtmäßiges Erbe verweigert würde, droht er mit Feuer und Schwert.

Auf diesen Brief hin berät Herzog Heinrich mit den ‚Gilden‘, was zu tun sei: „Do hertoge Hinrik dusse breve läs, van stunt leyt he de twolfte unde ore gildemester to sick vorboden in de borch, unde radfragede myt one umme dussen breiff, wente he myt one unde se myt ome in eynem vorbunde seten, unde esschede se darinne to hulpe tigen synen broder“ <sup>28)</sup>.

Dieses „twolfte unde ore gildemester“ zeigt doch wohl, daß Herzog Heinrich mit den ursprünglich von den ‚Gilden‘ gewählten Zwölf beraten hat und nicht mit dem Zwölfer-Kollegium, das durch seine Schlichtung zu Stande gekommen war. Dafür, daß es sich um diese ersten Zwölf handelt, spricht auch die Tatsache, daß die Zwölf, ehe sie sich mit Herzog Heinrich einigen, mit dem „Rat“ Rücksprache halten. Bote berichtet ausdrücklich über diese Beratung zwischen den Zwölf und dem ‚Rat‘. Dabei vertritt der ‚Rat‘ den Standpunkt, die herzoglichen Brüder sollten sich vertragen, und man würde dann dem huldigen, der mit beider Einvernehmen Braunschweig erhalten würde <sup>29)</sup>. Dabei dürfte der ‚Rat‘ auf die Uneinigkeit der Brüder gerechnet haben, die seine Position gegenüber dem Herzogshaus bei den Verhandlungen über die Bedingungen, unter denen gehuldigt werden sollte, nur stärken konnte. Die Zwölf haben sich anscheinend diesem Standpunkt wider Erwarten angeschlossen. Das ist auffallend, weil sie bis dahin konsequent Herzog Heinrich gegen Herzog Albrecht und den ‚Rat‘ unterstützt hatten.

Überrascht und verärgert über dieses Ergebnis der Beratungen zeigten sich auch die ‚Gilden‘; sie akzeptierten den von den Zwölf und dem ‚Rat‘ ausgehandelten Standpunkt nicht <sup>30)</sup>. Die Zwölf fügten sich dem Willen der ‚Gilden‘, die nach wie vor rückhaltlos zu Herzog Heinrich standen. Es kommt wieder zu einem Auflauf bewaffneter Bürger

<sup>27)</sup> Chron. II S. 307.

<sup>28)</sup> Chron. II S. 307.

<sup>29)</sup> Ebd.: „se weren brodere unde weren dem lande to Brunswick like here, dat se sick under sick sulven vordrogen, welker dede dat lant to Brunswick behelde, deme wolden se huldigen.“

<sup>30)</sup> Chron. II S. 307: „Do dat de gildebroder horden, de lepen duller wiis uppe de strate in de huse dar de twolfte wonden, unde repen unde spreken: se hedden eynen heren, de hete hertoge Hinrik, den wolden se vor eynen heren hebben, unde synen broder nicht. se hedden se vor heren gesat, se wolden se wol wedder affsetten.“

beider Parteien. Tote oder Verletzte hat es diesmal anscheinend nicht gegeben. Bote berichtet, daß die Partei des ‚Rates‘ viel stärker gewesen sei als die der ‚Gilden‘. Das war wohl auch der Grund dafür, daß so schnell ein Friede für acht Tage vereinbart werden konnte.

Die Verbindung des ‚Rates‘ mit Herzog Albrecht trägt jetzt ihre Früchte. Herzog Albrecht kommt, wie es heißt, heimlich in die Stadt und geht auf das ‚Nigestadtradthus‘ zu dem ‚Rat‘. Bote berichtet dann weiter: „Dar trad de Rad myt der meynheyd by ome, unde bemanden de dore alle unde de anderen radthuse, so dat de gildebroder worden vorvert, dat se do nicht en wusten, wer se to hernesche dorsten ghan efte nicht. Doch lepen se uppe der strate eyn to deme anderen unde helden rad, so dat dar wart besproken, dat eyn iderman scholde tofreden syn: neymet scholde leyt scheyn . . .“<sup>31)</sup>.

Besonders bemerkenswert ist an dieser Textstelle der Hinweis darauf, daß der in der Neustadt tagende Rat die anderen Rathäuser besetzen ließ; auf diese Darstellung wird noch zurückzukommen sein, wenn es darum geht zu klären, wer die Gegner in ‚der schicht der gildemester‘ waren.

Herzog Albrecht fordert die Zwölf auf, vor ihm im Nigestadhus zu erscheinen. Die Zwölf folgen dieser Aufforderung, obwohl sie Herzog Heinrich gehuldigt haben. Johan Drake wird als Sprecher genannt. Herzog Albrecht macht den Zwölf einen Vorschlag zur gütlichen Einigung: „Alle dingk dat gescheyn were, dat scholden vorgetten sake wesen, over den breyff den se synem broder hertogen Hinricke gegeven hadden, den scholden se ome wedder to handen bringen, so wolde he neymet neyn leyd dōn“<sup>32)</sup>.

An diesem Angebot wird deutlich, daß das, was in der gesamten Literatur als ‚bewaffneter Aufruhr‘ gegen den Rat erscheint, gar nicht so sehr als freventlicher Rechtsbruch empfunden wird, daß etwa die Sühne dafür die erste Bedingung für eine Einigung wäre. Selbst von dem ‚angegriffenen Rat‘ kann sie nicht so empfunden worden sein; denn er hätte den Herzog, der mit seiner Unterstützung heimlich in die Stadt gelangt war und jetzt im Nigestadhus saß, sicher veranlassen können, als erstes eine Sühneforderung zu stellen, wenn das dem Rechtsdenken der Zeit entsprochen hätte.

Die Forderung des Herzogs, den Huldigungsbrief der ‚Gilden‘ an seinen Bruder Herzog Heinrich herbeizuschaffen, zeigt an, daß das Verhalten der ‚Gilden‘ gegenüber dem Herzogshaus als Rechtsbruch empfunden wird, sowohl vom ‚Rat‘ als auch von Herzog Albrecht. Recht und Friede sollten wieder hergestellt sein, wenn die ‚Gilden‘ den Brief brächten, den sie Herzog Heinrich ausgestellt hatten. Auch diese Tatsache wird von besonderem Gewicht sein, wenn es darum geht, die Gegner dieser ‚schicht‘ genauer zu beurteilen.

Die Zwölf erklären sich bereit, zu Herzog Heinrich zu gehen und den Brief zurückzufordern. Herzog Heinrich jedoch händigt ihnen den Brief nicht aus. Er habe ihn nicht da, sagte er, wolle ihn aber später zurückgeben. So kehren die Zwölf also unverrichteter Dinge von der Burg zurück. Der Sprecher Johan Drake muß als einziger den Ernst ihrer Lage erkannt haben. Mit einer Ausrede trennt er sich von seinen elf Begleitern und flieht mit dem Herzog und vierzig ‚gildemenne‘ aus der Stadt<sup>33)</sup>. Als die Elf zu Herzog

<sup>31)</sup> Ebd. S. 308.

<sup>32)</sup> Chron. II S. 308.

<sup>33)</sup> Chron. II S. 308.

Albrecht ohne den Brief zurückkehren, tritt das ein, was Johan Drake wohl befürchtet hatte. Herzog Albrecht nimmt die Elf in Gewahrsam und droht ihnen den Tod an für den Fall, daß er den Brief nicht bekomme.

Was hindert jetzt die Bürger, bewaffnet vor dem Herzog zu erscheinen, der doch ohne Heer in die Stadt gekommen war, und die Freilassung ihrer Sprecher zu fordern? Wenn es darum ging, bei dem ‚Rat‘ etwas durchzusetzen, hatten sie doch nicht gezögert, mit den Waffen in der Hand vor das Rathaus zu ziehen und der Forderung ihrer Sprecher auf diese Weise Nachdruck zu verleihen. Muß man nicht annehmen, daß die Bürgerschaft damit das Recht der Landesherrn respektierte und sich bei ihrem ‚bewaffneten Aufruhr‘ an ganz bestimmte Formen und innerhalb althergebrachter Grenzen zu halten bereit war?

Etwas dunkel und aus dem vorliegenden Material auch nicht recht zu klären bleibt die Haltung Herzog Heinrichs, der doch immerhin in der Burg saß, wenngleich diese Burg keine allzu starke Stellung bot, sobald die Bürgerschaft sich gegen sie erhob, weil sie inmitten der städtischen Weichbilde liegt. Von Herzog Heinrich wird berichtet <sup>34)</sup>, wie wir sahen, er sei mit Johan Drake aus der Stadt geflohen. Daß er seine Position in Braunschweig so schnell aufgibt, muß vor allem deswegen überraschen, weil doch seine Partei in der Bürgerschaft sich bis dahin als etwa gleich stark behauptet hatte. Möglicherweise gibt hier die Anwesenheit Herzog Albrechts den Ausschlag, der zwar ohne Heer gekommen war, aber wohl doch in der Lage gewesen wäre, mit Unterstützung des ‚Rates‘ seine Ansprüche auch mit Gewalt durchzusetzen.

In der Stadt hat sich jetzt das Blatt gewendet. Herzog Albrecht hält vom 1. August bis 1. Oktober in der Altstadt Gericht: „Unde clagede dusse elve an vor deve, dat se one hedden bestolen unde gerovet syn verlike erve. Dar eyn sentencien wart uppe gevunden, dat se worden geordelt to dem dode der pyne des galghen <sup>35)</sup>).

Die elf ‚Aufrührer‘ werden also nicht verurteilt, weil sie sich gegen den ‚Rat‘ erhoben haben, sondern weil sie sich mit ihrem Huldigungsbrief an Herzog Heinrich ein Recht angemaßt hatten, das ihnen nicht zukam. Weil sie einem Herrn gehuldigt hatten, der nach Ansicht Herzog Albrechts und nach Ansicht des ‚Rates‘ nicht rechtmäßiger Herr der Stadt war, werden sie verurteilt. — Von einem ‚absolut‘ regierenden Rat, der keine Widerrede duldet und jede Auflehnung mit dem Tode bestraft, ist in der Chronik keine Rede.

Mit der Vollstreckung des Urteils an den Elf ist der Streit, der zwei Jahre lang die Bürger beunruhigt hatte, endgültig entschieden. Der ‚Rat‘ huldigt Herzog Albrecht, ohne daß die ‚Gilden‘ oder Herzog Heinrich dagegen etwas unternommen hätten.

## 2. Die Gegner und ihre Beweggründe

Es sei noch einmal daran erinnert, daß es kein Zeugnis aus der Zeit dieser Unruhen gibt, aus dem die Kennzeichnung der Gegner als ‚Rat‘ und ‚Gildemeister‘ zu entnehmen wäre. Herman Bote hat aus einem Abstand von etwa 200 Jahren diese Darstellung ge-

<sup>34)</sup> Chron. II S. 308.

<sup>35)</sup> Ebd. S. 309. Die Namen der Verurteilten sind: Ludeleff Karnestaff van der molen, Clawes Becker, Johan Vulacker, Fredereck van deme verhove, Bertholt de stolte korsener, Johan Sösat, Hinrick Dungenbecke, Johan Lemmeken, Ludeleff Germens, Hermen Trampeleve und Diderick van Alvede. Von diesem letzten heißt es, daß er nicht wie die anderen gehängt wurde, ihm wurde das Haupt abgeschlagen, ‚wente he eyn olt man was‘.

geben und die Gegner dieses Kampfes als ‚Rat‘ und ‚Gildemeister‘ bezeichnet. Auf diese eine Chronikstelle berufen sich alle Historiker, die am Ende des 13. Jahrhunderts in Braunschweig einen Aufstand der Gilden gegen den Rat zu erkennen glauben.

Zwei Fragen erheben sich nun, die durch diese Interpretation der Boteschen Darstellung keine befriedigende Antwort finden:

1. Gegen welchen Rat richtete sich die Erhebung im Jahre 1293? Einen gemeinsamen Rat aller 5 Weichbilde hat es zu dieser frühen Zeit noch nicht gegeben<sup>36)</sup>. Wurde die ‚Ratspartei‘ also von einem Weichbildrat, von mehreren Weichbildräten oder von allen Weichbildräten gebildet?

2. Welche Gilden stehen hinter den zwölf Gildemeistern, die sich mit Herzog Heinrich verbinden? Eine Aktionsgemeinschaft aller Gilden ist durch nichts belegt und darüber hinaus wegen der Interessengegensätze gerade zwischen den verschiedenen Gilden ganz unwahrscheinlich.

Botes Bericht enthält nun einige Tatsachen, die durchaus eine genauere Bestimmung der streitenden Parteien zulassen:

1. Der ‚Rat‘ wird in Zusammenhang mit der ‚Meinheit‘ genannt. Die ‚Meinheit‘ geht bewaffnet auf die Straße, wenn es gilt, die Interessen der Partei zu vertreten, die Bote ‚den Rat‘ nennt.

2. Vom ‚Rat‘ heißt es, er habe auf dem Nigestadhus getagt, also dem späteren Sitz des Küchenrates, in dem der Bürgermeister der Altstadt den Vorsitz führte.

3. Herzog Albrecht, der auf Seiten ‚des Rates‘ steht und von ihm in die Stadt geholt wird, empfängt die ‚Gildemeister‘ im Nigestadhus und hält sein Gericht in der Altstadt.

4. Der ‚Rat‘ verweigert in dem Erbstreit zunächst die Huldigung und findet sich dann später dazu bereit; es ist also der Rat, in dessen Händen vornehmlich die Beziehung zum Landesherrn liegt.

Diese vier Tatsachen geben einen deutlichen Hinweis auf den Rat der Altstadt; denn in der Altstadt saßen die führenden Kaufmannsgeschlechter, die keiner Gilde angehörten, im Rat. Sie werden die Vertreter der ‚Meinheit‘ genannt. (Als ‚Meinheit‘ der Weichbilde werden nur die nicht in Gilden organisierten Bürger bezeichnet.) In keinem Weichbild waren die führenden Geschlechter als Vertreter der ‚Meinheit‘ so stark wie in der Altstadt. Wenn also die ‚Meinheit‘ für den Rat die Waffen ergreift und dem Aufgebot der Gilden etwa gleich stark gegenübersteht, so wird das vor allem die ‚Meinheit‘ der Altstadt gewesen sein, die für ihre Altstädter Ratsherren in Waffen auf der Straße stand.

Das Nigestadhus ist anscheinend seit altersher Ort der gemeinsamen Beratungen aller Weichbildräte in Angelegenheiten, die die ganze Stadt betreffen, gewesen. Als es nach der ‚schicht des rades‘ zum Sitz des Küchenrates gemacht wird, dürfte diese Tradition aus-

<sup>36)</sup> Gegen diese Tatsache ist nie ein ernsthafter Widerspruch erhoben worden. Zuletzt hat noch S p i e ß überzeugend dargestellt, wie sich erst am Ende des 14. Jahrhunderts ein Rat für die ganze Stadt durchsetzt und im Küchenrat sein entscheidendes Organ hat. Auf diese Entwicklung soll im Zusammenhang mit der ‚schicht des rades‘ eingegangen werden. Eine Zusammenarbeit der einzelnen Weichbildräte in früherer Zeit bei Dingen, die die ganze Stadt angingen, soll damit nicht bestritten werden. Gerade aus dieser Zusammenarbeit aber erwachsen die Differenzen, weil die Kompetenzen nicht klar abgegrenzt sind.

schlaggebend für die Wahl gerade des Nigestadhus gewesen sein. Bei den gemeinsamen Beratungen aller Weichbilde war der Rat der Altstadt tonangebend und letztlich entscheidend. Das wird noch deutlich bei der Zusammensetzung und ‚Geschäftordnung‘ des Küchenrates. Der Bürgermeister der Altstadt dürfte bei solchen gemeinsamen Beratungen aller Weichbildräte in früherer Zeit selbstverständlich den Vorsitz geführt haben, so wie er auch im Küchenrat grundsätzlich den Vorsitz führte. Der Einfluß der Altstädter Ratsherren im Nigestadhus reichte weit zurück. Wahrscheinlich waren zu dieser Zeit viele Altstädter Ratsherren gleichzeitig auch Ratsherren in der Neustadt. Daß Herzog Albrecht, der ‚Freund des Rates‘ und der ‚Feind der Gilden‘, in der Neustadt und in der Altstadt residiert und Gericht hält, ist doch ebenfalls bezeichnend für den Sitz der Partei, die ihn in die Stadt holte.

Angesichts der Tatsache, daß es ein in die Anfänge der Stadt zurückreichendes Recht vor allem des Altstädter Rates war, die Belange aller Weichbilde als gemeinsamer Stadt nach außen hin, vor allem dem Landesherrn gegenüber zu vertreten, weist auch die Verweigerung der Huldigung durch ‚den Rat‘ und schließlich die Huldigung ‚des Rates‘ speziell auf den Rat der Altstadt hin.

Nach dieser Überlegung scheint mir die Vermutung berechtigt, es habe sich bei der Ratspartei, die Bote einfach ‚den Rat‘ nennt, in ihrem Kern um die führenden Geschlechter der Altstadt und somit im besonderen um den Altstädter Weichbildrat gehandelt.

Wie bei der Ratspartei, so ist auch bei den ‚Gilden‘ auf Grund des Boteschen Berichtes eine genauere Bestimmung möglich:

1. Wenn es vor dem Nigestadhus zu Tumulten kommt, in deren Verlauf die ‚Gilden‘ von der Partei des Rates bedrängt werden, ziehen sie sich immer über die Hagenbrücke in den Hagen zurück.

2. Die Zwölf müssen sich bei wichtigen Entscheidungen mit den Gildemeistern beraten und sich deren Willen beugen.

3. Die Zwölf als Vertreter der Gilden werden von Herzog Heinrich als Verhandlungspartner so ernst genommen, daß er ihren Huldigungsbrief akzeptiert und dabei hofft, mit ihrer Hilfe die ganze Stadt für sich zu gewinnen.

Diese Tatsachen geben einen deutlichen Hinweis auf die Gilden aus dem Hagen. Daß sich die bedrängten Gilden in den Hagen zurückziehen, ist doch wohl ein Anzeichen dafür, daß sie auch von dort gekommen sind. Wenn man bedenkt, daß der Altstädter Rat im angrenzenden Sack ebenso bestimmend war wie in der Neustadt, so ist dieser Rückzugsweg für Hagener Gilden, die in der Neustadt von der ‚Meinheit‘ der Altstadt bedrängt werden, auch der einzig sinnvolle.

Es ist bezeichnend gerade für die Ratsherren, die über eine Gilde in den Rat gelangt sind, daß sie bei wichtigen Entscheidungen ihre Gilde befragen müssen. Da im Hagen die Ratsherren aus den vornehmen Gilden, insbesondere aus der Wandschneider-Gilde tonangebend sind, ist es charakteristisch gerade für den Hagener Rat, daß er sich der Zustimmung der Gilden vergewissern muß, bevor er eine wichtige Entscheidung trifft.

Wenn man sich schließlich fragt, wer denn neben dem Altstädter Rat als ernstzunehmender Verhandlungspartner für den Herzog in Frage kam, so stößt man nur auf den Hagener Weichbildrat. Die Rivalität zwischen Altstadt und Hagen geht auf die Grün-

2  
dungszeit zurück und führt im Laufe der Geschichte immer wieder zu Differenzen<sup>37)</sup>. Nur die vornehmen Gilden des Hagen können es wagen, den reichen Kaufmannsgeschlechtern der Altstadt entgegenzutreten. Da diese Gilden sich schon früh dem Fernhandel zugewandt haben<sup>38)</sup>, ergaben sich zwangsläufig Interessenskollisionen mit den Fernhändlern der Altstadt. Andererseits waren diese Familien durch den Handel reich und mächtig geworden, so daß ihr Wunsch, bei Beschlüssen über die ganze Stadt ebenso gehört zu werden wie die Kaufleute der Altstadt, nur zu verständlich ist. Dieses Streben dürfte besonders in den gemeinsamen Beratungen der Weichbildräte akut geworden sein. Die Hagener Gilden, insbesondere die Wandschneider, sind also der natürliche Rivale der Altstädter Kaufmannsgeschlechter und so der gegebene Verhandlungspartner für einen Landesherrn, der sich mit dem Altstädter Rat nicht über die Huldigung einigen kann.

Es gibt keine Argumente dafür, daß diesen vornehmen Gilden im Hagen der Zutritt zum Rat etwa versperrt gewesen wäre<sup>39)</sup>, im Gegenteil, wer anders als gerade die Vertreter dieser reichen und mächtigen Gilden hätte denn im Hagener Weichbildrat das entscheidende Wort haben sollen? Wenn es heißt, die Gildebrüder hätten zu den Zwölf gesagt: „se hedden se vor heren gesat, se wolden se wol wedder afsetten“, für den Fall nämlich, daß sie sich nicht nach dem Willen der Gilden richteten, so würde dem Sprachgebrauch nach gerade dieses „heren“ durchaus für Ratsherren zutreffen, die aus den Gilden kommen und von ihren Gildebrüdern aufgefordert werden, sich nach ihrem Rat zu richten<sup>40)</sup>.

Nach dieser Überlegung scheint mir die Vermutung gerechtfertigt, daß es sich in der Partei der ‚Gilden‘, wie Bote sie darstellt, in ihrem Kern um die vornehmen Gilden des Hagen, insbesondere um die Wandschneider-Gilde handelt und daß wegen der starken Stellung, die diese Gilde im Hagener Weichbildrat gehabt haben dürfte, dieser Hagener Rat die eigentliche Gegenpartei war.

Abschließend muß man sich bei der Betrachtung der Gegner in der ‚schicht der gildemester‘ wohl fragen, wieso denn Bote einfach von ‚Rat‘ und ‚Gilden‘ als den Gegnern spricht, obwohl doch gerade sein Bericht Tatsachen enthält, die bei genauer Betrachtung zeigen, daß es sich nicht einfach um einen Aufstand ‚der Gilden‘ der Stadt gegen ‚den Rat‘ der Stadt gehandelt haben kann. In folgender Überlegung wird seine Darstellungsweise jedoch verständlich.

Bei einem Aufruhr vor dem Nigestadhus lag für Bote der Gedanke an einen Aufruhr gegen den ‚Küchenrat‘, wie er zur Zeit Botes im Nigestadhus tagte, durchaus nahe. Daß es 1293 ein solches Kollegium, das unbestritten die ganze Stadt vertrat, noch gar nicht gab, hätte Bote, wäre er ein Historiker im modernen Sinne gewesen, zweifellos feststellen

<sup>37)</sup> Das wird besonders deutlich bei der viel besser zu belegenden Rolle, die die Hagener Gilden in der ‚schicht des rades‘ spielen.

<sup>38)</sup> Wie einzelne Gilden sich früh dem Fernhandel zuwenden und dadurch eine Macht und ein Ansehen erlangen wie die alten Kaufmannsgeschlechter, also mit den einfachen Handwerker-gilden gar nicht mehr auf eine Stufe gestellt werden können, zeigt im einzelnen für Braunschweig S p i e ß in seiner Arbeit: Fernhändlerschicht und Handwerkermasse. (Lit. Verz. 91a).

<sup>39)</sup> Zu der Behauptung, die mehrfach aufgestellt worden ist, den Gilden sei bis zur ‚schicht des rades‘ grundsätzlich der Zugang in den Rat versperrt gewesen, wird im Zusammenhang mit der ‚schicht des rades‘ Stellung genommen.

<sup>40)</sup> Chron. II S. 307.

können; er war aber eben Chronist seiner Zeit, und eine solche kritische Betrachtungsweise können wir von ihm überhaupt nicht erwarten. Wenn Bote aber den Küchenrat als das entscheidende Organ des ‚gemeinen Rates‘ der Stadt im Auge hatte, so wie er zu seiner Zeit existierte, dann war die einfache Bezeichnung ‚Rat‘ ohne nähere Kennzeichnung zutreffend. Hinzu kommt, daß Bote die Absicht hatte, in seinem ‚Schichtbuch‘ das Verwerfliche und Verderbenbringende eines Aufstandes gegen den Rat ganz allgemein darzustellen.

Damit ist wohl seine Bezeichnung der einen Partei als ‚Rat‘ zu verstehen. Warum nun nennt er die Gegenpartei ‚Gilden‘? Hier muß noch einmal betont werden, daß Bote nirgends behauptet, alle Gilden der Stadt seien gegen den Rat aufgestanden. So ist er oft verstanden worden, aber geschrieben hat er das nicht. Wenn Bote nicht bewußt war, welche Selbständigkeit der Weichbildrat des Hagen am Ende des 13. Jahrhunderts noch hatte, und wenn er davon ausging, daß der Hagener Rat selbstverständlich — wie zu seiner Zeit — im Nigestadhus in angemessener Weise vertreten war, dann wird verständlich, daß ihm nicht der Gedanke kam, der Hagener Rat könnte sich mit Herzog Heinrich gegen den im Nigestadhus tagenden Rat verbunden haben.

Da nun im Hagen von jeher die Gilden eine starke Stellung hatten im Gegensatz zur Altstadt, in der die ‚Meinheit‘ den Ausschlag gab, ist anzunehmen, daß die führenden Männer des Hagener Rates, die mit Herzog Heinrich verhandelten, Gildemeister waren und als solche auch in der Vorlage, die Bote benutzte, bezeichnet waren. Ebenso ist anzunehmen, daß die Masse der bewaffneten Bürger, die diese Männer unterstützte, Gildesbrüder waren, wieder im Gegensatz zur Altstadt, in der die Masse der den Rat unterstützenden Bürger zur ‚Meinheit‘ gehörte.

Da die einflußreichsten Altstädter Ratsherren keiner Gilde angehörten, wäre es also denkbar, daß Bote im Gegensatz zu ihnen ihre Gegner aus dem Hagen einfach als Gilden bezeichnete. Vor allem aber ist bei dieser Erörterung der Boteschen Bezeichnungen immer wieder das Ziel zu bedenken, das er mit seinem Werk verfolgte. Ihm ging es darum, seiner Darstellung dadurch größeres Gewicht zu verleihen, daß er soweit wie möglich in die Vergangenheit zurückgriff. Wenn ihm also aus dem 13. Jahrhundert ein Ereignis bekannt war, das sich in seine Konzeption einbeziehen ließ, was liegt dann näher, als daß er es in seinem Sinne schilderte und die Akzente so setzte, wie es seiner erzieherischen Absicht entsprach: für seine Zeit zu zeigen, wie es mit Aufrührern gegen den Rat, die das Recht brechen, schon immer ein böses Ende genommen hatte. Eine Auseinandersetzung zwischen zwei Weichbildräten war für ihn in diesem Zusammenhang von viel geringerem Interesse. Die Absicht, eine genaue Schilderung des Aufstandes und seiner Ursachen zu geben, tritt gegenüber seinem erzieherischen Ziel in den Hintergrund.

### 3. Zusammenfassung der Ergebnisse im Hinblick auf die ‚schicht des rades‘

So betrachtet erweist sich die These vom Aufstand einer unterdrückten ‚sozialen Schicht‘ oder ‚Klasse‘ als zutiefst fragwürdig. Selbst wenn man die hier versuchte Deutung des Boteschen Berichtes nicht anerkennen wollte, weil die Quellengrundlage allzu unsicher ist, so dürfte doch zumindest als erwiesen gelten, daß Botes Bericht keine Grundlage bietet für die These vom Aufstand ‚der Gilden‘ gegen ‚den Rat‘ als dem Aufstand einer unteren sozialen Schicht gegen eine darüberliegende. Auch auf ‚demokratische‘ Absichten der



„Gildemeister“ läßt dieser Botesche Bericht nicht schließen; denn daß die reichen Kaufleute aus dem Hagen neben den Kaufleuten aus der Altstadt eine angemessene Stellung im Stadtreghement erstreben, entspricht dem Geist ihrer Zeit.

Über die politischen Absichten der „Gildemeister“ berichtet Bote leider nur wenig. Ebenso wissen wir kaum etwas darüber, wie die Zeitgenossen über diesen Aufstand dachten. Dem Sinne von Botes Gesamtkonzeption würde es entsprechen, wenn sie als „schichtmeker“ wegen ihres Aufstandes gegen den Rat zum Tode verurteilt worden wären. Das entspräche auch der Vorstellung, daß die „herrschenden Geschlechter“ den Versuch, ihrer „absoluten Herrschaft“ Widerstand zu leisten, mit dem Tode bestrafen.

Bote selbst berichtet — wahrscheinlich getreu nach seinen Unterlagen — etwas anderes. Er berichtet, daß Herzog Albrecht die „Gildemeister“ deswegen zum Tode verurteilt habe, weil sie versucht hätten, sein Erbe zu rauben. Davon, daß sie ihre Stimme nicht gegen den Rat hätten erheben dürfen, ist in dem Urteil überhaupt nicht die Rede. Hier zeigt sich, daß die „Gilden“ mit ihrem Huldigungsbrief an Herzog Heinrich offenbar ihre Kompetenzen überschritten hatten. Dieses Eindringen in ein Recht, das ihnen nicht zustand, wird ihnen zum Verhängnis. Dem Rat verübelt es der Herzog anscheinend nicht, wenn er die Huldigung verweigerte, bis bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Er verhandelt mit dem Rat über die Huldigung. Es dürfte der übliche Gang der Dinge gewesen sein, daß eine so große Stadt wie Braunschweig erst huldigte, wenn ihre Forderungen vom Landesherrn erfüllt wurden.

Das Eingreifen der herzoglichen Brüder zeigt auch, daß dieser „Aufruhr in der Stadt“ nicht als rein innerstädtische Angelegenheit aufzufassen ist. Ferner ergibt sich, daß diesen Auseinandersetzungen Rechtsansprüche zu Grunde liegen, die die Worte „schicht“, wie Bote es meint, und „Aufruhr“, wie es in der neueren Literatur immer wieder auftaucht, als nicht zutreffend erscheinen lassen.

Die festen Formen, an die man sich bei diesem „Aufruhr“ hält, weisen eher auf eine erregte, aber geordnete politische Auseinandersetzung. Der Friede des Nigestadhus wird gewahrt, die Vermittlung Herzog Heinrichs wird angenommen, Herzog Albrecht hält schließlich ein Gericht, dessen Urteil durchgesetzt und allgemein anerkannt wird. Der Rechtsbruch, den „die Gilden“, vermutlich also der Hagener Rat, mit ihrer selbständigen Huldigung begangen haben, wird allgemein als solcher anerkannt; denn sie erklären sich bereit, sie rückgängig zu machen, und auch Herzog Heinrich erklärt sich grundsätzlich bereit, den Brief zurückzugeben, ist also von seiner Rechtmäßigkeit letztlich wohl auch nicht überzeugt.

Daß dieser „Aufruhr“ irgendwie nach einer Ordnung verlief, zeigt vor allem die immer wieder bewiesene Verhandlungsbereitschaft beider Parteien. Gerade daß die streitenden Parteien über ein Jahr lang in anscheinend ausgewogenem Kräfteverhältnis miteinander ringen, deutet doch darauf hin, daß sich einigermaßen gleichwertige Partner gegenüberstehen, denen gleichermaßen an Ruhe und Frieden in der Stadt liegt. Immer wieder ziehen sie die Regelung am Verhandlungstisch der Anwendung von Gewalt vor. Das gesamte Leben der Stadt scheint unter diesem Streit gar nicht so sehr gelitten zu haben, wie das doch bei einem tatsächlichen „Aufruhr“, der ein Jahr lang in der Stadt gewütet hätte, unzweifelhaft die Folge gewesen wäre.

Eine so geartete Auseinandersetzung ist doch nun aber viel eher denkbar, wenn zwei Weichbildräte um die entscheidende Stellung bei Entschlüssen kämpfen, die die ganze Stadt angehen, als wenn eine ‚untere soziale Schicht der Gilden‘, die bisher von jedem Regierungsgeschäft ausgeschlossen war und deswegen darin auch völlig unerfahren sein mußte, dem Rat seine Position in einem wilden ‚Aufruhr‘ streitig macht <sup>41)</sup>.

---

<sup>41)</sup> Im Zusammenhang mit dem I. Hauptteil dieser Arbeit sei ein an einem Beispiel gezeigt, wie zur Zeit des fürstlichen Absolutismus die hier behandelten Unruhen gesehen und dargestellt wurden. In der Schrift ‚Ausführlicher Wahrhafter Historischer Bericht‘ aus dem Jahre 1607 nimmt die Darstellung der ‚schicht der Gildemester‘ von den 4719 Seiten noch nicht einmal eine Seite ein. Es heißt auf S. 34 f.: ‚Anno 1294 ist in der Stadt Braunschweig eine gefährliche Empörung und Auffwiegelung entstanden, worauff Hertzog Albrecht zu Braunschweig als der Landesfürst zehen Gildemeister in der Stadt Braunschweig [sie werden namentlich genannt] so sich wider S. F. H. und den Raht alda muthwilliglich auffgelehnet am Galgen auffhencken . . . lassen‘. Der Herzog erscheint als Ruhe und Ordnung stiftender Landesvater, dem die Stadt für sein Eingreifen zu Dank verpflichtet sei. Davon, daß gerade die um das Erbe streitenden Parteien des Herzogshauses den Streit entfacht und geschürt hatten, findet sich hier nichts. Bezeichnend für das Quellenverständnis des Autors ist die Tatsache, daß er beispielsweise dem Wort ‚eldermann‘ nicht mehr zu entnehmen vermag, als daß es sich um einen alten Mann handelt habe.

Für das Verhältnis zwischen Landesherr und Stadt im 17. Jahrhundert ist dieses Werk, das als Antwort auf eine Flut von Kampfschriften gedacht ist, eine ergiebige Quelle. Für die frühere Zeit bietet es nichts, obwohl die Darstellung weit zurückgreift; aus diesem Grund wird das umfangreiche Werk, das zwischen den mittelalterlichen Chronisten und den Historikern des 19. Jahrhunderts liegt, im folgenden nicht weiter herangezogen.

1. Verlauf der Unruhen — ein Überblick von 1374 bis 1380

a) Die Fehde gegen den Erzbischof von Magdeburg

In der Zeit vor diesem schwersten Aufruhr, den Braunschweig im Laufe seiner Geschichte erlebte, hatte die Stadt für ihre Fehden hohe Beträge aufwenden müssen <sup>1)</sup>. Da die Folgen einer Fehde der unmittelbare Anlaß für den Ausbruch der Unruhen sind, lohnt es sich, einen Blick auf das Fehdewesen zu werfen, soweit es Braunschweig im Zusammenhang dieser ‚schicht‘ betrifft. Bei einer groben Unterscheidung stellen wir drei Gründe fest, aus denen Braunschweig immer wieder Fehden führt: Wenn es gilt, Rechtsansprüche an Pfandschlössern durchzusetzen und den Landbesitz außerhalb der Stadt zu schützen, wenn die Sicherheit des fahrenden Kaufmanns bedroht wird, oder wenn der Landesherr Hilfe heischt, dann bleibt dem Rat meist keine andere Wahl <sup>2)</sup>.

Fehl. Ansehen  
S. 310. 311.

Hänselmann kommt zu dem Schluß <sup>3)</sup>, daß die in diesem Zusammenhang entscheidende Fehde gegen den Erzbischof von Magdeburg „ein überstürztes Reiterstück war, das Werk eines Gelüstens, welches mit allen besseren Eingebungen bürgerlichen Geistes im schreienden Widerspruch stand“ <sup>4)</sup>. Dieses Urteil Hänselmanns ist sehr ernst zu nehmen, denn es ist aus voller Quellenkenntnis und nach sorgfältigem Abwägen gefällt <sup>5)</sup>. Erweist sich diese Beurteilung als zutreffend, dann trägt von vornherein der Rat die Hauptschuld an dem Ausbruch der Unruhen, dann hätte der Rat durch „Übermut“ und „Lust an Gewalttat“ selbst das Unheil heraufbeschworen, das am 17. April 1374 über ihn hereinbrach.

Hänselmann kommt zu seinem Schluß, weil Herzog Ernst, unter dessen persönlicher Führung die Fehde stattfand, zu dieser Zeit noch keine Herrenrechte über Braunschweig hatte, also nicht berechtigt war, Hilfe vom Braunschweiger Rat zu fordern. „Nach formellem Recht“, so schreibt er, „war die Stadt eben in jenen Tagen nur den Herzögen

<sup>1)</sup> Hänselmann geht auf diese Fehden in seinen Erläuterungen zu den Beilagen in Chron. I S. 285—312 im einzelnen ein.

<sup>2)</sup> Hänselmann sieht diese Ursachen, die den Rat in Fehden verwickeln, jedoch ist sein Urteil über das Fehdewesen allgemein, wie es bei der Behandlung dieser Fragen immer wieder hervorleuchtet, heute wohl als überholt anzusehen. Wir wissen, daß es nicht gerechtfertigt ist, einfach von „anarchischem Gewühl“ (Chron. I S. 301) oder „Faustrecht“ (ebd. S. 311) zu sprechen, wenn es darum geht, das Fehdewesen zu beschreiben und die Männer zu verstehen, die die Fehden führten. (Vgl. dazu Otto Brunner in „Land und Herrschaft“ S. 1—110, Friede und Fehde.) Der Auffassung Hänselmanns ist in diesem Punkte bisher nicht widersprochen worden; so schreibt z. B. Walter Mehl, der auf diese Frage eingeht, in „Die Braunschweiger Schicht von 1374 . . .“, nachdem er Hänselmann zitiert hat (S. 8): „Nur Lust an Streit überhaupt hatte den Rat, der keinerlei ernststen Grund zur Teilnahme hatte, auf die Seite des Herzogs Ernst gezogen, den die Quellen als Urheber des Ausritts zu bezeichnen scheinen“.

<sup>3)</sup> Ebd. S. 310.

<sup>4)</sup> Noch krasser formuliert S. 329: „War vollends die Niederlage am Elme durch die Rauf-  
lust der herrschenden Geschlechter verschuldet.“

<sup>5)</sup> Ebd. S. 302: „Das Maß von Schuld und Unglück, welches dem alten Rathe zu Braunschweig gesetzt war, ward durch die Niederlage am Elme zum Überschwang gebracht. Ein tragisch Verhängnis, wenn es ihn bei der Ausübung seiner Schirmpflicht erteilte. Ob dem wirklich so war, ob anders, wird an dieser Stelle zu untersuchen sein.“

Otto zu Göttingen und Albrecht zum Grubenhagen unterthan“<sup>6)</sup>). Im folgenden zeigt Hänselmann nun aber selbst, daß die verschiedenen Linien des Herzogshauses gerade zu dieser Zeit ihren Streit begraben hatten und gemeinsam gegen gemeinsame Gegner voringen<sup>7)</sup>, so daß also nichts dafür spricht, diese Fehde sei gegen den Willen der Herzöge Otto und Albrecht unternommen worden. Im Gegenteil, Hänselmann selbst kommt, nachdem er festgestellt hat, Herzog Ernst habe keine Herrenrechte über Braunschweig gehabt, zu dem Schluß: „daß er [Herzog Ernst] bei jener unglücklichen Ausfahrt wider die Magdeburgschen sich als Landesherr gebärden durfte“<sup>8)</sup>, weil er im Einverständnis mit seinen Brüdern handelte.

Wenn nun die Quellen zu dem Schluß führen, daß die Linien des Herzogshauses sich in bezug auf diese Fehde einig waren und alles dafür spricht, Herzog Ernst habe im Einverständnis mit Herzog Otto und Albrecht gehandelt<sup>9)</sup>, als er in diese Fehde zog, so ist die Tatsache, daß er „formalrechtlich“ in Braunschweig keine Herrenrechte hatte, von untergeordneter Bedeutung. Vor allem muß man bedenken, daß der Anspruch Herzog Ernsts auf Huldigung zu Recht bestand und von Braunschweig auch keineswegs bestritten wurde, wenn man sich auch zur Zeit dieser Fehde über die näheren Bedingungen der Huldigung offenbar noch nicht hatte einigen können. Wenige Wochen später, am 17. Mai, erfolgte die Huldigung Braunschweigs auch für Herzog Ernst<sup>10)</sup>.

Angesichts dieser Verhältnisse von einem „überstürzten Reiterstück“ zu sprechen, auf das sich der Rat vernünftigerweise nicht hätte einlassen dürfen, ist doch wohl nicht gerechtfertigt. Eine solche Beurteilung der Ratsherren und ihrer Handlungsweise wird dem Rat in dieser Situation grundsätzlich nicht gerecht, selbst wenn das harte Urteil Hänselmanns für einige Ratsherren zutreffend sein mag. Sicher hat Hänselmann recht, wenn er schreibt: „Dies eine jedoch erhellt zu voller Gewißheit: nur in dem Maße als er der Connivenz des Rathes sicher war, vermochte Ernst in Braunschweig zu gebieten; dem Rathe aufzuerlegen, was diesem zuwider gewesen wäre, stand in seiner Macht am wenigsten“<sup>11)</sup>. Jedoch mußte der Rat bedenken, wie sehr ein feindlich gesinnter Herzog der Stadt zu schaden vermochte. Sicher wäre zu dieser Zeit eine Belagerung der Stadt durch ihren Herrn, wie sie sich ein Jahrhundert später ereignete, überhaupt ein bewaffneter Angriff des Herzogs auf die Stadt undenkbar. Aber dennoch hatte der Herzog unzählige Möglichkeiten, sich an Braunschweiger Gut schadlos zu halten, wenn er einen Treubruch der Stadt für gegeben hielt, sei es an dem verstreuten Land- und Pfandbesitz, sei es am fahrenden Kaufmann. Der Stadt mußte also sehr viel daran liegen, mit dem Landesherrn und dem umliegenden Adel in Frieden zu leben. Auf diesen Frieden konnte der Rat aber nur rechnen, wenn er alle Verpflichtungen gegenüber dem Herzogshaus und dem Adel einhielt und sich bei der Auslegung seiner Verpflichtungen nicht allzu kleinlich zeigte. Eine Verfeindung mit Herzog Ernst konnte möglicherweise sehr viel schwerere Belastungen nach sich ziehen als die Beteiligung an dieser vergleichsweise gar nicht so bedeutenden

<sup>6)</sup> Ebd. S. 309. Er beruft sich dabei auf UB I, 51—53.

<sup>7)</sup> Ebd. S. 309/310.

<sup>8)</sup> Ebd. S. 310.

<sup>9)</sup> Ebd. S. 310, Anm. 3; auch Beilage 5, S. 410—459 (Die Stadt und ihre Herren während der Jahre 1344 bis 1388).

<sup>10)</sup> Ebd. S. 412.

<sup>11)</sup> Ebd. S. 310.

Fehde. Ihren üblen Ausgang konnte schließlich niemand voraussehen. Diese Fehde wäre wie viele andere auch schnell der Vergessenheit anheimgefallen, wenn nicht Herzog Ernst mit einer Anzahl Ritter und einigen der reichsten Bürger Braunschweigs in die Hände der Magdeburger gefallen wäre<sup>12)</sup>. Insofern mag man diesen Ausritt ein unbedachtes Reiterstück nennen, als die Braunschweiger leichtfertig die Stärke des Gegners unterschätzten und so den Herzog und einige der reichsten Bürger der Gefahr einer Gefangennahme aussetzten. Die hohen Lösegelder, die für diese Gefangenen gezahlt werden mußten, waren es dann ja erst, die das Unglück auslösten.

Grundsätzlich wird man also nach dem vorliegenden Material dem Rat nicht vorwerfen können, er habe gegen das Interesse der Stadt aus Lust am Streit oder aus bloßer Torheit gehandelt, als er sich bereiterklärte, auf Seiten Herzog Ernsts an einer Fehde teilzunehmen. In dem ausführlichsten zeitgenössischen Bericht über die ‚schicht‘, in der ‚hemelik rekenscop‘, wie auch in anderen Zeugnissen aus dieser Zeit wird dieser Vorwurf gegen den Rat tatsächlich auch nicht erhoben. Hänselmann versucht das Fehlen dieses seiner Meinung nach berechtigten Vorwurfs so zu erklären: „Unwillkürlich erweckt sie den Eindruck, als ob die Verfasser sich des kopflosen Zufahrens ihrer Vorgänger geschämt und dasselbe soviel an ihnen der Vergessenheit übergeben haben“<sup>13)</sup>. Gegen eine solche Rücksichtnahme des Schreibers spricht auch die rückhaltlose Offenheit, mit der er die finanzielle Misere der Stadt darstellt, die dem alten Rat keineswegs zum Ruhm gereichte.

Nach dem für Braunschweig so unglücklichen Ausgang der Fehde sah sich der Rat verpflichtet, für die Auslösung der Bürger, die im Dienste der Stadt in Gefangenschaft geraten waren, Sorge zu tragen. Nach schwierigen Verhandlungen einigen sich schließlich die Braunschweiger Unterhändler mit dem Erzbischof auf ein Lösegeld von 4000 Mark<sup>14)</sup>. Als die Unterhändler mit dieser Forderung zurückkehren, sieht der Rat keine Möglichkeit, diese Summe aufzubringen, ohne die Bürgerschaft erneut zu belasten. Diese außerordentliche Belastung ist das Streitobjekt, um das es in der Verhandlung am 17. April ging.

#### b) Der Ausbruch der Unruhen am 17. April 1374

Am Montag, dem 17. April 1374, morgens um 8 Uhr, hatten sich die Ältesten des ‚gemeinen Rates‘ in der Altstadt versammelt, um mit den Gildemeistern über die Erhöhung der Kornzise zu beraten. Konkreter Anlaß war das hohe Lösegeld, das der Rat an die Magdeburger zahlen sollte. Gegen Mittag war noch immer keine Einigkeit erzielt,

<sup>12)</sup> Ebd. S. 362. Schilderung der Niederlage am Elm.

<sup>13)</sup> Ebd. S. 311. Daß die ‚hemelik rekenscop‘ vor Fehden warnt und mahnt, sie wenn möglich zu vermeiden, bezieht sich wahrscheinlich weniger auf den Rat. Diese Stelle dürfte sich vor allem auf Fehden beziehen, die von einzelnen Bürgern verursacht werden, die dann die Hilfe des Rates für sich in Anspruch nehmen wollen. Auch Hänselmann weist auf diese Tatsache hin (S. 310, Anm. 4). Dort findet sich auch ein Hinweis auf das Ehteding, in dem solches Verhalten von Bürgern unter Strafe gestellt wird (UB I 44 §§ 2, 3; 128 § 3).

<sup>14)</sup> Eilhard von der Heyde, Hans Peperkeller, Eggeling van Strobecke und her Kort van Luthere werden als Unterhändler genannt. Einzelheiten über die Verhandlungen, die mit dem Beistand des Magdeburger Rates geführt wurden, finden sich in Chron. I S. 305 f. Belege ebd. Anm. 2. Nachdem der alte Rat gestürzt war, einigten sich auch die neuen Herren der Stadt Braunschweig sehr bald mit dem Erzbischof, ohne günstigere Bedingungen erzielen zu können. Sühnebrief: Stadtarchiv Braunschweig, A I, Nr. 254.

es herrschte aber die Ansicht, daß die Erhöhung der Kornzise unumgänglich sei. Die Gildemeister schienen wohl auch, jedenfalls zum Teil, bereit, den Rat dabei zu unterstützen. Über den Fortgang finden wir nun in der ‚hemelik rekenscop‘ folgenden Bericht <sup>15)</sup>:

„Unde se hadden sek suverken unde ffruntliken dar over gescheyden, unde eyn jowelk wolde eten gan. Dar under quam eyn ungheluckech mynsche, de makede eyn ghescrey unde sede den luden, de Rad hedde de gildemestere to den broderen unde wolden de dar beholden unde wolden on wat ledes don, des se doch nü en dachten unde unschuldech weren.“

Im ‚schichtboik‘ finden wir folgenden Bericht über den ersten zündenden Funken <sup>16)</sup>:

„Also begunden de gyldemestere myt dem Rade dar to kyvende, unde schickenden hemeliken in den Hagen unde lethten eyn rochte maken, dat dede eyn cleynsmed van deme Meymershove. Unde dat rochte wart myt dussen worden: wu dat de Rad de gyldemestere hedde to den broderen unde wolde se dar hemeliken entlyven.“

Übereinstimmend berichten alle Quellen, daß eine Volksmenge in den Straßen der Altstadt zusammenlief. Der Bericht Botes deutet darauf hin, daß sie überwiegend aus dem Hagen kam. Dafür spricht auch die Tatsache, daß sie speziell die Partei der Hagener Gildemeister ergriff, was noch im einzelnen gezeigt werden soll. Das besagt für sich noch nicht, daß es die Partei der Gilden schlechthin gewesen sei <sup>17)</sup>. So ein einheitliches Auftreten aller Gilden zusammen ist im Gegenteil unwahrscheinlich, dafür findet sich in der Überlieferung auch kein Anhaltspunkt. Bewaffnete Bürger, insbesondere wahrscheinlich aus den Hagener Gilden, kamen also angelaufen in der Sorge um das Leben ihrer Gildemeister, das, wie es hieß, bedroht sei. Woher dieses Gerücht kam, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß einige der Hagener Gildemeister die Hagener Bürgerschaft bewaffnet in die Altstadt vor das Rathaus rufen ließen, um ihren Forderungen durch diese ‚Demonstration‘ mehr Nachdruck zu verleihen, als sie sahen, daß sie gegen die Stimmen der Altstädter Ratsherren, die tonangebend im gemeinen Rat waren, nichts mehr ausrichten konnten.

Daß die Bürger bewaffnet vor dem Rathaus erschienen, um einer Forderung mehr Gewicht zu verleihen, ist an sich noch nichts Besonderes, wir kennen es schon aus den Berichten über die Verhandlungen während der ‚schicht der gildemester‘.

Jetzt aber durchbricht die aufgebrachte Menge die Schranken der Ordnung, sie stürzt sich auf das Haus des anscheinend besonders verhaßten Bürgermeisters der Altstadt Tile van dem Damme. Warum gerade er so verhaßt war, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen. Das Haus wurde aufgebrochen, Frau und Kinder wurden auf die Straße gezerzt und schwer mißhandelt, er selbst, ein sehr beleibter, kranker, alter Mann, konnte sich zunächst in einem Nachbarhaus verbergen. Sein Haus wurde geplündert und an-

<sup>15)</sup> Chron. I S. 137.

<sup>16)</sup> Chron. II S. 311.

<sup>17)</sup> H ä n s e l m a n n schildert den Ausbruch in Chron. I S. 330 ff. Im wesentlichen folge ich seiner Darstellung. Nur an den Stellen, an denen bei Hänselmann die Auffassung durchleuchtet, die Gilden als eine geschlossene untere Schicht hätten sich gegen den Rat als eine geschlossen darüberliegende Schicht erhoben, muß seine Darstellung einer Korrektur unterzogen werden. Da die Frage nach den Gegnern in einem besonderen Kapitel behandelt wird, soll hier darauf nicht näher eingegangen werden.

gezündet. Bald darauf fand man ihn. Unter Johlen und Schreien wurde er von der rasenden Menge in den Hagen zum Hause Ekermans<sup>18)</sup> geschleppt und dort an eine Säule gebunden.

Interessant ist nun die Haltung, die der Mitbürgermeister Cort Doring<sup>19)</sup>, der ganz in der Nähe wohnte, einnahm, als er von dem Unglück erfuhr, das seinem Amtsbruder drohte oder gerade widerfuhr. Die Quellen berichten, daß er keinen Finger rührte, um ihm zu helfen. Als der ‚hovetman‘ ihm meldet, was sich anbahnte, weigerte er sich, die Glocke läuten zu lassen, um die Bürger der Altstadt zu den Waffen zu rufen, obwohl der ‚hovetman‘ die Gefahr erkannt hatte und der Meinung war, man könne sie noch abwenden<sup>20)</sup>. Diese für Cord Doring wenig rühmliche Stelle ist in der ältesten Fassung des ‚schichtboik‘ nachträglich dick durchgestrichen<sup>21)</sup>. Manche andere Stelle noch deutet darauf hin, daß es nicht nur den Hagener Gilden, sondern auch Angehörigen der angesehensten Familien der Altstadt ganz gelegen kam, Tile van dem Damme so jäh seiner Macht beraubt zu sehen<sup>22)</sup>.

Was dann aber weiter folgt, spricht dafür, daß diejenigen, die den Aufruhr der Bürger veranlaßt und ihr Vorgehen gegen Tile van dem Damme zumindest geduldet hatten, die Kontrolle über das Geschehen verloren. Zügelloser Aufruhr greift um sich, und auch Cord Doring sollte nicht verschont bleiben. Auch er wurde in den Hagen geschleppt, nachdem die Aufrührer ihn in seinem Versteck aufgestöbert hatten. Mit einigen Leidensgenossen wird er im Haus des Klawes van Urde an eine Säule gebunden<sup>23)</sup>. In den Häusern mehrerer angesehener Familien tobt sich die Wut der Menge aus. Es gibt Berichte<sup>24)</sup> über grauenvolle Mißhandlungen von Frauen und Kindern. Rathäuser (welche ist nicht zu ermitteln) werden gestürmt, ihre Einrichtung verwüstet, die Kassen und Weinkeller geplündert. Fest steht aber auch, daß viele Bürger aus den angesehensten Familien unangetastet blieben und schon kurz nach diesen Ereignissen am Versuch einer Wiederherstellung der Ordnung mitarbeiteten.

Eine Sonderstellung nimmt die Altewiek ein. Der Lauf der Oker trennte dieses Weichbild vom Zentrum des Geschehens. Die Bürger schlossen die Tore und nahmen die Brücken auf. Der Aufruhr dehnte sich nicht auf die Altewiek aus. Es wird berichtet, daß die

---

<sup>18)</sup> Diesem Ekerman begegnen wir im Laufe der nächsten Zeit noch mehrmals als einem der rabiatesten Anführer dieses Aufruhrs; als sich die Verhältnisse jedoch wieder beruhigen, vermag er sich nicht mehr lange an führender Stelle zu halten.

<sup>19)</sup> Im ‚schichtboik‘ fälschlich Tile Doring genannt. Der richtige Name ist durch den Brief der Vertriebenen belegt. Hänselmann weist auf diesen Irrtum hin. Vgl. Chron. I S. 230, Anm. 4.

<sup>20)</sup> Chron. II S. 312: ‚Myt des kam de hovetman lopen myt anderen fromen luden unde sprak to Tilen Doringe, dat ome ghut duchte dat me an de clocke sloge unde hulpe kreghe: se wolden myt der goddes hulpe dem volcke wol sturen, wente dat hus brende ok sere, dat men dat vur jo lesschede.‘

<sup>21)</sup> Hänselmann vermutet, daß das ein Nachkomme Cord Dorings besorgt hat. Chron. I S. 332.

<sup>22)</sup> Bote weist immer wieder auf die Feindschaft unter den Geschlechtern hin: z. B. Chron. II S. 312.

<sup>23)</sup> Die genauen Umstände der Festnahme Cord Dorings bringt Hänselmann mit Belegen im einzelnen Chron. I S. 334.

<sup>24)</sup> Vgl. insbesondere die Klageschrift der Vertriebenen, abgedruckt Chron. I S. 347.

Bürger zu den Waffen griffen, um sich und ihren Rat zu schützen. Das ist bezeichnend für die Sonderstellung, die die einzelnen Weichbilde selbst in dieser Zeit noch einnehmen.

Der hemmungslose Aufruhr hat nur für wenige Stunden in der Stadt gewütet, dann zeichnet sich eine neue Phase ab.

### c) Die Todesopfer der ‚schicht‘

In dieser zweiten Phase der ‚schicht‘ wird, wenn auch noch schwach, das Bemühen spürbar, den weiteren Verlauf innerhalb eines rechtlichen Rahmens zu halten. Dieses Streben der Aufrüher, auf dem Boden des Rechts bleibend zu handeln, ist in den Quellen schwerer faßbar als die erste Phase des hemmungslosen Aufruhrs; da wir uns im wesentlichen auf Zeugnisse von Schreibern stützen<sup>25)</sup>, die zum vertriebenen Rat gehören oder ihm zumindest nahestehen, ist das nicht verwunderlich. Diese Schreiber bemühen sich darum, die völlige Rechtlosigkeit der ‚schichtmeker‘ aufzuzeigen; um so sorgfältiger müssen wir danach suchen, ob sich Rechtsgrundlagen für das Vorgehen der ‚schichtmeker‘ finden und ob sie sich eventuell bemühten, ‚gerecht‘ zu handeln.

Dem in der Klageschrift erhobenen Vorwurf der Vertriebenen, daß in der Stadt jetzt Räuber und Mörder das Regiment führten, steht jedenfalls ein Rechtfertigungsversuch der beschuldigten Gilden gegenüber<sup>26)</sup>. In diesem Brief heißt es, was der alte Rat getan habe „was weder de vriheyte der stadt, der ghilden unde der gantzen meynheyt“. Dem alten Rat wird ein Rechtsbruch vorgeworfen und somit die Schuld an den Geschehnissen aufgebürdet: „dar de Rad alle ghilde unde de meynheyt to Brunswig medde vorunrechtet unde beswaret hadde, is deme Rade disse schicht wedervaren.“ Den Vorwurf, Räuber und Mörder zu sein, weisen die Gilden entschieden zurück: „Unde dit is gheschen openbar mid ordelen unde vor gerichte: des don se sere unrechte alle dejene, de us dar umme vor mordere halden willet.“

Das vorliegende Material gestattet es nicht, die Frage eindeutig zu klären, ob Tile van dem Damme und Hansen van Himstede auf dem Hagenmarkte von der rasenden Menge unter Hohn und Spott erschlagen wurden, oder ob ihrem Tod ein, wenn auch noch so kurzes, Gerichtsverfahren vorausgegangen ist<sup>27)</sup>. Der Gedanke an ein Handhaft-Verfahren liegt nahe; denn warum brachte man sie erst auf den Hagenmarkt und erschlug sie nicht sofort auf der Straße vor ihren Häusern? Das Verwüsten und Abbrennen ihrer Häuser, das dem heutigen Leser zunächst wie ein Akt völligen Unrechts erscheinen mag, liegt durchaus im Rahmen einer zu jener Zeit möglichen Strafe für ein begangenes schweres Unrecht. Zudem muß man sich fragen: warum nehmen die Gilden in ihrem Brief den Tod dieser Männer auf sich und suchen ihn zu verantworten? Die Schreiber dieses Briefes mußten doch das Gefühl haben, im Recht zu sein; denn sonst hätten sie viel besser geschwiegen oder aber ihre Unschuld am Tod dieser Männer beteuert.

Ebenfalls nicht ganz zu klären sind die Umstände, unter denen Herman van Gustede und Hennig Luzeken sowie Hans van Gottinge und Brun van Gustede gestorben sind. Jedenfalls sind sie auf einer Art Umzug enthaupet worden. Schon Hänselmann weist

<sup>25)</sup> Briefe der Vertriebenen, ‚hemelik rekenscop‘, ‚schichtboik‘.

<sup>26)</sup> Chron. I S. 350 f.

<sup>27)</sup> Auch Hänselmann zieht diese Frage Chron. I S. 336 in Erwägung, ohne näher darauf einzugehen.



darauf hin, daß sie nach der Darstellung der Vertriebenen mit Äxten und Schwertern erschlagen wurden, während die Darstellung des ‚schichtboiks‘ mehr an eine Hinrichtung erinnert<sup>28)</sup>. Ausgehend von der Tatsache, daß Bote sich im allgemeinen ziemlich zuverlässig an seine Vorlagen hält, wird man dem Bericht der Zeitgenossen und eventuell sogar Augenzeugen unter den gegebenen Umständen nicht unbedingt den Vorzug geben können. Den Vertriebenen mußte es darauf ankommen, das Vorgehen ihrer Gegner so frevelhaft wie nur möglich darzustellen; denn sie wollten den Ausschluß der jetzigen Herren Braunschweigs aus der Hanse erreichen.

Bei den bisher genannten Opfern der ‚schicht‘ können wir, wenn auch mit gutem Grund, auf ein Gericht nur indirekt schließen. Von dem Gericht, das über Cord Doring und Ambrosius Sunneberge, die beiden letzten Opfer am Freitag, dem 21. April, also vier Tage nach Beginn der Unruhen gehalten worden ist, enthält das ‚schichtboik‘ einen Bericht: „Des negesten fridages darna do togen se echt myt twen borgermesteren in de Oldenstad vor dat gerichte, unde clageden over se . . . unde worden vorordelt to deme dode“<sup>29)</sup>. Diesem Bericht Botes wird man um so eher folgen dürfen, als am fünften Tage die erste Wut verbraucht war und somit ein Totschlag ohnehin unwahrscheinlich ist.

Da die Stadtbücher zur Zeit des Aufruhrs nicht weitergeführt werden, besagt es nichts, daß sich darin keine Notiz über diese Todesurteile findet. Man wird, obwohl der Beweis mit letzter Sicherheit nicht erbracht werden kann, damit rechnen dürfen, daß dem Tod dieser angesehenen Ratsmitglieder ein Gericht vorausgegangen ist.

Acht angesehene Bürger haben in diesem Aufruhr ihr Leben verloren, sie werden als die einzigen Opfer beklagt, und da die Vertriebenen keinen Anlaß hatten, die Bluttaten der Aufrührer geringer darzustellen, als sie waren, werden diese acht wohl auch die einzigen Todesopfer dieser ‚schicht‘ gewesen sein. Mit der Hinrichtung am Freitag hörte also das Blutvergießen auf. Das Unglück, das die Stadt betroffen hatte, zeigte sich jetzt aber erst in seinem ganzen Ausmaß.

#### d) Die Vertriebenen und die neuen Herren der Stadt

Um sich dem Zugriff der aufgebrachten Bürger zu entziehen, hatte viele Angehörige der angesehenen Geschlechter in wilder Flucht die Stadt verlassen; viele hatten sich in den ersten Tagen verborgen gehalten und verließen dann die Stadt, andere wieder wurden von den neuen Herren aus der Stadt gewiesen<sup>30)</sup>. Sie alle fanden bereitwillige Aufnahme in den befreundeten Hansestädten, vor allem in Lüneburg, Lübeck und Hamburg.

<sup>28)</sup> Vgl. Chron. I S. 336, Anm. 1 bis Anm. 5.

<sup>29)</sup> Chron. II S. 314. Um die einzelnen Hinrichtungsszenen haben sich in späterer Zeit ins einzelne gehende Geschichten gerankt, die beweisen, wie sehr die Vorgänge bis in die Neuzeit hinein Chronisten und Leser beschäftigten.

Am Donnerstag war ein Brief Kaiser Karls eingetroffen mit der Mahnung, von Mord und Ungericht abzulassen (dazu Hänselmann Chron. I S. 337). Hänselmann vertritt die Meinung, daß dieses Gericht nur, um den Schein zu wahren, gehalten wurde. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß der Brief darauf hindeutet, daß sich die Gilden tatsächlich im Recht fühlten.

<sup>30)</sup> In den Stadtbüchern der folgenden Jahre finden sich mehrere Verzeichnisse von Verfesteten (Lib. proscr. et jud. remed.).

Zunächst schienen Flucht und Verfestung den neuen Herren der Stadt auf zweierlei Weise von Vorteil zu sein. Einerseits waren sie die verhaßten Gegner los und brauchten deren Einfluß in der Stadt nicht länger zu fürchten, andererseits fielen große Vermögenswerte an die Stadt, die den neuen Herren zunächst das Regieren erleichterten. Beides jedoch sollte sich im Laufe der Zeit als verderbenbringend erweisen. Mit den Vertriebenen hatte die Stadt den größten Teil der Männer verloren, die durch ihre Beziehungen nach außen die Politik der Stadt gegenüber dem Landesherrn, dem umliegenden Adel und den anderen Städten bestimmt hatten. Das von der Stadt eingezogene und dann wieder ausgegebene Vermögen sollte sich schließlich als das größte Hindernis für eine Versöhnung erweisen, weil damit Tatsachen geschaffen waren, die sich auch bei gutem Willen nicht mehr rückgängig machen ließen.

Noch in der ersten Woche des Aufruhrs bildete sich ein neuer Rat; anscheinend zunächst ohne feste Form, übte ein Kollegium von Anführern des Aufruhrs die Funktion des Rates aus. Meister Ludolf, Eggeling Capellen, Hans Ekerman, Hennig v. Kemme, Bert Kannegetere, Clawes v. Urde, Hans Albrechtes, Bertold v. Osterode, Herman Scheveben, Eggeling Schallinges, Jan Grotejan, Hans Meyse Vater und Sohn, Brandenburg, Engelmstede, de rike Clawes, v. Gilzem und Tile v. Odelem sind uns als Mitglieder dieses ersten Rates überliefert<sup>31)</sup>. Eine Überprüfung der Ratslisten aus den Jahren vor dem Aufruhr, für die immerhin etwa<sup>32)</sup> 70 Namen zur Verfügung standen, hat ergeben, daß bis auf Eggeling Schallinges keiner dieser Männer als vor dem Aufruhr zum Rate gehörend zu belegen ist. Ein Eggeling Schanleghe<sup>33)</sup> wird 1370 im Hagen genannt; möglicherweise ist er identisch mit dem hier genannten Eggeling Schallinges.

Ein Blick auf diesen Rat zeigt uns, daß für keine der streitenden Parteien aus den Geschlechtern dieser Aufruhr günstig ausgegangen ist. Dadurch, daß im entscheidenden Moment keine der Parteien die offenbar allgemeine Empörung zu beruhigen vermochte, war der Aufruhr wie eine Lawine über alle führenden Männer des alten Rates gerollt. Für die nächsten Monate regieren in der Stadt die Männer, die auf dem Höhepunkt des Aufstandes die Führung an sich gerissen hatten. Ratslisten wie in früherer und in späterer Zeit werden in diesen Monaten nicht geführt. Im Schichtbuch werden lediglich Bürger in der Funktion von Ratsherren genannt.

---

<sup>31)</sup> S p i e ß nimmt in seine ‚Ratslinie‘ nur Meister Ludolf, Eggeling Capellen, Hans Ekerman, Hennig v. Kemme, Bert Kannegetere, Clawes v. Urde, Hans Albrechtes, Bertold v. Osterode, Hermann Scheveben, Eggeling Schallinges und Jan Grotejan auf. Durch die Urkunde A I, Nr. 256 sind aber außerdem Hans Meyse Vater und Sohn als zum Kollegium dieser Herren gehörig belegt. Das Schichtbuch nennt ferner ausdrücklich als zum neuen Rat gehörig: de Brandenborge, de Engelemsidde, de riken Clawese, de Gylsem und Tile van Odelem. Im Schichtbuch fehlen jedoch eine Reihe von Namen, die anderweitig sicher belegt sind. Der im Schichtbuch genannte Kyppelde ist identisch mit dem Eggeling Capellen, wie H ä n s e l m a n n gezeigt hat (Chron. I S. 342 Anm. 31 u. II S. 315).

<sup>32)</sup> Genau läßt sich die Zahl nicht nennen, da es in einigen Fällen zweifelhaft ist, ob die Träger gleichen Namens identisch sind und ob abweichend geschriebene, aber ähnlich klingende Namen dieselbe Person bezeichnen. (Vgl. dazu das in Anm. 31 angeführte Beispiel von: Capellen, Kyppelde.) Dazu: S c h a r f, Winfried: Personennamen nach Braunschweiger Quellen des 14. Jahrhunderts.

<sup>33)</sup> B I 19 Bd. 7 S. 127’.

Das politisch unkluge Verhalten der neuen Herren bestätigt die These, daß es sich um Männer handelt, die von dem Regiment einer Stadt wenig verstehen und völlig unerfahren in ihrer Position sind. Dennoch muß man diesem neuen Rat den guten Willen zubilligen, in der Stadt den Frieden zu sichern. Nachdem ein Teil der angesehenen Familien aus der Stadt vertrieben war, ließ man andere ebenso angesehene Familien offenbar unbelästigt, wenngleich man sie auch zunächst von aller Einwirkung auf das Stadtreghment ausschloß.

#### e) Das Eingreifen der Hanse

Die aus der Stadt vertriebenen Bürger suchen Schutz und Hilfe in den befreundeten Hansestädten<sup>34</sup>). Ihre guten Beziehungen zu diesen Städten werden deutlich in der schnellen Reaktion der Hanse. Am 21. Mai liefen auf dem Hansetreffen in Lübeck Briefe aus Lüneburg, Hannover, Minden und Hameln wegen des Aufruhrs in Braunschweig ein<sup>35</sup>). Man beschloß, den aus der Stadt Vertriebenen Unterstützung bei der Erlangung ihres Rechts zu gewähren. Ein Schreiben an den neuen Braunschweiger Rat wurde verfaßt, in dem man den Aufrührern droht, sie aus des Kaufmanns Gerechtigkeit auszuschließen, ihnen freies Geleit und Sicherheit zu entziehen, allen Hansestädten jede Gemeinschaft mit ihnen zu untersagen und die Schuldigen zu richten, wo immer man sie treffen würde.

Mitte Juni verhandelten Abgesandte des neuen Braunschweiger Rates mit Lüneburger Ratsherren unter Vorsitz Herzog Albrechts, ohne jedoch irgendeinen Erfolg zu erzielen. Am 25. Juli war in Stralsund der Braunschweiger Aufruhr der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung eines weiteren Hansetreffens. Ein neues Warnschreiben an „den Rat, der sich selbst für einen Rat gesetzt hat“ wird verfaßt<sup>36</sup>). Die Herren von Lübeck, Hamburg, Lüneburg und anderen Städten fordern die Braunschweiger auf, zu einem Tage zu erscheinen, auf dem Recht gesprochen werden sollte zwischen den Streitenden. Ein Rundschreiben erging außerdem an alle Hansestädte, in dem die Lage in Braunschweig geschildert wird und die Maßnahmen vorgeschlagen werden, die ergriffen werden könnten, wenn die Braunschweiger nicht zu dem anberaumten Tage erscheinen würden oder nicht bereit wären, die Vertriebenen wieder in ihre Rechte einzusetzen<sup>37</sup>).

---

<sup>34</sup>) Dazu H. R. II, 89 und Chron. I S. 346 (die aus Braunschweig Vertriebenen berichten den Hansestädten über die Vorfälle in Braunschweig und bitten um Rechthilfe). Zur allgemeinen Orientierung des Verhältnisses Braunschweigs zur Hanse: Werner Spieß: Braunschweig als Hansestadt (Lit. Verz. 100). — Heinrich Mack: Das Niedersächsische Quartier der Hanse im 16. Jahrhundert (Lit. Verz. 58). — Derselbe: Handelsbeziehungen zwischen Braunschweig und Hamburg im 14. Jahrhundert (Lit. Verz. 59). — Ulrich Kleist: Die sächsischen Städtebünde zwischen Weser und Elbe im 13. und 14. Jahrhundert (Lit. Verz. 51).

<sup>35</sup>) Chron. I S. 349.

<sup>36</sup>) Ebd. sowie Hans. UB IV Nr. 472 und H. R. 2 Nr. 79.

<sup>37</sup>) Hans. UB IV Nr. 473 und H. R. 2 Nr. 80 und 3 Nr. 58 (Im folgenden habe ich auch immer das Hansische Urkundenbuch zitiert, weil dort der gesamte hansische Schriftverkehr zu diesen Ereignissen am übersichtlichsten angeführt ist. Hier finden sich auch Hinweise auf alle bis dahin erschienenen Editionen. Der Text selbst ist meist in anderen Urkundenbüchern oder Beilagen zu den Braunschweiger Chroniken ausführlicher gebracht.) Eine Antwort von Dortmund auf dieses Rundschreiben ist erhalten, in der sich Dortmund mit den Beschlüssen des Städtetages einverstanden erklärt. Hans. UB IV Nr. 474.

Die Braunschweiger erscheinen auf dem anberaumten Tage nicht und kommen auch nicht zu anderen Terminen, die noch mehrmals vorgeschlagen werden<sup>38)</sup>. Da macht die Hanse ihre Drohungen wahr und stößt die Braunschweiger Kaufleute aus ihrer Gemeinschaft aus<sup>39)</sup>. Das hat schwere Folgen für die Stadt, obwohl man nicht überall konsequent diesem Beschluß Folge leistete<sup>40)</sup>.

Der neue Rat geriet bald in ärgere finanzielle Bedrängnis als der alte Rat. Viele Kaufleute kündigten Braunschweig ihre Bürgerschaft auf, weil sie darin die einzige Möglichkeit sahen, ihr außerhalb lagerndes Gut zu retten.

Schon zu Ostern 1375 gab es ein vernehmliches Murren in Braunschweig auch gegen den neuen Rat, weil die Lasten, die er den Bürgern auferlegte, immer schwerer wurden. Von allen Seiten wurden der Stadt Fehdebriefe zugeschickt. Immer teurer wurde der Schutz. Nur in den guten Beziehungen, die die ehemals führenden Familien, von denen ja ein Teil in der Stadt geblieben war, zu dem umliegenden Adel hatten, lag eine Möglichkeit, der Stadt in ihrer Bedrängnis zu helfen. So wurde aus dieser Not heraus schon bald eine deutliche Tendenz zur Versöhnung spürbar. Aber es dauerte noch gut zehn Jahre, bis der Frieden wiederhergestellt war. Die größte Schwierigkeit bestand darin, daß der neue Rat einen großen Teil der Güter der Vertriebenen als Bezahlung für Schutzdienste an Adlige in der Nachbarschaft vergeben hatte und jetzt, selbst wenn er gewollt hätte, die Vertriebenen nicht wieder in ihre Rechte einsetzen konnte.

Der Beschluß, Braunschweig aus der Hanse auszuschließen und jeden Handel mit Braunschweiger Kaufleuten zu untersagen, wurde zwar erst im Sommer 1375 endgültig durchgesetzt, aber schon im Sommer 1374 sagten Braunschweiger Bürger dem Rat ihre Bürgerschaft auf<sup>41)</sup>, um ihr auswärts lagerndes Gut zu retten. Die Hilfe der Hanse für die Vertriebenen wurde also schon sehr viel früher wirksam, als das Datum des endgültigen Beschlusses vielleicht vermuten ließe. Der neue Braunschweiger Rat scheint mit den bedrängten Kaufleuten seiner Stadt ein Einsehen gehabt zu haben. Eine große Anzahl von Eintragungen in den Degedingebüchern dieser Zeit zeigt, daß er, wenn auch schweren Herzens, seine Zustimmung zu den Bürgerschaftsaufsagen gegeben hat.

Die Gefahr, die dem neuen Rat von der Hanse drohte, versuchten die Braunschweiger Gilden von Anfang an dadurch abzuwenden, daß sie an die Gilden der befreundeten Städte Briefe richteten mit der Bitte, den eigenen Rat von Unternehmungen gegen Braunschweig abzuhalten<sup>42)</sup>. Sie versuchten die Vertreibung des Rates zu rechtfertigen. Die neuen Herren der Stadt erklärten sich auch bereit, vor einem Gericht ihrer Herrschaft, also vor dem Herzog, mit den Vertriebenen einen Frieden zu schließen. Vor einem Gericht der Hansestädte zu erscheinen, lehnten sie jedoch ab. Diese Haltung könnte zu dem Schluß führen, die neuen Herren wären mit dem Herzog besonders verbunden gewesen, wie etwa die Gildemeister 1292 mit Herzog Heinrich in der ‚schicht der gildemester‘. Dagegen spricht aber zweierlei:

<sup>38)</sup> Hans. UB IV Nr. 478; Chron. I S. 353; Lüb. UB 4 Nr. 244.

<sup>39)</sup> Hans. UB IV Nr. 499; Sud. 5 Nr. 58; H. R. 2 Nr. 93.

<sup>40)</sup> Chron. I S. 355; gestützt auf Sud. V Nr. 64.

<sup>41)</sup> Zum Beispiel Slanstidde am 16. September 1374 im Gedenkbuch B I, 2 : 1 S. 34 Abs. 4. Diese Aufsagen häufen sich aber vom Herbst 1375 ab. Ebd. S. 36. Das Beispiel Slanstidde führt auch Hänselmann Chron. I S. 355 an.

<sup>42)</sup> Hans. UB IV Nr. 475; voller Text Chron. I S. 350; vgl. auch S. 345 Anm. 2.

1. Als Herzog Albrecht von Grubenhagen am Dienstag, dem 18. April, oder Mittwoch, dem 19. April, also unmittelbar nach dem Umsturz Einlaß in die Stadt begehrt, um den Frieden wiederherzustellen, werden ihm von den neuen Herren die Tore nicht geöffnet. Er muß unverrichteter Dinge abziehen<sup>43)</sup>.

2. In einem Schreiben an die Hansestädte vom 24. Juni 1377 beklagt sich Herzog Albrecht von Grubenhagen wegen der Nichterfüllung der ihm versprochenen Genugtuung durch den neuen Rat von Braunschweig<sup>44)</sup>. Er ersucht die Hanse um strengeren Vollzug der gegen die Stadt beschlossenen Maßregeln.

Das deutet beides darauf hin, daß die Beziehungen zwischen dem neuen Rat und dem Herzogshaus nicht zum besten standen<sup>45)</sup>. Wenn nun der neue Rat das herzogliche Gericht einem Gericht der Hansestädte dennoch vorzog, dann wohl nur deswegen, weil der Herzog als ein sehr viel schwächerer Gerichtsherr die Durchsetzung eines harten Richterspruches doch nicht hätte erzwingen können, wogegen die Hanse sehr wohl in der Lage war — wie die Entwicklung zeigt — auch einem harten Richterspruch Geltung zu verschaffen. Aus demselben Grunde und nicht aus einem besonderen Mißtrauen gegen den Herzog werden die Vertriebenen das Gericht der Hanse dem herzoglichen Gericht vorgezogen haben.

Der Versuch der Gilden, durch ihren Brief ein Vorgehen der Hanse gegen Braunschweig zu verhindern, schlug fehl. Die Gilden der befreundeten Städte hatten den Brief ihren Räten übergeben<sup>46)</sup>, es ist aber nicht bekannt, daß sie versucht hätten, die Aktion gegen Braunschweig zu verhindern<sup>47)</sup>.

Eine Fülle von Zeugnissen weist darauf hin, wie der Umsturz in Braunschweig die Hansestädte in den folgenden Jahren beschäftigt hat. Es hat auch nicht an Bereitwilligkeit gefehlt, vor allem bei den weiter entfernten Städten, die neuen Herren von Braunschweig als Rat anzuerkennen, sofern sie sich mit den ‚Seestädten‘ vertragen könnten<sup>47a)</sup>. Lübeck,

<sup>43)</sup> Chron. I S. 350.

<sup>44)</sup> Hans. UB IV Nr. 491.

<sup>45)</sup> Dazu auch Chron. I S. 335, 358, 363 (der Herzog setzt sich für den alten Rat ein).

<sup>46)</sup> Chron. I S. 354; Lüb. UB IV Nr. 243; Hans. UB IV Nr. 483. Der Lübecker Rat, von den Lübecker Gilden über das Schreiben der Braunschweiger Gilden in Kenntnis gesetzt, weist in einem Schreiben an die Braunschweiger Gilden den Vorwurf, unrecht zu haben, zurück.

<sup>47)</sup> Die These von Walter Mehl, daß die Unruhen in den von ihm behandelten Städten (Lübeck, Nordhausen, Stade, Hamburg) durch die Vorgänge in Braunschweig direkt verursacht worden wären, vermag nicht zu überzeugen. Eine eingehende Untersuchung müßte zeigen, was im Einzelfalle die Unzufriedenheit mit dem jeweiligen Regiment des Rates ausgelöst hat. Da die Herrschaftsstruktur in allen behandelten Städten ähnlich, im Grunde gleich ist, nimmt es nicht wunder, wenn die Städte zur selben Zeit vor ähnlichen Problemen stehen. Ein gewisser Einfluß des Braunschweiger Vorbildes soll nicht bestritten werden. Die Braunschweiger ‚schichtmeker‘ aber als Vorkämpfer einer sich ausweitenden Bewegung darzustellen, führt zu weit. Mit dem von Mehl vorgelegten Material ist eine Urheberschaft der Braunschweiger Gilden an den Unruhen in den genannten Städten jedenfalls nicht zu erweisen.

<sup>47a)</sup> So mahnt zum Beispiel Köln in einem Schreiben vom 27. Oktober 1374 den neuen Rat, den Seestädten gegenüber nachgiebig zu sein, da es sonst gezwungen sei, die Beschlüsse der Hanse gegen Braunschweig zu unterstützen (Hans. UB IV Nr. 480). — Hildesheim wendet sich an Hannover und will bei dessen Teilnahme ebenfalls mit dem Braunschweiger Rat in besondere Verhandlungen eintreten (Hild. UB II Nr. 381; Hans. UB IV Nr. 484). Dieser Vermittlungsversuch ist offenbar ohne Erfolg geblieben.

Hamburg und Lüneburg sind es vor allem, die die Forderungen der Vertriebenen unterstützen.

Hildesheim ist von der Verhansung Braunschweigs in seinem Handel wohl am stärksten mitbetroffen. Der Handel mit Hildesheim dürfte insgeheim, wenn auch in geringerem Umfange, weitergegangen sein. Hildesheimer Kaufleute geraten mehrfach in den Verdacht, mit Braunschweiger Gut gehandelt zu haben. Von diesem Verdacht suchten sie sich durch Schreiben ihres Rates, in denen ihnen bestätigt wird, daß sie kein Braunschweiger Gut führen, zu reinigen<sup>48)</sup>. Eine ernste Mahnung<sup>49)</sup>, die die Hanse an die sächsischen Städte richtet, zeigt, daß gerade diese auf den Handel mit Braunschweig nicht ganz verzichten wollten.

Daß die Braunschweiger Kaufleute trotz aller Bemühungen der Hanse, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, einen Handel mit Flandern, Holland und Brabant aufrechterhalten konnten, beweist ein Schreiben der „Seestädte“ vom 24. Juni 1377 an Hildesheim, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß kein hansischer Kaufmann in Flandern, Holland oder Brabant mit Braunschweigern zusammen herbergen dürfe und daß in Orten, an denen Braunschweiger weilen, bis vier Wochen nach deren Abzug kein Tuchhandel getrieben werden solle<sup>50)</sup>.

Obwohl der Handel in Braunschweig nicht so völlig zum Erliegen gebracht wurde, wie es der Beschluß der Hanse vorsah, war Braunschweig doch so schwer getroffen, daß es auf die Dauer dem Willen der Hanse nicht widerstehen konnte. Hinzu kommt, daß ein Wandel im Innern die Verständigungsbereitschaft erhöhte. Die ‚neuen Herren‘ Braunschweigs etwa aus dem Jahr 1380 sind längst nicht mehr die ‚neuen Herren‘ von 1374.

#### f) Die allmähliche Versöhnung

Es gibt mehrere Gründe dafür, daß schon bald nach dem Umsturz eine Tendenz zur Versöhnung in der Stadt spürbar wird: Der neue Rat erwies sich als unfähig, den alltäglichen Schwierigkeiten, mit denen der Rat einer so großen Stadt zu rechnen hatte, zur Zufriedenheit der Bürger zu begegnen. Handel und Gewerbe lagen darnieder, weil durch den Ausschuß aus der Hanse schlagartig ein großer Teil der traditionellen Handelsverbindungen abgeschnitten war. Die Erzeugnisse des heimischen Gewerbes fanden kaum mehr einen Absatz. Die Belastungen, die unter dem neuen Rat auf die Bürger zukamen, waren größer denn je zuvor. So ist es denn nur natürlich, daß die Unzufriedenheit mit dem neuen Stadtrezimment zusehends wuchs. Gerade wegen der zu erwartenden Preissteigerung des Brotgetreides waren die Bürger im April mit dem alten Rat so unzufrieden gewesen, daß es zu dem Aufruhr kommen konnte. Als nun nach der Vertreibung der alten Herren die neuen nicht in der Lage waren, das Leben des Bürgers von den allzuschwer gewordenen Lasten zu befreien, richtete sich der Unwille auch gegen sie. Hinzu kommt,

<sup>48)</sup> Z. B. Hans. UB IV Nr. 531: Hildesheim bezeugt, daß das von Cord van Equard angekaufte Öl in Hildesheim bereitet und kein Braunschweiger Öl ist. Ebd. Nr. 524: Hildesheim bezeugt, daß das von Heinr. Vloghel nach Lübeck, Hamburg und Lüneburg gesandte Öl nicht in Braunschweig bereitet noch Braunschweiger Gut ist.

<sup>49)</sup> H. R. 2 Nr. 115 und 114.

<sup>50)</sup> Hans. UB IV Nr. 592. Vgl. dazu auch Nr. 641.

daß der Druck der Hanse sich auf die Dauer immer stärker auswirkte, obwohl nicht alle Städte mit der geforderten Konsequenz und Schärfe gegen die Braunschweiger Kaufleute und gegen solche, die mit den Braunschweigern Handel trieben, einschritten.

Die guten Beziehungen der Vertriebenen auch zum Adel in der Umgebung machten dem neuen Rat das Regieren schwer<sup>51)</sup>. Sicher konnten diese Adligen nicht die Stadt gefährden, aber der Land- und Pfandbesitz außerhalb der Mauern und der fahrende Kaufmann waren ihrem Zugriff ausgeliefert.

Durch eine umsichtige Politik war es dem alten Rat gelungen, ein weitverzweigtes System von Pfandschlössern entlang der wichtigen Handelswege in seine Hand zu bekommen<sup>52)</sup>. Diese Einflußzone der Stadt begann sich jetzt mehr und mehr aufzulösen. Hier sei zum wiederholten Male darauf hingewiesen, daß ein Behaupten dieser Einflußzone den alten Rat in viele Fehden hatte verstricken müssen. Jetzt zeigte sich, daß dieser Landbesitz durchaus im Interesse der ganzen Stadt lag. Die hohen Kosten für die Sicherung dieses Besitzes waren gering im Vergleich zu den Verlusten, die die Stadt hinnehmen mußte, wenn sie nicht in der Lage war, die Sicherheit auf den wichtigen Handelswegen durchzusetzen. Die so oft hervorgehobene ‚Kauflust‘ der ‚alten Herren der Stadt‘ erscheint so wohl doch in einem ganz anderen Lichte. Eine so große Handelsstadt, wie es Braunschweig zu dieser Zeit war, brauchte für die gesunde Entwicklung ihrer Wirtschaft einen Ring von Landbesitz und darüber hinaus eine Einflußzone, die sich schützend um die Stadt legte und außerdem eine Möglichkeit zu sicherer Kapitalsanlage bot. Um in diesem Ring ihr Recht durchzusetzen, durfte sie keine auch noch so hohen Kosten scheuen.

In zunehmendem Maße erkannte der neue Rat, daß er sich in der Zusammensetzung von 1374 auf die Dauer nicht würde halten können, weil er einfach nicht regierungsfähig war. Man besann sich recht bald wieder auf die politische Erfahrung der alten angesehenen Geschlechter und gestattete denen, die in der Stadt geblieben waren, schon sehr bald wieder, am Stadtre Regiment mitzuwirken. Die Ratsherren der Altwiek nahmen eine natürliche Vermittlerrolle ein. Den Fortschritt dieser sich zwar schnell anbahnenden, dann aber doch sehr lange hinziehenden Phase der Versöhnung können wir am besten verfolgen durch eine Untersuchung des jeweils tätigen Rates und Beobachtung des Verhältnisses der Vertriebenen zu dem Rat. An beidem wird sich ablesen lassen, wie von Jahr zu Jahr die Versöhnung einen Schritt näherrückt.

---

<sup>51)</sup> Vgl. Chron. II S. 316.

<sup>52)</sup> H. G e r m e r hat in seinem Buch ‚Die Landgebietspolitik der Stadt Braunschweig bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts‘ (Lit. Verz. 26) im einzelnen gezeigt, wie zweckmäßig und erfolgreich Braunschweig eine weite Einflußzone um sich legte. Er zeigt auch, wie Konflikte dadurch entstehen, daß einzelne Bürger Land erwerben, das für die Stadt als Ganzes ohne Interesse ist, das dann aber im Streitfalle mit Hilfe des Rates und den Mitteln der ganzen Stadt gesichert werden soll.

Aufschlußreich hierfür ist auch die Arbeit von S p i e ß über den Verlauf der Handelswege zu dieser Zeit. Diese beiden Abhandlungen sind zusammen als ein Buch erschienen. Vgl. auch S c h m i d t, Herman: Der Einfluß der alten Handelswege in Niedersachsen auf die Städte am Nordrand des Mittelgebirges (Lit. Verz. 89). — M e i e r, Heinrich: Die natürlichen Richtungen alter Handelswege, besonders im Herzogtum Braunschweig (Lit. Verz. 66). — M e i e r, Paul Jonas: Die Stadtflur von Braunschweig (Lit. Verz. 68). — H e r b s t, A.: Die alten Heer- und Handelsstraßen Südhannovers und angrenzender Gebiete (Lit. Verz. 43).

Das erste Zeugnis einer Versöhnung zwischen einem Angehörigen der ältesten Geschlechter und dem neuen Rat stammt schon aus dem Mai 1374. Es ist eine Urkunde, in der Eggeling van Strobeke Urfehde schwört und dem Rat, den Gildemeistern und der ganzen Gemeinde sein Gut und Erbe innerhalb und außerhalb der Stadt verschreibt für den Fall, daß er treulos und meineidig würde<sup>53)</sup>.

Schon um die Wende des Jahres 1375/76 sind unter den Bürgermeistern wieder Mitglieder der alten führenden Geschlechter belegt<sup>54)</sup>: Hans Doring und Holtnicker in der Altstadt, Ludolf van Ingeleben im Hagen, Hans Stapel in der Neustadt, Cord Immenrod in der Altenwiek und Hermann Syrdessen im Sack.

Auffallen muß bei dieser Bürgermeisterliste, daß sich keiner der Männer darin findet, die im Frühjahr 1374 unmittelbar nach dem Ausbruch des Aufruhrs als führend in Erscheinung getreten waren.

Die Familien Doring, Holtnicker und Stapel haben nachweisbar seit Beginn des Jahrhunderts, soweit die Quellen zurückreichen, regelmäßig Ratsherren gestellt<sup>55)</sup>. Sie gehören zu den angesehensten und reichsten Geschlechtern der Stadt. Von den Familien Ingeleben, Immenrod und Syrdessen läßt sich nicht ermitteln, ob sie auch schon vor 1374 ‚radmannen‘ gestellt haben. Da die Quellenlage aber für Neustadt, Sack und Altewiek sehr viel schlechter ist, zumal die ‚radmannen‘ dieser Weichbilde viel seltener als die der Altstadt auf Urkunden, die ‚auswärtige Angelegenheiten‘ betreffen, erscheinen, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch aus diesen Familien schon früher ‚radmannen‘ hervorgegangen sind. Aber selbst wenn diese Bürgermeister aus Familien kommen, die vorher nicht im Rat erscheinen, so ist doch gewiß, daß schon im Jahre 1376 die Politik der Stadt nach außen hin wieder maßgeblich von zwei Mitgliedern der Geschlechter bestimmt wird. Die Bürgermeister der Altstadt hatten ja immer das gewichtigste Wort, wenn es um Fragen ging, die die ganze Stadt betrafen. (So waren es am 17. April 1374 auch die Bürgermeister der Altstadt, auf die sich die Volkswut besonders konzentrierte.) Gerade die Bürgermeister der Altstadt aber gehören seit 1376 immer wieder den Geschlechtern an.

Aufschlußreich für die Tendenz der Versöhnung ist auch ein Vergleich des Altstädter Rates aus den Jahren 1375 und 1376. Zwar findet sich schon 1375 im Altstädter Rat ein Holtnicker, aber neben ihm werden in diesem Jahr noch die führenden Männer des blutigen Aufstandes genannt: Hans Albrecht, Hans Eckerman, Grotejan, (Luder van Hagen, Eggeling Schanlege)<sup>56)</sup>.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß es Männer, die nicht aus der Altstadt stammen<sup>57)</sup>, in den Altstädter Rat drängte; offenbar glaubten sie, und das wohl zu Recht, dort am einflußreichsten wirken zu können, falls es ihnen gelang, sich

<sup>53)</sup> A I, 1 : 255.

<sup>54)</sup> Vgl. D ü r r e S. 164, gestützt auf Copialb. II fol. 2 S. 3.

<sup>55)</sup> Doring seit 1322 in 21 verschiedenen Jahren im Rat belegt; Holtnicker seit 1321 in 24 verschiedenen Jahren im Rat belegt; Stapel seit 1321 in 38 verschiedenen Jahren im Rat belegt. In diesen Jahren stellten die Dorings 8, die Holtnickers 13, die Stapels 7 Angehörige für den Rat. (Zusammengestellt nach dem Manuskript von S p i e ß, Ratslinie. H III 2 Nr. 42 Bd. 1—6.)

<sup>56)</sup> Die Identität der beiden letztgennannten Meister Ludelef und Eggeling Schallinges ist nicht sicher, aber sehr wahrscheinlich. Die Namen sind ebenfalls entnommen S p i e ß, Ratslinie.

<sup>57)</sup> Eckerman stammt nachweislich aus dem Hagen.



in diesem entscheidenden Kollegium zu halten. Es gelang ihnen aber nicht. Keiner von ihnen erscheint 1376 wieder im Altstädter Rat<sup>58)</sup>. So sind also zuerst in der Altstadt schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit die neuen Männer wieder ersetzt durch Angehörige der alten Geschlechter.

Trotz dieser Entwicklung war aber eine Versöhnung und damit eine Wiederaufnahme der Stadt in die Hanse nicht so schnell möglich, wie es scheinen könnte. Die Verbitterung der Vertriebenen war noch zu groß und die Forderung nach Rückgabe des vom ersten Rat nach dem Umsturz eingezogenen und dann wieder ausgegebenen Besitzes zu schwierig zu erfüllen. Entscheidend dürfte hier auch die Tatsache sein, daß die Geschlechter keineswegs als eine geschlossene Partei anzusehen sind. Sie waren vielmehr miteinander verfeindet, wie schon das Verhalten Cord Dorings während des Aufruhrs gezeigt hatte. Darauf soll aber noch bei der Behandlung der Gegner dieser ‚schicht‘ im nächsten Kapitel näher eingegangen werden.

Da die Hanse dem Braunschweiger Rat gegenüber als mächtige Schützerin der Vertriebenen auftrat, war der zunächst innerstädtische Streit zu einer Auseinandersetzung des neuen Rates mit der Hanse geworden. An einer Versöhnung mit der Hanse mußte dem Braunschweiger Rat unbedingt gelegen sein, nicht so unbedingt war die Forderung einer Aussöhnung mit den Vertriebenen an sich. Weil nun aber die Hanse nicht gewillt war, über die Interessen der Vertriebenen hinweg einen Frieden zu schließen, mußte Braunschweig, wenn es wieder in die Gemeinschaft der hansischen Kaufleute aufgenommen werden wollte, den Vertriebenen Genüge leisten.

Hatten die Aufrührer kurz nach dem Umsturz noch jede Einmischung der Hanse abgelehnt und waren zu keinem der anberaumten Termine erschienen, so sahen die besonnenen Bürger, die im Laufe der Zeit wieder mehr zu Worte kamen, doch schnell ein, daß auf diese Weise dem Interesse der Stadt schlecht gedient war. So begannen also bald zähe und langwierige Verhandlungen. Den Geschlechtern gelang es 1377 sogar, Kaiser Karl IV. dazu zu bewegen, an die Hansestädte ein Schreiben zu richten, das die Forderung enthielt, die am Aufruhr unschuldigen Braunschweiger Kaufleute in ihren Geschäften nicht zu behindern<sup>59)</sup>. Dieser Brief macht deutlich, wie weit die Geschlechter ihre Fühler ausgestreckt hatten. Wenn dieses Schreiben des Kaisers auch keinen sichtbaren Erfolg gehabt hat, so zeigt es doch, daß die Herren in Braunschweig im Jahre 1377 nicht mehr die Männer von 1374 waren.

Die Bürger aus den Geschlechtern sind es wohl auch gewesen, die mit ihrem zunehmenden Einfluß im Stadtreghment dafür sorgten, daß der Handel nicht ganz zum Erliegen kam. Dadurch dürfte auch die Verständigungsbereitschaft der Hansestädte zu erklären sein, die dann über vorbereitende Gespräche<sup>60)</sup> im Juni 1379 zum endgültigen Vergleich und der Wiederaufnahme Braunschweigs in die Hanse im Juli 1380 führt<sup>61)</sup>.

Lübeck, Hamburg und Lüneburg hatten diesen Friedensschluß vermittelt, nach dem die Vertriebenen wieder in ihre Rechte eingesetzt werden sollten und die Braunschweiger

<sup>58)</sup> Junge Holtznicker, Hans Doring, Herman Bode, Henning Berkling sind 1376 im Altstädter Rat belegt (vgl. Speiß a. a. O.).

<sup>59)</sup> Hans. UB IV Nr. 609; Chron. I S. 380.

<sup>60)</sup> In Mölln und Lübeck, vgl. Hans. UB IV Nr. 688 Anm. 2.

<sup>61)</sup> A I Nr. 270, 271, 274 (Sühnebrief).

sich verpflichteten, eine Sühnekapelle zu bauen und eine Wallfahrt nach Rom zu machen. Dennoch dauerte es nach diesem Versöhnungsbeschuß einige Jahre, bis die letzten Klagen der Vertriebenen verstummten. Es erwies sich auch bei gutem Willen als schwierig, ja unmöglich, alle gerechten Ansprüche zu erfüllen, da der 1374 eingezogene Landbesitz nicht mehr in der Verfügungsgewalt des Rates war<sup>62)</sup>. Hinzu kommt, daß die Rivalität unter den Geschlechtern durch das Unglück, das die Stadt betroffen hatte, zwar gemildert, aber keineswegs aus der Welt geschafft war.

Den Schaden, den die Stadt erlitten hatte, mußten alle Bürger tragen<sup>63)</sup>. Nirgends finden wir einen Hinweis darauf, daß nach diesen Jahren des Kampfes jemand das Gefühl gehabt hätte, in diesem Streit etwas gewonnen zu haben.

## 2. Die Gegner und ihre Beweggründe

### a) Die sechs Parteien — ein Überblick

Unser besonderes Interesse gilt nach dem Überblick über den Verlauf der ‚schicht‘ den Parteien, die sich in dieser Auseinandersetzung gegenüberstanden haben. Bei genauer Betrachtung stellt sich heraus, daß wir es in diesem Kampf nicht einfach mit zwei Parteien zu tun haben, etwa dem Rat auf der einen und den Gilden auf der anderen Seite, oder den reichen Fernhändlern auf der einen und der breiten Masse der ärmeren Bürger auf der anderen Seite. Mindestens sechs Parteien lassen sich bei dem Ausbruch 1374 feststellen. Parteien nur in dem Sinne, daß sie gegeneinander arbeiten, nicht im Sinne einer in sich einigermaßen geschlossenen Gruppe von Bürgern, die auch unabhängig von diesem Streit zusammenstehen würde. Diese sechs Parteien müssen voneinander unterschieden werden, wenn die Ausgangssituation im April 1374 dargestellt und der weitere Verlauf verständlich werden soll.

Im sitzenden gemeinen Rat finden sich zwei Gruppen unter den ältesten und angesehensten Geschlechtern, die vor allem vom Fernhandel leben, reichen Grundbesitz außerhalb der Stadt haben und auf Grund ihrer Beziehungen zu anderen Städten und zum Adel die ‚Außenpolitik‘ der Stadt bestimmen. Einer der markantesten Vertreter der einen Gruppe ist Tile van dem Damme, Bürgermeister der Altstadt, der als erster dem Aufruhr zum Opfer fällt. Sein Sohn Bertram gehört zu den führenden Köpfen der Vertriebenen.

Daneben haben wir in Cord Doring<sup>64)</sup>, der auch Bürgermeister in der Altstadt ist, und vor allem in seinem Sohn, ebenfalls Cord Doring geheißenen, der kurz nach dem Um-

<sup>62)</sup> Zu dem sich hinziehenden Streit vgl. H ä n s e l m a n n Chron. I S. 388—395 und Hans. UB IV Nr. 752.

<sup>63)</sup> Z. B. bemüht sich Braunschweig vergeblich, in anderen Städten eingezogenes Gut von Braunschweiger Kaufleuten freizubekommen. Hans. UB IV Nr. 688 Anm. 2.

<sup>64)</sup> Daß Cord Doring ebenfalls sein Leben lassen mußte, weist ihn noch nicht als Anhänger der zuerst genannten Partei aus. Weil er seinem Amtsbruder im Moment des Ausbruchs der Unruhen die Hilfe verweigerte und weil die Dorings nach dem Umsturz bald wieder im Rat erscheinen, während die v. Dammes für Generationen nicht wieder zu ihrer alten Bedeutung zurückkehren und außerdem Bertram van dem Damme als Sprecher der Vertriebenen einer der härtesten Gegner des ‚neuen Rates‘ ist, wird man Tile van dem Damme und Cord Doring nicht zu einer Partei zählen können, obwohl sie beide in dem Aufruhr von denselben Männern getötet werden.

sturz als einer der mächtigsten Männer der Stadt erscheint, die Exponenten der anderen Gruppe. Trotz mancher gemeinsamen Interessen, wenn es um die Sicherheit auf den Straßen und die Verteidigung des Landbesitzes geht, sind die vornehmsten und mächtigsten Geschlechter der Stadt untereinander in Feindschaft und Mißgunst geschieden. Ganz klar wird diese Spaltung nach dem Umsturz. Die einen sind erschlagen, geflohen, ausgewiesen und die anderen unverseht in der Stadt geblieben. Sie erscheinen sehr bald, als sich alles etwas beruhigt hat, in den einflußreichsten Positionen der Stadt.

Eine dritte Partei erkennen wir in einem Teil der Gilden, die für uns faßbar werden in den Gildemeistern. Diese waren schweren Herzens zwar und zögernd, aber doch durchaus bereit, den Rat in seiner neuen Forderung zu unterstützen. Zum Teil dürften ihre Vertreter auch wohl selbst dem Rat angehört haben.

Daneben sehen wir eine vierte Partei in den Gildemeistern vor allem der Hagener Gilden, die auf keinen Fall eine weitere Erhöhung der Abgaben hinnehmen wollten und dann schließlich auch das Zeichen zum Aufruhr gaben, indem sie im Hagen das Gerücht verbreiten ließen, ihr Leben sei bedroht.

Als fünfte Partei kann eine zweifellos nicht zu unterschätzende Menge von Menschen gelten, die wegen der Not, in der sie leben, oder weil sie vor Gericht nicht ihr Recht gefunden haben, mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind. Ohne ein bestimmtes Ziel nehmen sie Rache an verhaßten Männern und an solchen, die sie für die an ihrem Unglück Schuldigen halten. Sie nutzen die günstige Gelegenheit zum Rauben und Plündern. Unmittelbar bei Ausbruch der Unruhen und kurz danach dürfte diese Menge den entscheidenden Einfluß auf den Ablauf der Ereignisse genommen haben. Sie eine Partei zu nennen, widerstrebt mir am meisten; denn sie sind untereinander am wenigsten einig über ein etwaiges Ziel und verlieren sehr schnell, eigentlich schon am nächsten Tag den Einfluß auf den Ablauf des Aufstandes.

Als sechster und letzter Faktor in diesem Spiel der Kräfte tritt uns geschlossen die Gemeinde des Weichbildes Altewiek entgegen. Einmütig halten Rat und Bürgerschaft den Aufruhr aus ihrem Weichbild fern.

Sicher wäre es möglich, die hier gekennzeichneten Gegner noch weiter aufzugliedern. Wegen einer besseren Übersicht aber wird man sich auf diese sechs Gruppen beschränken können, wenn man dabei im Auge behält, daß jeder Gegner für sich keine Einheit darstellt, sondern hier nur unter den gegebenen Umständen in bezug auf den Umsturz einigermaßen geschlossen auftritt. Zwischen den hier dargestellten Gegnern gibt es mannigfache Verbindungen, wenn es um andere Dinge geht, z. B. in der Konkurrenz der Weichbilde untereinander.

#### b) Die Parteien im einzelnen

Zunächst soll jetzt der Versuch unternommen werden, die Parteien genauer zu umreißen. Von den namentlich in den Quellen genannten Bürgern soll soweit wie möglich festgestellt werden, zu welcher Gruppe sie zu zählen sind. Nur wenn es gelingt, eine Anzahl von Bürgern, die einer solchen ‚Partei‘ zuzurechnen sind, genauer zu betrachten, wird sich über die Interessen und Ziele einer solchen ‚Partei‘ etwas aussagen lassen.

Vielfältig sind die alten führenden Geschlechter Braunschweigs in Freundschaft und Feindschaft miteinander verflochten. Dieser von den Chronisten immer wieder beklagte

Zustand kann nicht im einzelnen untersucht werden. Hier geht es nur darum, die Feindschaft zwischen den Gruppen festzustellen, die sich während der ‚schicht des rades‘ gegenüberstehen. In den Quellen werden sie greifbar als die Vertriebenen und diejenigen, welche in der Stadt bald nach dem Umsturz zu den ‚neuen Herren‘ zählen. Zwei Gründe sprechen dafür, die aus der Stadt Vertriebenen bis 1374 für die Stärkeren zu halten: Sie stellen den Großen Bürgermeister der Altstadt, Tile van dem Damme, und sie haben zu den benachbarten Hansestädten, vor allem Lübeck, Hamburg und Lüneburg, die besseren Beziehungen. Sie dürften also für die Entwicklung der ‚äußeren Angelegenheiten‘ der Stadt in den Jahren vor 1374 im wesentlichen verantwortlich sein.

In den zahlreichen Briefen, die von den Vertriebenen geschrieben wurden, um wieder in ihre Rechte eingesetzt zu werden, und in den Versöhnungsbriefen gegen Ende der ‚schicht‘ können wir diese Gruppe namentlich fassen.

Die führenden Männer dieser Partei haben wir wohl in der Vertretung vor uns, die am 12. August 1380 in der endgültigen Sühneverhandlung die Interessen der Vertriebenen wahrnimmt<sup>65)</sup>. Dort werden genannt: Eilard van der Heyde, Gerlach van Broke, Konrad van Kubbelinge, Hinrik boven dem Kerkhove, Eggeling van Strobeke, Bertram van Damme, Gerhard Pawel und der junge Kerkhof. Außer den hier Genannten treten aber auch andere Angehörige der Geschlechter als Sprecher der Vertriebenen auf. So wird ein an die Altwiek gerichtetes Schreiben, in dem es um eine Vermittlung geht, von Cord Backerman, Hermen van Gustidde, Ermbricht und Rolef van Velstidde und Ludelef van Wenthusen unterzeichnet<sup>66)</sup>.

In der großen Gruppe der Vertriebenen finden sich einige, die unnachgiebiger und härter in ihren Sühneforderungen gegen den neuen Rat der Stadt sind als die meisten ihrer Schicksalsgefährten. Wir finden sie namentlich genannt in einer Urkunde vom 21. März 1381<sup>67)</sup>. Nachdem im Sommer 1380 die allgemeine Versöhnung ausgehandelt worden war, unterzeichnete eine Anzahl der Vertriebenen diesen allgemeinen Sühnebrief nicht. Teils handelten sie eigene Sühnebriefe aus, teils kämpften sie weiter mit Unterstützung der Seestädte um ihr Recht. Am 21. März 1381 söhnten sich Hermen Gustidde (in dem Haghen), Hans Peperkelre, Anne und Hans van der Molen, Hinrik Ruscher, Hermen und Ludeman Ruscher, Vricke van dem Damme (filius Bernardi), Bertram van dem Damme und Hinrik Kerkhof junior mit dem Braunschweiger Rat aus. An dieser Verhandlung müssen auch noch Hans Ghotinges sone, twey Cord Doringes sone, Cordes sone van Kubbelinge, Hennige sone Pawels, Brosius unde Hans, Sunneberges twey sone, Ermbrichtes sone van Velstidde und Eylards sone van der Heyde und Gruben sone teilgenommen haben. Von ihnen wird nämlich ausdrücklich vermerkt, daß sie die Urfehde nicht geschworen haben, also auch weiter außerhalb des Friedens der Stadt bleiben<sup>68)</sup>. In diesen Männern werden wir also die entschiedensten Gegner des ‚neuen Rates‘ zu erblicken haben.

<sup>65)</sup> Chron. I S. 385. (Die Schreibweise der Namen ist in einigen Fällen der besseren Lesbarkeit wegen normalisiert worden.)

<sup>66)</sup> Ebd. S. 364.

<sup>67)</sup> Ebd. S. 393.

<sup>68)</sup> Einige von den hier Genannten leisten die Urfehde später, vgl. dazu Chron. I S. 394.

Neben diesen fanden sich unter den Vertriebenen auch solche, denen die allgemeinen Versöhnungsverhandlungen zu lange dauerten. Sie waren eher zum Nachgeben bereit und söhnten sich schon vor 1380 einzeln oder in kleinen Gruppen mit dem ‚neuen Rat‘ der Stadt aus und schworen Urfehde<sup>69)</sup>.

Dieser Partei stand nun eine andere, durch Herkunft und Ansehen ebenbürtige gegenüber. Sie ist in den Quellen schwerer faßbar, weil nicht im selben Maße Anlaß bestand, diese Männer namentlich zu nennen, wie es beim Schwören der Urfehde für die Vertriebenen der Fall war. Dennoch lassen sich zumindest die führenden Köpfe dieser Partei ermitteln. Dabei kommen wir zu der Feststellung, daß die Trennungslinie zwischen den Parteien in einigen Fällen zwischen den Angehörigen einer Familie verläuft. Die führenden Vertreter dieser Partei finden wir in den Jahren von 1374 bis 1380 im Rat der Stadt. Es sind die Männer, denen Braunschweig es zu verdanken hat, daß der Fernhandel trotz der Verhansung nicht völlig zum Erliegen kam. Sie werden auch auf Grund ihrer Beziehungen das Eingreifen des Kaisers bewirkt haben. Hans und Hinrik Doring, Hans Elers, Jan Grotejan, Bertold Osterode, Eggeling Schanlege zählen<sup>70)</sup> zu dieser Partei. In der Sühneverhandlung am 12. August 1380 stehen sich die rivalisierenden Parteien der Geschlechter direkt gegenüber. Als Vertreter der Stadt, also der ‚neuen Herren‘ werden genannt<sup>71)</sup>: Luder van Hagen, Reben, Tile van Peine, Holtnicker, Heyse van Polde, Eggeling van Schallinge, Hans van Borsum und Konrad Evensum. Davon gehören Tile van Peine, Heyse van Polde und der Holtnicker zu den angesehensten Familien der Stadt, auch die Schallinges und Evensum sind schon vor 1374 im Rat vertreten. Bei einer Sühneverhandlung vom 16. Mai 1380 wird als Vertreter der Stadt außer einigen der schon genannten aus dem Kreise der Geschlechter auch Hans Stapel aufgeführt. Zu dieser Partei werden wir außerdem jene zu zählen haben, die sich unmittelbar nach dem Umsturz verpflichteten, nichts gegen den neuen Rat zu unternehmen, wenngleich sie wahrscheinlich eine mehr neutrale Stellung innehielten<sup>72)</sup>.

Bevor wir uns der nächsten Partei zuwenden, sei noch besonders hervorgehoben, daß diese Angehörigen der Geschlechter maßgeblich auf seiten der ‚neuen Herren‘ sind. Aus den Stellen, an denen sie in den Quellen genannt werden, geht hervor, daß sie nicht nur in der Stadt geduldet wurden, sondern voll mitverantwortlich für das sind, was in den Jahren nach 1374 in Braunschweig geschehen ist. Daß diese Partei nicht den Anstoß zu den turbulenten Ereignissen im April 1374 gegeben hat, wird noch in einem gesonderten Abschnitt zu erörtern sein.

Wenden wir uns jetzt der Haltung der Gilden zu. Als im Frühjahr 1374 die Lasten, die der Rat den Bürgern auferlegte, immer größer zu werden drohten, stieß der Rat nach übereinstimmenden Berichten der Vertriebenen und Botes durchaus nicht auf eine geschlossene Front der Gilden, die konsequent jede weitere Belastung abgelehnt hätte. Es wird vielmehr berichtet, daß ein Teil der Gildemeister bereit war, den Rat bei seinen neuen Forderungen zu unterstützen.

<sup>69)</sup> H ä n s e l m a n n führt einige solcher Fälle in Chron. I S. 388 ff. mit Quellenbelegen an.

<sup>70)</sup> Belege in S p i e ß ‚Ratslinie‘ (H III 4 Nr. 42).

<sup>71)</sup> Chron. I S. 389 ff.

<sup>72)</sup> Als Beispiel etwa Eggeling v. Strobeke (vgl. den Abschnitt über die allmähliche Versöhnung).

Diese Gruppe der Gildemeister, die wohl zögernd, aber doch in Treue zum alten Rat halten wollte, ist in den Quellen sehr schwer zu erfassen. Namen sind für diese Gruppe mit Sicherheit überhaupt nicht zu belegen. Das darf aber nicht dazu führen, diese Partei bei der Betrachtung der ‚schicht‘ zu übergehen. Daß sie in den die ‚schicht‘ betreffenden Quellen kaum genannt wird, entspricht ihrem entscheidenden Merkmal, sich an der ‚schicht‘ kaum beteiligt zu haben. Sie hatten niemanden beraubt oder vertrieben, ihnen war nichts genommen worden, sie wollten in Ruhe ihrem Handwerk oder Handel nachgehen. Als der Rat 1374 erhöhte Forderungen stellte, zögerten sie naturgemäß zu Anfang, waren aber, um Ruhe und Frieden zu erhalten, zum Nachgeben bereit. In welchen der vorhandenen Quellengruppen dürften wir die Namen dieser Bürger erwarten? Genannt werden immer wieder nur die am Streit aktiv Beteiligten. Wahrscheinlich ist die ‚Partei‘ dieser Bürger, obwohl sie kaum genannt wird, verglichen mit den sich direkt bekämpfenden Parteien sehr groß gewesen. Wenn man bedenkt, daß der ganze Aufruhr im April 1374 nur acht Todesopfer gefordert hat, muß man doch annehmen, daß ein großer Teil der Bürgerschaft ruhig und besonnen blieb. Zu dieser Gruppe von Bürgern wird man vielleicht auch die ‚nicht am Umsturz beteiligten Kaufleute‘ zählen müssen, sofern sie nicht zu den Geschlechtern zu rechnen sind, von denen Kaiser Karl in seinem Schreiben<sup>73)</sup> sagt, daß man sie als an allem Unschuldige nicht in ihrem Handel schädigen dürfe.

Ebenso spricht der Verlauf der allmählichen Versöhnung nach dem Umsturz für das Vorhandensein einer starken Gruppe besonnener, ruhiger, nicht unmittelbar in den Streit verwickelter Bürger, die den ‚neuen Rat‘ nach dem Aufruhr zum Maßhalten zwingen<sup>74)</sup>. Es heißt mehrfach, daß es schon bald nach dem Umsturz ein Murren auch gegen den ‚neuen Rat‘ gab. Sicher geschah dieses Murren gegen die ‚neuen Herren‘ nicht aus besonderer Verbundenheit mit den vertriebenen Herren der Stadt. Es dürfte einfach ein Ausdruck der Unzufriedenheit solcher Bürger gewesen sein, die sich durch das, was die neuen Herren taten, in ihren Geschäften gestört fühlten. Wenn sich im Laufe der Jahre wieder politisch erfahrene Männer an die Spitze des Stadtregimentes setzten, so brauchten sie doch in der Bürgerschaft und vor allem in den Gilden einen Rückhalt, um sich gegen die Auführer von 1374 durchsetzen zu können. Gerade die Ruhe und Gewaltlosigkeit, mit der sich der Wandel im ‚neuen Rat‘ in der Zeit von 1374 bis 1380 vollzog, spricht für den Einfluß dieser Partei. Daß die Mehrzahl der dazu zählenden Bürger den Gilden angehörte, muß man deswegen annehmen, weil die Gilden außer dem Rat die einzigen politisch handlungsfähigen Körperschaften in der Stadt waren; außerdem werden die Vertreter der hier charakterisierten Haltung im ‚schichtboik‘ ja auch Gildemeister genannt.

Ganz anders ist das Auftreten einer zweiten Gruppe von Gilden. Es sind die, die am 17. April in den Hagen schicken und durch das ausgestreute Gerücht, ihr Leben sei bedroht, die Volksmassen in Bewegung setzen. Sie waren offenbar fest entschlossen, der Forderung des Rates nach Erhöhung der Kornzise Widerstand bis zum letzten entgegenzusetzen. Zwei Tatsachen sprechen dafür, daß der Kern dieser Partei von den Hager Gilden gebildet wird: Die Gildemeister schicken ihren Boten in den Hagen, um dort die Bürgerschaft aufbieten zu lassen, und die ersten Gefangenen der ‚schichtmeker‘ werden in den Hagen geschleppt, wo sie hingerichtet bzw. erschlagen werden. Zudem wohnten

<sup>73)</sup> Hans. UB IV Nr. 609; Chron. I S. 380.

<sup>74)</sup> Vgl. dazu die Darstellung Hänselmanns Chron. I S. 365 f., auch ebd. Anm. 3.

einige der führenden Männer gerade dieser gewalttätigen Bewegung nachweislich im Hagen<sup>75)</sup>. Sie reißen unmittelbar nach dem Umsturz, der die ganze Stadt in Angst und Schrecken versetzte, das Stadtreiment an sich und übergeben die Gefangenen aus dem alten Rat dem Henker. Die führenden Männer dieser Partei sind: Meister Ludolf, Eggeling Capellen, Hans Eckerman, Hennig v. Kemme, Bert Kannegetere, Clawes van Urde, Hans Albrechtes, Bertold van Osterode, Herman Scheveben, Eggeling Schallinges und Jan Grotejan. Sie gehören nicht zu den vornehmsten Gilden, man wird aber wegen der Bedeutung des Handwerks für den täglichen Bedarf ihren Einfluß, insbesondere den der Fleishhauer und Bäcker, in der Bürgerschaft nicht unterschätzen dürfen. So ist zum Beispiel der überlieferte Brief der Braunschweiger Gilden an die Gilden anderer Städte von der Bäckergilde verfaßt<sup>76)</sup>.

Eine weitere Gruppe von Bürgern, die von allen den Namen ‚Partei‘ am wenigsten verdient, gilt es ins Auge zu fassen, wenn die Ereignisse jenes denkwürdigen 17. April verständlich werden sollen. Es ist jene Menge unzufriedener Menschen, die in den Stunden nach dem Sturz des Rates plündernd durch die Straßen zog und, die ‚günstige Gelegenheit‘ nutzend, ziemlich wahllos alles raubte, dessen sie habhaft werden konnte. Auch über diese Gruppe ist aus den Quellen nicht viel zu entnehmen. Namen werden nicht genannt, und wenn wir den einen oder anderen Namen wüßten, würde das zum Verständnis dieser ‚Partei‘ auch nicht viel beitragen. Viele von dieser im Augenblick des Aufruhrs wilden Horde werden, sonst kaum beachtet, ohne Bürgerrecht in der Stadt gewelt und irgendwo ein kärgliches Auskommen gefunden haben. Auch hier darf der Quellenmangel nicht dazu führen, diese Menschen in der Darstellung der ‚schicht‘ zu unterschlagen. Gerade für die entscheidende Wendung vom geregelten Protest zum wilden Aufruhr am Nachmittag des 17. April dürfte diese ‚Partei‘ den Ausschlag gegeben haben. Darauf wird bei der Erörterung der Rollen, die die einzelnen Parteien im Laufe der ‚schicht‘ spielten, noch zurückzukommen sein.

Als sechste ‚Partei‘ schließlich traten geschlossen Rat, Gilden und Gemeinde der Altwiek auf. Ihr Hauptziel war die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in ihrem Weichbild. Führend waren hier vor allem Cord Immenrod und Luder Schiltreme, die auch bei den Versöhnungsverhandlungen eine wichtige Vermittlerrolle spielten.

Die hier vorgenommene Unterscheidung der sechs Gruppen von Bürgern, die in der ‚schicht des rades‘ wirksam geworden sind, war auch erforderlich, um zu zeigen, daß die Auffassung, es habe sich hier um einen Aufstand einer unteren, mehr oder weniger rechtlosen, sich unterdrückt fühlenden sozialen Schicht gehandelt, nicht zu halten ist. Wer nun in den einzelnen Phasen der ‚schicht‘ gegen wen gestanden hat, soll im nächsten Kapitel erörtert werden.

#### c) Die wechselnden Rollen der ‚Parteien‘ im Verlauf der ‚schicht‘

Die Gegner, die im Augenblick des Ausbruchs am härtesten aufeinanderprallten, sind zweifellos die Geschlechter um Tile van dem Damme, also die späteren Vertriebenen, und die zu keinem Nachgeben mehr bereiten Hagener Gilden um Hans Eckerman und

<sup>75)</sup> Vgl. Abschnitt II B 1b.

<sup>76)</sup> Chron. I S. 350. Welche Gilden sonst noch Briefe geschrieben haben, wissen wir nicht. Daß auch alle vornehmen Gilden sich daran beteiligten, ist unwahrscheinlich. Ihre Mitglieder sind zum Teil selbst zu den Geschlechtern zu zählen.

Clawes van Urde. Dabei bedienten sich die Hagener Gilden offenbar ganz bewußt der großen unzufriedenen Menge. Die Gegenspieler der ‚Vertriebenen‘, an ihrer Spitze Cord Doring, sahen dem Geschehen zunächst tatenlos und abwartend zu, obwohl zu Anfang die Möglichkeit, erfolgreich einzugreifen, noch gegeben war. Die Anhänger der unentschiedenen und grundsätzlich kompromißbereiten Gilden sind zum Teil wohl im ersten Augenblick der Verwirrung von den Ereignissen mitgerissen worden, und zum Teil werden sie sich erschrocken in ihre Häuser zurückgezogen haben. Für kurze Zeit bestimmt die johlende Menge das Geschehen. Einige Stunden lang wütet tatsächlich zügelloser Aufruhr in der Stadt. Auch den Hagener Gilden, die den Aufruhr angezettelt hatten, ist die Herrschaft für einige Stunden entglitten. Da ist es für ein Eingreifen der zunächst abwartend dastehenden Geschlechter um Cord Doring zu spät. Cord Doring wird selbst ein Opfer der wütenden Menge. Nur die Bürgerschaft der Altewiek hält, entschlossen zusammenstehend, alle Unruhen von ihrem Weidbild fern.

Sehr bald aber schon gewinnen besonnene Elemente die Oberhand. Weder den Hagener Gilden noch den zunächst einem Aufruhr gegen Tile van dem Damme durchaus nicht abgeneigten Angehörigen der Geschlechter konnte an einer Zerstörung und Verwüstung innerhalb der Mauern gelegen sein. In ihrem Bestreben, die Ruhe wiederherzustellen, dürften sie die Unterstützung der kompromißbereiten Gilden gehabt haben. Tonangebend sind in dieser Phase des Aufruhrs die Hagener Gilden. Unter den Geschlechtern zeichnen sich jetzt deutlich die zwei Gruppen ab. Die einen sind geflohen oder werden in den nächsten Tagen aus der Stadt gewiesen, die anderen verhalten sich in der Stadt ruhig und werden anscheinend auch nicht weiter belästigt. Sie haben allerdings vorerst keinen Einfluß mehr auf das Stadtregment; erst nach und nach kehren sie wieder in die Positionen zurück, die die Geschlechter seit altersher im Stadtregment eingenommen haben.

Die Partei der Vertriebenen findet sich jetzt zu einer Aktionsgemeinschaft zusammen, wie sie in dieser engen Verbundenheit innerhalb der Stadt nie bestanden hat. Welche politische Macht diese Familien verkörpern, beweist die Reaktion der Hanse. Diese Männer sind auf Grund ihrer Verbindungen in der Lage, die Politik der Hanse entscheidend zu beeinflussen, obwohl sie als aus der Stadt Vertriebene ohne Rückhalt in der eigenen Bürgerschaft dastehen.

Die Bürgerschaft der Altewiek, genauer gesagt der Rat der Altewiek, erkennt als erster, daß eine Versöhnung der Vertriebenen mit den ‚neuen Herren‘ — also anfangs mit den Hagener Gilden, später mit den in der Stadt verbliebenen Geschlechtern und den Hagener Gilden — für die ganze Stadt am besten wäre<sup>77)</sup>. Der Rat der Altewiek ist also von Anfang an zur Vermittlung bereit. Die Vertriebenen wenden sich bald an ihn; auch der neue Rat erkennt, wie nützlich ihm der Rat der Altewiek bei den Verhandlungen mit der Hanse sein kann.

Die ‚unzufriedene Menge‘ und die Anfangs kompromißbereiten Gilden sind dem ersten Rat nach dem Umsturz offenbar nicht sonderlich gewogen, weil die Lasten, anstatt abzunehmen, nur noch größer werden. Ein neues Murren hebt sehr bald auch gegen den

---

<sup>77)</sup> H ä n s e l m a n n hat Chron I S. 364 Anm. 1 die Behauptung entkräftet, auch die Altewiek hätte sich an dem Aufstand beteiligt. Sie geht zurück auf einen Brief der Vertriebenen, der diesen Schluß zuläßt.



neuen Rat an<sup>78)</sup>. Dieser Druck aus der Bürgerschaft dürfte die Hagerer Gilden bewogen haben, im Stadtreghment den Angehörigen der politisch. erfahrenen Geschlechter wieder eine gebührende Stellung im Rat einzuräumen. Damit zeichnet sich eine neue Phase ab. Die Vertriebenen stehen nicht mehr den Hagerer Gilden am schärfsten gegenüber, sondern bei den Verhandlungen ebenbürtigen Angehörigen alter Braunschweiger Familien. Nur wegen der weiten Verbindungen dieser Familien vor allem auch nach Flandern, Holland und Brabant haben es die Vertriebenen so schwer, wieder in die Stadt aufgenommen zu werden. Die Hagerer Gilden allein hätten dem gesammelten Vorgehen der Hanse niemals solange standhalten können; sie hätten allein dem Strafgericht der Hanse sicher nicht entgehen können. Andererseits verlieren die Gilden ihren Einfluß auf das Stadtreghment mit der Wiederaufnahme der Geschlechter in den Rat nicht. Die Hagerer Gilden und die in der Stadt verbliebenen Geschlechter werden von der Not ebenso wie die Vertriebenen zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengedrängt, die vorher in diesem Maße nicht vorhanden war.

Nach sechs Jahren Kampf, der die Existenz der Vertriebenen wie die der ‚neuen Herren‘ bedroht, wird ein Kompromiß ausgehandelt, der den Vertriebenen soweit wie möglich ihre Rechte und ihren Besitz wiedergibt und den ‚neuen Herren‘ eine angemessene Position im Stadtreghment beläßt.

Welche Folgen diese ‚schicht‘ auf die Dauer für die Stadt gehabt hat, wird in einem gesonderten Kapitel untersucht. Zuvor sollen zusammengefaßt die Beweggründe der einzelnen Parteien dargestellt werden. Damit lernen wir die Ursachen der ‚schicht‘ kennen, wie die Beteiligten sie gesehen haben. Diese Betrachtung bietet dann einen guten Ausgangspunkt für die Untersuchung der Ergebnisse dieser ‚schicht‘, in der am Ende überprüft werden soll, wer denn eigentlich bei dieser ‚schicht‘ etwas gewonnen und wer etwas verloren hat, welche Partei ihren Interessen entsprechend in dieser ‚schicht‘ ihre Ziele erreicht hat.

#### d) Die Beweggründe der ‚schichtmeker‘

Die Frage, was denn nun eigentlich die Aufrührer dazu bewogen hat, sich gegen den Rat zu erheben, ist von besonderem Interesse im Hinblick auf die Vorstellung, die Hänselmann von diesem Kampf gehabt hat. Die Antwort auf diese Frage ist letztlich entscheidend dafür, ob das Bild vom Ringen einer unteren sozialen Schicht um Beteiligung am Stadtreghment im Sinne einer ‚demokratischen‘ Bewegung Gültigkeit haben kann.

Die Quellenlage zur Beantwortung dieser Frage ist günstig. Wir haben eine Anklageschrift der Vertriebenen gegen die ‚schichtmeker‘, in der wir den Standpunkt der einen Partei ausführlich niedergelegt finden. Dazu haben wir einen Brief der Gilden, die führend bei dem Aufstand gegen den Rat waren, in dem sie ihre Beweggründe aufgeführt haben, um ihre Handlungsweise vor den Gilden der andern Hansestädte zu rechtfertigen. Die darauf erfolgte Antwort der Vertriebenen, die zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen, ist ebenfalls überliefert. Die Dokumente des sich über ein

---

<sup>78)</sup> Vgl. dazu die Darstellung von Hänselmann Chron. I S. 365 f. mit zahlreichen Belegen. Hier sind vor allem auch Abschnitte aus den Stadtbüchern abgedruckt, die sonst nicht gedruckt vorliegen. (Leider ist die Benutzung der zahlreichen Auszüge aus den Stadtbüchern, die Hänselmann in seinen Anmerkungen bringt, schwierig, da ein Verzeichnis fehlt.)

Jahrzehnt hinziehenden Streites gewähren einen Einblick in das Rechtsdenken der Bürger jener Zeit. Eine besondere Hilfe bei der Behandlung dieser Frage sind, abgesehen davon, daß diese Texte sämtlich gedruckt vorliegen, die zahlreichen Anmerkungen sowohl in den Chroniken als auch im Hansischen Urkundenbuch, die alle Beziehungen zwischen den Briefen und das reichhaltige zusätzliche Quellenmaterial sofort greifbar machen.

Wegen der zentralen Bedeutung der hier behandelten Fragen für das Anliegen dieser Arbeit seien mir drei längere Zitate gestattet! Sehen wir zunächst, was die ‚schichtmekers‘ selbst zu ihrem Vorgehen gegen den Rat zu sagen haben.

„Des wetet, leven vrunde, dat unse unde alle ghilde unde de meynheyt to Brunswig uter mate sere beswaret unde ghedruket weren van deme Rade darsulves, also dat se uns unde andern ghilden unde der menheyt groten sulfwolt dicke unde vele bewiseden, unde leten uns in menghen unsen saken nicht to rechte komen. Ok bevunde we unde de menheyt bese vormundescop in deme Radde, wenne se hadden manich jar grot gut uppenomen van schote unde van der stad gulde, unde hadden doch de stad in groten schaden unde in grote scult ghebracht, dat we wol bewisen moghen. Boven desse stücke hadden de Rat nu tolast uppe alle ghilde unde de menheyt ghevunden unde gesat nige czide unde nige plicht, de men gheven scholde van lakenen, van korne, van husen, van wine, van bere, van koyen unde anderem vee, van mannigerleye kopenscop unde van anderen dinghen, des vore nicht ghewesen hadde. Dit was weder de vriheyt der stad, der ghilden unde der gantzen meynheyt, unde mochte deme lande, deme kopmanne, den ghesten unde borgeren to groteme schaden hebben ghekomen. Unde sunderliken nige mate, dat se de mynner maken wolden an wine unde an bere. Dorch desse unde andere mengherleye swarlike nod willen, dar de Rad alle ghilde unde de meynheyt to Brunswig medde vorunrechtet unde beswartet hadde is deme Rade disse schicht wedervaren. Unde dit ist gheschen openbar mid ordelen unde vorgerichte: des don se sere unrechte alle dejene, de us dar umme vo modere halden willet. Wolde nu jemant deme we van rechte weghene plichtich weren to antwernde, unsen andern ghilden unde der meynheyt schuldigen, de scholde komen in dat gherichte unser herscop, dar wolde we uns des vorantwerden, wenne dar boret uns to rechte to antwernde. Unde use heren unde vrunde unde uns dunket des, dat we juwen ratheren unde andern Raden van andern steden umme de schicht van rechte icht plichtich sin, unde wonderet des sere dat se sik dar mede also vele bekummeret. Usen heren unde vrunden dunket des ok wol dat use unde andere ghilde unde de meynheyt met diesser schicht weder den kopman unde weder des kopmans recht icht ghedan hebben unde node don wolden.“<sup>79)</sup>

In diesem Zusammenhang scheint es angebracht, darauf hinzuweisen, daß mit diesem Brief die Handwerker-gilden anderer Städte nicht von den Braunschweiger Handwerker-gilden generell gegen die Kaufleute aufgewiegelt werden sollen. Die Vorstellung also, daß sich hier Handwerker in großräumigem Zusammenschluß gegen Kaufleute wenden, findet in diesem Brief absolut keine Stütze. Im Gegenteil, es wird ausdrücklich betont, daß man nicht gegen den Kaufmann und des Kaufmanns Recht habe handeln wollen.

Die Vorwürfe richten sich auch nicht etwa gegen die Geschlechter allgemein, sondern ganz speziell gegen den sitzenden Rat, also gegen die Männer, die das Stadtre-giment ausgeübt hatten und von denen sich die Gilden in ihrem Recht verletzt fühlten. Von einem Aufruf zu einer Revolution mit dem Ziel, Rechte zu erobern, die die Gilden bis dahin nicht hatten, kann erst recht keine Rede sein, man beruft sich im Gegenteil gerade auf seine alten Rechte.

Wohl kann man in diesem Brief eine Aufforderung an die Gilden anderer Städte erblicken, ihrem regierenden Rat auf die Finger zu sehen und darauf zu achten, daß er

<sup>79)</sup> Chron. I S. 350 f. aus dem Brief der Gilden.

nichts tue, was unrecht sei. So ist dieser Brief von den Räten der Seestädte sicher auch verstanden worden, wenn man von ihm einen Anlaß zur Unruhe in den eigenen Städten befürchtete.

Das alles spricht dafür, daß die Gilden ein Recht hatten, am Stadregiment mitzuwirken, es also nicht erst in einer ‚Revolution‘ erobern mußten. Dieses Recht der Gilden, von dem immer wieder behauptet wird, sie hätten es sich in Braunschweig erst in der ‚schicht des rades‘ erobert, wird im folgenden noch eingehend erörtert werden. Hier soll dem Brief der Gilden erst das entgegengesetzt werden, was die Vertriebenen zu dem Ausbruch der ‚schicht‘ und speziell zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen zu sagen haben.

Um die ‚schicht‘ als Unrecht zu erweisen, versuchen die Vertriebenen, noch bevor der Brief von den Gilden geschrieben wurde, in einer Klageschrift gegen die ‚schichtmekker‘ ihr eigenes Handeln unmittelbar vor dem Umsturz, also das Handeln des sitzenden Rates als rechtmäßig darzustellen. Da es von entscheidender Bedeutung für die Einschätzung der Stellung von Rat und Gilden zueinander ist, was dem Rat als Argument dienen konnte, sein Handeln als gerecht zu erweisen, soll der Standpunkt der Vertriebenen ebenfalls mit einem ausführlichen Zitat belegt werden.

„Deme Rade von Brunswig was gheldes not van kriges unde orleghes weghene, also dat se grote koste hadden manich jar, unde hadden verloren an vanghenen, an riddersen unde an knechten unde an eren borgheren, unde an anderm schaden, wol uppe drittig dusent lodighe mark, de se to erer not jo hebben mosten. Des hadden se wol twintich dusent mark an sloten unde an vesten, dar en konden se nener phenninghe mede bekomen dar umme dat se der vorsten slot anderen vorsten unde heren nicht vorpenden mochten, ouch en weren dar nene riddere eder knechte in deme lande, de eyne groter summen van ghelde utgheven mochten an de slot to leggende. Ok so en konden se id nicht al soken uppe ere borghere unde uppe sich sulven, alse uppe dat schot, wante id en to swar worde. Des hadde de mene Rad ene wise dacht unde wolden en stücke setten by der meynheyt unde der ammecht volborde dor ene mene nuth alsus: de Rad vorbodede vor sich de meystere van allen ammechten unde ghilden, unde de borgermeyster sprak: de Raad heft juk dar umme vorbodedet. Unse borghere unde denre sin ghefanghen, unde de Rad heft grote koste gheleden unde sitten in grottem schaden. Des hebbet se dar ene wise to dacht, dar men sik wes mede behelpen mochte, dat es alleyn up der stat nicht en leghe, dat is dit. We korn in de stad voren wille, de schal gheven vor den brunswigesschen schepel enen brunswigesschen penningh. Dat hebbe si over sik sulven sat unde over de de hove unde tegheden unde kornghulde hebben, unde so moten ok de schulde ghelden riddere unde knechte, papen, gheste unde bur, unde dat kumpt nicht uppe de meynheyt. Unde de Borgermester sprak, dat se spreken mit eren ammechten unde mit eren ghilden, unde leten en allen dat vorstan, oft se id wolden helpen deme Rade vortsetten, wente dar mochten sik anstreven ridere unde knechte, papen unde bur, unde lychte de vorsten. Unde wisten se icht beters, dat wolde de Rad gherne na ereme rade holden, unde dat se des deme Rade en antwerde wedder seden. Se spreken, se wolden dat gherne don, unde schedden vruntliken van deme Raade. Unde also vort do se entwey ghinghen do wart tohant de uplop van der menheyt unde den ammechten. Unde also venghen se den menen Rad, deme se alle sworn hadden bistostande aller dingh, unde wat se vornemen dat wedder den Rad were, dat scholden se deme Rade vormelden. Dat se dit sworn dat schach dar umme, dat vele murrens unde sprekendes was in der stat, unde de Rad hadde gehopet, hedde en icht geschelet, dat se hedden en dat vorstan laten.“<sup>80)</sup>

Nirgends in diesem Brief ist davon die Rede, daß die Gilden sich zu Unrecht ein Mitspracherecht hätten anmaßen wollen, das sie nicht besaßen. Im Gegenteil, der Rat stellt ausdrücklich fest, daß die Gilden und die ‚Meinheit‘ ihr Mitspracherecht ausübten. Es hätte offenbar als Unrecht gegolten, wenn der Rat bei einer so wichtigen Entscheidung

<sup>80)</sup> Chron. I S. 346 f. aus dem Klagebrief der Vertriebenen.

nicht das Einverständnis der Gilden eingeholt hätte. Von einer Revolution, in der die Gilden ein Mitspracherecht erobern wollten, gibt es in diesem Brief noch nicht einmal eine Andeutung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der vertriebene Rat die ausführliche Begründung der hohen Belastungen der Bürgerschaft an den Anfang seines Briefes setzt. Die Tatsache der außerordentlichen Belastungen wird also von keiner Seite bestritten. Nur an der Frage, ob diese Ausgaben dem Wohle der ganzen Stadt dienten und damit zu Recht von der gesamten Bürgerschaft bezahlt werden sollten, scheiden sich die Geister. Die Beteiligung der Gilden am Stadtreghement erscheint ganz selbstverständlich, auch der Widerspruch der Gilden gegen die Vorschläge des Rates wird durchaus nicht als Unrecht empfunden. Als freventlicher Treubruch wird nur das heimliche Zusammenrufen der Bürger gegen den Rat und das Aufwiegeln und Hetzen im Verborgenen hingestellt.

In der Erwiderung der Vertriebenen auf den Brief der Gilden wird die Stellung des gestürzten Rates zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen noch klarer.

„De Rad let de ghilde unde de meynheyt bi allem rechte . . . Ok seten in deme alden Raade, de van rechte noch Raad wesen scholde unde sin, koplude, wantsnidere, wesselere, lakenmekere, gherwere, bechkenwertere, kramere, schowerten, smede, korczenwerthere unde gropengissere: hedden de ghilden jerghen ane vorunrechtet worden, dat hedden desse bederven lude, de in deme Rade setten, nicht vorsweghen. Desse sulven unde de anderen venghen se altomale unvorclaget vor eren herren eder vor jemande, ane gherichte unde hebbet der en del ghemordet, en del vordreven, en del beschattet. . . . Ok is disse schicht wedder ere unde wedder ghude wonheyt, wente id en scal nemant sulfgherichte don. Ok scal melk halden den vrede den he vor sik gift, den se an uns an vorradende unde an unsen vrunden jammerliken vorbroken hebben. Ok scal men jewelken man to antwerde komen laten. De ok an ener muren besloten sin, der en mach nen deme anderen mit rechte eder mit eren unvoghe don, he en hebbe ene vorclaget vor deme Rade edder vor der stad heren. Worde ouch en uplouf twisschen deme Rade unde der menheyt in ener stad, dat schullen ok richten der stad heren. Hir umme, dat se deme rike unhorsam weren, unde ereme herren rechtes weygerden, unde dat men mit en nicht to rechte komen en kan: des moghen richten disse schicht vorsten, heren, stede unde alle de den van godes weghene richte bevolen is. . . . Na deme dat we to beyden halven in des kopmans rechte sin, unde se rechtes geweygeret hebben . . . is id wedder des kopmans recht, unde de kopman mach id richten“<sup>81)</sup>.

Sollte bisher noch ein Zweifel am Mitspracherecht der Gilden im Stadtreghement vor 1374 bestanden haben, so ist er mit dieser Rechtfertigungsschrift des vertriebenen Rates an die Gilden doch wohl endgültig beseitigt. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß koplude, wantsnidere, wesselere, lakenmekere, gherwere, bechkenwertere, kramere, schowerten, smede, korczenwerthere unde gropengissere mit im alten Rat gesessen haben. Das Recht der Bürgerschaft, bei wichtigen Entscheidungen mitzuberaten, wird nie bestritten, es wird im Gegenteil immer wieder hervorgehoben. Selbst ein ‚Auflauf‘ protestierender Bürger wird noch als rechters zugestanden, wenn man dann das Gericht des Landesherrn anruft, um zwischen dem Rat und der Bürgerschaft zu richten. Was den ‚schichtmekern‘ als Frevel vorgeworfen wird, ist ‚sulfwolt‘. Erst in dem Moment, da die Bürgerschaft das,

<sup>81)</sup> Chron. I S. 358 ff. Vgl. auch S. 345 Anm. 2 zur Überlieferung dieses Briefes.

was sie für ihr Recht hält, mit Gewalt durchzusetzen versucht, ohne vor einem zuständigen Gericht ihr Recht gesucht zu haben, verletzt sie das ‚gute alte Recht‘, und das ist Frevel.

Die in der Braunschweiger Lokalgerichtsschreibung immer wieder behauptete<sup>82)</sup> Absicht der ‚schichtmeker‘, eine Revolution zu machen, um das alte Herrschaftssystem eines ‚absolut regierenden Rates‘ zu stürzen und durch ein neues, ‚demokratisches‘ zu ersetzen, ist also in den Quellen nicht greifbar. Warum Hänselmann und nach ihm andere Historiker, die doch dieses Quellenmaterial kannten, dennoch bei der These blieben, daß hier eine untere soziale Schicht um ein Recht zur Mitregierung gegen einen ‚absolut regierenden‘ Rat in einer echten ‚Revolution‘ aufsteht und kämpft, ist im ersten Hauptteil dieser Arbeit verständlich gemacht.

<sup>82)</sup> Bei Hänselmann heißt es Chron. I S. 405: „... nachdem der ursprüngliche Absolutismus der Rathsgewalt einmal gebrochen war ...“. Auf derselben Seite ist die Rede von ‚der alten Unumschränktheit‘ des Rates; das Mitspracherecht der Gilden und Gemeinde wird als ‚Errungenschaft des Jahres 1374‘ dargestellt, wenn es in bezug auf die ‚Verfassung von 1386‘ (gemeint ist der Ordinarius) heißt: ‚In geregelten Maßen und Formen auf die älteste Errungenschaft des Jahres 1374 zurückgreifend, berief sie Gilden und Gemeinde wieder zur Teilnahme an der vollen Rathsgewalt. Was dieser vordem wie ein unorganisches Anhängsel nur Hemmiß und Abschwächung gewesen war, das nahm dieselbe assimilierend jetzt in sich auf und stärkte damit die Kraft ihrer Action.‘ Hänselmann waren die Belege für eine Mitsprache der Gilden in wichtigen Fragen zwar nicht verborgen geblieben, er deutete sie jedoch für die Zeit vor 1374 als seltene Ausnahmen und als freiwillig oder aus berechnender Klugheit gewährtes Entgegenkommen, das der Rat den Gilden erweist. In bezug auf die im Brief der Vertriebenen erwähnten Ratsmitglieder aus den Gilden schreibt er (Chron. I S. 404): ‚Denn ihre Erhebung (gemeint ist die Erhebung in den Rat) verdankten alle (gemeint sind alle genannten Gildemeister) einzig dem Gutmünken — dem nie parteilosen! — derjenigen, die im Besitze der Macht einmal waren.‘ Dahinter steht bei Hänselmann, wie sich aus seinen Darstellungen insgesamt ergibt, die Vorstellung, die Geschlechter hätten ganz nach Belieben die Gildemeister als Ratgeber heranziehen können, so etwa wie ein absolut regierender Herrscher einen Ratgeber um Rat fragen und ihn wieder wegschicken kann, wenn ihm sein Rat nicht paßt.

Daß der Rat der Gildemeister alles andere als ein solcher ‚unverbindlicher guter Ratschlag‘ ist, wird im letzten Hauptteil dieser Arbeit noch dargelegt werden. Es wird darauf ankommen, die Rechtsverbindlichkeit eines solchen Rates aufzuzeigen und darzulegen, wie der Rat der Stadt sich nach dem Rechtsdenken jener Zeit von der Bahn des Rechts auf den Weg des Unrechts begibt, wenn er einem Rat derer, auf deren Rat zu hören er verpflichtet ist, nicht Folge leistet. Ein krasser Ausdruck der Vorstellung Hänselmanns vom ‚absolut regierenden Rat‘ findet sich auch in Chron. I S. 318 im Zusammenhang seiner Darstellung der Abgabenerfordernisse des Rates von vor 1374. Er glaubt, der Rat hätte das Recht gehabt, nach völligem Belieben die Höhe der Abgaben festzusetzen: ‚Diese Quote aber bestimmte der gemeine Rath nach Bedarf und Belieben, jedes Widerstreben war strafbarer Ungehorsam.‘ Das Wort „nach Bedarf“ übernimmt Hänselmann aus den Quellen, wo der Bedarfsnachweis eine nicht zu übersehende Rolle spielt, er entkleidet dieses Wort aber seiner charakteristischen Bedeutung und setzt interpretierend „und Belieben“ hinzu, womit er seiner Meinung Ausdruck gibt, der Rat wäre bei der Festsetzung der Höhe der Abgaben nur an seinen eigenen Willen gebunden gewesen. Die Behauptung Hänselmanns, ‚jedes Widerstreben wäre strafbarer Ungehorsam gewesen‘, widerspricht allem, was wir aus den Quellen entnehmen können. Im Gegenteil, der Rat setzt sich ausführlich mit dem als rechtmäßig den Gilden zugebilligten Widerspruch auseinander. Als ‚strafbaren Ungehorsam‘ könnte man nur das ‚heimliche Murren‘ gegen den Rat und das ‚gewalttätige‘ Vorgehen trotz der friedlichen Absprache bezeichnen. Wie die Braunschweiger Lokalgeschichte, soweit sie sich mit der ‚schicht des rades‘ speziell befaßt, Hänselmann in seiner Beurteilung der Beweggründe der Auf-rührer gefolgt ist, wurde im ersten Hauptteil dieser Arbeit dargestellt; deswegen sei auf weitere Zitate anderer Autoren, die diese Auffassung teilen, an dieser Stelle verzichtet.

Nach einer solchen Betrachtung der Äußerungen beider Seiten jedoch wird die Bezeichnung ‚Männer einer neuen demokratischen Ordnung‘ für den Rat, wie er sich zur Zeit der Versöhnung bildet, zutiefst fragwürdig. Im einzelnen soll im nächsten Kapitel gezeigt werden, daß die Prinzipien, die dieser Ordnung von 1386 zugrunde liegen, weder neu noch demokratisch sind. Die Beweggründe der ‚schichtmeker‘ erscheinen dann auch nicht mehr so ‚revolutionär‘, wie es die Geschichtsschreibung des vorigen Jahrhunderts gesehen hat.

### 3. Das Ergebnis der ‚schicht des rades‘

#### a) Vorbemerkung

In diesem Kapitel geht es darum, festzustellen, was sich auf Grund der ‚schicht des rades‘ in der Stadt geändert hat. Es soll untersucht werden, was sich als Ergebnis der blutigen Unruhen fassen läßt, nachdem in den achtziger Jahren der Streit beigelegt ist, das Leben sich wieder normalisiert hat, die Vertriebenen zum größten Teil zurückgekehrt und ihre Entschädigungsansprüche weitgehend erfüllt sind. Hier wird sich also zeigen, wer bei diesem Kampf etwas gewonnen hat. Die Hauptfrage, die es vor allem zu klären gilt, lautet: Hat es im Anschluß an die ‚schicht‘ Reformen gegeben, und wenn ja, welche? Nebenbei behalten wir die Frage im Auge, welche Einrichtungen und Abmachungen Hänßelmann und Spieß veranlaßt haben, diesen Aufruhr als ersten Durchbruch der ‚Demokratie‘ in Braunschweig zu bezeichnen.

Bei der Untersuchung, was sich im Gefolge dieser ‚schicht‘ am Stadtreghment geändert hat, stehen wir vor folgender Schwierigkeit: Für die Zeit nach 1386 sind wir über die Zusammensetzung des Rates und die Art der ‚Wahl‘ gut informiert. Für die Zeit vor 1374 sind wir auf sehr lückenhafte Namenslisten und gelegentliche Nennungen in Urkunden angewiesen. Ein Vergleich Punkt für Punkt, wie er zum Beispiel für die Unruhen von 1445 möglich ist, indem man den ‚Großen Brief‘ von 1445 mit dem ‚Ordinarius‘ von 1386 vergleicht, ist hier nicht möglich. Wir müssen uns damit begnügen, die wichtigsten Aufzeichnungen von 1386 über die Ratswahl und die Zusammensetzung des Rates sowie seiner Befugnis durchzugehen und dabei festzustellen, welche Grundzüge der hier verzeichneten Bestimmung auch schon vor 1374 in der Praxis geübt wurden und welche eine tatsächliche Neuerung darstellen. Dabei wird zu bedenken sein, daß ein erstmals aufgeschriebenes Recht damit noch nicht als neues Recht ausgewiesen ist<sup>83</sup>). Man wird damit rechnen müssen, daß rechtliche Gepflogenheiten schon lange geübt wurden, bevor sie erstmals schriftlich festgelegt worden sind. Damit soll nun noch nicht behauptet werden, alles, was im Ordinarius steht, sei schon von altersher so gehandhabt worden; es soll nur auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, die Bestimmungen im Ordinarius daraufhin zu überprüfen, ob sie echte Neuerungen enthalten, weil die Tatsache allein, daß sie nach der ‚schicht des rades‘ erstmals schriftlich niedergelegt sind, kein Argument dafür ist, daß sie durch die ‚schicht‘ bewirkte Reformen enthalten. Nur so wird man feststellen können, ob am Ende des 14. Jahrhunderts ein Verfassungsumbruch mit tiefgreifenden Reformen grundlegend neue Verhältnisse in Braunschweig geschaffen hat.

<sup>83</sup>) Wenn Spieß also die wichtigsten grundlegenden Bestimmungen des ‚Ordinarius‘ über die Zusammensetzung des Rates und die Ratswahl deswegen für neu hält, weil sie in keiner älteren Fassung überliefert sind und vieles dafür spricht, daß es auch keine ältere Fassung gibt, so ist das nur ein schwaches Argument.

Drei Fragenkomplexe sollen der besseren Übersicht wegen getrennt behandelt werden, wiewohl sie in der Praxis eng miteinander verknüpft sind. Die Bestimmungen über das Kämmererwesen, die Zusammensetzung des Rates und die ‚Ratswahl‘ sollen einzeln daraufhin überprüft werden, was an Neuem enthalten ist und was auch schon vor der ‚schicht‘ so gehandhabt wurde<sup>84)</sup>.

#### b) Das Kämmererwesen

Das braunschweigische Kämmererwesen ist im Gefolge der ‚schicht des rates‘ grundlegend reformiert worden<sup>84a)</sup>.

Es gibt jetzt eine gemeinsame Kämmerei für alle Weichbilde, die selbst die Abgaben einkassiert und nicht mehr nur einen Überschuß aus den Weichbildkämmereien erhält. Braucht ein Weichbild Geld für sich, so muß es dieses beim gemeinen Rat beantragen. Damit ist ein ganz entscheidender Schritt zum Zusammenschluß der fünf Weichbilde zu einer Stadt getan. Jetzt kann der gemeine Rat über die gesamten Ausgaben der Stadt verfügen. In seiner Finanzpolitik nach außen hin hat er dadurch eine wesentlich stärkere Stellung. Die zersplitterte alte Kämmererverwaltung, die sicher eine der Hauptursachen für die Geldnot des Rates und der Stadt in den siebziger Jahren war, ist damit durch eine neue, den Verhältnissen angepaßte ersetzt. Aber nicht nur nach außen, sondern auch innerhalb der Stadt gewinnt der gemeine Rat durch diese neue Befugnis eine andere Stellung gegenüber den Weichbildräten. Folgerichtig geht aus dieser Reform des Kämmererwesens hervor, daß allen Weichbildräten ein größeres Mitspracherecht im gemeinen Rat gesichert wird, weil dieser gemeine Rat jetzt das Kollegium ist, das letztlich über die Ausgaben der Stadt entscheidet. Ganz sicher ist die Stellung der Gilden seit 1386 im gemeinen Rat erheblich gefestigt und gestärkt. Das allein besagt, daß der Einfluß der Gilden auf das Stadtreghment seit dieser Auseinandersetzung stärker geworden wäre.

Wollte der gemeine Rat vor 1374 größere Ausgaben beschließen, war er darauf angewiesen, sich mit den einzelnen Weichbildräten zu einigen; in den Weichbildräten mit Ausnahme von dem der Altstadt hatten die Gildemeister, soweit wir zurückblicken können, schon immer ein gewichtiges Wort mitzureden gehabt. Jetzt sitzen diese Gildemeister im gemeinen Rat und können dort ihre Zustimmung zu den Ausgaben der Stadt geben oder verweigern. Die Bedeutung der Weichbildräte geht zurück, seit sie nicht mehr über die Gelder der Weichbilde zu verfügen haben; als Institution bleiben sie jedoch erhalten.

<sup>84)</sup> Diese Fragen sind schon ausführlich behandelt. Eine erneute Darstellung der Verhältnisse erübrigt sich damit. Hier gilt es nur zu klären, was von diesen Bestimmungen, die H ä n s e l m a n n und S p i e ß durchweg für neu halten, tatsächlich vor der ‚schicht‘ nicht dagewesen ist. Zur allgemeinen Orientierung über Recht und Verwaltung der Stadt Braunschweig gibt es eine Fülle von Arbeiten, vgl. Lit. Verz. 16, 21, 23, 24, 55, 57, 61, 62, 82, 90, 111, 113. Da Spieß und Hänselmann diese Fragen vor allem im Zusammenhang mit den Unruhen behandeln und die Ergebnisse der vorher erschienenen Arbeiten herangezogen haben, bin ich nur auf ihre Darstellungen näher eingegangen. Vgl. Werner Spieß: Die Gerichtsverfassung der Stadt Braunschweig zur Hansezeit. (Lit. Verz. 99). — Derselbe: Die Zentralverwaltung der Stadt Braunschweig in hansischer Zeit (bis 1671). (Lit. Verz. 98). — Derselbe: Braunschweig, die Verfassung und Verwaltung der mittelalterlichen Stadt. (Lit. Verz. 93).

<sup>84a)</sup> H ä n s e l m a n n gibt eine zusammenhängende Darstellung dieser Reform mit Einzelbelegen in Chron. I S. 319 ff.

Nun liegt die Vermutung nahe, daß die Gilden einen größeren Einfluß auf die ‚Außenpolitik‘ der Stadt gewonnen hatten, indem sie ihre Stellung im gemeinen Rat stärken konnten; denn bis 1374 war der gemeine Rat, soweit er schon in lockerer Form existierte, das Kollegium, das die ‚Außenpolitik‘ der Stadt machte. Dieser Schluß erweist sich aber als trügerisch. Es bildet sich nämlich ein neues Kollegium, das es vor 1374 in dieser Form nicht gegeben hat, der sogenannte ‚enge Rat‘ oder ‚Küchenrat‘. Er geht aus dem ‚gemeinen Rat‘ hervor und ist ein engerer Kreis, in dem der Bürgermeister der Altstadt immer den Vorsitz führt und in dem die Gilden nicht viel zu sagen haben. Dieser ‚Küchenrat‘ ist jetzt das Kollegium, das die ‚Außenpolitik‘ der Stadt leitet und auch mit Zustimmung des ‚gemeinen Rates‘ über die Gelder der Kämmererei verfügt. Es zeigt sich, daß der ‚Küchenrat‘ gegenüber dem ‚gemeinen Rat‘ eine ziemlich große Selbständigkeit hat.

Wir stellen zusammenfassend fest: eine entscheidende Reform des Kämmererwesens, die eigentlich schon längst fällig war, ist im Gefolge der Ereignisse von 1374 durchgeführt worden. Man hatte die Zersplitterung des Finanzwesens der Stadt als eine Quelle des Unheils erkannt und den Verhältnissen entsprechend einen Wandel geschaffen.

Ist das nun ein Sieg oder ein wesentliches Verdienst der Gilden? Ist das der Ausdruck des Willens einer ‚unteren sozialen Schicht‘ der Bürgerschaft? Ganz sicher nicht, und ganz gewiß hatten nicht die Gilden den Plan, eine einheitliche Kämmererei für die ganze Stadt zu schaffen, die im wesentlichen unter der Leitung des Altstädter Bürgermeisters stand. Die Gilden gelten vielmehr immer als die Verfechter einer größeren Selbständigkeit der Weichbilde gegenüber dem gemeinen Rat, was auch sehr verständlich ist, weil sie in den Weichbildräten ihren Einfluß viel stärker geltend machen konnten.

Es war einfach ein Gebot der Vernunft, ein einheitliches Kämmererwesen für die ganze Stadt zu schaffen. Damit war etwas erreicht, was der Tendenz nach auch schon vor 1374 vom damaligen Rat, insbesondere von den Altstädter Geschlechtern angestrebt, aber nicht erreicht worden war. Sehr bezeichnend ist, daß anscheinend ohne irgendeinen Widerspruch den Angehörigen der alten, angesehenen, politisch erfahrenen und bewährten Familien das Regiment im ‚engen Rat‘ überlassen wurde.

Es gibt keinen Zweifel, daß diese Zentralisierung der städtischen Finanzwirtschaft am Ende des 14. Jahrhunderts eine echte Neuerung ist. In diesem Punkte bleibt das Forschungsergebnis Hänselmanns also unbestritten.

#### c) Die Zusammensetzung des Rates

Bei erneuter Überprüfung des vorliegenden Quellenmaterials muß man zu der Überzeugung kommen, daß sich ein grundsätzlicher Wandel in der Zusammensetzung des Rates am Ende des 14. Jahrhunderts nicht vollzogen hat. Diese These, die im Widerspruch zu den allgemeinen Ergebnissen<sup>85)</sup> der Braunschweiger Lokalgeschichtsforschung steht, gilt es im folgenden zu begründen.

<sup>85)</sup> Hänselmann, Das Schichtbuch S. X: „Die ausschließliche Herrschaft der alteinheitlichen Rathsgeschlechter war hier gewaltsam durch den Aufruhr des Jahres 1347 gebrochen, zwölf Jahr später der neue Stand der Dinge in gesetzmäßigen Formen durch eine Verfassung zum Abschluß gebracht, die unfehlbar, wie es schien, allen Schichten der Bürgerschaft, den Gilden und Gemeinheiten um nichts weniger als dem Patriziat, einen redlich bemessenen Antheil am Stadtr Regimente gewährleistete, jedes schädliche Überwiegen der einen oder anderen unmöglich machte



Werfen wir zunächst einen Blick auf die Zusammensetzung des gemeinen Rates, von der ich glaube, daß die ihr zugrunde liegenden Kräfteverhältnisse und Anschauungen auch vor 1374 schon bestimmend gewesen sind.

Wir unterscheiden: den ‚gemeinen Rat‘ bestehend aus den fünf sitzenden Räten der fünf Weichbilde — das sind 35 Männer, aus der Altstadt 12, aus dem Hagen 8, aus der Neustadt 6, aus der Altwiek 5 und aus dem Sack 4 — den ‚vollen Rat‘ — das sind die drei ‚gemeinen Räte‘ der dreijährigen Ratsperiode, theoretisch also 105 Männer, tatsäch-

mußte. — Derselbe: Der Braunschweiger Aufstand vom Jahre 1374 S. 29 f.: ‚Überall war das Finanzwesen die schwächste Seite der Geschlechterherrschaft. Der Ruhm weisen Haushaltens, welchen man den Städten gemeinhin zuerkennt, schreibt sich aus einer späteren Zeit her; ihn zu erringen war erst nach einer harten Unglücksschule den Männern der neuen demokratischen Ordnung beschieden. Noch wirkte jener herrische Anspruch auf unverantwortliches Schalten über das Stadtvermögen mit zahlreichen wirtschaftlichen Verkehrtheiten zusammen.‘

Assmann, Die geschichtliche Bedeutung der Stadt Braunschweig S. 18: ‚Indem nunmehr eine gesetzmäßige Theilnahme der Gilden am Stadtreghment gesichert war, hatte die aristokratische Verfassung einen Zusatz demokratischer Elemente erhalten.‘

Glümer, Staatsbürgerliche Gesinnung und soziale Struktur im spätmittelalterlichen Braunschweig, spricht von der neuen Verfassung, die aus den Wirren hervorging, und der grundlegenden Änderung des Geistes, in dem der Rat danach seines Amtes waltete. S. 364 f. heißt es: ‚Sein selbstherrliches Regiment hatte bisher den Charakter einer Bevormundung von oben herab gehabt . . . Die bisherige willkürliche Handhabung der Geschäfte wurde durch die straffe Ordnung des „Liber ordinarius“ ersetzt . . . Vor der großen Schicht unterschieden sich die Geschlechter . . . von der übrigen Bevölkerung durch die traditionelle Gerechtsame, den Rat zu bilden, damals war es in der Tat noch eine geborene Herrenschicht, ein Geburtsstand. Nach dem Aufbruch trat an die Stelle dieser gewissermaßen rechtlich begründeten Herrenschicht eine solche, die sich mit sozialem Ansehen begnügen mußte.‘

Spieß, Fernhändlerschicht und Handwerkermasse S. 84 sieht im „Ordinarius“ eine „Verfassung“ der Stadt Braunschweig und einen Beginn der Entwicklung zur Demokratie. In seiner Schrift „Die Ratsherren der Hansestadt Braunschweig 1231—1671“ heißt es S. 26: ‚Durch die Verleihung der Ratsfähigkeit an die Gilden war die Zahl der Mitglieder des Rates erheblich gestiegen . . .‘

Zuletzt faßt Moderhack in seiner „Geschichte der Stadt Braunschweig im Überblick“ auf S. 245/46 die bisherigen Ergebnisse zu dieser Frage wie folgt zusammen: ‚Es dauerte eine Reihe von Jahren, ehe sich die Verhältnisse in Braunschweig . . . wieder festigten und eine neue heilsamere Verfassung, nicht zuletzt durch die überragende Persönlichkeit des Bürgermeisters Herman von Vechelde, geschaffen wurde. Durch zeitgenössische Aufzeichnungen werden wir eingehend über die damalige kluge Verfassungs- und Verwaltungsreform und die Organisation der Stadtbehörden unterrichtet. Anstelle des früheren patrizischen Regiments, das sich selbst ergänzte, gründete sich die Stadtregierung nunmehr auf die 5 Gemeinden und die 14 ratsfähigen Gilden, die jetzt das Recht der Urwahl zum Rat erhielten. Die formell vom Stadtreghment ausgeschlossenen Patrizier stärkten demgegenüber in der Vereinigung der „Lilienvente“ . . . ihre ständische Verbundenheit. Sie vermochten trotz weitergehender Demokratisierung der Stadtverfassung ihren überragenden Einfluß auf dem Umweg über die Gemeinden und die vornehmeren Gilden zu bewahren.‘ Zu der hier umrissenen Darstellung einer „Verfassungsreform“ am Ende des 14. Jahrhunderts wird im Laufe dieser Arbeit noch mehrfach Stellung genommen. An dieser Stelle soll nur darauf hingewiesen werden, daß die These von Glümer, die Geschlechter hätten vor 1374 die Gerechtsame besessen, allein den Rat zu bilden, in den Quellen keine Stütze findet, vielmehr schon dadurch widerlegt wird, daß die Ratsmitglieder, die nicht zu den Geschlechtern gehören, auch vor 1374 nachweisbar sind. (Glümer führt für diese These auch keinen Quellenbeleg an, er glaubt diesen Schluß aus der von Hänselmann gegebenen Darstellung ziehen zu können. Hänselmann selbst hat die krasse Formulierung von einer Gerechtsame der Geschlechter vermieden.)

lich aber nur 103, da in der Altstadt zwei Ratsherren immer je zwei Jahre im Amt blieben<sup>86)</sup> — den ‚Küchenrat‘ oder ‚engen Rat‘ — das ist ein Kollegium von 15 Männern, die aus dem ‚vollen Rat‘ stammen; dieses Kollegium ist das mächtigste und schließlich ausschlaggebende.

Altstadt und Hagen haben je zwei Bürgermeister, einen sogenannten ‚Großen‘ und einen ‚Kleinen‘ Bürgermeister. Neustadt, Altewiek und Sack haben je einen Bürgermeister. Dem Rat gehören also ständig sieben Bürgermeister an, zeitweilig sind es auch noch mehr, da viele nur für ein Jahr dieses Amt verwalten, die Bezeichnung ‚Bürgermeister‘ ihnen aber noch weiter anhaftet, wenngleich das nicht die Regel ist. Der ‚Große Bürgermeister‘ der Altstadt nimmt eine völlige Sonderstellung ein. Die Position dieses Mannes ist mit der der anderen Bürgermeister kaum zu vergleichen. Sein Ansehen und seine Macht mag man vielleicht daran ermessen, daß er den Vorsitz innehatte im ‚vollen Rat‘, im ‚gemeinen Rat‘ und im ‚Küchenrat‘. Wir wissen von keinem Fall, in dem diese seine Stellung grundsätzlich bestritten worden wäre. Es war eben auch nach 1374 noch ebenso wie vorher ein großer Unterschied, ob jemand Bürgermeister der Altstadt oder etwa des Sackes war.

Sehen wir noch im einzelnen, woher die 103 Ratsherren des ‚vollen Rates‘ kamen<sup>87)</sup>. 25 werden von der „meinheit“ gestellt, die übrigen von den Gilden. Zur „meinheit“

<sup>86)</sup> Auf diese Tatsache hat S p i e ß hingewiesen, sie ist jedoch auch in neuerer Literatur mehrfach übersehen worden.

<sup>87)</sup> Schema der Zusammensetzung des für die dreijährige Ratsperiode bestellten Rates (nach S p i e ß, Ratsherren S. 25). Vgl. hierzu auch H ä n s e l m a n n (Chron. II S. LXVII f.) und S p i e ß (Jb. d. Braunsch. Gesch. Ver., Jg. 1935, S. 62).

	Altstadt	Hagen	Neustadt	Altewiek	Sack	Insgesamt
1. Gemeinde der Altstadt	9	—	—	—	—	9
2. Gemeinde des Hagens	—	6	—	—	—	6
3. Gemeinde der Neustadt	—	—	3	—	—	3
4. Gemeinde der Altewiek	—	—	—	5	—	5
5. Gemeinde des Sackes	—	—	—	—	2	2
6. Wandschneider	6	—	—	—	—	6
7. Wechsler	6	—	—	—	—	6
8. Goldschmiede	2	—	—	—	—	2
9. Wandschneider u. Lakenmacher im Hagen	—	11	—	—	—	11
10. Wandschneider u. Lakenmacher i. d. Neustadt	—	—	6	—	—	6
11. Lakenmacher i. d. Altewiek	—	—	—	3	—	3
12. Gerber und Schuster (im Sack nur Schuster)	6	—	—	2	3	11
13. Knochenhauer	1	3	3	2	3	12
14. Schmiede	1	1	—	1	1	4
15. Beckenwerken	—	—	6	—	—	6
16. Bäcker	1	1	—	1	1	4
17. Kramer	1	—	—	—	—	1
18. Schneider	1	1	—	1	—	3
19. Kürschner	—	1	—	—	2	3
Insgesamt	34	24	18	15	12	103

zählen in diesem Zusammenhang alle Bürger, die in keiner der Gilden sind, die Vertreter im Rat stellen.

Die zahlenmäßige Zusammensetzung der Ratsherren aus der ‚Meinheit‘ und den einzelnen Gilden ist aufschlußreich für den Einfluß und die Bedeutung, die eine Gilde in einem Weichbild gehabt hat. Die alten einflußreichen Geschlechter stellen über die ‚Meinheiten‘ 25 Ratsherren, die wohl vornehmste aller Gilden, die der Wandschneider, stellt in der Altstadt 6, im Hagen 11 und in der Neustadt 6, insgesamt also 23 Ratsherren. Die Knochenhauer stellen zusammen 12 und die Gerber und Schuster 11 Ratsherren. Das sind die zahlenmäßig stärksten Gruppen im Rat. Eine gewisse Sonderstellung kommt den Wandschneidern und Lakenmachern aus dem Hagen zu, weil sie die größte einheitliche Gruppe im Rat bilden. Neben diesen stärksten Gruppen im Rat kommt den übrigen nur eine untergeordnete Bedeutung zu.

Aus der Zusammensetzung des Rates geht eindeutig hervor, daß neben den Geschlechtern die Gilden, oder genau genommen einige Gilden, im Stadtreghment von maßgeblichem Einfluß sind. Vier Tatsachen sprechen dafür, daß diese Bedeutung der Gilden im Stadtreghment keine Errungenschaft der ‚schicht des rades‘ sind:

1. In einem Brief des vertriebenen Rates werden Vertreter von Gilden ausdrücklich als Mitglieder des Rates erwähnt<sup>88)</sup>.

2. Die „neuen Herren“ betonen immer wieder, daß sie im Sinne des alten Rates handeln, ganz bewußt nehmen sie die Tradition auf und setzen sie fort. Nirgends findet sich in ihren Äußerungen auch nur eine Andeutung, daß die Zusammensetzung des Rates reformiert worden sei.

3. In allen Fällen, in denen der Rat wichtige Entscheidungen als rechtmäßig erweisen will, beruft er sich auch vor der ‚schicht des rades‘ auf die Zustimmung der Gildemeister, deren Rat er (pflichtgemäß) eingeholt habe. Die Formel, in der er das tut, hat sich nach der ‚schicht‘ nicht geändert.

4. Schon am Ende des 13. Jahrhunderts treten Gildemeister in der Funktion eines Rates auf. Es ist im einzelnen gezeigt worden, wie sie nach der Schlichtung durch Herzog Heinrich auch mit Vertretern der Geschlechter zusammen im Rat saßen, es ist ferner gezeigt worden, daß ihr Anspruch auf Mitsprache keineswegs als unrechtmäßig oder neu angesehen wurde, sondern daß sie zu Recht an Verhandlungen teilnahmen und diese Tatsache offenbar keinen Anstoß erregte oder auch nur als ungewöhnlich empfunden wurde<sup>89)</sup>.

Gegenüber diesen Argumenten ist die Vorstellung, die ‚neuen Herren‘ der Stadt hätten so etwas wie ein ‚verfassungsgebendes Organ‘ im Sinne einer modernen Demokratie gebildet, als unter ihrer Herrschaft der ‚Ordinarius‘ aufgeschrieben wurde, völlig unbegründet. Wenn die Geschlechter, die im Rat tonangebend gewesen sind, seit jeher an das Mitspracherecht der Gilden gebunden waren, so hatten sie nach der ‚schicht des rades‘ auch keine Möglichkeit, den Gilden ein solches Mitspracherecht einzuräumen. Für eine

<sup>88)</sup> Chron. I S. 358. Daß die Goldschmiede nicht genannt werden, mag daran liegen, daß sie wahrscheinlich selbst zu den Vertriebenen gehörten, ebenso die Wechsler. Die Lakenmacher sind mit den Wandschneidern wahrscheinlich zu einer Gilde gerechnet und deswegen nicht extra aufgeführt. Warum die Knochenhauer, Bäcker und Schneider nicht genannt sind, dürfte sich kaum klären lassen. Man wird daraus aber noch nicht schließen dürfen, daß sie nicht im Rat vertreten waren.

<sup>89)</sup> Vgl. oben den Abschnitt über die ‚schicht der gildemeister‘.

„Berufung“ der Gilden in den Rat oder für eine „Verleihung“ der „Ratsfähigkeit“ an die Gilden durch die Geschlechter fehlt in den Quellen jeder Hinweis. Für einen solchen Akt fehlte den Geschlechtern auch die erforderliche Rechtsgrundlage. Damit soll nun keineswegs die Vormachtstellung bestritten werden, die ein verhältnismäßig kleiner Kreis von Familien, eben der Kreis der Geschlechter im Stadtreiment hatte. An dieser Vormachtstellung hat sich aber auch nach der „schicht des rades“ grundsätzlich nichts geändert, was besonders augenfällig wird in dem zentralisierten Kämmererwesen, das eine noch bessere Grundlage abgibt für die „Außenpolitik“ der Stadt, die nach wie vor von wenigen Männern unter dem Vorsitz dem „Großen Bürgermeister“ der Altstadt — jetzt im „engen Rat“ — gemacht wird. So wie vor der „schicht“ der Einfluß der Weichbildräte nicht überschätzt werden darf, so darf jetzt nicht der Einfluß des „gemeinen Rates“ auf die Aktionen des „engen Rates“ überschätzt werden. Die Geschlechter unter der Leitung des Mannes, der „Großer Bürgermeister“ der Altstadt war, haben die führende Position inne, nach der „schicht“ so gut wie vor der „schicht“. — Ein absolutes Regiment freilich haben sie nie geführt, auch nicht vor der „schicht des rades“.

Es muß noch hervorgehoben werden, daß dieser Kreis der „Geschlechter“ nie so fest umrissen war wie etwa eine Gilde. Die Grenzen sind fließend, viele Mitglieder der vornehmen Gilden zählen ganz sicher zu den Geschlechtern, womit eine klare Trennung von „Macht der Geschlechter“ und „Macht der Gilden“ überhaupt unmöglich ist. Ein Rechtsanspruch der Geschlechter etwa auf alleinige Besetzung des Rates oder eines Bürgermeisteramtes hat niemals bestanden, zumindest gibt es kein Zeugnis dafür, daß er jemals erhoben oder bestritten worden wäre.

Werfen wir einen Blick auf den Personenkreis, der am Ende des 14. Jahrhunderts das Stadtreiment führt, so stellen wir fest, daß fast keines der auch vor der „schicht“ als führend nachweisbaren Geschlechter fehlt. Daß eine große Anzahl neuer Namen faßbar wird, beweist nicht, daß diese Familien erst nach 1374 ratsfähig geworden wären. Diese Namen können wir für die Zeit nach der „schicht“ den meist vollständigen Ratslisten entnehmen, die aus früherer Zeit nicht überliefert sind. Wären wir für diese Zeit auch auf solche Quellengruppen angewiesen, in denen nur Bürger genannt werden, die besonders hervorgetreten sind, würden wir die Namen dieser Ratsmitglieder auch nicht kennen; denn sie erscheinen eben nur in den Ratslisten. Daß in einem Jahrzehnt solcher Unruhen alte Familien ihren Besitz einbüßen und ihren Einfluß verlieren, andere Familien dafür emporkommen, Besitz erwerben und an Einfluß gewinnen, ist eine unbestrittene Tatsache, nur darf man darin keinen grundsätzlichen Wandel der Prinzipien des Stadtreiments sehen. Immer ist eine, jedoch nicht zu starke Fluktuation im Kreise der Geschlechter zu beobachten. Es ist also durchaus zu erwarten, daß in einem so turbulenten Jahrzehnt neue Männer nach oben kommen, sie sind aber ebensowenig Männer einer „neuen demokratischen Ordnung“, wie ihre Vorgänger „absolute Herren“ der Stadt gewesen sind.

Aber nicht im Rat allein dürfen wir die Männer suchen, die von besonderem Einfluß in der Stadt waren. Gerade nach der Versöhnung, als es darum ging, den Landbesitz außerhalb der Stadt aufs neue zu sichern, wird in Braunschweig unter dem Namen „die Lilienvente“<sup>90)</sup> ein Kollegium von Bürgern gegründet, das unsere besondere Aufmerksam-

<sup>90)</sup> Dürre (Lit. Verz. 18) weist darauf S. 173 hin. Die Gründungsurkunde ist erhalten (A I, 1 Nr. 291). Ein fehlerhafter Abdruck dieser Urkunde findet sich bei Reithmeier (Lit. Verz. 80) S. 1851 f.

keit verdient. Am 23. April 1384 kamen mit Zustimmung des Rates einige Dutzend Bürger überein, sich gegenseitig Waffenhilfe zu leisten, wenn einer von ihnen außerhalb der Stadt in seinem Recht verletzt würde. Sie verpflichten sich im Interesse der gesamten Stadt, jederzeit beritten und in Waffen bereit zu sein<sup>91</sup>).

Unter diesen ‚Lilienventen‘ haben wir am Ende des 14. Jahrhunderts sicher die einflußreichsten Männer der Stadt zu suchen. Wer bestimmen kann, wo und wann diese bewaffneten Bürger eingreifen, der hat den größten Einfluß in der Stadt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese ‚Lilienventen‘ ganz auf seiten des Rates standen. Ein Rat, der sie gegen sich gehabt hätte, ist undenkbar. Wenn wir nun sehen, wer denn bei den ‚Lilienventen‘ tonangebend war, dann stellen wir fest, daß es die Geschlechter sind, die sich hier zusammengefunden haben<sup>92</sup>). Aus beiden Parteien, sowohl von den ‚Vertriebenen‘, als auch von den ‚in der Stadt gebliebenen‘ wird dieses Kollegium gebildet. Aber nicht nur Mitglieder der vornehmen Familien gehörten den ‚Lilienventen‘ an, obwohl es keinen Zweifel darüber gibt, daß sie bestimmten, was getan wurde, auch weniger angesehene Bürger gehörten zu diesem Kollegium. Diese Zusammensetzung erscheint als ein gutes Beispiel dafür, daß die Bürger aus den verschiedenen ‚Parteien‘ gemeinsam ihr Recht, das Recht der Stadt beim umliegenden Adel durchsetzen wollen. Hier ist es also den Geschlechtern gelungen, das Einverständnis der Bürgerschaft für ihre Politik zu gewinnen. Es ist also weder ein ‚demokratisches‘ noch ein ‚absolutes Regiment‘, das die Geschlechter hier führen. Auf der Grundlage ihres Ansehens, ihrer Erfahrung und ihres Besitzes handeln sie im Einverständnis mit der Bürgerschaft, dessen sie so lange gewiß sein können, wie sich der einzelne Bürger nicht über Gebühr belastet oder in seinem Recht gekränkt sieht.

Dieser folgende Überblick zeigt, wie die verschiedenen, während der ‚schicht‘ miteinander verfeindeten Familien der ‚Vertriebenen‘ und der ‚in der Stadt Gebliebenen‘ in der ‚Lilienvente‘ gemeinsam für das Recht der Stadt kämpfen wollen, obwohl sie im Gründungsjahr zum Teil noch nicht wieder nebeneinander im Rat sitzen. In den folgenden Jahren erscheinen noch weitere Mitglieder der ‚Lilienvente‘ im Rat, unter anderen auch Herman von Vechelde, der bedeutendste Bürgermeister der folgenden Zeit, der auch die Gründungsurkunde mitunterzeichnet hat. Von den

<sup>91</sup>) A I, 1 Nr. 291.

<sup>92</sup>) Der Name ‚Patriziergesellschaft‘ oder ‚patrizischer Waffenbund‘ (D ü r r e S. 173) ist nur mit großen Einschränkungen für die ‚Lilienvente‘ anzuwenden, weil er sofort die Vorstellung erweckt, dieser ‚Gesellschaft‘ hätten nur Patrizier angehört, was nicht stimmt, wenn man unter Patriziern ganz allgemein die Familien versteht, die in den Quellen als ‚Geschlechter‘ bezeichnet werden.

Rehtmeier geht S. 1851 f. auf die ‚Lilien-Venthe‘ ein. Ihm hat offenbar eine heute verschollene Quelle vorgelegen, aus der er entnommen hat, welchen Beitrag die Mitglieder der ‚Lilienvente‘ zu leisten hatten. Der höchste Beitrag, den einzelne Bürger leisten, besteht in 10 reisigen Pferden, die sie auf eigene Kosten unterhalten; er wird nur von ganz wenigen Mitgliedern geleistet. Der Mindestbeitrag sind 4 Pferde. Wieviel bewaffnete Knechte jedes Mitglied unterhalten mußte, ist der Aufstellung nicht zu entnehmen. Insgesamt stellten die ‚Lilienventen‘ etwa 400 Pferde und ebensoviel Knechte. (Die von Rehtmeier benutzte Quelle dürfte mehrere Jahre jünger sein als die Gründungsurkunde; das läßt sich aus den angeführten Namen der Mitglieder schließen.)

Zur allgemeinen Orientierung über die Wehrverfassung Kobler, A.: Die Wehrverfassungen Braunschweigs und seiner Nachbarstädte Hildesheim, Göttingen und Goslar im Mittelalter (Lit. Verz. 52).

eigentlichen Auführern, die sich im April 1374 hervortaten, gehört nur Jan Grotejan zu der Lilienvente; die anderen in der Rubrik ‚im Rat von der Versöhnung‘ aufgeführten sind erst im Zuge der weiteren Entwicklung in den Rat gelangt. (Vgl. oben den Abschnitt „Die allmähliche Versöhnung“.)

Im Rat vor der Schicht	Im Rat vor der Versöhnung	Im Rat von 1384	In der Lilienvente
	Volkmar v. Adenstede	Hennig v. Adenstede Bertram v. Bornum	Hennig v. Adenstede Bertram v. Bornum Gherlach v. d. Broke
Gherlach v. d. Broke			
Rolef v. d. Broke			
Bernd v. d. Damme			Bertram v. d. Damme
Tile v. d. Damme			Fricke v. d. Damme
Hans v. Evensen			Hans v. Evensen
			Hans v. Evensen
			Cord v. Evensen
Hinrik Gherwins			Hinrik Gherwins
Tile Grotejahn	Hans Grotejan	Hans Grotejan	Hans Grotejan
Achatius Grube			Achatius Grube
Bruno v. Gustede			Hans v. Gustede
Herman v. Gustede			Herman v. Gustede
	Ludeke v. d. Hagen		Ludeke v. d. Hagen
Eylard v. d. Heyde			Eylard v. d. Heyde
			unde sine broderen
Cord Holtnicker	Junge Holtnicker	Junge Holtnicker	Junge Holtnicker
Hennig Holtnicker			
	Brand v. Hone	Brand v. Hone	Brand v. Hone
		Hennig Horneborch	Hennig Horneborch
	Ludelef v. Ingeleve	Ludelef v. Ingeleve	Ludelef v. Ingeleve
Herwich Kale		Hans Kale	Herwich Kale
			Hans Kale
			Ludeman Kale
			Hinrik Kerkhove
Gherlach Kerkhove			
Heyne Kerkhove			
Gereke Pawel			Gereke Pawel
			Hans Pawel
		Tile v. Peyne	Tile v. Peyne
	Ludelef Rebene		Ludelef Rebene
Herman Ruschere			Hinrik Ruschere
Eggeling Schanleghe	Eggeling Schanleghe	Eggeling Schanleghe	Eggeling Schanleghe
Tile v. Schepenstede			Rolef v. Schepenstede
	Luder Schiltreme		Luder Schiltreme
			Hinning Schiltreme
	Hans Stapel	Hans Stapel	Hans Stapel
			Cord Stapel
Eggeling v. Strobecke			Hilmar v. Strobecke
Lubbert v. Twedorp			Fricke v. Twedorp
		Herman v. Ursleve	Herman v. Ursleve
			Cord v. Ursleve

#### d) Die ‚Ratswahl‘

Werfen wir jetzt noch einen Blick auf die ‚Ratswahl‘, die Hänselmann so scharf unterscheidet von der vorher üblichen ‚Kooptation‘<sup>93)</sup>.

Gegen Ende des letzten Jahres der dreijährigen Ratsperiode beraten die Weichbildräte getrennt unter sich und auch die aus den Gilden kommenden ‚radmannen‘ mit den Gilden, welche ‚ehrbaren und frommen‘ Leute in den neuen Rat kommen sollen. Hänselmann vermutet eine solche Beratung auch in den ‚Meinheiten‘, sie ist im ‚Ordinarius‘ aber nicht erwähnt. Über die so zustandegekommenen Listen von Kandidaten beraten die Ratsältesten, über deren Vorschläge dann zuletzt das sitzende Drittel des Rates aus dem laufenden Jahr entscheidet<sup>94)</sup>.

Ein neuer Grundgedanke ist in diesem von Hänselmann und Spieß<sup>95)</sup> sogenannten ‚Wahlgang‘ gegenüber der sogenannten ‚Kooptation‘ von vor 1374, die sicher auch auf Grund von Vorberatungen stattfand, wenn auch deren genauer modus unbekannt ist, nicht zu finden.

Diese im ‚Ordinarius‘ niedergelegten Bestimmungen über die Aufnahme in den Rat sprechen also ebenfalls gegen die These vom ‚Verfassungsumbruch‘.

Eine wirklich einschneidende Änderung würde die Bestimmung über die Dreijährigkeit einer Ratsperiode bedeuten, wenn damit alle drei Jahre ein Wechsel im Rat und vor allem in den wichtigen Ämtern verbunden gewesen wäre. Aber gerade diese Bestimmung ist von den Zeitgenossen nicht so verstanden worden, daß nach drei Jahren ein Wechsel hätte vollzogen werden müssen. Eine Überprüfung der Ratslisten zeigt, daß sich an der Dauer der Ratszugehörigkeit nichts ändert. Ein Bürger, der sich in seinem Amt bewährt, bleibt weit über diesen dreijährigen Turnus hinaus, oft bis an sein Lebensende im Rat. Gerade die Bürgermeister und Kämmerer, also die wichtigsten Männer im Rat bleiben in der Regel länger im Amt.

Herman von Vechelde als die überragende Persönlichkeit dieser Zeit ist von 1386 bis 1445 mit kurzen Unterbrechungen in den zwanziger Jahren im Rat nachweisbar<sup>96)</sup>, und zwar bis 1419 als ‚Großer Bürgermeister‘ der Altstadt. Herman Ursleve sitzt im Rat von 1384 bis 1419. Männer wie Hennig v. Adenstede (1384—1399), Hans Kale (1390—1430) und Cord Ursleve (1390—1420) stehen ihnen kaum nach; sie alle sind abwechselnd Kämmerer und Bürgermeister gewesen. Ähnlich wie in der Altstadt liegen die Dinge in den anderen Weichbildern.

<sup>93)</sup> Chron. II S. XLIV.

<sup>94)</sup> Br. UB I S. 183 (Ord. Art. CXLVII). Es ist mir nicht gelungen zu ermitteln, ob die Vorschlagslisten mehr Namen enthielten, als Männer in den Rat neu aufgenommen werden sollten; auch was im Falle der Ablehnung eines Vorgeschlagenen geschieht, bleibt unklar. Wahrscheinlich ist mündlich so lange verhandelt worden, bis eine Einigung erzielt war, so daß ein Vorschlag, der dann abgelehnt worden wäre, gar nicht erst gemacht wurde.

<sup>95)</sup> Spieß, Ratsherren S. 26.

<sup>96)</sup> Die einzelnen Belege aus den Stadtbüchern finden sich im Manuskript von Spieß, Ratlinie (H III 4 Nr. 42). Über das Wirken von Herman von Vechelde gibt es eine Spezialuntersuchung von Spieß Auskunft: Von Vechelde, die Geschichte einer Braunschweiger Patrizierfamilie (Lit. Verz. 97).

Im Hagen sind es Hans Horneborch (1384—1438), Cord Horneborch (1399—1430), Hennig Horneborch (1386—1400), Hans Weddege (1382—1403) und Hans van Voltsem, (1391—1421), die in diesen Jahren neben anderen dem Rat vor allem das Gepräge geben.

In der Altewiek treten Hennig Brunsbüttel (1379—1401), Tile Dethard (1379—1398), Hans Stapel (1383—1394), Volkmar Adenstede (1384—1394), Hinrik Lutherdes (1390—1429) und Fricke Twedorpe (1390—1429) heraus.

In der Neustadt ragen Ludelef Rebene (1378—1388), Hennig Borchtorpe (1382—1407), Tile Oldwines (1378—1400), Tile Schepenstede (1382—1413), Albert Detten (1385—1414), Henning Lendorpe (1387—1404), Hinrik van dem Berghe (1388—1409), Junge Rolef Schepenstede (1394—1410) und Hennig Dedeken (1396—1423) durch ihre lange Amtsdauer hervor.

Auch im Sack sind wenige Männer über Jahrzehnte hin am Rat bestimmend: Brand Nowen (1382—1401), Herman Sirdesse (1382—1394), Ricwert Timberla (1383—1422) und Bode van dem Bryle (1390—1431).

An der Amtsdauer der führenden Männer hat sich, wie diese Beispiele aus der Zeit der Aufzeichnung des ‚Ordinarius‘ zeigen, nach der ‚schicht‘ nichts geändert. Die Bürger, die nur für eine Ratsperiode zum Rat gehörten, blieben dort in der Regel verhältnismäßig bedeutungslos. Die führende Stellung einiger weniger Familien ist also auch nach der ‚schicht‘ an den Ratslisten abzulesen. Wichtig ist vor allem die Feststellung, daß die Schreiber des ‚Ordinarius‘ offenbar auch gar keine andere Entwicklung geplant hatten; denn sonst hätte doch gerade in diesen Jahren ein Einspruch gegen die lange Amtsdauer laut werden müssen. Offenbar wurde die geübte Praxis nicht als Unrecht und Verstoß gegen den feierlich beschworenen ‚Ordinarius‘ aufgefaßt; denn ein solcher Einspruch erfolgt zu dieser Zeit, da der Rat zur Zufriedenheit der Bürger regiert, nicht<sup>97)</sup>. Erst ein halbes Jahrhundert später, als die Bürger wieder unzufrieden mit ihrem Rat sind, wenden sie sich gegen eine zu lange Amtsdauer. Damit dürfte gezeigt sein, daß die Stellung der Geschlechter sich nach der ‚schicht‘ auch in bezug auf die übliche Dauer ihres Wirkens im Rat nicht geändert hat.

<sup>97)</sup> Übersicht über die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der ‚radmannen‘, die nach der Versöhnung bis 1399 in den Rat gelangten. Die unruhigen Jahre nach der ‚schicht‘ wurden nicht berücksichtigt, da sie das normale Bild verfälscht hätten. Die ‚radmannen‘, die erst nach 1399 erstmals in den Rat gelangten, wurden auch nicht berücksichtigt, da es hier darauf ankam, die Auswirkung der Bestimmung des ‚Ordinarius‘ auf die Amtsdauer zu überprüfen. Das konnte am besten in den Jahren unmittelbar nach seiner Aufzeichnung geschehen. Eine Weiterführung dieser Tabelle für spätere Zeit würde zudem kein wesentlich anderes Bild ergeben.

	Alt.	Hag.	Neu.	Awk.	Sack
In einer Ratsperiode belegt:	21	20	20	15	7
länger als 3 Jahre im Rat:	8	5	7	10	6
länger als 10 Jahre im Rat:	10	7	3	8	4
länger als 20 Jahre im Rat:	1	6	1	5	1
länger als 30 Jahre im Rat:	5	3	2	1	1
Anzahl der belegten ‚radmannen‘:	45	41	33	39	19

(Diese Tabelle ist zusammengestellt nach dem angeführten Manuskript von Spiess.)



#### e) Zum Urteil zeitgenössischer Schreiber

Verschaffen wir uns zum Abschluß der Erörterung dieses Aufruhrs zusammenfassend ein Bild davon, wie die zeitgenössischen Ratsschreiber das Geschehen beurteilten. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Schreiber aus dem Rat vom Ende des 14. Jahrhunderts und vom Anfang des 15. Jahrhunderts bewußt das Werk des Rates von vor 1374 aufnehmen und fortsetzen. An vielen Stellen verweisen sie zur Legitimation einer Handlungsweise des neuen Rates auf das, was auch schon der „ehrbare“ und „fromme“ Rat vor 1374 getan habe. Nirgend finden wir auch nur einen Anklang von dem Gedanken, daß der Aufstand von 1374 etwas Neuem, Erstrebenswertem zum Durchbruch verholfen habe. Der Aufstand wird vom neuen Rat eindeutig als Unrecht dargestellt, das die ‚Meinheit‘ und die Gilden am alten Rat begangen haben. Die ‚Männer der neuen demokratischen Ordnung‘ sind sich mit den 1374 aus der Stadt vertriebenen Ratsherren in der allgemeinen Beurteilung dieser Ereignisse völlig einig.

Immer, wenn es den Schreibern darauf ankommt, das Handeln des Rates vor der ‚schicht‘ als rechtmäßig darzustellen, weisen sie darauf hin, daß er sich mit den Gildemeistern beraten und also mit deren Zustimmung gehandelt habe. So muß das Anrücken der Hagener Gilden und ihr gewaltsames Vorgehen gegen den Rat als Treuebruch am Rat erscheinen, sie üben ‚sulfwold‘. Wegen dieses als frevelhaft empfundenen Vorgehens werden sie schließlich auch aus des Kaufmanns Gerechtigkeit und Freiheit ausgestoßen.

Zur Frage der Ratsfähigkeit der Gilden in der Zeit vor 1374 ist es wichtig festzustellen, daß die Schreiber des ausgehenden 14. und beginnenden 15. Jahrhunderts nirgends die Zugehörigkeit der im ‚Ordinarius‘ verzeichneten Gilden zum Rat als neu oder irgendwie ungewöhnlich darstellen. Wären die Gilden tatsächlich 1374 neu in den Rat gekommen, so wäre das eine so entscheidende Neuerung gewesen, daß es schwer vorzustellen ist, die Schreiber könnten über sie einfach hinweggegangen sein, ohne sie zu erwähnen. Die Tatsache, daß Rat und Gildemeister in Urkunden extra nebeneinander genannt werden, sagt nichts darüber aus, ob Gildemeister dem Rat angehörten oder nicht; denn auch in späterer Zeit, für die wir sicher wissen, daß Gildemeister im Rat saßen, werden am Anfang von Rechtsaufzeichnungen die Gildemeister immer gesondert neben dem Rat genannt. Zu erklären ist das wahrscheinlich damit, daß bei wichtigen Abmachungen, die die ganze Stadt betreffen, der Rat nicht entscheiden konnte und wollte, ohne sich vorher der Zustimmung der Gilden insgesamt zu versichern. Die Zustimmung der im Rat vertretenen Gildemeister wurde wohl nicht als ausreichend angesehen.

Nach alledem scheint mir die Aufzeichnung des ‚Ordinarius‘ von 1386 viel mehr eine von allen bekräftigte Aufnahme der Tradition von vor 1374 zu sein als das Dokument eines Verfassungsumbruchs. Im Urteil der zeitgenössischen Schreiber finden wir auch genügend Anhaltspunkte für die eigentlichen Ursachen dieses blutigen Aufstandes, der die Stadt an den Rand des Ruins brachte. Die finanzielle Notlage der Stadt wird als die Hauptursache des Unglücks angesehen. Das veraltete, den neuen Erfordernissen nicht gerecht werdende Kämmereiwesen, das daran die Hauptschuld trug, ist dann in den Jahren nach der ‚schicht‘ ja auch gründlich reformiert worden. Daneben werden Haß und Mißgunst unter den Geschlechtern als eine der Ursachen immer wieder hervorgehoben. Die von Zeit zu Zeit geführten Klagen über parteiisches Gericht sind wohl so alt wie die Gerichte selbst und reißen auch nach dem Umsturz nicht ab. Geht man diesen Klagen

nach, findet man sie in der Tat sehr oft berechtigt. Sie spielen aber 1445 in der nächsten Unruhe eine bedeutendere Rolle als 1374.

Diese Übelstände, auf die die zeitgenössischen Schreiber hinweisen, reichen zur Erklärung des Aufstandes wohl aus, so daß wir nicht gezwungen sind, ein ‚revolutionäres Streben‘ der Gilden zur Begründung anzunehmen. Auf das allgemeine Rechtsdenken der Bürger, aus dem heraus so ein bewaffneter Aufstand gegen den Rat zu verstehen ist, soll im dritten Hauptteil dieser Arbeit noch näher eingegangen werden.

## C Schicht der unhorsem borger 1445 — 1446

### 1. Verlauf der Unruhen

Die nächste große Auseinandersetzung innerhalb der Bürgerschaft fand in den Jahren 1445 und 1446 statt<sup>1)</sup>. Über ein halbes Jahrhundert also hatte die Stadt in innerem Frieden gelebt. Obwohl diese ‚schicht‘ unblutig verlief, trägt sie viele Züge des Aufstandes von 1374. Einige Male war es hart daran, daß sie genau so losbrach wie an jenem denkwürdigen 17. April. Nur der Besonnenheit des Rates und eines großen Teils der Gilden hat Braunschweig es zu verdanken, daß diesmal der Streit nach langem Hin und Her ohne Blutvergießen und ohne großen Schaden für die Stadt beigelegt wurde.

Suchen wir nach dem Grund, aus dem plötzlich eine allgemeine Unzufriedenheit der Bürger sich gegen die Bürgermeister und den sitzenden Rat richtete, die bis dahin unangefochten das Regiment ausgeübt hatten, so finden wir denselben Anlaß für die allgemeine Mißstimmung vor, der auch im April 1374 die Gemüter so heftig erregt hatte. Durch eine für Braunschweig unglücklich verlaufene Fehde gegen die von ‚Alvensleve uppe der borch to Arcksleve‘ (nordwestlich von Magdeburg) sah sich der Rat unerwartet hohen Ausgaben gegenüber<sup>2)</sup>. Er glaubte, das Geld nur durch eine außerordentliche Belastung aller Bürger, durch Verdoppelung des Schoßes aufbringen zu können. Mit dieser Forderung traf der Rat den empfindlichsten Punkt der bis dahin mit dem Stadtregent durchaus zufriedenen Bürger. Erregt laufen sie durch die Straßen, als sie von dem Beschluß erfahren, und schlagen Lärm. Sie setzen alle Hebel in Bewegung, um diese drückende Last abzuwerfen. Die Chronik berichtet darüber: ... „Darup makeden se eyne stemperie unde eyn vorbunt. Unde makeden vele hemeliker hoperuninge, unde tolesten wart uppe dem markede openbar gesecht: me moste de borgermester koppen, de vorterden der stad ghud“<sup>3)</sup>. Jetzt erhebt sich auch wieder die Klage über parteiisches Gericht: „Vorder makeden se eyne nige stemperie myt dusser sake. Yd was hir to Brunswick van den slechten so sere innegegraven, dat twey broder de weren borgermester unde ock radespersonen, unde jo to voren in eynem wicbelde. Uppe dusse sake leten se vorscheten, dat neymet konde to synem rechte komen ...“<sup>4)</sup>.

Über die Formen, wie so ein Protest vorgetragen wurde, haben wir recht anschauliche Berichte: „Wente itlike van dene de toghen to sik van den gilden, besunderen de lake-makers, de pilsern unde beckenslegers unde vele entelen gildemenne ut den anderen

<sup>1)</sup> In den Jahren 1413 bis 1420 gab es in Braunschweig eine Auseinandersetzung zwischen dem Rat und der Geistlichkeit, die auch in der Stadt einige Unruhe erzeugte. Hermann Bote berichtet darüber in seinem ‚Schichtbuch‘ unter dem Titel ‚Papenkrich‘. Ausgebrochen war der Streit wegen der Besetzung der Pfarrstelle von St. Ulrichi. Da die Rechtsverhältnisse der Geistlichkeit wegen der mitten durch die Stadt verlaufenden Bistumsgrenze zwischen Hildesheim und Halberstadt und durch einen päpstlichen Exemptionsentscheid zu Gunsten des Braunschweiger Propstes überaus verwickelt sind, ist eine kurze Darstellung dieses Streites nicht möglich. Den ‚Papenkrich‘ in diese Arbeit aufzunehmen erschien unzweckmäßig, da dieser Streit mit den hier behandelten Auseinandersetzungen zwischen dem Rat und der Bürgerschaft kaum in einem Zusammenhang steht. Dompropst und Rat sind hier die Kontrahenten.

<sup>2)</sup> Näheres über diese Fehde bringt Ratmann, Geschichte der Stadt Magdeburg, III, S. 102; auch Hänselmann Chron. II S. 333, Anm. 1.

<sup>3)</sup> Chron. II S. 334.

<sup>4)</sup> Chron. II S. 334 f.

gilden, de dar sick myt one tohelden unvorbodet, unde helden tosamede ore kumpenige, ore schinckenlage, unde lepen sunderlike schoduvel . . .“<sup>5)</sup> — „Se vischeden in des Rades watere, se makeden vele bylage, unde lepen schoduvel unde danseden in den laken-gespannen, unde snarden myt den wulbogen, unde de beckenslegere snurden unde schurden myt den becken, dat belderde de stad dorch dat neymet horen konnde . . . unde se hadden darby vele geschreyges“<sup>6)</sup>).

Die besonnenen Elemente, die 1374 im entscheidenden Moment die Oberhand verloren, dringen diesmal mit ihren Mahnungen durch. Es gelingt ihnen immer wieder, die Menge auf der Straße zu beruhigen, hemmungslosen Aufruhr und Blutvergießen zu verhindern. Der Rat verzichtet angesichts der drohenden Haltung der Bürgerschaft auf den doppelten Schoß<sup>7)</sup>. In einem Rezeß wird das Recht, an das sich alle halten wollen, bekräftigt. Hier einigen sich vor allem die streitenden Parteien unter den Geschlechtern und den vornehmen Gilden darüber, daß nicht mehr die beiden Brüder Hermen und Hans Kale in der Altstadt und Werneke und Hennigk Kalmes im Hagen als Bürgermeister nebeneinander bleiben sollten. Ihre Namen werden zwar in dem Rezeß nicht genannt, aber die Bestimmungen richten sich gegen sie. Hermen Kale in der Altstadt und Werneke Kalmes im Hagen mußten zurücktreten. Der im ‚Großen Brief‘, wie dieser Rezeß allgemein genannt wird, verzeichnete Beschluß, grundsätzlich im Rat keine Verwandten mehr nebeneinander zu dulden, wurde nicht verwirklicht.

Trotz des weitgehenden Entgegenkommens, mit dem der sitzende Rat auf die Forderungen der Bürgerschaft reagierte, war die einmal ausgebrochene Unruhe unter den Bürgern nicht mehr so schnell zu beschwichtigen. Die Chronik berichtet, daß die ‚schichtmeker‘, hauptsächlich Schmiede, Schrader, Knochenhauer und Bäcker, sich heimlich ein Banner machen ließen, blau und rot mit der Aufschrift: „Hu Hase hu“<sup>8)</sup>. Vermutlich haben zu diesen ‚pertiebrodere‘ vor allem die Gesellen und nicht, oder höchstens in Ausnahmefällen, die Meister gehört; denn es heißt, daß die Gildemeister bei den Aufläufen eben diese Schmiede, Schuhmacher, Knochenhauer und Bäcker zu beruhigen versuchten. Da in zeitgenössischen Berichten die ganze Gilde der Schmiede ebenso wie eine Gruppe von Schmiedegesellen, die sich in einem Wirtshaus zusammenfinden, meist nur einfach ‚smede‘ genannt werden, bleibt in einigen Fällen ein Zweifel bestehen, ob der genossenschaftliche Verband oder nur eine Horde unzufriedener Gesellen protestierend durch die Straßen zog.

Nicht alle Aufläufe und Umzüge richteten sich gegen den Rat. So berichtet die Chronik zum Beispiel von einer drohenden Schlägerei zwischen den Beckenschlägerknechten und den Kürschnerknechten auf der einen und den Schmiedeknechten und den Schuhmacherknechten auf der anderen Seite. Es hat den Anschein, als ob sie traditionell miteinander verfeindet waren. Spottverse und üble Scherze<sup>9)</sup>, mit denen sie sich gegenseitig auf ihren Umzüge reizten, waren ihre ‚Hauptkampfmittel‘. In diesen turbulenten Wochen wollten sie wohl die Gelegenheit wahrnehmen, gegen die verhassten Gegner auch

<sup>5)</sup> Ebd. S. 332.

<sup>6)</sup> Ebd. S. 336.

<sup>7)</sup> Ebd. S. 334.

<sup>8)</sup> Ebd. S. 337.

<sup>9)</sup> Vgl. z. B. die ‚Hasenjagd‘ Chron. II S. 340.

mit anderen Mitteln vorzugehen. Als die Meister von der unmittelbar drohenden Massenschlägerei erfuhren, eilten sie hinzu und konnten gerade noch im letzten Moment die Ruhe wieder herstellen. Zu ähnlichen Situationen kam es in der Folgezeit noch mehrfach.

Der Rat hatte offenbar große Angst, daß irgendwo der zündende Funke, der das Signal zum Aufruhr gegen ihn geben könnte, aufflammen würde. So verbot er z. B. ein Fest, auf dem der traditionelle Schwerttanz<sup>10)</sup> getanzt werden sollte, weil auf so einem Fest leicht ein Aufruhr entstehen könnte<sup>11)</sup>. Als im Hagen ein Bäcker namens Hermen Rothger dabei ertappt wurde, wie er mit falschen Gewichten arbeitete, wagte der Rat nicht, ihn zu verurteilen, weil er einen Aufruhr fürchtete<sup>12)</sup>. Als ein Hagener Schmied namens Drewes Faber mit einem Bauern aus Beddingen (westlich von Wolfenbüttel) in einen Rechtsstreit geriet und seinen Prozeß, der vor einem gemeinsamen Gericht des Herzogs und des Rates geführt wurde, verlor, weigerte er sich, den Anspruch des Bauern zu erfüllen. Als die Bürgermeister ihm darauf drohten, ihn ins Gefängnis zu setzen, soll er geantwortet haben: „Wen se one alrede in der deve kelre setteden, so wuste he lude to Brunswick de on dar wol wedder uthhalen wolden.“ Als der Rat ihn darauf fragte, wer das sei, sagte er, die Lakenmacher, Kürschner und Beckenschläger. Der Schmied wurde daraufhin für ein Jahr und hundert Tage aus der Stadt verwiesen<sup>13)</sup>.

Ein weiteres Beispiel für die Unsicherheit, in der der Rat regierte, bietet der Verlauf des Prozesses gegen den Beckenschläger Hinrik Dedeken<sup>14)</sup> aus der Neustadt. Er drohte dem Rat, als das Gericht des Rates nicht in seinem Sinne entschied, ebenfalls. Auch er wird für ein Jahr und hundert Tage verfestet, ausdrücklich wird die Zusammensetzung des Gerichts als rechtmäßig dargestellt<sup>15)</sup>. Als die Verfestung Dedekens bekannt wurde, gab es den vom Rat befürchteten Aufruhr vor dem Rathaus der Neustadt, also dem Sitz des Küchenrates. Es gelang aber, die Menge von Gewalttaten abzuhalten und zu zerstreuen. Im Auseinandergehen murrten die ‚pertiebrodere‘: „Dar schullen noch itliken de koppe umme springen“<sup>16)</sup>.

Von einem zu Weihnachten heimlich geplanten Aufruhr erfuhr der Rat rechtzeitig<sup>17)</sup>. Er ließ die Rathäuser von treuen Bürgern besetzen und alle Wachen verstärken. Wieder behielten die besonnenen Elemente in dieser kritischen Situation die Oberhand. Einer Abordnung der angesehensten Bürger der Stadt, die von Haus zu Haus ging, gelingt es schließlich, die Ruhe aufrechtzuerhalten. Im Rathaus des Sackes sollte ein Gericht gehalten werden über alle, die die Stadt in ‚Last und Zwietracht‘ bringen wollten.

<sup>10)</sup> Ebd. S. 339, Anm. 1.

<sup>11)</sup> Ebd. S. 339: „Do beden se dusse smede- unde schoknechte, dat se den reygen overgeven uppe dat mal, wente deme Rade was lede dat eyn uplöp darvan worden hedde, dat de geschicht darmede scheghe, unde hedde ane blotstorting nicht vorbleven. Also weren de knechte deme Rade behorsem unde leten oren dans na.“

<sup>12)</sup> Ebd. S. 339.

<sup>13)</sup> Chron. II S. 341.

<sup>14)</sup> H ä n s e l m a n n belegt ebd. S. 342, Anm. 3, daß es wahrscheinlich nicht Hans Dedeken ist, wie Bote schreibt, sondern Hinrik. Eine Falschschreibung im Verfestungsbuch, auf das sich Hänselmann beruft, ist sehr unwahrscheinlich.

<sup>15)</sup> Ebd. S. 342.

<sup>16)</sup> Ebd. S. 343.

<sup>17)</sup> Durch die Drohung eines betrunkenen ‚schichtmekers‘, ebd. S. 343.

Nach einigen Wirren kam es zu dem Prozeß, in dem 28 Bürger vor die Wahl gestellt wurden, entweder die Stadt für immer zu verlassen oder in ihre Häuser zu gehen und das Urteil des Rates über sich zu erwarten. Sie wußten wohl, daß sie nach allem, was vorgefallen war, insbesondere aber wegen der letzten Verschwörung, bei einem Gericht das Schlimmste zu erwarten hatten. Sie alle wählten die Verfestung. Es heißt, daß sie in Dörfern und kleinen Städten vor allem im Magdeburgischen aufgenommen wurden. Einige von ihnen versöhnten sich später auch wieder mit dem Rat.

Als so die lautesten ‚schichtmeker‘ aus der Stadt gewiesen waren, kehrte die alte Ruhe bald wieder zurück. Als die Unruhen endgültig vorüber waren, stiftete der Rat im Frühjahr 1447 zum Dank dafür, daß alles ohne Blutvergießen abgegangen war, dem heiligen Autor, dem Patron der Stadt, einen neuen Sarg<sup>18)</sup>. Der Rat war sich der Gefahr, in der er geschwebt hatte, offenbar voll bewußt gewesen und hoffte nun, daß Aufruhr und Blutvergießen auch in Zukunft vermieden werden könnten.

## 2. Die Gegner und ihre Beweggründe

Die Gegner sind ähnlich gruppiert wie 1374. Unter den vornehmen Geschlechtern herrscht Zwietracht. Sie findet ihren Ausdruck in der Forderung, daß nicht Brüder nebeneinander im Rat sitzen und vor allem nicht nebeneinander Bürgermeister sein sollen. In der Altstadt waren zu der Zeit zwei Brüder Hermen und Hans Kale und im Hagen ebenfalls zwei Brüder Werneke und Hennig Kalmes nebeneinander Bürgermeister.

Die Forderung, nahe Verwandte nicht nebeneinander im sitzenden Rat zu dulden, kam von den Geschlechtern; die breite Masse der Bürgerschaft interessierte sich anscheinend nicht dafür. Die Chronik berichtet, daß der Streit wie 1374 im Hagen seinen Ursprung hatte. „To Brunswick in dem Hagen dar erhoff sick eyne twidracht mangk den schlechten . . .“<sup>19)</sup>. Es wird weiter berichtet, daß einige Bürger aus den vornehmen Familien des Hagens in die Altstadt zogen; das deutet darauf hin, wo die, die im Hagen nicht gern gesehen waren, ihre Freunde hatten. Die Rivalität zwischen Altstadt und Hagen spielt also auch wieder eine Rolle.

Es gibt auch wieder Streit um die Schutzverpflichtungen, die der Rat gegenüber den Besitzungen seiner Bürger außerhalb der Stadt übernommen hat.

Der entscheidende Unterschied zum Verlauf der ‚schicht des rades‘ liegt darin, daß sich die Geschlechter und die vornehmen Gilden verhältnismäßig schnell untereinander im ‚Großen Brief‘ einigen und dann, nachdem sie den Streit beigelegt haben, einmütig für die Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen. Keine dieser Parteien erlag der Versuchung, die lärmende, aufgebrachte Masse für die Durchsetzung ihrer Absichten mit heranzuziehen. Daß der ‚Große Brief‘ nicht die ganze Bürgerschaft befriedigt hat, obwohl er damit beginnt, die Zustimmung der gesamten Bürgerschaft festzustellen, wird am deutlichsten dadurch erwiesen, daß es auch nach der Annahme dieses Rezesses in der Stadt gärt.

Neben den rivalisierenden vornehmen Familien haben wir eine ganz andere Gruppe von Bürgern, die mit diesem Streit nichts zu tun hat, aber aus anderen Gründen auch mit dem sitzenden Rat unzufrieden ist. Sie beklagt sich über die zu hohen Korn- und Bierpreise. Lärmend ziehen sie durch die Straßen und fordern Herabsetzung der Preise.

<sup>18)</sup> Chron. II S. 348, auch ebd. Anm. 3.

<sup>19)</sup> Chron. II S. 332.

Folgende Chronikstelle kennzeichnet sie vielleicht am anschaulichsten: „Ock vele der pertiebrodere, sunderliken de beckensleger, de nemen hercken unde krauwele, unde lepen darmede uppe der strate unde repen: se wolden de rōden uthriten unde de hoppenrandken, de gardeners scholden dar kol planten, dat se vele koles konden vor eynen ferling kopen. De ander pert de repen: dat Embeckes beer dat were to dure, me scholde dat mynner setten, dat arme lude ok Embeckes beer drincken konden, unde me scholde dem armen so ghut beer tappen alse deme riken, edder se wolden de vate in dem beerkelre entwey hauwen“<sup>20)</sup>).

Die Schuhmacher, Knochenhauer und Bäcker werden immer wieder neben den Beckenschlägern als die lautesten ‚pertiebrodere‘ bezeichnet. Diese Gruppe der Unzufriedenen war anscheinend in der Neustadt besonders stark; denn die Beckenschläger, die nur in der Neustadt eine Gilde haben, werden immer wieder an erster Stelle genannt, wenn es darum geht, die ‚schichtmekere‘ darzustellen.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß unter ‚beckensleger, smede, schomaker, knokenhawer und becker‘ nicht die betreffenden Gilden als ganze zu verstehen sind, obwohl das rein dem Wortlaut nach möglich wäre. Es deutet vielmehr alles darauf hin, daß unter den Handwerkern selbst Unzufriedenheit mit den Gilden herrschte. Zu den ‚schichtmekern‘ gehören also nicht in erster Linie die Meister, jedenfalls nicht die in den Gilden tonangebenden Meister. Viele aus der Menge, die randalierend durch die Straßen zog, werden nicht das Bürgerrecht besessen haben.

Aber nicht nur in der Neustadt, auch im Hagen war diese Gruppe stark. Das geht schon daraus hervor, daß von den 28 aus der Stadt verwiesenen Bürgern 16 aus dem Hagen stammten, aus der Neustadt stammten weitere 8; Hagen und Neustadt sind also die eigentlichen Unruheherde<sup>21)</sup>. Bezeichnend für diesen Personenkreis ist auch die Tatsache, daß sich keiner der Verfesteten im Rat der Stadt nachweisen läßt, obwohl die Quellengrundlage für Altstadt, Neustadt, Sack und Altewiek gut, für den Hagen allerdings nur sehr dürftig ist.

Neben diesen auf eine Auseinandersetzung notfalls auch mit Gewalt drängenden Elementen gab es in der Bürgerschaft jedoch eine große Gruppe, die auf jeden Fall einen offenen Aufruhr und ‚blotstorting‘ verhindern wollte und auf Ausgleich bedacht war. Man darf sie nicht als ‚Ratspartei‘ bezeichnen, nur weil sie sich im Moment der Gefahr schützend zwischen den Rat und die wütende Menge stellte. Diese Bürger waren bereit, mit der Waffe in der Hand den Frieden aufrechtzuerhalten. Was diesen besonnenen Elementen in der ‚schicht des rades‘ nicht glückte, das gelang ihnen hier, den blutigen Aufruhr zu verhindern. Die Chronik berichtet, wie ein großer Teil der Bürgerschaft im kritischen Moment der Ausweisung der Aufrührer für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgte<sup>22)</sup>. Rat, Gildemeister und ein großer Teil der ‚Meinheit‘ standen trotz mancher Differenzen zusammen, wenn es galt, einen blutigen Aufruhr innerhalb der Mauern zu verhindern.

Am ruhigsten scheint es wieder in der Altewiek gewesen zu sein. Die Altewiek ist das einzige Weichbild, aus dem niemand verfestet wurde.

<sup>20)</sup> Chron. II S. 337.

<sup>21)</sup> Auch Hinrik Dedeken, mit dessen Prozeß der Rat so große Schwierigkeiten hatte, war Beckenschläger in der Neustadt.

<sup>22)</sup> Chron. II S. 346.

### 3. Das Ergebnis der ‚schicht der unhorsem borger‘

Prüfen wir zum Abschluß der Betrachtung dieser Unruhen, welche Folgen sie für die Stadt gehabt haben. In dem ‚Großen Brief‘, auf den sich Rat und Bürgerschaft am 12. Juli 1445 einigten, wird das Ergebnis der Auflehnung gegen den sitzenden Rat faßbar. Es gibt am Ende dieser Auseinandersetzungen keinen Sieger und keinen Besiegten. Der ‚Große Brief‘ ist das Zeugnis eines vernünftigen Kompromisses. Die meisten Bestimmungen, die er enthält, sind so oder ganz ähnlich auch schon in älteren Rechtsaufzeichnungen enthalten. Hier soll nur das behandelt werden, was gegenüber älteren Abmachungen neu ist.

Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Nennung der ‚hovetlude‘ am Beginn des ‚Großen Briefes‘. Neben dem Rat und den Gildemeistern, die seit altersher bei solchen Gelegenheiten immer in Erscheinung treten, werden jetzt auch ‚Hauptleute‘ genannt, die sich mit dem Rat und den Gildemeistern auf diesen ‚Großen Brief‘ geeinigt hätten<sup>23)</sup>. Im weiteren Verlauf des Briefes werden dann auch die Funktionen genannt, die sie ausüben sollen; es heißt dort:

„Ok wan de tijd is dat me den rad wandelen schal, alse io vmme de dre jare, so schullen de mestere vnde de geswornen van den gilden kesen radmanne bij oren eyden vth orer gilde, de jenne de one duncken der stad nutte vnde beqweme wesen, alse dat van alder gewesen is. Ok schullen de menheit jn allen wicbelden houetlude kesen jn jowelker burscupp twene, vnde de houetlude schullen jn jowelkem wicbelde kesen bij oren eyden radmanne van der menheit, de jenne de one der stad duncken nutte vnde beqweme wesen, vnde jn dussem kore schal de mynste deyl dem meysten deyle volghen.“<sup>24)</sup>

An anderer Stelle ist in derselben Urkunde die Rede von den Hauptleuten, als es darum geht, was der einzelne Bürger im Kriegsfall an Knechten und Pferden zu stellen hat. Neben Ratsherren und Gildemeistern gehören auch Hauptleute dem Ausschuß an, der die Höhe der Leistungen festsetzt. Die betreffende Bestimmung lautet:

„Kemet ok, dar god vor sij, dat der stad krich wedderstode, so dat des noth worde dat me de borgere vppe perde vnde knechte to holdende setten moste, so scholden de rede der viff wicbelde vth orem rade vnde radsworen dar wene to schicken, alse nemliken de rad jn der Oldenstad viff personen, de rad jn dem Hagen veire, de rad jn der Nyenstad dre, de rad jn der Oldenwick twene, vnde de rad jn dem Sacke twene. Dar schal me to schicken vth jowelker gilde eynen man van den mesteren, vnde vth jowelkem wicbelde eynen man van den houetluden der menheit. Vnde dusse scholden dar samptliken ouer to hope komen vnde darupp raden, dat se de borgere setteden perde vnde knechte to holdende na malkes mogelicheit vnde legenheyt, so dat dar nemant ane vorsconet en worde. Vnde de seuen sittende borgemestere jn den viff wicbelden scholden dusse ses-teyn personen vth dem rade vnde de gildemesters vnde de houetlude der menheit de darto geschicket sin, ok setten perde vnde knechte toholdende, oft se dat vermochten“<sup>25)</sup>.

<sup>23)</sup> UB I S. 227: „We de rad der stad to Brunswick jn allen viff wicbelden, vnde we mestere der wantsnider, der lakenmeker jn dem Hagen, der lakenmeker jn der Nyenstad, der lakenmeker jn der Oldenwick, der scowerten vnde der gherwere, der gherwere vnde der scowerten, der knokenhauwere, der smede, der wesseler, der goltsmede, der beckenwerten, der becker, der kramer, der scrader vnde der korsenwerten, unde de gemeynen gildebrodere van alle dusen vorscreuen gilden, vnde we houetlude der menheit vnde gantze menheit jn allen viff wicbelden hebbet vns eyndrechtliken des gans voreynet dorch eyndracht vnde vrede samitheit willen, vnser cyn bij dem anderen to bliuende vnde to helpende myt alle vnser macht wedder to stande deme vnde alle den dat der stad, dem rade, den gilden vnde der gantzen menheit to Brunswick to schaden komen mochte.“

<sup>24)</sup> UB I S. 227.

<sup>25)</sup> UB I S. 229 §§ 33, 34.



Diese hier beschriebene Stellung der ‚hovetlude‘ ist nun einigermaßen überraschend. In keiner der älteren Rechtsaufzeichnungen spielen die Hauptleute eine Rolle. Aus früherer Zeit kennen wir Hauptleute nur als Führer der Kriegsmannschaft. Noch gegen Ende des 14. Jahrhunderts begegnen sie nur in dieser Rolle. Zu Beginn des ‚Ordinarius‘ werden sie nicht genannt.

Hänselmann und Spieß haben diesen ‚Bürgerhauptleuten‘ ihr besonderes Interesse zugewandt. Sie sehen in ihnen die Exponenten eines neuen politischen Geistes. Wegen der zentralen Bedeutung, die die Beurteilung dieser Hauptleute innerhalb der vorliegenden Arbeit einnimmt, gilt es zunächst, die Interpretation im einzelnen zu erfassen, die die Bestimmungen des ‚Großen Briefes‘ über die Hauptleute durch die Braunschweiger Lokalgeschichtsforschung erfahren haben, um dann diese Darstellung überprüfen zu können.

Hänselmann sieht in der Stellung der Bürgerhauptleute, wie sie im ‚Großen Brief‘ festgesetzt ist, ein Anzeichen für grundsätzlich veränderte Machtverhältnisse im Regiment der Stadt. In erster Linie stellt er sie als eine Institution dar, die es innerhalb der Gemeinden, der ‚meynheiten‘, einer breiten, sozial schlechter gestellten Schicht ermöglichen soll, den Geschlechtern entgegenzutreten.

Er schreibt: „Wir sahen, wie diese [die Rathswahlen in den Gemeinden] bisher von den abgehenden Herren eingeleitet und schließlich entschieden wurden; von nun ab sollen sie ohne jede Dazwischenkunft des Rathes, völlig selbständig, auf Seiten der Gilden durch die Meister und Zugeschwornen, seitens der Gemeinden durch die Hauptleute vollzogen werden ... Und in den Hauptleuten erlangen nun auch diese Kreise der Bürgerschaft bleibende Organe, vermögen deren sie erst in Wahrheit zum Range politischer Körperschaften erhoben werden und als solche künftig den Gilden gleichwerthig an die Seite, den Geschlechtern ... mit größerer Selbständigkeit gegenüberzutreten. Dazu aber wird in der Folge nicht nur bei den Rathswahlen Gelegenheit sein. Althergebracht war, daß der Rath bedenkliche Maßnahmen vor dem Vollzuge der versammelten Bürgerschaft, Gilden und Gemeinden, eröffnete, deren Meinung vernahm und ihren Widerspruch beschwichtigte oder sich zur Warnung dienen ließ. Diese Üblichkeit empfängt in bestimmten Maßen und Formen nunmehr gesetzliche Kraft“<sup>26)</sup>.

Die Bürgerhauptleute sollen also nach Hänselmanns Auffassung die Interessen der Gemeinden gegenüber den Interessen der Geschlechter zur Geltung bringen. Die weitere Entwicklung zeigt aber, daß sich an der seit Anfang üblichen Gewohnheit, die Geschlechter als Vertreter der Gemeinden anzusehen und ihr Interesse als das Interesse der Gemeinden gelten zu lassen, nichts Entscheidendes ändert. Im Rat treten weiter dieselben Familien als Vertreter der Gemeinden auf. Hier erhebt sich zwangsläufig der Zweifel an der These Hänselmanns, die Bürgerhauptleute hätten ursprünglich das Interesse der Gemeinden gegen das Interesse der Geschlechter vertreten sollen. Ist es nicht vielmehr so, daß die Hauptleute Worthalter der Gemeinden sind, denen ganz bestimmte Aufgaben zugewiesen werden, und daß sie aus demselben Kreis von Familien stammen, die uns von Anfang an in den Quellen als Worthalter der Gemeinden entgegentreten<sup>27)</sup>?

<sup>26)</sup> Chron. II S. L.

<sup>27)</sup> Diese Vermutung, daß die ‚houetlude‘ des Jahres 1445 aus demselben Kreis von Familien wie die Ratsherren stammen, läßt sich leider nicht belegen, da uns die Namen der Hauptleute für diese Zeit nicht überliefert sind. In späteren Jahren zur Zeit von ‚Hollands schicht‘ lassen

Auch in früherer Zeit haben die Geschlechter niemals ungebunden tun können, was sie wollten. Es ist gezeigt worden, wie sie seit jeher bei den wichtigen Beschlüssen daran gebunden waren, sich der Zustimmung der Bürgerschaft zu versichern. Das schließt nicht aus, daß sie, wenn sie sich stark genug fühlten, manchen Beschluß ohne Rücksprache faßten, obwohl sie eigentlich erforderlich gewesen wäre. Aber gerade solche ‚eigenmächtigen‘ Beschlüsse sind es auch seit altersher, die den Unwillen der Bürgerschaft erregt und den Anlaß zu Unruhen und Aufständen gegeben haben. Das Recht der Mitsprache in wichtigen Dingen, die das Wohl der Gemeinden betreffen, ist also fester Bestandteil des Rechtsdenkens auch schon lange vor der Aufzeichnung des ‚Großen Briefes‘. Eine Gewohnheit, die sich aus der Tradition herleitet, ist geltendes Recht, auch wenn sie nicht schriftlich fixiert ist, und keineswegs eine ‚Üblichkeit‘, der etwa der Charakter der Unverbindlichkeit eignet. Die Tatsache, daß eine Bestimmung im ‚Großen Brief‘ schriftlich festgehalten wird, besagt also nicht, daß sie damit auch erst ‚gesetzliche Kraft‘ erlangt habe.

Wenn also nach dem ‚Großen Brief‘ Änderungen am Ecteding, Willküren usw. künftig nie mehr ohne Wissen und Wollen der Gildemeister und Hauptleute beschlossen werden sollten, so bedeutet das nichts grundsätzlich anderes, als was vorher auch rechtens war, nämlich daß der Rat wichtige Maßnahmen vor dem Vollzuge der versammelten Bürgerschaft der Gilden und Gemeinden eröffnete und mit ihnen darüber beriet.

Auch den Modus der Ratswahl haben die Verfasser des ‚Großen Briefes‘ nicht grundsätzlich ändern wollen. Da die Hauptleute in den Gemeinden eine wichtige Funktion neu innehaben, nehmen sie selbstverständlich auch an den Beratungen zur Ratswahl teil. Die Vermutung Hänselmanns, der Modus der Ratswahl habe sich grundsätzlich geändert, geht davon aus, im ‚Großen Brief‘ sei die ganze Prozedur einer Ratswahl beschrieben und der Satz „alse dat van alder gewesen is“ eine leere Floskel. Es ist doch aber viel wahrscheinlicher, daß die Verfasser sich die Darstellung des komplizierten Verfahrens, das ohnehin jedem bekannt war, mit dem Hinweis „alse dat van alder gewesen is“ ersparten. Zudem stimmt die Behauptung Hänselmanns, das „kesen“ sei nun von den Gilden und Gemeinden allein ohne „Dazwischenkunft“ des Rates besorgt worden, ganz sicher nicht; denn die „geswornen“ werden doch ausdrücklich genannt. Wen Hänselmann meint, wenn er hier „geswornen“ mit „Zugeschworenen“ und nicht mit „Ratsgeschworenen“ oder „Geschworenen“ übersetzt, bleibt unklar, gemeint sein können nur die Ratsgeschworenen. Fast immer werden die nicht zum sitzenden Rat gehörenden „radmannen“ als „gesworne“, nur selten als „radsgesworne“ bezeichnet. Sie sind seit altersher mit den Gilden an der Ratswahl beteiligt, und auf sie bezieht sich auch der Zusatz „von alder“.

Der entscheidende Irrtum besteht darin, daß dem Wort ‚kesen‘ ein Sinn unterlegt wird, den es nicht hat. Es ist nichts dagegen einzuwenden, es mit ‚wählen‘ zu übersetzen, aber man darf sich darunter dann nicht eine moderne Wahl vorstellen. Der im ‚Ordinarius‘ beschriebene komplizierte Vorgang der Auswahl und Aufnahme in den Rat heißt zu jener Zeit eben: in den Rat ‚kesen‘.

sich unter den Hauptleuten Angehörige der ältesten und vornehmsten Familien nachweisen, wie ein Blick auf die Liste der Hauptleute aus dem Jahr 1488 im ‚Schichtbuch‘ (Chron. II S. 365) zeigt. Auch Hänselmann und Spieß bestreiten nicht, daß Angehörige der Geschlechter Hauptleute waren, sie behaupten aber, daß das gegen die Absicht des ‚Großen Briefes‘ gewesen sei.

Auch der Zusatz „jn dussem kore schal de mynste deyl dem meysten deyle volghen“ bedeutet nicht, daß hier eine allgemeine Wahl nach dem Prinzip einer Mehrheitswahl gemeint ist. Dieser Zusatz bezieht sich nur auf das Kollegium der Hauptleute, in dem nach Mehrheitsbeschluß abgestimmt werden sollte. Würde sich der Zusatz auf die Ratswahl als ganzes beziehen, so müßte man, da es sich um mehrere im Text einzeln aufgeführte Vorgänge des ‚kesen‘ handelt, viel eher den Plural „jn dussen koren“ als den hier gebrauchten Singular erwarten; jedoch ist rein vom Sprachlichen her die Möglichkeit, daß der ganze Vorgang der Ratswahl gemeint sein könnte, nicht auszuschließen. Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß sich die Forderung nach einem Mehrheitsbeschluß hier nur auf die Hauptleute bezieht. Die Bestimmung „alse dat van alder gewesen is“ in bezug auf den Modus, nach dem Gildemeister und Geschworene die neuen Ratsherren aus den Gilden bestimmen, besagt eindeutig, daß sich dieser Zusatz nicht auf die ganze Prozedur der Ratswahl beziehen kann. In den Kollegien der Gildemeister und der Geschworenen für sich wird sich wahrscheinlich auch die Minderheit der Mehrheit gebeugt haben, falsch ist nur die Vorstellung einer allgemeinen Mehrheitswahl moderner Prägung, wie sie Hänselmann und Spieß offenbar vorschwebt, wenn sie von ‚Wahlkampf‘ und ‚Stimmvieh‘ sprechen.

Gegen eine Argumentation, die sich stark auf den Satz „alse dat van alder gewesen is“ stützt, läßt sich nun freilich einwenden, daß im damaligen Rechtsdenken eine Neuerung in den rechtlichen Gepflogenheiten oft schon sehr bald als zum ‚guten alten Recht‘ gehörend empfunden und auch so bezeichnet wurde. Dagegen muß in diesem Falle jedoch eingewendet werden: der sicherste Beweis dafür, daß grundsätzlich alles beim alten bleibt, sind die sitzenden Räte der folgenden Jahre. Zwei Bürgermeister müssen zurücktreten, und ihre Stellen nehmen Männer aus demselben Kreis vornehmer Familien ein; das ist die ganze Änderung, die der ‚Große Brief‘ in der Praxis für die Zusammensetzung des Rates gebracht hat. Da die Verfasser des ‚Großen Briefes‘ 1445 das Stadtreghement innehatten und ohne Zweifel auch imstande waren, ihren Willen durchzusetzen, hätten sie eine im ‚Großen Brief‘ intendierte Neuerung unmittelbar danach auch in die Tat umsetzen können. Da so Text des Rezesses und praktische Auswirkung übereinstimmen, scheint mir erwiesen, daß 1445 in der Prozedur der Ratswahl keine grundsätzliche Reform beabsichtigt war.

Spieß vertritt, ausgehend von den Thesen Hänselmanns, die ähnliche Auffassung, daß die Bürgerhauptleute Vertreter einer sozialen Schicht seien, die bis 1445 gar nicht oder zumindest nicht ausreichend im Rat vertreten war und so also bis dahin keinen Einfluß auf das Stadtreghement ausüben konnte. Er sieht in der Beteiligung der Hauptleute den Erfolg der ‚demokratischen Bewegung‘ des Jahres 1445. Dazu schreibt er: „Es drängte nun aber mehr und mehr auch die übrige Bürgerschaft ans Licht des politischen Lebens . . . So kam für die noch nicht im Rate vertretene Bürgerschaft alles darauf an, zu versuchen, innerhalb der Gemeinden, zu denen man ja auch gehörte, Einfluß zu gewinnen. Vor allem mußte das Selbstergänzungsrecht der aus den Gemeinden gewählten Ratsherren gebrochen werden. Die Gemeinden mußten zu eigentlichen Wahlkörperschaften werden mit aktivem, nicht bloß passivem Wahlrecht, wie es die ratsfähigen Gilden bereits seit 1386 waren. Zur Erlangung der politischen Handlungsfähigkeit mußte die ungefüge Masse organisiert und mit Führern versehen werden . . . In Zukunft gehörten die Bürgerhauptleute zu den einflußreichsten Persönlichkeiten der Stadt. Ihre Wahl an

den Andreasabenden der Körjahre bildete das wichtigste regelmäßig wiederkehrende politische Ereignis im Leben der Stadt, an das sich die Hoffnungen und die Befürchtungen aller Kreise der Bürgerschaft knüpften. Die Weiterherrschaft der Aristokratie war von ihren Siegen in den Wahlkämpfen abhängig“<sup>28)</sup>).

Spieß sieht durch diese Institution der Bürgerhauptleute „das natürliche politische Übergewicht“ der Geschlechter in Frage gestellt<sup>29)</sup>. Das Jahr 1445 bringt nach seiner Darstellung eine ganz grundsätzliche Änderung im Regimente der Stadt. Jedoch ist von ‚Wahlkämpfen‘ in den Gemeinden für die folgende Zeit in keiner Quelle die Rede; auch das ‚passive Wahlrecht‘ aller Bürger der ‚Meinheit‘ ist für jene Zeit eine reine Fiktion modernen Nachdenkens. Dieser Begriff ist zu jener Zeit völlig irrelevant, es konnte weder vor noch nach 1445 jeder Bürger ‚radman‘ werden. Auch die Vorstellung, daß sich von jetzt ab die Macht der Geschlechter auf einen ‚Sieg im Wahlkampf‘ gründete, ist abwegig. Die Grundlage für die Macht der Geschlechter ist nach wie vor ihre Stellung in der Bürgerschaft und das Vertrauen und das Ansehen, das sie in der Gemeinde genießen; ihr Ansehen wiederum beruht auf Herkommen, Erfahrung, Besitz und Leistung.

Spieß kommt es darauf an, die Bürgerhauptleute in ihrer Position, wie sie uns der ‚Große Brief‘ beschreibt, als sichtbares Zeichen der ‚demokratischen Kräfte‘, die im Mittelalter in Braunschweig wirksam gewesen seien, darzustellen. Sie sind ein Glied in der Kette der ‚Entwicklung zur Demokratie‘. 1374 wurde die ‚Alleinherrschaft‘ der Geschlechter gebrochen, 1445 auch ihr ‚natürliches politisches Übergewicht‘ in Frage gestellt. Das ist die Linie in der Entwicklung, auf die es ihm bei seiner Darstellung ankommt.

Es stimmt zweifellos, daß die Bürgerhauptleute zu den einflußreichen Männern der Stadt gehörten, sie waren aber nicht einflußreiche Männer geworden, weil sie zu Hauptleuten gewählt worden waren, sondern genau umgekehrt, sie waren zu Hauptleuten gewählt worden, weil sie zu den einflußreichen Männern der Stadt zählten und ihr Wort in der Bürgerschaft etwas galt.

Um die Stellung der ‚Hauptleute‘ zu beurteilen, ist es von entscheidender Bedeutung, zu klären, wie jemand in der Mitte des 15. Jahrhunderts zum ‚Hauptmann‘ werden konnte. Im ‚Großen Brief‘ heißt es nur: „Ok schullen de menheit jn allen wicbelden houetlude kesen jn jowelker burscupp twene.“ Das ist der Satz, auf den Hänselmann und Spieß ihre Vorstellung von einer allgemeinen direkten Wahl im Sinne der modernen Mehrheitswahl gründen. Wenn das aber in dem Wort ‚kesen‘ nicht enthalten ist, fehlt dieser Vermutung ihre Grundlage. Darüber, wie dieses ‚kesen‘ vonstatten ging, finden wir in den Quellen keine Aussage, aber ist es nicht wahrscheinlich so gewesen, daß die Angesehen-

---

<sup>28)</sup> Spieß, Ratsherren S. 27.

<sup>29)</sup> Dennoch muß auch er feststellen, daß sich in der Praxis kein so entscheidender Wandel vollzog, wie wir aus folgender Bemerkung entnehmen (ebd.): ‚Wie die geschichtliche Weiterentwicklung lehrt, gelang es den aristokratischen Kreisen, insbesondere der Großkaufmannschaft, noch auf anderthalb Jahrhunderte hin, das Vertrauen der Gemeinden ... zu gewinnen, so daß nach wie vor häufig genug Angehörige der vornehmsten sozialen Schicht als Vertreter der Gemeinden in den Rat einzogen. (Auch die von den Gemeinden unmittelbar gewählten Bürgerhauptleute gehörten vielfach der Aristokratie an.)‘

sten in der Versammlung der ‚burscup‘<sup>30)</sup> mit Zustimmung der Versammlung aller Bürger jemanden aus ihrem Kreise zum Hauptmann bestimmten? Uns ist jedenfalls kein einziger Fall überliefert, in dem etwa beispielsweise die ‚oldkotter‘ oder ‚sunnenkremer‘ je einen der Ihren zum Hauptmann gewählt hätten.

Die Vorstellung, daß die Hauptleute das Interesse einer breiten unteren sozialen Schicht gegen das Interesse der Geschlechter, die seit altersher in der ‚Meinheit‘ Ton angaben, verteidigt hätten, scheint mir unhaltbar; denn nach 1445 ändert sich an der Zusammensetzung des Rates nichts zugunsten einer breiten Masse der ‚Meinheit‘. Nirgends wird je ein Konflikt spürbar zwischen den Hauptleuten und den Angehörigen der Geschlechter, was doch unvermeidlich gewesen wäre, wenn sie tatsächlich die von Hänselmann und Spieß vermutete Funktion ausgeübt haben sollten.

Die Hauptleute haben ihre neue Stellung als Worthalter der ‚Meinheit‘ unter dieser Bezeichnung aber nicht erst im ‚Großen Brief‘ zugewiesen bekommen; denn aus dem Dokument geht eindeutig hervor, daß sie an dessen Abfassung schon als Worthalter der ‚Meinheiten‘ unter der Bezeichnung ‚houetlude‘ mitgewirkt haben<sup>31)</sup>. 1386 bei der Abfassung des ‚Ordinarius‘ werden sie in dieser Stellung noch nicht erwähnt. Aus der Zeit begegnen uns ‚Hauptleute‘ nur als Führer der Kriegsmannschaft. Bisher ist es mir nicht gelungen, zu ermitteln, wann zwischen 1386 und 1445 und auf welche Weise die Hauptleute, wie sie zuerst im ‚Großen Brief‘ und dann später immer wieder genannt werden, zu Worthaltern der ‚Meinheiten‘ geworden sind.

Der Eid, den die Hauptleute zu leisten haben, steht seinem Inhalt nach dem Eid der Gildemeister nahe. Wie die Gildemeister werden nach Aussage des Eides auch die Hauptleute in die Beratungen über das, was zum Nutzen der Stadt zu unternehmen sei, einbezogen. Aus der Zeit vor 1445 ist kein Eid der Hauptleute überliefert, während wir Eide der Gildemeister auch aus früherer Zeit haben. Erst nach der ‚schicht der unhorsem borger‘ tritt der Eid der Hauptleute in den Quellen auf<sup>32)</sup>. Auch dieser Eid spricht dafür, daß er von Angehörigen der führenden Familien geleistet wurde, die auch die Interessen der ‚Meinheiten‘ im Rat vertraten, wie anders wäre sonst die folgende Wendung darin zu verstehen: „... vnde de wile de menheyt truwelken vorstan“?

Außer den Bestimmungen über die Hauptleute enthält der ‚Große Brief‘ eine weitere wichtige Neuerung. Es ist die Bestimmung, daß Verwandte nicht nebeneinander im Rat

---

<sup>30)</sup> Solche ‚burscuppe‘, üblicherweise als Bauerschaften bezeichnet, gab es in der Altstadt 4, im Hagen und in der Neustadt je 3 und in der Altewiek und im Sack je 2. Sie gehen wahrscheinlich zurück auf die alte Wehrverfassung der Stadt und stellen ursprünglich die Einheiten dar, in denen sich die Bürger zum Kampf stellten. Über sie ist kaum etwas bekannt. Zu der Zeit, von der hier die Rede ist, hatten sie eine solche Bedeutung für die Verteidigung der Stadt längst verloren. Jede Bauerschaft wählte 2 Hauptleute, insgesamt gab es deren also 28. (Vgl. Chron. II S. LII; UB I S. 226 und Spieß, Ratsherrn S. 27.)

Dazu auch Karl Wilhelm Sack: Über die Entstehung der Bauerschaften in der Stadt Braunschweig, die Eintheilung der Häuser nach Nummern, sowie die Abgaben und Gerechtsame an der Weidetheilung (Lit. Verz. 85). Über den Ursprung der ‚burscuppe‘ und ihre Funktion in früherer Zeit gibt diese Arbeit jedoch trotz ihres Titels keinen Aufschluß.

<sup>31)</sup> Vgl. dazu die Eingangsformel des ‚Großen Briefes‘.

<sup>32)</sup> Wortlaut des Eides in UB I S. 231.

sitzen oder sogar Bürgermeister sein sollen<sup>33)</sup>. Diese Bestimmung richtete sich gegen einige wenige Familien, die immer mehr Macht an sich gezogen hatten. Wirklich durchgeführt worden ist diese Bestimmung aber nur bei den Bürgermeistern der Altstadt und des Hagen, von denen je einer sein Amt verlor. Alle anderen Verwandten wollte man noch bis an ihr Ende im Rate belassen und nur in Zukunft darauf achten, daß nicht Verwandte nebeneinander in den Rat kämen. Das ist aber niemals konsequent eingehalten worden.

Eine im ‚Großen Brief‘ vorgesehene Begrenzung der Amtsdauer der Bürgermeister wird 1453 ausdrücklich widerrufen (nachdem man sich ohnehin nicht daran gehalten hatte) und die lebenslängliche Amtsdauer der Bürgermeister betont<sup>34)</sup>. Das ist freilich keine uneingeschränkte Bestimmung; denn es heißt ausdrücklich, daß jemand, der nicht zum Nutzen der Stadt handle, sein Amt verlieren und abgesetzt werden könne, offenbar auch mitten in der Ratsperiode und nicht nur bei der Neuwahl. Ähnliches gilt für die ‚radmannen‘, von denen es heißt, man solle sie so lange im Rate belassen, wie sie sich als geeignet erweisen.

Am Stadtreghment ändert also auch der ‚Große Brief‘ von 1445 nichts Grundsätzliches. Sollte daran noch ein Zweifel bestehen, so wird er ausgeräumt durch einen Vergleich der Ratslisten, die eindeutig zeigen, daß vor und nach der ‚schicht‘ dieselben Männer die Geschicke der Stadt lenken.

Eine in ihrer Bedeutung nicht allzu hoch einzuschätzende Änderung in der Zusammensetzung des Rates bringt der ‚Große Brief‘ jedoch mit sich. Im Altstädter Rat müssen die Gilden der Wandschneider und Wechsler je einen Sitz an die Knochenhauer abtreten, die damit zwei Sitze dazugewinnen; diese waren ihnen allerdings auch schon im ‚Ordinarius‘ zugestanden worden, sie hatten sie aber bis 1445 nicht besetzen können<sup>35)</sup>.

<sup>33)</sup> UB I S. 277, auch Hänselmann führt in seinem Kommentar Chron. II S. L die genauen Bestimmungen auf.

<sup>34)</sup> UB I S. 236; vgl. auch Chron. II S. LII.

<sup>35)</sup> Spieß behandelt (Ratsherren S. 26 f.) diesen Streit um die Ratssitze ausführlich und weist auch auf den Irrtum hin, dem Hänselmann in dieser Sache unterliegt.

Übersicht über die Besetzung des Altstädter Rates:

	nach dem ‚Ordinarius‘	tatsächlich 1386—1445	nach 1446
Gemeinde	9	9	9
Wandschneider	6	6	5
Wechsler	6	6	5
Goldschmiede	2	2	2
Gerber und Schuster	6	6	6
Schneider	1	1	1
Knochenhauer	3	1	3
Bäcker	2	1	1
Kramer	2	1	1
Schmiede	—	1	1
insgesamt	37	34	34

Eine ganze Reihe Bestimmungen des ‚Großen Briefes‘ weist daraufhin, daß die Finanzverwaltung des Rates zu berechtigten Klagen Anlaß gegeben hatte<sup>36)</sup>. Der Verkauf und die Wiederablösung von Leibgedinge und Weddeschatz, die bisher von fünf dazu bestimmten ‚radmannen‘ im Namen des Rates getätigt wurden, werden jetzt der Kontrolle eines weiteren Kollegiums von Ratsherren und Geschworenen unterstellt. Dem Rat wird nachdrücklich auferlegt, bei der Vergabe von Gerechtsamen niemanden unrechtmäßig zu bevorzugen<sup>37)</sup>.

Daneben begegnen wir Bestimmungen gegen den Erwerb von auswärtigen Grundstücken oder Zins- oder Weddeschatz an auswärtigen Grundstücken, sowie Lehen, die sich vorher nicht in Bürgerhand befunden hatten. Wie schon bei der ‚schicht des rades‘ hat die Stadt auch zu dieser Zeit durch die daraus entstehenden Schutzverpflichtungen großen Schaden erlitten. Jedes entgegen dieser Bestimmung erworbene Gut soll dem Rat anheimfallen. Das ist eine Verschärfung der Strafbestimmung des Echedings, in welchem nur mit unbestimmter Strafe gedroht wird<sup>38)</sup>.

Einige weitere Bestimmungen des ‚Großen Briefes‘ lassen darauf schließen, daß sich der Rat bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit schwere Unregelmäßigkeiten hatte zuschulden kommen lassen, indem er seine Meier gegen rechtmäßige Gläubiger in Schutz nahm oder befreundeten auswärtigen Schuldner freies Geleit gewährte, so daß die rechtmäßigen Gläubiger ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten<sup>39)</sup>. Wenn dem Rat Fristen gesetzt werden, daß er Klagen binnen Jahresfrist verhandeln und daß eine Berufung an den ‚gemeinen Rat‘ binnen dreier Monate verhandelt werden müsse, so deutet das daraufhin, daß die Unsitte, dem Rat unliebsame Prozesse endlos zu verschleppen, allzusehr um sich gegriffen hatte.

Im Rückblick auf solche Bestimmungen stellen wir zusammenfassend fest, daß der ganze Katalog von Klagen, der schon 1374 die Bürgerschaft gegen den ‚sitzenden Rat‘ aufgebracht hatte, auch in dieser ‚schicht‘ eine Rolle spielt. Von einer grundlegenden Reform des Stadtreghiments ist wie im ‚Ordinarius‘ auch im ‚Großen Brief‘ keine Rede. So erscheint denn die ‚schicht der unhorsem borger‘ als eine Bewegung von Bürgern, die sich in ihrem Recht gekränkt fühlen. Sie zwingen den Rat mit Androhung von Gewalt, ihre Rechte zu achten.

---

<sup>36)</sup> Vgl. dazu UB I S. 156 § XXXV mit S. 228 § 23. Hä n s e l m a n n kommentiert Chron. II S. XLVIII diese Änderung im Großen Brief gegenüber der betreffenden Bestimmung des ‚Ordinarius‘.

<sup>37)</sup> Die §§ 29 ff. des ‚Großen Briefes‘ richten sich vor allem gegen die Versorgung der „un-echten“ Kinder von Ratsherren.

<sup>38)</sup> Dazu Chron. II S. XLVIII f.; G e r m e r geht a. a. O. auf diese Frage ein.

<sup>39)</sup> UB I S. 228 § 18; §§ 27, 28.

1. Verlauf der Unruhen

Vier Jahrzehnte später erschüttert wieder ein Aufruhr der Bürger die innere Ruhe der Stadt. Diese ‚schicht‘ unterscheidet sich von den bereits behandelten dadurch, daß sie ganz die Züge eines Mannes trägt, eben jenes Ludeke Holland, der als Führer der Aufrührer hervorgetreten ist. Er war als Bürgermeister des Sackes gewiß kein armer Mann, allerdings gehörte er trotz seines Reichtums, den er sich als Kürschner erworben hatte, nicht zu den vornehmsten Familien der Stadt. Er vermochte sich an Ansehen und Einfluß in keiner Weise zu messen mit den Bürgermeistern der Neustadt und des Hagens und schon gar nicht mit denen der Altstadt.

Auch in der Zeit vor dieser ‚schicht‘ war die Braunschweiger Bürgerschaft außergewöhnlichen Belastungen ausgesetzt. Sie sah wie stets in solchen Fällen die Schuldigen im sitzenden Rat und war deswegen unzufrieden mit diesem Rat; diese Unzufriedenheit brachte sie in der üblichen Weise laut und lärmend zum Ausdruck. Zwei Dinge erregten in den achtziger Jahren des 15. Jahrhunderts den Unwillen der Bürger besonders und gaben damit den Anlaß zu dieser ‚schicht‘. Fehden hatten wieder über das übliche Maß hinaus Kosten verursacht, dabei litten diesmal die Braunschweiger Bürger aber mehr unter den Söldnern der Befreundeten, die 1485/86 in der Stadt überwinterten, als unter den eigentlichen Fehdegegnern<sup>1)</sup>. So wurde also in der Bürgerschaft eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Rat laut, der der Stadt dieses Übel aufgeladen hatte.

Den eigentlichen Anstoß zum Ausbruch der Unruhen gab jedoch ein Münzedikt. Schon lange hatte der Rat mit geringem Erfolg versucht, die Stadt gegen den Zustrom schlechter Münze zu schützen<sup>2)</sup>. Obwohl diese Maßnahmen sicher im Interesse der ganzen Stadt lagen, vermochte das der einfache Bürger nicht einzusehen, zumal er meist der Leidtragende und oft genug der Betrogene war, wenn neue Wechselkurse vom Rat festgesetzt wurden. Wurde ein neuer, besserer Kurs für den braunschweigischen Pfennig festgesetzt, dann mußte der Zinspflichtige plötzlich einen höheren Betrag an auswärtiger Münze, die sich gerade häufig in der Hand der einfachen Bürger befand, entrichten. Hinzu kommt, daß die Bürger, die mit viel Geld umzugehen gewohnt waren, von so einem zu erwartenden Münzedikt vorher wußten und sich darauf einstellen konnten. So trifft es also zu, daß diese grundsätzlich der ganzen Stadt nützende Maßnahme den ‚kleinen Mann‘ oft genug hart traf, während sie den reichen Bürger kaum berührte, ja ihm sogar Gewinn brachte.

Unmittelbaren Anlaß für einen Aufruhr der Bürger gab ein Münzedikt, das am 18. Dezember 1487 an den Rathäusern angeschlagen wurde<sup>3)</sup>. Es sollte am 6. Januar 1488 in Kraft treten. Dieses Edikt war nicht neu; denn schon im Frühjahr 1485 war es vom Rat beschlossen worden. Wegen der unruhigen Zeit aber hatte man darauf verzichtet, seine Einhaltung zu überwachen. So hatte also bis dahin der Bürger die Auswirkung

<sup>1)</sup> Dazu Hänselmann Chron. II S. 90.

<sup>2)</sup> Dieser Streit um die Münze ist ausführlich dargestellt mit Angabe aller Wechselkurse bei Dürre S. 246 f. (Lit. Verz. 18). Auch Hänselmann in Chron. II S. 91 f. geht auf diese Fragen ein.

<sup>3)</sup> Bote überliefert in seinem Anhang an das ‚Schichtbuch‘ „van der pagemunte“ auch dieses Edikt, Chron. II S. 426.



dieses Edikts nicht zu spüren bekommen. Als jetzt der Rat einen Versuch unternahm<sup>4)</sup>, diesem Edikt Geltung zu verschaffen, brachte er die Stadt damit an den Rand des offenen Aufruhrs. Es wird berichtet, daß die aufgebrachte Menge vor den Häusern der Ratsherren: „Muntemester, nige pennige to tynße, kop aff, kop aff“, rief<sup>5)</sup>. Daß solche Drohungen durchaus wahr werden konnten, wenn der Rat den Bogen überspannte, unterliegt keinem Zweifel; denn wer sollte den Rat schützen, wenn er fast die gesamte Bürgerschaft gegen sich hatte!

Holland, den alle Berichte übereinstimmend als ehrgeizigen, gewalttätigen Mann schildern, der versuchte, es den vornehmsten Familien der Stadt gleichzutun<sup>6)</sup>, nutzte die günstige Gelegenheit, gegen seine Gegner vorzugehen. Er erstrebte im Stadtreghement einen größeren Einfluß, als der Bürgermeister des Sackes ihn haben konnte. Die drohende Erhebung der Bürger gegen den sitzenden Rat konnte ihm also nur recht sein, wenn es ihm gelang, sich auf der Seite der Aufrührer an die Spitze zu stellen. Sein späteres Verhältnis zu den Aufrührern spricht dafür, daß Holland von Anfang an auf ihrer Seite stand, obwohl er in der Schilderung Botes an dieser Stelle noch nicht genannt wird.

Als der Rat sah, daß die Bürgerschaft nicht zu beruhigen war, rief er am 19. Januar die Gildemeister und Hauptleute in das ‚Nigestadhus‘ und gab dort bekannt, daß die neuen Münzbestimmungen ungültig sein sollten und alles beim alten belassen würde. Mit diesem Nachgeben hatte der Rat den Hauptgrund der Erhebung beseitigt, aber ähnlich wie die ‚schicht der unhorsem borger‘ mit dem ‚Großen Brief‘ noch nicht ihr Ende fand, so sind auch jetzt die erregten Gemüter nicht mehr so schnell zu besänftigen.

Vor allem die Schuhmacher und Kürschner sind entschlossen, weiter gegen den Rat vorzugehen. Hier wirkt sich wahrscheinlich der Einfluß Hollands aus, der ja selbst Kürschner war. — Bei den Schuhmachern und Kürschnern kursiert das Gerücht, der Rat würde gegen diejenigen, die gegen die neuen Münzbestimmungen protestiert hatten, die darin für Verstöße vorgesehene Strafe der Verfestung verhängen. Die Schuhmacher und Kürschner leisten sich gegenseitig Eide, im Falle eines Einschreitens gegen einen von ihnen einander beizustehen<sup>7)</sup>.

<sup>4)</sup> Die Vermutung Hänselmanns (Chron. II S. 91 f.), Holland sei die treibende Kraft gewesen, die diese Maßnahmen des Rates bewirkte, um einen Grund für seine geplante Revolution zu haben, muß bezweifelt werden. Dafür fehlt bisher jeder Beleg, und darüber hinaus ist es ganz unwahrscheinlich, daß Holland als Bürgermeister des Sackes einen solchen tiefgreifenden Beschluß gegen den Willen der anderen Bürgermeister hätte erreichen können. Auch die Tatsache, daß gerade die Parteigänger Hollands gegen dieses Edikt sind, spricht gegen eine Aktivität Hollands in dieser Richtung; denn es ist ganz undenkbar, daß ihnen eine Aktion Hollands in dieser Richtung hätte verborgen bleiben können, weil doch die anderen Bürgermeister zu ihrer Rechtfertigung sofort auf die Urheberschaft Hollands hingewiesen hätten, wenn sie tatsächlich gegeben gewesen wäre.

<sup>5)</sup> Chron. II S. 351.

<sup>6)</sup> Insbesondere war die Putzsucht seiner Töchter Zielscheibe des Spottes. Dazu Chron. II S. 89 u. S. 99, Anm. 9.

Lulu von *Strauß und Tormey* hat mit dichterischer Freiheit nach den Chroniken ein Bild von Ludeke Hollands Person entworfen. Geht sie auch in der Darstellung seiner Aktion fehl, so trifft doch die Charakterisierung seiner Persönlichkeit wahrscheinlich im Grunde zu (Lit. Verz. 104, S. 20 ff.).

<sup>7)</sup> Chron. II S. 352. — Ebd. Anm. 1 legt Hänselmann dar, daß dieser Darstellung des Schichtbuchs gegenüber der Darstellung des ‚schichtspeels‘, die Verschwörung sei dem Nachgeben des Rates vorausgegangen, der Vorzug zu geben ist.

Als der Rat von diesem ‚vorbunt‘ erfuhr, lud er die Gildemeister der Schuhmacher zu sich und versicherte ihnen, daß, nachdem die Münzbestimmungen aufgehoben seien, niemand, der diese Aufhebung betrieben habe, eine Strafe zu fürchten brauche, der ‚vorbunt‘ also überflüssig sei, und da er sich gegen den Rat richte, aufgehoben werden müsse. Die beiden Gildemeister, die als Vertreter der Schuhmacher zum Rat gegangen waren, sagten zu, für die Aufhebung der Verschwörung Sorge zu tragen. Als sie jedoch dieses Versprechen einlösen wollten, wurden sie von ihren Gildebrüdern als meineidige Verräter bezeichnet. Die Gilden waren nicht gewillt, den Bund zu lösen.

Hier zeigt sich ähnlich wie in der ‚schicht der unhorsem borger‘, daß die einzelnen Gilden nicht einig waren. Die vornehmen Meister, die ihre Gilden beim Rat vertraten, waren für einen Ausgleich, die Masse der Gildebrüder wollte weiter gegen den Rat vorgehen. Wegen der allgemeinen Erregung, die noch in der Stadt herrschte, wagte der Rat nicht, mit Gewalt gegen den ‚vorbunt‘ einzuschreiten. Die Schuhmacher und Kürschner konnten in den nächsten Tagen die Schmiede, die Kramer, die Beckenschläger, die Leineweber und die ‚Meinheiten‘ aus dem Sack und der Altwiek dazu bewegen, dem ‚vorbunt‘ beizutreten. Diese Zusammensetzung zeigt, daß diesmal Altstadt einerseits und Hagen und Neustadt andererseits, die sich bisher meist als Gegner gegenübergestanden hatten, in dieser ‚schicht‘ zusammenstehen. Der große ‚vorbunt‘ lud nun auch alle anderen Gilden und ‚Meinheiten‘, ja sogar den Rat zum Beitritt ein. Der ‚vorbunt‘ richtete sich nicht gegen den Rat, sondern sei nur zum Wohle der ganzen Stadt ins Leben gerufen, folglich solle ihm auch jedermann beitreten, ist die Begründung dieser ‚Einladung‘.

Das muß angesichts der Gründungsumstände dieses Bundes überraschen. Noch überraschender ist dann der Beitritt auch der Schrader, Bäcker, Lakenmacher, Goldschmiede, Knochenhauer, Wechsler, Wandschneider und der übrigen ‚Meinheiten‘, von denen es heißt, sie seien mit Zustimmung ‚orer heren‘ dem ‚vorbunt‘ beigetreten<sup>8)</sup>. Die Erklärung für diese Beitritte zu dem Bund gibt die weitere Entwicklung. Nachdem die Gründung des Bundes einmal nicht hatte verhindert werden können, traten in Übereinstimmung mit dem Rat auch die ihm in Treue ergebenden Gilden dem Bund bei, um dort ihren mäßigen Einfluß geltend zu machen, was ihnen schließlich auch gelang<sup>9)</sup>. Aber auch in den Gilden, die man gemeinhin für den Rat treu ergeben hält, hat es Bestrebungen, wenn nicht gegen den Rat, so doch gegen einige besonders einflußreiche Männer im Rat gegeben<sup>10)</sup>.

Jetzt steht also nicht mehr der ‚vorbunt‘ der Gilden geschlossen gegen den Rat. Seine Anhänger und seine Gegner sind jetzt zusammen in einem Bund; und innerhalb dieses Bundes entbrennt nun die Auseinandersetzung um den entscheidenden Einfluß. Andererseits ist auch der Rat nicht einig, auch dort gibt es viele Freunde des ‚Bundes gegen den Rat‘.

Zunächst müssen die Kräfteverhältnisse in diesem Bund etwa ausgeglichen gewesen sein. Die dem Rate treuen Elemente können ein gewaltsames Vorgehen gegen ihn verhindern, sie müssen es eben geschehen lassen, daß die ‚vulmechtigen‘, so werden die Führer des ‚vorbundes‘ genannt, einen gegen den Rat gerichteten Rezeß ausarbeiten. Bote berichtet

<sup>8)</sup> Chron. II S. 353.

<sup>9)</sup> Diese Erklärung für den Beitritt auch der vornehmen Gilden gibt schon H ä n s e l m a n n Chron. II S. 93.

<sup>10)</sup> Näheres dazu im Kapitel: Die Gegner und ihre Beweggründe.

darüber in sehr abfälliger Weise: „So gingen dusse vulmechtigen to den Peuweleren in der veder hus, unde stempeden unde dichteden dar eyne groten breyff, dat nomeden se eyne reces. Dar satten se in wat se wolden, dat were schade effte batlik. Unde dat scholde geholden werden . . .“<sup>11)</sup>).

Als dem Rat von diesem vorbereiteten Rezeß berichtet wird, schreitet er nicht gegen den ‚vorbunt‘ ein, mit der Begründung, die Gilden hätten geschworen, ‚deme Rade unschedelik‘ zu sein. Tatsächlich dürfte er von einem Eingreifen abgesehen haben, weil er in dieser gefährlichen Krise jede Anwendung von Gewalt fürchtete; gegen die ‚vulmechtigen‘ hätte er aber nur noch mit Gewalt einschreiten können. Der Rat vertraute wohl auch darauf, daß seine Freunde, die er mit im Bund wußte, das Schlimmste würden verhindern können.

Am 25. Januar 1488 kam es zu einer Aussprache zwischen den ‚kokenheren‘, also dem ‚engen Rat‘ und den Gildemeistern, in der der Rat noch einmal die Gildemeister ermahnte, nichts gegen den Rat oder das Wohl der Stadt zu unternehmen, und die Gildemeister abermals versicherten, dem Rat und der Stadt nicht schaden zu wollen<sup>12)</sup>. Im Grunde war diese Besprechung ergebnislos verlaufen; es blieb alles beim alten.

Anfang Februar kommt es zu einem Höhepunkt der Unruhen. Der ‚enge Rat‘, die Gildemeister und die Hauptleute versammeln sich im ‚Nigestadhus‘, die ‚gildebrodere‘ versammeln sich in den Häusern der Meister, und Hans Simans, ein Meister der Lakenmacher aus dem Hagen, bittet den Rat, daß sich die Gilden — gemeint ist der ‚vorbunt‘ — einen Sprecher aus dem Rat wählen dürften<sup>13)</sup>. Der Rat gestattet das, wahrscheinlich blieb ihm keine andere Wahl. Jetzt zeigt sich, daß die ‚Feinde des Rates‘ auch im Rat selbst und dort im wichtigsten Kollegium, dem ‚Engen Rat‘, sitzen. Ludeke Holland wird zum Sprecher des ‚verbundes‘. Als Bürgermeister des Sackes gehört er zum ‚engen Rat‘, wenngleich er dort auch, wie schon angedeutet, gegenüber seinen Kollegen aus den vornehmeren Weichbildern nicht allzuviel Einfluß gehabt haben dürfte.

Holland fordert nach einer Rücksprache mit den ‚vulmechtigen‘ des Bundes zum Wohl der ganzen Stadt, daß der Rat sich einen Rezeß anhöre und ihn dann annehme. Dieser Rezeß hat 75 Artikel und dürfte mit dem zum Beginn des Jahres von dem ‚vorbunt‘ vorbereiteten identisch sein<sup>14)</sup>.

Auf die Forderungen dieses Rezesses, die sich gegen mancherlei Mißstände und auch gegen bestimmte Personen richten, soll noch im nächsten Kapitel eingegangen werden.

Der Rezeß bringt eine besonders auffallende Neuerung. Der ‚vorbunt‘ fordert, daß ein Kollegium von 24 Männern dem Rat ‚raten helfe‘ in allen wichtigen Dingen und daß fünf dieser Vierundzwanzig, aus jedem Weichbild einer, auch im ‚Engen Rat‘ sitzen sollen.

Der Rat wollte den Rezeß, der sich besonders gegen den ‚sitzenden Rat‘ und gegen das von ihm geübte Regiment richtete, zunächst nicht akzeptieren. Er erbat zwei Wochen

<sup>11)</sup> Chron. II S. 354; ähnlich Reynerus Groningen ebd. S. 107.

<sup>12)</sup> Ebd. S. 355.

<sup>13)</sup> Die Verhandlung zwischen Rat und Gilden fand am 5. oder 6. Februar statt. Vgl. dazu Chron. II S. 355, Anm. 1. Die Darstellung ist im folgenden nach dem Schichtbuch gegeben. Die wichtigen Parallelstellen im Schichtspiel sind von Hänselmann in den Anmerkungen angegeben.

<sup>14)</sup> Den Inhalt überliefert in seinen wichtigsten Stücken B o t e im ‚Schichtbuch‘ Chron. II S. 355 f. Dieser Rezeß hat große Ähnlichkeit mit dem vom 23. April 1488; vgl. UB I S. 251 f.

Bedenkzeit. Jetzt kam es zu einer Kraftprobe, die zu Ungunsten des sitzenden Rates ausging. Der Rat sah sich wegen der allgemeinen drohenden Haltung der Bürger gezwungen, auf eine Bedenkzeit und Beratung zu verzichten. Er mußte am nächsten Tag den Rezeß in allen seinen Teilen akzeptieren. Während der Nacht waren die Bürger zum großen Teil auf den Straßen geblieben und hatten für den Rezeß ‚demonstriert‘. Der Rat mußte nachgeben, weil er zu dieser Zeit nicht genügend Rückhalt in der Bürgerschaft fand.

Damit war aber die Ruhe in der Stadt noch immer nicht hergestellt. Viele, fast alle Gilden hatten sich gegenseitiger Übergriffe beschuldigt. Diesen Streit zu schlichten war der Rat jetzt am allerwenigsten in der Lage. Nirgends wird die allgemeine Zerrissenheit der ‚Partei der Gilden‘ so deutlich wie in diesen Klagen, die später noch im einzelnen erörtert werden sollen.

Der eigentliche Kampf der Parteien setzte jetzt nach dieser ‚Annahme‘ des Rezesses durch den Rat erst ein, als es darum ging, seine Bestimmungen zu verwirklichen. Die erste Folge des Rezesses war ein großer Wandel im Rat, wie Braunschweig ihn seit den Zeiten der ‚schicht des rades‘ nicht mehr erlebt hatte. Das, was 1445 nur gefordert worden war, daß Verwandte und Verschwägte nicht nebeneinander im Rat sitzen sollten, wurde jetzt tatsächlich durchgeführt. Bote führt alle, die in den nächsten Tagen den Rat verlassen und ihre Ämter aufgeben mußten, namentlich auf<sup>15)</sup>. Am härtesten traf diese Maßnahme die vornehmsten der Geschlechter; denn aus diesen saßen fast immer mehrere im Rat. Neue Männer traten an ihre Stelle, aber ein grundsätzlich neuer Personenkreis etwa ärmerer Leute kam dadurch nicht in den Rat. Der Rat verlor für die nächsten Jahre jedoch an Bedeutung. Das Kollegium, das eigentlich das Regiment ausübte, waren die ‚Vierundzwanzig‘ im Zusammenwirken mit den ‚vulmechtigen‘. Um die Zusammensetzung der ‚Vierundzwanzig‘ erhob sich dann auch der erste ernste Streit unter den ‚schichtmekern‘, der erst nach vielem Hin und Her beigelegt werden konnte. Altstadt, Hagen und Neustadt stellten je sechs, Altwiek und Sack je drei der ‚Vierundzwanzig‘. Dabei sollten aus jedem Weichbild einer von der ‚Meinheit‘ und die restlichen 19 von den Gilden gestellt werden<sup>16)</sup>. Die Wechsler und Wandschneider werden ausdrücklich ausgenommen, sie sollten keinen stellen. Das dürften die Gilden sein, die dem alten Regiment am nächsten gestanden hatten.

Das Regiment der ‚Vierundzwanzig‘ und der ‚vulmechtigen‘ fand darin seinen ersten Ausdruck, daß Holland an ihrer Spitze vom Rat die Schlüssel der Stadt forderte und auch erhielt. Sie verlangten jetzt Rechenschaft vom Rat „van der muntsmede, muserie, molen, beerkelre unde winkelre, van kercken unde closteren unde spetalen“<sup>17)</sup>.

In der Folgezeit werden alle Ämter neu besetzt; auch die Organisation vieler Ämter wurde geändert. So berichtet Bote beispielsweise, daß sie an Stelle eines ‚molenheren‘ jetzt zehn setzten<sup>18)</sup>. Viele vom alten Rat zogen aus der Stadt und fanden Aufnahme in benachbarten Städten<sup>19)</sup>.

<sup>15)</sup> Chron. II S. 360.

<sup>16)</sup> Ebd. S. 363: Alle Namen der Vierundzwanzig mit Angabe, woher sie kommen.

<sup>17)</sup> Chron. II S. 364.

<sup>18)</sup> Ebd.: „So satten se vor eynen molenheren teyn molenheren, vor eynen beerheren achte beerheren, unde vorwandelden alle amechte, molenheren, vogede, homester, vormunder, vorstender, olderlude, beerheren, muserieheren.“

<sup>19)</sup> Vgl. z. B. das Schicksal Ludeke Breygers, der in Hildesheim Aufnahme fand (ebd. S. 369).

In Braunschweig konnte die Ordnung nur mit Mühe aufrechterhalten werden<sup>20</sup>). Bote berichtet von mehreren Fällen, in denen der Rat nicht in der Lage war, zugesichertes freies Geleit auch tatsächlich zu gewähren<sup>21</sup>). Schon im Frühjahr 1488 erhoben sich in der Stadt Stimmen gegen das neue Regiment. Es heißt, daß sich die neuen Herren der Stadt dadurch zu schützen suchten, daß sie ‚hordkers‘ unter die Bürger schickten, so daß schließlich viele nicht mehr wagten, laut miteinander zu sprechen<sup>22</sup>). Dennoch kursierten Spottverse, gegen die Ludeke Holland anscheinend besonders empfindlich war<sup>23</sup>).

Vorerst war Ludeke Holland der mächtigste Mann in der Stadt. Er vermochte sich, gestützt auf die ‚Vierundzwanzig‘ und die ‚vulmechtigen‘, selbst gegen den Herzog zu behaupten, der versuchte, für die Rechte der geflohenen Bürger einzutreten<sup>24</sup>). Auch die benachbarten Städte, die sich im Sinne der abgesetzten Ratsherren verwandten, erreichten zunächst nichts<sup>25</sup>).

Die Unzufriedenheit der Bürger mit dem neuen Regiment wuchs jedoch im selben Maße, in dem sich die Enttäuschung darüber ausbreitete, daß die am alten Regiment gerügten Mängel nicht abgestellt werden konnten, daß Brot und Bier nicht billiger und die Abgaben nicht geringer wurden. Voller Mißtrauen blickten die Bürger auf die neuen Herren, die jetzt an Stelle der alten auf Kosten der Allgemeinheit laute Feste feierten<sup>26</sup>).

Ein typisches Beispiel dafür, wie Holland mit dem Regiment der ‚Vierundzwanzig‘ und der ‚vulmechtigen‘ die Bürger, die ihn anfangs gegen den Rat unterstützt hatten, enttäuschte, ist der Streit um ein Kornhaus. Im Rezeß hatte Holland gefordert, daß zum Wohle der Stadt ein neues Kornhaus gebaut werden müsse. Es lag natürlich im Interesse gerade der ärmeren Bürger, daß eine größere Menge Getreide vom Rat der Stadt gelagert wurde, so daß sie das ganze Jahr hindurch Getreide zu einem etwa gleichbleibenden, nicht allzu hohen Preise kaufen konnten. Kasper Krul, Martins Oman und Hermen Berckenvelt wurden zu Kornkäufern bestimmt, und Jorden Popper (Bürgermeister im Sack) und Kersten Lindeman wurden als ‚kornheren‘ zu ihrer Aufsicht bestellt<sup>27</sup>). Sie sollten ein neues Kornhaus bauen und zum Wohle der Bürgerschaft Korn lagern. Nachdem diese Organisation geschaffen war, standen die neuen Herren vor demselben Problem, das auch die ‚alten Herren‘ nicht zur Zufriedenheit der ärmeren Bürger hatten lösen können. Sie mußten das Geld auftreiben, um Getreide auf Kredit von einer Ernte bis zur nächsten Ernte lagern zu können. Das war nun aber für einen privaten Geldgeber in jedem Falle ein schlechtes Geschäft, das geringen Gewinn versprach: wurde viel Getreide zu niedrigen Preisen an-

<sup>20</sup>) So schlagen arme Bürger z. B. heimlich Holz in einem Wald, der der Stadt nicht gehört, und bringen so die ganze Stadt in Gefahr, sich eine Fehde zuzuziehen.

<sup>21</sup>) Eines dieser Beispiele ist der schon erwähnte Ludeke Breyger.

<sup>22</sup>) Ebd. S. 370.

<sup>23</sup>) Dazu ebd. S. 372 ( 1. 4. 1488 sowie Anm. 3); ferner S. 378 (24. 6. 1488).

<sup>24</sup>) Z. B. ebd. S. 372 Cord Brostidde; dazu auch S. 376: Holland weigert sich mit Erfolg, zu einem Gastmahl zum Herzog auf die Burg zu gehen; der Herzog kommt darauf, wie Holland es fordert, auf das ‚Nigestadhus‘.

<sup>25</sup>) Ebd. S. 374: Lüneburg, Magdeburg, Hildesheim, Göttingen, Hannover, Einbeck.

<sup>26</sup>) Ebd. S. 373. B o t e berichtet da u. a., wie Holland im Zustande der Volltrunkenheit aus Versehen die anderen Bürgermeister festsetzen ließ.

<sup>27</sup>) Ebd. S. 375.

geboten, dann kauften die Bürger auf dem Markt billiger und das Kornhaus blieb auf seinen Beständen sitzen; war das Getreide knapp und teuer, dann durfte das Kornhaus entsprechend seiner Bestimmung keine höheren Preise verlangen. Ein Händler, der Getreide privat lagerte, erzielte also bessere Gewinne, als wenn er sein Geld dem Kornhaus zur Verfügung stellte. Mit privaten Geldgebern hatte man aber gerechnet; denn die Stadt gab aus ihrer Kasse für diese geplante Kornlagerung nichts dazu. Bote bemerkt in seinem Bericht sarkastisch, daß von den Kornkäufern und Kornherren niemand sein Geld in dieses Geschäft stecken wollte und daß sich auch sonst kein Geldgeber fand. „Also bleff dat by dem olden ghanghe: we de wolde korne kopen, de mochte ghan uppe den market efte uppe de bonen, alse eyn iderman tovoeren hadde gedan. Also vel dat artikel in orem recesse in den dreck“<sup>28)</sup>).

Dieser Fall ist typisch: das alte Regiment war beseitigt, aber die neuen Herren standen vor denselben Schwierigkeiten und vermochten sie ebensowenig zu lösen.

Ähnlich wie mit dem versprochenen billigen Getreide ging es mit dem versprochenen billigen Bier, auch hier vermochte das neue Stadtreiment auf die Dauer keinen niedrigeren Preis zu halten<sup>29)</sup>. Die Unzufriedenheit gerade der ärmeren Bürger ist also sehr gut zu verstehen. Sie hatten Ludeke Holland unterstützt gerade wegen dieser Versprechungen; ob der Rat oder die ‚Vierundzwanzig‘ zusammen mit den ‚vulmechtigen‘ die Stadt regierten, dürfte ihnen grundsätzlich ziemlich gleichgültig gewesen sein.

Der erste ernst zu nehmende Auflauf von Bürgern, der sich gegen Ludeke Holland richtete, fand im Oktober 1488 statt. Luder Horneborch, einer der im Frühjahr Geflohenen, gab den Anstoß dazu<sup>30)</sup>. Er hatte es nach einem vermittelnden Brief Herzog Wilhelms gewagt, nach Braunschweig in sein Haus zurückzukehren. Holland hatte ihm mitgeteilt, er könne auf eigene Gefahr in die Stadt kommen; als er dann eines Tages in der Stadt in seinem Haus erschien, sicherte Holland ihm jedoch freies Geleit für den Fall zu, daß er mit ihm zum Rathaus ginge. Es kam aber zu keiner Verhandlung über Horneborchs Verhalten, was dieser wohl erwartet hatte, er wurde statt dessen ins Gefängnis geworfen. Jetzt erhitzten sich die Gemüter sehr schnell. Die einen waren für den Tod Horneborchs, die anderen für seine sofortige Freilassung. Die Besonnenen wollten auf jeden Fall Blutvergießen vermeiden, sei es in einem Akt des Unrechts an Horneborch, sei es im Streit der Bürger auf der Straße. Die Situation erreichte ihren Höhepunkt, als die ‚Meinheiten‘ der Altstadt, des Hagens und der Neustadt sowie die Knochenhauer im Sack erschienen und energisch die Freilassung Horneborchs forderten. Hier wurde noch einmal die Trennungslinie zwischen den vornehmeren Weichbilden Altstadt, Hagen, Neustadt und den weniger vornehmen Altewiek und Sack deutlich, wie sie sich zu Beginn der Unruhen abgezeichnet hatte. — Die massive Drohung der Bürger bewegt Holland sofort zum Einlenken; Horneborch wird augenblicklich freigelassen und kann in sein Haus gehen. Dort muß er vorerst bleiben und schwören, es nicht zu verlassen.

Diese Begebenheit zeigt, wie sehr die Bürger bei allen Auseinandersetzungen darauf bedacht waren, Blutvergießen zu vermeiden. Sie waren dafür eingetreten, daß Horneborch aus dem Rat gestossen wurde, sie willigten in seinen Hausarrest, waren ihm also auch jetzt

<sup>28)</sup> Ebd. S. 376.

<sup>29)</sup> Ebd. S. 367.

<sup>30)</sup> Ebd. S. 376 f. (15.—21. Oktober).

noch keineswegs so gewogen, daß sie ihn in seine Rechte wieder einsetzen wollten; eine Hinrichtung jedoch, ohne vorheriges Gerichtsverfahren, das widersprach ihrem Rechtsempfinden. Holland hatte hier die Grenze seiner Möglichkeiten überschritten.

Er scheint den Einfluß Horneborchs in der Stadt gefürchtet zu haben; denn er versuchte abermals, ihn loszuwerden; diesmal kam es am 6. Dezember zu einem regelrechten Prozeß auf dem Nigestadhus, in dessen Verlauf Horneborch für ein halbes Jahr aus der Stadt verwiesen wurde, weil er sich durch einen Brief an den Herzog am Rat und an den ‚Vierundzwanzig‘ vergangen habe. Diese verhältnismäßig milde Strafe nach der zuerst drohenden Hinrichtung hat Horneborch anscheinend ohne Widerrede angenommen<sup>31)</sup>. Bote stellt diese Strafe als völliges Unrecht dar, die Bürger jedoch, die gegen seine Hinrichtung mit der Waffe in der Hand zum Letzten entschlossen protestiert hatten, nahmen diesen Richtspruch ohne einen Protest hin.

Zu Beginn des Jahres 1489 scheint die Macht Hollands noch einmal zu wachsen. Er zog in die Neustadt um und wurde auch dort Bürgermeister, was zweifellos ein Aufstieg war gegenüber seiner bisherigen Stellung als Bürgermeister im Sack<sup>32)</sup>. Der Schein trügt jedoch. Erstens hatten die Bürgermeister seit dem Regiment der ‚Vierundzwanzig‘ viel von ihrer alten Bedeutung eingebüßt, und zweitens war Holland um diese Zeit ohnehin der mächtigste Mann in der Stadt, er brauchte dazu nicht Bürgermeister in einem der vornehmen Weichbilde zu werden. Die Stellung Hollands wird also durch diesen ‚Aufstieg‘ nicht gefestigt. Die Entwicklung, die sich schon 1488 abzeichnete, trat immer deutlicher hervor.

Holland verlor an Beliebtheit in der Bürgerschaft und damit an Einfluß. Im Juli gab es wieder einen Auflauf der Bürger mit einem dramatischen Höhepunkt, jedoch auch diesmal gelang es den Besonnenen, ein Blutvergießen zu vermeiden<sup>33)</sup>. Es kam noch einmal zur Versöhnung, aber das große Versöhnungsmahl — das bezeichnenderweise mit einer Schlägerei endete — vermag nicht über den Riß hinwegzutäuschen.

Für etwas über ein Jahr noch konnte Holland sein Regiment aufrechterhalten, dann war seine Stellung so weit erschüttert, daß es nur noch des letzten Anstoßes bedurfte, um ihn mitsamt den ‚vulmechtigen‘ und den ‚Vierundzwanzig‘ endgültig zu stürzen. Am 29. November 1490 sollten neue Hauptleute gewählt werden. Die Bürger versammelten sich in der gewohnten Weise. Die allgemeine Stimmung in der Bürgerschaft war schlecht; die Chronik berichtet: „Dat meyne volck was unnutte bose unde quat uppe dat nige reygemente“<sup>34)</sup>. Plötzlich verbreitete sich das Gerücht, der Herzog habe Waffen in die Burg inmitten der Stadt bringen lassen und Holland habe davon gewußt. Was daran wahr ist, läßt sich nicht nachprüfen, ist für den weiteren Verlauf auch von geringer Bedeutung. Das Gerücht gab jedenfalls den Anstoß dazu, daß der Ruf laut wurde, man

<sup>31)</sup> B o t e schildert a. a. O. S. 379 auch noch das weitere Schicksal Horneborchs, das für die innerstädtische Entwicklung ohne Belang ist. Horneborch kommt durch eine Verleumdung ins Gefängnis von Wolfenbüttel, aus dem ihn Herzog Wilhelm persönlich wieder befreit, was ein interessantes Licht auf die guten Beziehungen dieses angesehenen Bürgers zum Landesherrn wirft. In Goslar findet er dann freundliche Aufnahme.

<sup>32)</sup> Vgl. dazu das Bestreben der ‚schichtmeker‘ von 1374, die zunächst versuchten, ihren Einfluß im Rat der Altstadt als dem vornehmsten Kollegium geltend zu machen, obwohl sie nicht aus der Altstadt stammten.

<sup>33)</sup> Chron. II S. 380 f.

<sup>34)</sup> Ebd. S. 381.

wolle die ‚Vierundzwanzig‘ nicht mehr haben. Lärm und Geschrei erhoben sich. Die Bürgermeister mischten sich unter das Volk — sie hatten die günstige Gelegenheit, gegen Holland vorzugehen, erkannt. Es heißt, sie schlossen einen Bund mit dem Volk und schworen, sich gegenseitig zu helfen. Die ‚Meinheiten‘ aller Weichbilde und die Bürgermeister setzten drei Artikel auf, deren Verwirklichung zu Hollands Sturz führen mußte. Sie besagten, daß die ‚Vierundzwanzig‘ abgesetzt und nicht mehr zu Rate gezogen werden sollten, daß wieder ein ‚vulmechtiger‘ Rat wie vor der ‚Schicht‘ das Regiment führen solle und daß Holland nicht die sechs Mark an der Münze behalten dürfe, die er sich unrechtmäßig verschafft habe.

Auch die Anhänger Hollands versammelten sich, als sie von diesem Bund hörten. Die Bürger standen sich wie schon so oft bewaffnet in den Straßen gegenüber. Der Streit ging hin und her, aber es floß kein Blut. Am nächsten Tag besetzten die ‚Meinheiten‘ und ein Teil der Gilden alle Rathäuser und verwehrten Holland mit seinen Anhängern den Zutritt. Die Schmiede, Schuhmacher, Beckenschläger, Kürschner und Bäcker zogen mit Holland zusammen durch die Stadt und versuchten, in das ‚Nigestadhus‘ zu kommen, es gelang ihnen aber nicht. Als Holland erkannte, daß er sich gegen den Bund der Bürgermeister mit den Bürgern nicht mehr durchsetzen konnte, schlug er am Andreasfriedhof eine Wagenburg aus den Neustädter ‚strytwagen‘ auf. Dort verschanzte er sich mit seinen Anhängern. Mit ‚spannen armenborsten unde ladenen bussen‘ standen sich jetzt die Bürger gegenüber. Eine Kleinigkeit hätte in diesem Moment genügt, um die Stadt in ein blutiges Schlachtfeld zu verwandeln; denn so zahlreich war Hollands Anhang auch jetzt noch, daß er zu ernsthafter Gegenwehr instande gewesen wäre. In der Altstadt ging man daran, die Kanonen für den Sturm auf die Wagenburg vorzubereiten. Mit ‚karbussen‘, ‚slangen‘ und ‚scherppentiner‘ wollte man den letzten Widerstand des noch vor kurzem so mächtigen Mannes brechen<sup>35)</sup>.

Als jetzt das Verhängnis eines blutigen Zusammenstoßes unvermeidlich zu sein schien, gelang es drei Männern, Tile Voghet, Bürgermeister der Altenwiek, Lammert Bomhauwer und Flor Valhusen, Bürgermeister des Sackes, die zum Sturm auf die Wagenburg entschlossene Masse der Bürger in der Altstadt so weit zu beruhigen, daß sie eine Stunde Aufschub gewährten. Diese Stunde benutzten die drei Männer, um zu Holland in die Wagenburg zu gehen und mit ihm dort zu verhandeln. Es gelang ihnen, Holland von der Aussichtslosigkeit seiner Situation zu überzeugen; und der so viel geschmähte Mann zeigte in diesem Augenblick genügend Rücksicht auf die Stadt und ihre Bürger, seine Anhänger nicht zum letzten Widerstand anzustacheln. Holland ergab sich bedingungslos in die Gewalt des Rates. Auf der anderen Seite war man klug genug, nicht durch harte Strafen gleich wieder Haß zu säen. Es wurde ein vorläufiger Frieden geschlossen. Die Gilden, die bei Holland in der Wagenburg waren, durften unbelästigt nach Hause gehen. Der Rat hielt jedoch mit den ihm treuen Bürgern für die nächste Nacht noch die Rathäuser besetzt. Am nächsten Tag mußten die Gildemeister zum Rathaus der Altstadt kommen und dort unter den Augen des Rates ihren ‚Brief‘, den Hollandschen Rezeß, verbrennen. Auch von Holland wird berichtet, daß er eigenhändig seinen ‚Brief‘ den Flammen übergab. Die Bürger schworen dem Rat einen neuen Eid, und damit war der Frieden wieder hergestellt. Zum Dank dafür, daß alles überstanden war, wurde eine feierliche Prozession veranstaltet.

<sup>35)</sup> Ebd. S. 383.



Ein neuer Rezeß wurde aufgesetzt<sup>36)</sup>, der im wesentlichen die Bestimmungen des ‚Großen Briefes‘ von 1445 wieder aufnahm. In der folgenden Zeit nahmen die meisten der im Frühjahr 1488 aus ihrem Amt vertriebenen Bürger wieder ihre alten Stellungen ein, auch die aus der Stadt geflohenen Bürger kehrten zurück.

Im Zuge der Reorganisation des Stadtreiments kam es am 31. Januar 1491 noch einmal zu einem Aufruf von Bürgern in der Altstadt, als es um die Freilassung einiger Gefangener ging<sup>37)</sup>. Der Streit konnte aber schnell beigelegt werden.

In den folgenden Tagen wurden einige Dutzend der lautesten ‚schichtmeken‘ aus der Stadt verwiesen. Die Dauer der Verfestung und die Entfernung<sup>38)</sup>, in der sie sich von der Stadt halten mußten, wurde verschieden festgesetzt. Viele der Anhänger Hollands erhielten jedoch nur ein viertel oder ein halbes Jahr ‚Hausarrest‘ (inlegher). Holland selbst mußte auch die Stadt verlassen. Er nahm beim Herzog Kriegsdienste an, als es in der ‚Großen Fehde‘ zu einem Kampf zwischen dem Herzog und seiner Stadt kam.

## 2. Die Gegner und ihre Beweggründe

Der Verlauf dieser ‚schicht‘ zeigt, wie schwierig es ist, in der Bürgerschaft ‚Parteien‘ zu unterscheiden, die konsequent ein Ziel anstreben oder auch nur über eine längere Zeit hin geschlossen auftreten. Ludeke Holland und die ‚vulmechtigen‘ sind der Kern der Aufrührer, zu ihnen stehen auch für die ganze Dauer der ‚schicht‘ die ‚Vierundzwanzig‘, obwohl gerade diese untereinander durchaus nicht so einig waren, wie es vielleicht den Anschein haben könnte. Bei den Gilden hatte es schon wegen der Zusammensetzung dieser ‚Vierundzwanzig‘ Streit gegeben, darüber hinaus waren die Gilden untereinander zerstritten. Die ‚Vierundzwanzig‘ konnten also, wenn jeder von ihnen die Interessen seiner Gilde vertreten wollte, untereinander gar nicht einig sein. Dennoch dürfen wir wohl die ‚Vierundzwanzig‘ und die ‚vulmechtigen‘ unter der Leitung Hollands als die wichtigsten Exponenten der sich gegen das Regiment auflehrenden Partei ansehen. Das Zentrum der Erhebung liegt im Sack und in der Altenwiek. Schuhmacher und Kürschner verbinden sich als erste mit Eiden gegen den Rat. Sie dürften die treuesten Anhänger Hollands, der ja ursprünglich selbst Kürschner war, gewesen sein. Die Schuhmacher und Kürschner halten neben den Schmieden, Beckenschlägern und Bäckern auch bis zuletzt zu Holland. Diese Gilden werden immer wieder als seine Parteigänger hervorgehoben. Zu den ‚Vierundzwanzig‘ gehören jedoch auch noch Gerber, Schrader, Knochenhauer, Krämer, Lakenmacher und Goldschmiede.

Der eigentliche Gegner dieses hier gekennzeichneten Personenkreises kann nun nicht ‚der Rat‘ schlechthin sein; denn Vertreter dieser Gilden gehören ja auch zum Rat, Holland selbst sogar zum ‚engen Rat‘. Es ist also streng genommen nicht richtig, von einer Erhebung gegen ‚den Rat‘ zu sprechen. Die Erhebung richtet sich vielmehr gegen das Stadtreiment, wie es unter dem Einfluß einiger weniger Familien im Rat ausgeübt wurde. Die Männer, gegen die sich die Erhebung wirklich richtet, müssen dann nach dem erfolgreichen Vorgehen der ‚vulmechtigen‘ auf Grund des Rezesses den Rat verlassen.

<sup>36)</sup> UB I S. 259 ff.

<sup>37)</sup> Chron. II S. 386 f.

<sup>38)</sup> Zwischen 5 und 20 Meilen.

Neben diesen beiden Parteien, die direkt aufeinanderprallen, haben wir wieder mit einer zahlenmäßig sehr großen Gruppe von Bürgern zu rechnen, die Recht und Ordnung aufrechterhalten und auf jeden Fall Blutvergießen vermeiden wollen. Sie wenden sich gegen das alte Regiment mit derselben Kraft und denselben Mitteln, wie sie sich später gegen Holland stellen, immer dann, wenn sie Ordnung und Recht für bedroht halten und sich selbst über Gebühr belastet fühlen. Daß dieser ganzen ‚schicht‘ trotz so vieler kritischer Situationen kein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, beweist den Einfluß dieser zahlenmäßig sicher stärksten Gruppe.

Das Verhalten der einzelnen Gruppen in dieser ‚schicht‘ wird am ehesten verständlich, wenn wir die Klagen untersuchen, die gegen das alte Regiment erhoben wurden. Dabei wird auch deutlich, wo gemeinsame Interessen zu gemeinsamem Vorgehen führen und wo Interessengegensätze eine ‚Partei‘ zersplittern. Im Kreise der vornehmen Familien hat es Neid und Mißgunst gegeben wegen der Besetzung der Stellen im Rat und vor allem der Ratsämter. Die Klage gegen die Verwandten, die im Rat saßen, kam nicht so sehr aus ärmeren Kreisen wie vielmehr von ebenso vornehmen angesehenen Bürgern, die so lange ein solches Amt nicht einnehmen konnten, wie es jemand anders innehatte. Die Familienangehörigen begünstigten sich zudem untereinander, so daß andere, die nach Herkunft und Ansehen für solche Ämter in Frage gekommen wären, häufig doch nicht eingesetzt wurden. Daß die Forderung, keine Verwandten nebeneinander im Rat zu dulden, vor allem aus den Kreisen der Geschlechter kam, zeigt am überzeugendsten ein Blick auf die Namen der Männer, die neu in den Rat kamen oder Bürgermeister wurden, als die ‚Verwandten‘ gehen mußten. Sie gehörten zu demselben Kreise vornehmer Familien wie die Abtretenden. So ist es also zu verstehen, daß Angehörige der Geschlechter die Bewegung Hollands gegen den Rat unterstützten, obwohl sie sonst mit den Schuhmachern und Kürschnern aus der Altenwiek und dem Sack nichts gemein hatten. Diese Männer waren am Bau eines Kornhauses ebenso wenig interessiert wie an niedrigeren Bierpreisen. Sie wollten, daß der Platz eines Bürgermeisters in der Altstadt oder im Hagen von einem der Ihren besetzt würde. Daß sie durch ihr Verhalten das Regiment des Rates überhaupt in Gefahr bringen und von Holland mit den ‚Vierundzwanzig‘ überspielt werden würden, konnten sie beim Ausbruch der ‚schicht‘ nicht übersehen. Solche Motive dürften auch beim Beitritt der vornehmen Gilden zu dem ‚vorbunt‘ eine Rolle gespielt haben neben der Absicht, einen mäßigenden Einfluß auszuüben.

Von besonderem Interesse ist im Zusammenhang dieser Arbeit die Begründung, die der Rezeß für das Wirken der ‚Vierundzwanzig‘ gibt. Diese oft als Neuerung im Sinne einer Entwicklung zur ‚Demokratie‘ apostrophierte Einrichtung entpuppt sich da nämlich gerade als traditionsbewußte Gegenmaßnahme gegen eine wirkliche Neuerung, die der alte Rat stillschweigend eingeführt hatte. Im ersten Artikel des vorbereiteten Rezesses<sup>39)</sup> wird nämlich gefordert, daß ‚de doctor‘ abgesetzt werden solle und an seine Stelle vierundzwanzig Männer aus den Gilden und der ‚Meinheit‘ treten sollten. Dieser Doktor Johan Seborch<sup>40)</sup>, gegen den sich der Artikel richtet, war als studierter Jurist Syndikus

<sup>39)</sup> Chron. II S. 355 f. Dafür, daß dieser Artikel in dem am 23. April besiegelten Rezeß nicht mehr erscheint, gibt Hänselmann (Chron. II S. 113, Anm. 2) die einleuchtende Erklärung, daß zu der Zeit dieser Forderung de facto schon entsprochen war.

<sup>40)</sup> Dazu Chron. II S. 113, Anm. 2.

der Stadt und beriet den Rat in allen Rechtsfragen. Rechtsfragen aber von ‚ehrbaren, frommen Männern‘ aus der Bürgerschaft beraten und entscheiden zu lassen, entspricht dem traditionsbewußten Rechtsdenken der Bürger, nicht aber einem Drang nach Reformen. Gerade der allgemeinen Abneigung gegen eine Reform des Rechtswesens im Sinne des römischen Rechts hatte Dr. Johan Seborch seine Unbeliebtheit bei den Bürgern zu verdanken. Daß die ‚Vierundzwanzig‘ im Verlauf der ‚schicht‘ mehr Einfluß ausübten als der Rat, ist ein Werk Hollands und schließlich auch der Grund dafür, daß die Bürger sie wieder absetzten. Die Bürger wollten also, soweit die Quellen Auskunft geben, einen Rat, der sich in Rechtsfragen wie auch bei allen anderen wichtigen Entscheidungen von ‚ehrbaren und frommen Männern‘ beraten läßt. In diesem Rezeß, in dem die Absetzung des Doktors und dafür die Einsetzung der ‚Vierundzwanzig‘ gefordert wird, berufen sich die Bürger des ‚verbundes‘ ausdrücklich auf den ‚Großen Brief‘ und das ‚Echteding‘, die gehalten werden mußten.

Aber nicht nur gegen Dr. Johan Seborch richtete sich der Unwillen der Bürger, sie forderten in demselben Rezeß auch die Absetzung des ‚richtschivers‘ Antonius und des ‚tollenschivers‘<sup>41)</sup>. Offenbar fühlten sich die Bürger von diesen Männern betrogen. Unzufriedenheit mit der geübten Gerichts- und Zollpraxis war also, wie schon mehrfach, so auch jetzt eine der Hauptursachen der allgemeinen Mißstimmung in der Bürgerschaft. Die erneute Forderung, bei Gericht vorliegende Klagen nicht zu verschleppen, deutet in dieselbe Richtung.

Eine ganze Reihe von Forderungen zeigt, daß die Ratsherren ihre Rechte mißbrauchten und sich gegenseitig zum Schaden der Stadt Vorteile zu gewähren pflegten, was natürlich den Unwillen der Bürger erregte. Wenn es heißt, der Rat solle seine Schuldner mahnen und für das Geld Korn kaufen, so handelt es sich dabei sicher um Schuldner aus dem Kreise des Rates und um besondere Günstlinge; denn sonst versäumte der Rat es durchaus nicht, seine Gelder einzutreiben. Bezeichnend für die Gepflogenheiten in Ratskreisen ist auch die Forderung, niemand solle den Wagen des Rates benutzen außer den Mitgliedern des Rates zum Nutzen der Stadt. Die Forderung, sich nur mit Zustimmung des ‚vollen Rates‘, der Gilden und der ‚Meinheiten‘ auf Fehden einzulassen, kehrt auch wieder, ebenso die Klagen über zu hohe Korn- und Bierpreise.

Der Katalog der Gründe für die Unzufriedenheit ist damit noch nicht zu Ende, fast jeder Artikel des Rezesses läßt einen Rückschluß auf Mißstände zu. Hier kann aber nicht der ganze Rezeß in seinen Einzelheiten erörtert werden; es mag genügen, mit Hilfe seiner Forderungen die wichtigsten Ursachen für die Erregung der Bürger zum Zeitpunkt des Ausbruchs der ‚schicht‘ verständlich zu machen.

Eine weitere Quelle von Ärger und Unzufriedenheit, vor allem in den Gilden, liegt im Streit der Gilden untereinander. Fast alle fühlten sich in ihren Rechten geschädigt und waren geneigt, die Schuld dafür dem Rat aufzubürden, dem sie vorwarfen, die unlauteren Geschäftsbräuche der Konkurrenten zu dulden. So beklagen sich die Wandschneider<sup>42)</sup> über die Schrader, die Tuche aufschneiden und nach Ellen verkaufen, die Lakenmacher

<sup>41)</sup> Zu den Funktionen dieser Schreiber vgl. S p i e ß (Lit. Verz. 120).

<sup>42)</sup> Chron. II S. 358 f. Allgemein zum Folgenden auch: Erich K ö h l e r, Einzelhandel im Mittelalter (Lit. Verz. 53). Hier findet sich vor allem eine Fülle von Literaturangaben zum Streit der verschiedenen Krämer untereinander.

über die Futtertuchmacher<sup>43)</sup> und ‚de de dat beygelwant makeden‘, daß sie ihnen die Wolle verteuerten, die Schuhmacher klagen über die ‚clippenkremer‘<sup>44)</sup>, denen der Rat gestattet habe, auf dem Markt zu verkaufen, die Bäcker über die ‚innebecker‘<sup>45)</sup>, daß sie mit eigenem Holz für Lohn backten, die Schmiede beklagen sich über die Schwertfeger und Kramer, die Nägel und Messer verkauften, die Gerber über die Schuhmacher, die ihr Leder selbst gerbten, die Kürschner über die Kaufleute und Krämer, die ihnen durch Handel mit Pelzwerk die Nahrung nähmen, die Kramer klagen über die ‚sunnenkremer‘<sup>46)</sup>, die dienstags, freitags und sonnabends mit vielerlei Dingen Markt hielten, insbesondere mit Gewürzen, die Schrader über die ‚oltkodder‘, die neue Kleider machten, obwohl sie nur zu Reparaturen berechtigt waren, und noch mehr beklagen sie sich über die Bürger, die heimlich ‚knechte‘ in ihren Häusern beherbergten, von denen sie sich Kleider machen ließen.

Um die Abgrenzungen der Gilderechte gab es einen endlosen Streit, der so alt ist, wie die Gilden selbst. Alle suchten ihr Recht beim Rat, und fiel der Urteilspruch nicht in ihrem Sinne aus, richtete sich der Zorn der sich benachteiligt fühlenden Gilde gegen den Rat. Der Rat konnte handeln, wie er wollte, den Ärger einer Partei zog er sich jedenfalls zu. Sorgte er für ganz strenge Kontrollen, murrten die einen, daß er ihnen das Brot nähme; war er in der Auslegung der Bestimmungen etwas großzügiger, murrten die anderen. So treten uns hier als die natürlichen Gegner von Gilden in erster Linie andere Gilden entgegen und erst in zweiter Linie ‚der Rat‘. Die Interessen der Handwerker und Kleinkrämer, die keine eigenen Vertreter über eine Gilde in den Rat schicken konnten, wurden über die ‚Meinheiten‘ von den vornehmsten Familien vertreten. Ihre Sache muß in vielen Fällen den ratsfähigen Gilden gegenüber nicht allzu schlecht gestanden haben, wenn zum Beispiel die ‚sunnenkremer‘ an drei Tagen in der Woche zum Ärger der Kramer mit Gewürzen handeln durften; dennoch gibt es keinen Zweifel, daß gerade in schlechten Zeiten in diese Kreise die Not zuerst einzog.

An Zündstoff war in der Bürgerschaft gewiß kein Mangel. So ist es also wohl zu verstehen, daß schließlich das Münzedikt dazu führte, daß sich Bürger aus den verschiedensten Motiven zu einem ‚vorbunt‘ zusammenschlossen und die Menge der Unzufriedenen schließlich so groß wurde, daß die mächtigsten Männer der Stadt ihrem Druck weichen mußten.

### 3. Das Ergebnis der ‚schicht Ludeke Hollands‘

Nachdem Holland, die ‚vulmechtigen‘ und ‚Vierundzwanzig‘ ihrer Ämter entkleidet und ihres Einflusses beraubt waren, weil sie kein Regiment zur Zufriedenheit der Bürger zu führen imstande waren, wird in einem neuen Rezeß bekräftigt, daß alles beim alten bleiben solle. Der ‚Ordinarius‘, das ‚Echteding‘ und der ‚Große Brief‘ werden im Grunde

---

<sup>43)</sup> voderdokesmeker: voderdoyk nach Auskunft des Glossars der Chronik Wollenzeug zum Unterfutter, Futtertuch. Eine eigene Gilde der voderdokesmeker wird nicht erwähnt.

<sup>44)</sup> Auch von ihnen wird keine Gilde erwähnt, sie mögen vielleicht zur Kramergilde gehört haben, sofern sie nicht zu den ‚sunnenkremer‘ zu rechnen sind.

<sup>45)</sup> Hausbäcker ohne Gilderecht.

<sup>46)</sup> Nach Auskunft des Glossars: Krämer, die unter freiem Himmel ausstehen, Kleinkrämer, Hausierer.

neu bestätigt. Wenn man in dem Jahrhundert vor Hollands ‚schicht‘ keine Entwicklung zur ‚Demokratie‘ erblickt, dann braucht man in Holland auch keinen ‚Totengräber der Demokratie‘ zu sehen. Wenn man in den ‚Vierundzwanzig‘ und den ‚vulmechtigen‘ keine Repräsentanten eines ‚demokratischen Bewußtseins‘ erblickt, dann braucht man in ihrem Scheitern auch kein Scheitern der ‚Demokratie‘ zu sehen.

Zudem ist diese ‚schicht‘ mit dem Sturz Hollands bei genauer Betrachtung auch eigentlich nicht als gescheitert anzusehen; denn es war ja durchaus nicht der erklärte Wille aller Bürger, die sich im Frühjahr 1488 an dem ‚vorbunt‘ beteiligten, Ludeke Holland an die Macht zu bringen. Sie wollten die Mißstände abstellen, die der Grund ihrer Unzufriedenheit waren. Das ist ihnen zu einem guten Teil auch gelungen. Dazu bedurften sie gar keiner ‚grundlegenden Reformen‘, sie brauchten nur den Rat zu zwingen, sich an das zu halten, was seit altersher rechtens war.

Ein Vergleich der Ratslisten aus den Jahren vor und nach dieser ‚schicht‘ zeigt, daß sich an der Zusammensetzung des Rates nichts geändert hat. Derselbe Kreis von Familien hat nach wie vor die wichtigen Ämter inne. Freilich wird der Rat nach dieser eindrucksvollen Warnung etwas mehr Rücksicht auf den Willen der Bürger genommen haben; denn die Klagen, die 1488 so laut geworden waren, verstummen zwar nicht ganz, treten jedoch in den Hintergrund. In den Quellen ist so etwas schwerer zu fassen. Der Name eines ‚molenheren‘ oder ‚beerheren‘, der die Bürger betrog, wird in den Quellen oft genannt; von seinem Amtsbruder, der zur Zufriedenheit aller seine Aufgaben erledigte, schweigen die Quellen. Er wird nicht vor Gericht gezogen, sein Name steht in keiner Klageschrift, und auch der Chronist interessiert sich nicht für ihn. So erfahren wir also viel eher etwas von den Mißständen als vom ruhigen normalen Verlauf der Dinge.

In einem wichtigen Punkte jedoch hatte sich die Bürgerschaft nicht durchzusetzen vermocht. Der Rat wollte und konnte auf die Dienste eines studierten Juristen nicht verzichten. Zwar kehrte nicht der verhaßte Dr. Johan Seborch in sein Amt zurück, an seine Stelle trat aber ein anderer studierter Jurist, Dr. Conradus von Northeim<sup>47)</sup>. Man wird dies nicht als Sieg des Rates über die Bürgerschaft werten dürfen; denn mit dem allgemeinen Vordringen des römischen Rechts zu dieser Zeit ist für eine Stadt von der Größe Braunschweigs ein studierter Jurist einfach unentbehrlich. Für die Verhandlungen mit anderen Städten, dem Herzog und dem Adel wurde er viel mehr gebraucht als für rein innerstädtische Angelegenheiten. Die Masse der Bürger wird das wahrscheinlich auch nach der ‚schicht‘ nicht haben einsehen können; da sie aber sonst keinen Anlaß zu Klagen hatte, störte sie auch der ‚gelehrte Schreiber‘ nicht.

Zudem gibt es einen besonderen Grund für den festen Zusammenhalt, den Rat und Bürgerschaft in den Jahren nach der ‚schicht‘ gewinnen. Druck von außen zwang sie, einmütig zusammenzustehen, wenn sie nicht ihre alten städtischen Freiheiten einbüßen wollten. Der Herzog versuchte mit einem gewaltigen Aufgebot, den Widerstand der Stadt zu brechen und die Erfüllung seiner Forderungen zu erzwingen. Die Drohung und die Belagerung, schließlich der vielumjubelte Sieg schweißten Rat und Bürgerschaft zusammen. Daß eine kleine Schar von Anhängern Hollands, der auf seiten des Herzogs in Kriegsdiensten stand, auch jetzt versuchte, sich gegen den Rat zu stellen, verwischt den Gesamteindruck einer einigen Stadt nicht.

<sup>47)</sup> Chron. II S. 113, Anm. 2.

### *E Ausblick auf die weitere Entwicklung bis 1671*

Der Rückgang des Handels, das Aufkommen des fürstlichen Absolutismus und die Ausbreitung der Reformation bestimmen die Entwicklung der folgenden Zeit.

Wenn es Braunschweig in der Großen Fehde<sup>1)</sup> von 1492 auch gelungen war, den Herzog abzuweisen, so mußte es sich doch in seiner Orientierung nach außen hin auf die neuen Gegebenheiten einstellen. Die Hanse besaß nicht mehr die alte Stellung, und die Fürstenmacht wuchs. In stärkerem Maße als bisher wandten sich die mächtigen Familien in der Stadt vom Handel ab und dem ‚Landleben‘ zu. Dadurch verbinden sich ihre Interessen in viel stärkerem Maße als bisher mit denen des umliegenden Adels. Die Entwicklung, die 1671 mit dem Verlust der Autonomie endet, beginnt sich abzuzeichnen.

Bis dahin wird die Stadt noch mehrfach von schweren inneren Unruhen erschüttert. Diese Unruhen sind nur zu erfassen vor dem Hintergrund des zurückgehenden Handels, des aufkommenden Absolutismus und der Reformation. Ohne daß ein krasser Bruch festzustellen wäre, beginnt eine Epoche, die so viele eigene Elemente birgt, daß man ihr mit einer Fortsetzung dieser Betrachtung nicht gerecht werden könnte.

Schon zu Beginn des 16. Jahrhunderts beunruhigte die Bürgerschaft wieder ein Streit um die Münze, er konnte jedoch ohne Zwischenfälle beigelegt werden. Den nächsten Aufruhr gegen den Rat gab es in den Jahren von 1513 bis 1515. Im ‚Schichtbuch‘ ist dieses Kapitel ‚Uployp van twen schoten‘ überschrieben<sup>2)</sup>, in die Geschichtsschreibung jedoch ist dieses Ereignis als ‚Aufruhr der Armut‘ eingegangen. Dieser Name besteht zu Recht, denn — anders als in den bisher behandelten Unruhen — ist hier tatsächlich eine ungewöhnlich große Menge armer Leute von schwerer Not bedroht. Ratsmitglieder und ratsfähige Gilden stehen nicht auf seiten der Aufrührer. „Lemclickers, tymmerlude, steyndeckers, swindrivers, hoppengrevers, scholeppers, slechters, stover unde alle dachloner“ nennt diesmal die Chronik als Beteiligte<sup>3)</sup>. Es kommt zu blutigen Zusammenstößen, und blutig wurde diese Erhebung mit der Hinrichtung der Führer unterdrückt. Ihr Verlauf und die Zusammensetzung der Gegner sind anders als in allen bisher behandelten Unruhen. Diese Masse der notleidenden, armen Bevölkerung ist nicht ohne weiteres zu vergleichen mit der Masse der unzufriedenen Bürger, die sonst die Grundlage jeder Erhebung gegen den Rat bildete. Das Verhältnis in den ‚Meinheiten‘ zwischen den vornehmen Familien, die sie im Rat vertraten, und der breiten Masse scheint so schlecht wie noch nie zuvor gewesen zu sein, denn gerade in den ‚Meinheiten‘ hatten die Geschlechter bis dahin meist

<sup>1)</sup> Dargestellt ist diese Fehde bei Felix Priebatsch: Die große Braunschweiger Stadtfehde 1492—1495 (Lit. Verz. 76) und Karl Ludwig Grotefend: Die Braunschweigische Fehde von 1492 und 1493 (Lit. Verz. 29). Für die weitere Entwicklung der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Braunschweig und dem Herzogshaus vgl. Heinrich Mack: Die Belagerungen der Stadt Braunschweig vom 15. bis ins 17. Jahrhundert (Lit. Verz. 64). Im Zusammenhang mit der Großen Braunschweiger Fehde ist auch die Auseinandersetzung Hildesheims mit dem Herzog im Jahre 1485 zu sehen. Zur Politik Braunschweigs gegenüber dem Reich in dieser Zeit: Hans Achilles: Die Beziehungen der Stadt Braunschweig zum Reich im ausgehenden Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit (Lit. Verz. 1).

<sup>2)</sup> Chron. II S. 451.

<sup>3)</sup> Ebd. S. 453.

einen guten Halt gefunden. Auffallen muß insbesondere, daß keine von den ratsfähigen Gilden diesen Aufstand unterstützte, eine Tatsache, die diese Erhebung von allen vorangegangenen unterscheidet, obwohl es durchaus auch zu dieser Zeit Spannungen zwischen den Gilden und dem Rat gab. Ehe nicht die Fragen geklärt sind, warum eine so breite Masse in schwere Not geriet, ohne daß der Rat etwas dagegen unternahm, warum das ‚Treueverhältnis‘ in den ‚Meinheiten‘ gerade in diesen Jahren so schlecht war und warum sich niemand aus dem Rat oder auch nur aus den ratsfähigen Gilden bereitfand, dieser Erhebung beizutreten, wird eine befriedigende Darstellung dieses Aufstandes nicht zu geben sein.

Mit der Einführung der Reformation<sup>4)</sup> im Jahre 1528 erlebte Braunschweig eine Umwälzung im Rat, wie es sie seit der ‚schicht des rades‘ nicht mehr gegeben hatte. Viele der angesehensten Männer aus alten Geschlechtern mußten den Rat verlassen, weil sie sich nicht der Reformation anschließen wollten. Seit 1522 ist in Braunschweig das Wirken der Reformation zu spüren. Um zu verstehen, was in diesen Jahren in Braunschweig vorgeht, müßte vor allem das Wirken Bugenhagens in Braunschweig im einzelnen untersucht werden, denn auf seinen Einfluß dürfte die Umwälzung vor allem zurückzuführen sein. Obwohl in diesen Jahren kein Blut geflossen ist und keine lärmenden Massen durch die Straßen gezogen sind, ist diese Änderung im Stadtre Regiment von großer Tragweite.

Nach der Reformation bleibt es in der Stadt bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts verhältnismäßig ruhig, dafür ist die Bedrängnis von außen um so größer<sup>5)</sup>. Vielleicht hat gerade der harte Kampf der Stadt mit ihren Gegnern, vor allem mit den Herzögen die Bürger bewogen, Ruhe zu halten.

Ein blutiger Aufruhr erschütterte die Stadt in den Jahren von 1601 bis 1604. Er ist so häufig wie kein anderes Ereignis der Braunschweiger Geschichte Gegenstand historischer Darstellung geworden<sup>6)</sup>. Henning Brabant, der Führer der Auführer, wurde hingerichtet, als der Aufstand niedergeschlagen war. Aus dieser Zeit gibt es eine Flut von Spott- und Schmähchriften. Ohne daß zuvor wirkliche Ruhe in die Stadt eingekehrt war, kam es 1614 erneut zu schweren Unruhen, denen eine Änderung der Ratswahlordnung und der Zusammensetzung des Rates folgte<sup>7)</sup>.

Bis zum Verlust der Autonomie im Jahre 1671 blieb es in der Stadt ruhig, obwohl vor allem während des Dreißigjährigen Krieges den Bürgern ungewöhnlich hohe Lasten aufgebürdet wurden. Es gelang Braunschweig aber, den Krieg aus den Mauern fernzu-

---

<sup>4)</sup> Hierzu auch L. Hänselmann: Die Anfänge des Luthertums in der Stadt Braunschweig (Lit. Verz. 33) und Robert Jordan: Die Reformation in der Stadt Braunschweig (Lit. Verz. 49).

<sup>5)</sup> Diesen Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Herzogshaus ist Gustav Hassebrauk in mehreren Einzeluntersuchungen nachgegangen (Lit. Verz. 38 — 40). Dazu auch Ekkehart Fabian: Die Entstehung des Schmalkaldischen Bundes und seiner Verfassung 1529—1531/33 (Lit. Verz. 20) und Heinrich Mack: Die Belagerungen der Stadt Braunschweig vom 15. bis zum 17. Jahrhundert (Lit. Verz. 64).

<sup>6)</sup> Vgl. Lit. Verz. 5, 46, 47, 63, 105 (5, 47 und 105 sind von besonderem Interesse im Hinblick auf den ersten Hauptteil der vorliegenden Arbeit).

<sup>7)</sup> Ausführlich dargestellt bei Werner Sieß: Die Braunschweiger Revolution von 1614 und die Demokratisierung der Ratsverfassung 1614—1671 (Lit. Verz. 91).

halten und so die Bürger vor dem Schlimmsten zu bewahren. Der Herzog wurde von diesem Krieg viel schwerer getroffen als die Stadt; dennoch war der Zusammenhalt der Bürgerschaft so weit unterhöhlt, daß sie einem erneuten Versuch des Herzogs, die Stadt zu unterwerfen, nicht mehr standhalten konnte<sup>8)</sup>. Ein großer Teil der Bürgerschaft setzte dieser Unterwerfung keinen Widerstand mehr entgegen, sondern erhoffte sich Vorteile vom herzoglichen Regiment. Das Interesse gerade der Bürger, die bis dahin Träger des Stadtreiments waren, an der Autonomie ihrer Stadt, war gering geworden, verglichen mit dem ausgehenden 15. Jahrhundert, als der Herzog es zum erstenmal versucht hatte, die Stadt zu erobern.

---

<sup>8)</sup> Dazu Quersfurth: Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671 (Lit. Verz. 77).



### III. DER KAMPF DER BÜRGER UM IHR ‚GUTES ALTES RECHT‘, KEINE REVOLUTION, KEIN KLASSENKAMPF

#### A Zum Begriff ‚burgensis‘ und ‚civis‘

Prüfen wir zunächst, wo in den Quellen des 13. und 14. Jahrhunderts die Vertreter der These von der Schichtenstruktur der Bürgerschaft einen Stadtadel, eine gegen die Bürgerschaft abgehobene Oberschicht, eine Ratsaristokratie, die allein Anspruch auf einen Sitz im Rat gehabt haben soll, zu fassen suchen. Wenn es eine solche abgehobene Schicht gibt, ist es nur folgerichtig, nach ihrem Namen zu suchen, der sie damals von den anderen Bürgern der Stadt unterschied. Spieß glaubt für die frühe Zeit nun in dem Begriff ‚burgensis‘ eine solche Bezeichnung gefunden zu haben, die nur der ‚Ratsaristokratie‘ zukommt; schon Hänsemann hatte ja vom ‚alten Burgensenregiment‘ gesprochen. Sollte sich diese Bedeutung des Begriffs ‚burgensis‘ für Braunschweig als stichhaltig erweisen, hätten wir immerhin dem Namen nach in der Braunschweiger Bürgerschaft die breite Masse der ‚cives‘ und die kleine Gruppe der sozial darüber stehenden ‚burgenses‘.

Schon Timme hat aber 1931 in seiner Dissertation, wenn auch nur beiläufig, darauf hingewiesen, daß sich diese Bedeutung ‚burgensis‘ nicht halten ließe, und führt dafür eine Reihe von Belegen an. Timme schreibt<sup>1)</sup>: „Die Ausdrücke *cives* und *burgenses* bezeichnen denselben Stand. Den von Philippi betonten Unterschied<sup>2)</sup>, daß *burgensis* ein sozial höher gestellter Bürger (Altbürger, Grundeigentümer) gegenüber dem *civis* (Neubürger, Grundbesitzer) sei, hat Rörig<sup>3)</sup> für Lübeck zurückgewiesen. Dieser Unterschied ist auch für Braunschweig nicht zutreffend. Schon Ohlendorf<sup>4)</sup> betont, daß *civis* und *burgensis* dasselbe bedeuten: den Vollbürger und Grundeigentümer, der ratsfähig ist. Den Handwerkern und Krämern, die keine Grundeigentümer sind, bleibt diese Bezeichnung versagt. Sie werden *habitantes* oder *incolae* genannt.“

In den Urkunden des 13. und 14. Jahrhunderts können wir uns denn auch davon überzeugen, daß Timme eindeutig recht hat. Was Rörig für Lübeck nachgewiesen hat, daß nämlich ‚burgenses‘ und ‚cives‘ denselben Personenkreis bezeichnen, gilt auch für Braunschweig. In häufigem Wechsel wird in den Urkunden von denselben Personen als von ‚burgenses‘ und ‚cives‘ gesprochen<sup>5)</sup>.

<sup>1)</sup> Lit. Verz. 108, S. 90.

<sup>2)</sup> Hans. Gesch. Bl. 1895 S. 8; Zs. f. Lüb. Gesch. u. Altertk. 23, S. 98.

<sup>3)</sup> Hans. Beitr. S. 30, Anm. 23.

<sup>4)</sup> Ohlendorf (Lit. Verz. 74, S. 77).

<sup>5)</sup> Belege bei Timme a. a. O., vgl. UB II S. 74 und S. 99: ‚*consules ac civium universitas civitatis Brunswich*‘ und ‚*consulibus et universis burgensibus in Brunswic*‘ bezeichnen denselben Personenkreis. Dazu auch A IV 10 VI Copialb. v. 1459 S. 5. Hier werden in einer Abschrift einer

Daß alle ‚burgenses‘ und ‚cives‘ ratsfähig gewesen seien, ist eine formale Feststellung. Es steht zwar nirgends geschrieben, daß irgendwer vom Rat ausgeschlossen war; auch Spieß spricht ja vom ‚allgemeinen passiven Wahlrecht‘. Die Möglichkeit, in den Rat zu gelangen, dürfte aber in der Regel auf einen, wenn auch nicht genau abzugrenzenden Kreis von Familien beschränkt gewesen sein. Dabei waren die Aussichten, in den Rat zu kommen, in den einzelnen Weichbilden für Männer verschiedener Herkunft sehr unterschiedlich. Ein Knochenhauer, der beispielsweise im Sack gute Aussichten hatte, im Rat eine achtbare Stellung einzunehmen, konnte in der Altstadt nur mit sehr viel geringerer Wahrscheinlichkeit überhaupt in den Rat kommen und spielte dort, wenn er ihm angehörte, nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Wenn nun die besonders von Hänselmann und Spieß angenommene, in sich abgeschlossene Schicht der ‚Ratsaristokratie‘ oder des ‚Stadtadels‘, wie sie oft genannt wird, durch keine besondere Bezeichnung von den übrigen Bürgern abgehoben ist, bleibt noch zu prüfen, ob es denn eine Schicht gegeben hat, die sich durch eine den adligen Grundherren auf dem Lande vergleichbare Stellung von der übrigen Bürgerschaft unterschied. Davon ist jedoch in den Quellen keine Spur zu finden. Die Stellung des adligen Grundherrn auf dem Lande findet keine Parallele in der Stadt. Übrig bleibt von dem sogenannten Stadtadel nur ein Kreis von Familien, deren Mitglieder besonders häufig im Rat vertreten sind oder uns als Zeugen in Urkunden begegnen. Sie gehören zur Bürgerschaft und werden ‚burgenses‘ oder ‚cives‘ wie alle Bürger genannt; sitzen sie im Rat, heißen sie ‚consules‘, wenn sie in ihrer Eigenschaft als ‚radmannen‘ genannt werden. Hin und wieder werden sie auch als ‚heren‘ der Stadt bezeichnet. Abgehoben in der Bezeichnung sind sie nur gegen die habitantes, incolae oder inwonere, die offenbar kein Bürgerrecht haben. Zwar pflegen diese Familien zum Teil einen adligen Lebensstil, haben ausgedehnten Landbesitz außerhalb der Mauern, empfangen Lehen<sup>6)</sup>, kämpfen beritten und halten ‚knechte‘, dennoch werden sie in allen zeitgenössischen Aufzeichnungen immer von den Adligen unterschieden. Sie gehören nicht zum Landtag und haben kein eigenes Gericht. Nie werden sie als Ritter oder Knappen bezeichnet.

Ganz sicher haben diese Familien sich durch ihren Reichtum, ihr Ansehen und ihre weiten Verbindungen aus der übrigen Bürgerschaft herausgehoben. Ihre Existenzgrundlage waren der Fernhandel und das Pfandgeschäft sowie in späterer Zeit in zunehmendem Maße der Landbesitz<sup>7)</sup>. Sicher haben diese Familien untereinander, insbesondere durch Heirat,

Urkunde aus dem Jahre 1304 die Strobekes, die zu den vornehmsten Familien der Stadt zählten, als ‚civi‘ bezeichnet. Zur allgemeinen Beurteilung der Begriffe ‚burgensis‘ und ‚civis‘ sind von besonderem Gewicht die Aufsätze von Walter Schlesinger „Burg und Stadt“ (Lit. Verz. 88) und Edith Ennen „Frühgeschichte der europäischen Stadt“ (Lit. Verz. 19), insbes. S. 129.

<sup>6)</sup> Diese Tatsache des Lehn-Empfanges darf man nicht überschätzen. Es handelt sich dabei meist um ein reines Geldgeschäft, eine Abhängigkeit zwischen ‚Lehnsherr‘ und ‚Lehnsträger‘ ergibt sich in diesen Fällen nicht. Oft verkaufen die Bürger untereinander ihre Lehen weiter. Der Lehnsherr stellt dann dem Käufer einen Lehnbrief aus, an dem Geschäft ist er jedoch kaum noch beteiligt. Am deutlichsten zeigt sich die Abschwächung des Lehnsbegriffes vielleicht in der Tatsache, daß auch eine Witwe oder Klosterfrau ihr Leibgedinge ‚zu Lehen trägt‘. Das bedeutet weiter nichts, als daß ihr eine Rente an irgendwelchen Höfen zusteht. (Vgl. Anm. 7)

<sup>7)</sup> Da der Landbesitz dieser Familien für das Verständnis ihrer Macht wichtig ist, eine umfassende Untersuchung darüber sich aber wegen ihres Umfangs im Rahmen dieser Arbeit von selbst verbot, soll in einem Aufsatz im Braunschweigischen Jahrbuch am Beispiel der Strombecks die Entwicklung des Landbesitzes gezeigt werden.

enge Beziehungen unterhalten, was wohl auch dazu geführt hat, sie als geschlossene Oberschicht zu betrachten. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die gemeinsamen Interessen dieser Familien nicht zur Folge hatten, daß dieser Kreis von Familien in sozialen Auseinandersetzungen geschlossen etwa als der eine Gegner auftrat. Im Gegenteil, bei den behandelten Auseinandersetzungen finden wir die Mitglieder dieser Gruppe von Familien immer auf beiden Seiten. Bei inneren Kämpfen haben diese angesehenen Familien ihre Anhänger in allen Teilen der Bürgerschaft. Es ist oft schwierig, festzustellen, zwischen welchen Teilen der Bürgerschaft die Spannungen bestehen, aber ganz klar wird doch, daß sie in der hier behandelten Zeit jedenfalls nicht zwischen einer Oberschicht und einer breiten Masse der Bürger bestanden haben.

Eindeutig zu umreißen ist dieser Kreis vornehmer Familien nicht, sie haben keine eigene Vereinigung<sup>8)</sup>, oft treten sie den Gilden bei, meist werden sie als die Geschlechter in den ‚meinheiten‘ bezeichnet. Immer wieder sind Familien zu diesem Kreis der führenden Familien neu hinzugekommen und andere ausgeschieden. Für diese hier umrissene Gruppe vornehmer Familien bietet sich der Name ‚Patriziat‘ der Stadt an. Als allgemeine Bezeichnung mag er hingenommen werden, wobei man zutreffender vom Patriziat der einzelnen Weichbilde sprechen würde; aber als terminus technicus ist er ziemlich ungeeignet, weil die Abgrenzung der Patrizier gegen die Nichtpatrizier praktisch unmöglich ist und weil sich keinerlei Rechtstitel damit verbindet. Eine geschlossene Oberschicht, die allein das Recht gehabt hätte, den Rat zu besetzen, hat es in Braunschweig nicht gegeben.

So kommen wir zu dem Schluß, daß es in Braunschweig den Kreis angesehener Familien gibt, der uns aus anderen Städten in unserem Raum vertraut ist. Über Generationen hin bestimmten sie die Geschehnisse der Stadt, ob sie nun im Rat saßen oder nicht. Ihre Existenzgrundlage sind der Fernhandel und das Kreditgeschäft. Sie stehen in enger Verbindung mit den entsprechenden Familien anderer Hansestädte. Es ist der Typ des selbstbewußten mächtigen Handelsherrn, der Burgen und Dörfer des Adels der Umgebung als Pfand in der Hand haben kann und der oft in ausgedehntem Landbesitz sein Kapital angelegt hat. Er fühlt sich dem Adel gleichrangig, ja überlegen, verbindet sich gelegentlich mit ihm durch Heirat, nimmt hier und da Elemente seiner Lebensart an, ist aber doch trotz mancher Übergänge deutlich gegen ihn abzuheben. Wir haben es mit hansischen Kaufleuten zu tun, die auf der Höhe ihrer Macht durch ihre Finanzpolitik entscheidenden Einfluß auf die Pläne auch des Landesherrn nehmen können und selbstverständlich die Geschehnisse der Stadt bestimmen, in der sie leben<sup>9)</sup>. Es ist keine Schicht von Aristokraten,

---

<sup>8)</sup> Erst in späterer Zeit gibt es die ‚Constabler‘ und die ‚Silbernen Ringe‘ und ‚Goldenen Ringe‘. Dazu v. Vechelde: Die Fastnachts- oder Constable-Gelage der rathsherrlichen Geschlechter in der Altstadt von Braunschweig (Lit. Verz. 114) und Spieß, Der Stand der Geschlechter und der Stand der weißen Ringe. Das Problem ‚Patriziat und Honoratiorentum‘ in der Stadt Braunschweig im 16. und 17. Jahrhundert (Lit. Verz. 94). Im Stadtarchiv Braunschweig sind die Zeugnisse von Gelagsbrüderschaften in G X 1: 1—6 zusammengestellt.

<sup>9)</sup> Einen eindrucksvollen Hinweis gibt in diesem Zusammenhang das Werk von Meier und Steinacker: Die Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt Braunschweig (Lit. Verz. 69). Ohlen-dorf (Lit. Verz. 74) geht auf die Braunschweiger ‚Patrizier‘, ihr Herkommen (S. 28), ihren Landbesitz (S. 25), ihren Handel (S. 68) und ihre Stellung im Rat (S. 15) näher ein. Dabei ist seine Untersuchung des Herkommens dieser Familien für die Beurteilung der Verwandtschafts-

die etwa, mit dem Privileg versehen, allein den Rat zu besetzen, diesen Rechtsanspruch gegen den Ansturm einer breiten Masse der Bürgerschaft, die plötzlich zu politischem Interesse erwacht ist, zu verteidigen hätte. Sie waren, soweit die Quellen zurückreichen, nie unbeschränkte Herrscher, sondern bei allen wichtigen Entscheidungen gebunden an die Zustimmung der Bürgerschaft, die ihnen so lange nicht verweigert wurde, wie sie sich an die überlieferte Ordnung hielten und die Rechte der Stadt nach außen hin erfolgreich verteidigten und im Innern die Rechte der Bürger achteten. Setzten sie sich über das Mitspracherecht der Bürger hinweg oder verlangten sie mehr Abgaben, als den Bürgern gerechtfertigt erschien, oder schützten sie den Bürger nicht hinlänglich gegen den Zugriff fremder Gewalt, so kam es zu Auseinandersetzungen, wie sie in der vorliegenden Arbeit untersucht worden sind.

---

verhältnisse zwischen dem benachbarten Adel und den Geschlechtern von besonderem Interesse. Er bleibt jedoch bei der Vorstellung einer sozialen Schicht, ja Klasse (S. 70) stehen, die ein Privileg gegen den Ansturm einer zu politischem Interesse erwachten Masse zu verteidigen habe. Im wesentlichen stützt er sich auf **Varges**.

## B Soziale Schichten als Strukturelemente der Bürgerschaft?

Wenn hier die Schichtenstruktur der Bürgerschaft bestritten wird, so soll das nicht heißen, daß es keine sozialen Unterschiede gegeben hätte, oder daß sie von untergeordneter Bedeutung gewesen seien. Die Unterschiede zwischen den Familien etwa, aus denen die Bürgermeister der Altstadt kamen, und den kleinen Schuhmachern im Sack sind gewaltig, obwohl sie alle Bürger der Stadt waren. Noch eine Stufe tiefer stehen die Einwohner, die als Tagelöhner irgendwo ein kärgliches Auskommen fanden. Theoretisch ist es heute ohne weiteres möglich, die aus den Quellen bekannten Familien nach Besitz, Einkommen und Ansehen zu sortieren und so jede Familie einer ‚gesellschaftlichen Schicht‘ zuzuordnen. Was aber wäre durch ein solches Verfahren gewonnen? Die Menschen, die wir auf solche Weise nachträglich miteinander in Zusammenhang bringen, zeigen in den sozialen Auseinandersetzungen kein Gefühl einer Gemeinsamkeit auf Grund einer gesellschaftlichen Stellung und sind in dieser Formierung niemals als politisch handlungsfähige Gruppe aufgetreten. Das Solidaritätsgefühl einer gesellschaftlichen Klasse, das zur Zeit der Begründung des Stadtarchivs und der Herausgabe der Chroniken, als man sich für soziale Fragen zu interessieren begann, eine politische Wirklichkeit war, ist, zurückprojiziert in die Zeit der hier behandelten Unruhen, eine reine Fiktion ebenso wie der Wille einer breiten unteren Schicht, ein ‚demokratisches‘ Stadtre Regiment einzurichten, als Motiv der Erhebungen.

Die Vorgänge in der Bürgerschaft einer mittelalterlichen Stadt sind nur zu beschreiben und zu verstehen, wenn wir die aus den Quellen bekannten Menschen so zusammenfassen und einordnen, wie sie sich selbst eingeordnet empfunden haben, und wie sie in der damaligen Zeit während der Kämpfe als handelnde Gruppen aufgetreten sind. Nur auf diese Weise können wir hoffen, das Verhalten dieser Menschen richtig zu deuten, denn der Grund einer Erhebung kann doch nur dann ermittelt werden, wenn man weiß, wer sich gegen wen erhob und welche Absicht er mit seiner Erhebung verbunden hat.

Wenn also Menschen, die wir in heutiger Zeit vielleicht zu Recht als zu einer sozialen Schicht oder sogar zu einer ‚Klasse‘ gehörend bezeichnen würden, kein Zusammengehörigkeitsgefühl und keine gemeinsamen Interessen gehabt haben, niemals gemeinsam aufgetreten sind und auch keine Absicht solchen gemeinsamen Auftretens haben erkennen lassen, so erweist sich damit doch das Schichten-Modell als Hilfsmittel für die Beschreibung einer solchen mittelalterlichen Bürgerschaft als ungeeignet. Es verleitet geradezu zum Mißverständnis. Hat man erst einmal die Aufteilung der Bürgerschaft in soziale Schichten oder Klassen vorgenommen, so ist man geneigt, von diesen Einheiten gemeinsame Interessen, gemeinsame Ziele, gemeinsame Aktionen zu erwarten. Besonders groß ist die Gefahr eines Mißverständnisses dann, wenn aus Quellenmangel die wahren Motive im Dunkeln bleiben. Ein typisches Beispiel für solches Denken ist die Beurteilung der Bürgerhauptleute, die im Großen Brief von 1445 erstmals genannt werden. Nachdem die armen Leute der ‚Meinheiten‘, die über keine Gilde Vertreter in den Rat entsenden konnten, einmal als soziale Schicht, als Klasse, als Interessen- und Aktionsgemeinschaft gedacht waren, war es nur folgerichtig, nach einem Ausdruck ihres gemeinsamen Willens zu suchen. Für die Bürgerhauptleute gibt es keine im letzten geklärte Begründung, es lag also nicht so fern, in ihnen ein Produkt des gemeinsamen Handelns dieser ‚untersten Klasse‘ zu vermuten, da sie eine starke Stellung in den ‚Meinheiten‘ einnehmen.

Die Vorstellung eines Schichten-Aufbaus der Bürgerschaft führt auch zu einer Fehleinschätzung des Verhältnisses der Geschlechter eines Weichbildes zu den ärmeren Familien der ‚Meinheiten‘. Diese ‚krassen Gegner‘ nach der Theorie des Klassenkampfes halten nämlich meist sehr gut zusammen, sind jedenfalls nie die eigentlichen Gegner, die sich bekämpfen.

Die Einstufung der Gilden etwa als eine soziale Schicht, die sich auf den ersten Blick anzubieten scheint und auch mehrfach vorgenommen worden ist, erweist sich bei genauer Betrachtung als völlig unrealistisch. *Spieß* hat sich zu helfen versucht, indem er eine weitere Unterteilung in ‚aristokratische‘ und ‚nichtaristokratische‘ Gilden vornimmt. Kriterium ist, daß die einen überwiegend vom Handel, die anderen vom Handwerk leben. Dadurch vermeidet er zwar den beinahe grotesken Widerspruch, der entsteht, wenn man etwa die reichen Wandschneider der Altstadt und die armen Schuhmacher des Sackes zu einer sozialen Schicht rechnet; er kann aber für diese Trennungslinie keinen einzigen Hinweis in den Quellen anführen. Es ist auch nicht einzusehen, warum ein Lakenmacher der Neustadt einer aristokratischen Gilde angehört haben und somit Aristokrat gewesen sein soll, wogegen einem Beckenwerker, der ebenfalls Handel trieb, dieses Attribut versagt bleibt.

Ebensowenig wie von einer geschlossenen Schicht der Gilden kann man von einer Schicht der ratsfähigen Familien sprechen, denn die Gilden, von denen hier die Rede war, entsenden ja Vertreter aus ihren Reihen in den Rat. Zudem war der Personenkreis, dem in den einzelnen Weichbildern der Weg zum Rat offenstand, sehr unterschiedlicher Herkunft.

Hier sollten aber nicht die bisher versuchten Abgrenzungen sozialer Schichten in der mittelalterlichen Bürgerschaft Braunschweigs kritisiert werden, denn es geht ja nicht um eine Korrektur solcher Trennungslinien, sondern darum, das Schichten-Modell als für die Darstellung der Bürgerschaft in dem hier behandelten Zeitraum grundsätzlich ungeeignet aufzuzeigen.

### C Abhängigkeitsverhältnisse in der Bürgerschaft

Bei der Suche nach den politisch handlungsfähigen Gruppen in der Bürgerschaft stößt man, abgesehen von der Beziehung, in der Rat, Gilden und ‚Meinheiten‘ zueinander stehen, auf eine Fülle von Abhängigkeitsverhältnissen, die für die Beurteilung der zwischen den einzelnen Gruppen herrschenden Spannungen aufschlußreich sind.

So ist Gerda *Bergholz* zu dem Ergebnis gekommen, daß das metallverarbeitende Gewerbe, insbesondere die Beckenwerker, zum Teil im Verlagsystem gearbeitet hat<sup>10)</sup>. Dabei sind wahrscheinlich die reichsten Meister der Beckenwerker, aber auch Kaufleute als feste Auftraggeber aufgetreten. Dadurch wären Spannungen innerhalb der Gilden des metallverarbeitenden Gewerbes, wie sie vor allem in der ‚schicht der unhorsem borger‘ zu beobachten sind, zu erklären. Leider geben die Quellen keine Auskunft darüber, wo sonst noch das Verlagsystem üblich war; es ist aber unwahrscheinlich, daß es nur auf die metallverarbeitenden Gewerbe beschränkt gewesen ist.

Ein besonders hoher Grad von Abhängigkeit hat zweifellos in den ‚Meinheiten‘ zwischen den führenden Familien und der ärmeren Bevölkerung, die zum Teil sicher gar kein Bürgerrecht gehabt hat, bestanden. Diese Familien nahmen im Rat die Interessen der ‚Meinheiten‘ wahr und sind verantwortlich gewesen für die Sicherung der Existenz gerade der ärmeren Bürger und Einwohner. Diese ärmeren Bürger und Einwohner suchen niemals Unterstützung bei den ärmeren ratsfähigen Gilden, denen sie nach der ‚Schichten-theorie‘ doch besonders nahegestanden hätten. Im Schutze der Geschlechter machten sich die ‚sunnenkremer‘ zum Ärger der Krämer auf dem Markt breit, und im Schutze der Geschlechter arbeiteten die ‚oldkodder‘ zum Verdruß der Schrader. Für die Tagelöhner waren die vornehmen Familien ohnehin die Arbeitgeber.

Es ist absurd anzunehmen, diese ärmeren Bürger und Einwohner hätten nach freier Wahl einen der Ihren in den Rat entsenden können, oder aber die Stellung der Geschlechter im Rat wäre zu irgendeiner Zeit im Vertrauensvotum dieser armen Leute begründet gewesen. Dennoch mußte den Geschlechtern daran gelegen sein, daß in den ‚Meinheiten‘ Zufriedenheit herrschte, denn nur, wenn die Masse der Bürger und Einwohner zufrieden war, gab es Ruhe, und in einer ruhigen Bürgerschaft wiederum gediehen die Geschäfte der Geschlechter am besten. Zudem wäre eine rebellische Bürgerschaft eine latente Gefahr bei jedem Anstoß von außen gewesen. Bei den häufigen Auseinandersetzungen mit verschiedenen Gilden mußte den Geschlechtern auch daran gelegen sein, die Bürger der ‚Meinheiten‘ auf ihrer Seite zu wissen.

Aus diesem Verhältnis zu den ‚Meinheiten‘ läßt sich jedoch keine Herrenstellung der Geschlechter ableiten. Der Bürger oder Einwohner der ‚Meinheit‘ untersteht dem Gericht und der Schutzgewalt des Rates, nicht dem Geschlecht, in dessen Abhängigkeit er sich befindet; die Bezeichnung ‚Stadtadel‘ führt also gerade hier in die Irre.

Der Versuch, die Bürger in ‚Zinsberechtigte‘ und in ‚Zinspflichtige‘ zu teilen, führt zu keinem Ergebnis. Für die hier behandelte Zeit ist festzustellen, daß der Zinspflichtige in

<sup>10)</sup> Werkstücke Bd. 17 (Die Quellenlage zu dieser Frage ist sehr schlecht.) Aufschlußreich sind auch die Arbeiten von *Stalman*: Beiträge zur Geschichte der Gewerbe in Braunschweig bis zum Ende des 14. Jahrhunderts (Lit. Verz. 103) und *Fuhse*: Schmiede und verwandte Gewerke in der Stadt Braunschweig (Lit. Verz. 25), obwohl hier auf die Abhängigkeitsverhältnisse nicht eingegangen ist.

keinerlei persönliche Abhängigkeit gegenüber dem Zinsberechtigten geriet. Die Grundzinse<sup>11)</sup> der Häuser waren eine der bedeutendsten und beliebtesten Arten der Kapitalanlage, vor allem in früher Zeit, als die Möglichkeit, Land außerhalb der Stadt zu erwerben, noch nicht in dem Maße wie zu Beginn des 15. Jahrhunderts gegeben war. Die führenden Familien besaßen zahlreiche Zinsberechtigungen verstreut in der ganzen Stadt. Nun liegt die Vermutung nahe, daß sich in der ‚schicht des rades‘ die Bürgerschaft gegen die Familien in der Altstadt wandte, die die meisten Zinse innehatte. Der Zins konnte für einen armen Bürger schon eine drückende Last sein. In der Tat ist auch der Zinsbesitz der 1374 gestürzten Familien besonders umfangreich. Bei genauer Betrachtung erweist sich diese Vermutung jedoch als unbegründet: Die Aufrührer gehören nicht zu den Bürgern, die den Gestürzten zinspflichtig waren, und die führenden Männer unter den Aufrührern haben selbst zum Teil sogar recht erheblichen Zinsbesitz<sup>12)</sup>.

Es steht fest, daß die Grenze zwischen den streitenden Parteien nicht bestimmt wird durch das Recht, Zins zu ziehen beziehungsweise die Pflicht, Zins zu zahlen. Die Erbzinse sind ein gängiges Handelsobjekt, sie wechseln häufig den Besitzer. Für die Zinspflichtigen ist es ziemlich bedeutungslos, an wen sie den auf ihrem Hause lastenden Zins zu zahlen haben.

<sup>11)</sup> Das komplizierte Zinssystem ist von Kleinau untersucht und dargestellt worden (Lit. Verz. 50).

<sup>12)</sup> An Hand der Degedingebücher der Altstadt, des Hagens und der Neustadt, die aus dieser frühen Zeit überliefert sind (B I 19 Bd. 1. 2. 7. 8. 10. 11.), habe ich unter Zuhilfenahme der handschriftlichen Regesten zur Braunschweiger Familiengeschichte die unten aufgeführten Familien der Gegner des 1374 gestürzten Rates auf ihren Zinsbesitz untersucht. Ein systematisches Erfassen dieses Zinsbesitzes nach Lage in der Stadt und Höhe versprach nur geringen Gewinn! Die Überlieferung ist zu lückenhaft, als daß man hoffen dürfte, bei der Zusammenstellung der belegbaren Zinse ein getreues Abbild vom Umfang des Zinsbesitzes dieser Familien zu erhalten. Dennoch reicht das Material aus, um zu belegen, daß die Familien der Aufrührer (auch der eigentlichen Aufrührer, nicht etwa nur der gegen den Rat eingestellten Geschlechter) selbst, z. T. erheblichen Zinsbesitz gehabt haben. Ferner wird deutlich, daß die Familien der Aufrührer nicht allgemein als Zinspflichtige den Familien der 1374 Gestürzten als den Zinsberechtigten gegenüberstehen. Aus den Degedingebüchern läßt sich keine von den Familien der Aufrührer als einem der Erschlagenen zinspflichtig nachweisen. Auch bei der Überprüfung des umfangreichen Zinsbesitzes der 1374 erschlagenen Bürger — soweit das die Überlieferung zuläßt — kann keiner der namhaften Aufrührer als ihnen zinspflichtig nachgewiesen werden. Einzelne Fälle von Zinspflicht der Aufrührer gegen die Gestürzten sind allerdings bei der Lückenhaftigkeit der Überlieferung nicht auszuschließen.

Die Jahreszahl hinter dem Namen bezeichnet das Jahr des ersten Belegs; aufgenommen sind nur Belege bis zum 17. April 1374. Wenn auf einer Seite eines Degedingebuches für eine Familie mehrere Zinse belegt sind, so ist die Seite auch mehrmals aufgeführt. Die Belege sind chronologisch geordnet. In einigen Fällen ist der einzige Beleg für einen Zins, der lange in Familienbesitz gewesen sein mag, der Vermerk über den Verkauf, mit dem er aus dem Familienbesitz veräußert wird. Alle Angaben beziehen sich auf die Abteilung B I 19.

Adenstede	(1310)	Bd. 1 Bl. 35'; 35';
Albertes	(1361)	Bd. 2 Bl. 158; Bd. 11 Bl. 54; Bd. 2 Bl. 160'; Bd. 7 Bl. 109'; Bd. 8 Bl. 209'; Bd. 2 Bl. 216;
Albrechtes	(1372)	Bd. 11 Bl. 63';
Berklinge	(1354)	Bd. 2 Bl. 102';
Bradere	(1360)	Bd. 11 Bl. 52; Bd. 2 Bl. 153; 151'; Bd. 11 Bl. 54'; Bd. 2 Bl. 203;
Capelle	(1357)	Bd. 7 Bl. 86; Bd. 2 Bl. 151;



Ekerman	(1355)	Bd. 11 Bl. 47; 47; Bd. 2 Bl. 108'; Bd. 11 Bl. 156; Bd. 7 Bl. 135;
Elers	(1344)	Bd. 7 Bl. 31'; Bd. 2 Bl. 139'; Bd. 11 Bl. 53'; 53'; 53'; 53'; 53'; 53'; Bd. 2 Bl. 158; 159; 205;
Esbeke	(1348)	Bd. 2 Bl. 58;
Grotejan	(1359)	Bd. 2 Bl. 140; 170; 185'; 187'; Bd. 11 Bl. 60; Bd. 7 Bl. 128' Bd. 11 Bl. 60; Bd. 2 Bl. 201; 225; 226';
Haghen	(1352)	Bd. 2 Bl. 86;
Holtznicker	(1336)	Bd. 1 Bl. 103'; 118; 122; 127; Bd. 2 Bl. 72; 82; Bd. 7 Bl. 101; Bd. 2 Bl. 146';
Hone	(1302)	Bd. 1 Bl. 21'; 94; 145; Bd. 2 Bl. 41';
Immenrod	(1372)	Bd. 2 Bl. 223';
Ingeleve	(1347)	Bd. 7 Bl. 46;
Odenem	(1311)	Bd. 1 Bl. 40; Bd. 11 Bl. 62;
Osterode	(1334)	Bd. 1 Bl. 97; 172';
Scheveben	(1366)	Bd. 7 Bl. 20; 20; 129;
Schanleghe	(1356)	Bd. 7 Bl. 81'; 86';
Stapel	(1333)	Bd. 7 Bl. 14; 32'; 39'; 68'; 82'; 83; 115; Bd. 2 Bl. 225;
Urde	(1320)	Bd. 1 Bl. 64'; 73; Bd. 7 Bl. 5; Bd. 1 Bl. 90; 90'; 147; 167; Bd. 2 Bl. 37; 37; Bd. 1 Bl. 146; 157; Bd. 2 Bl. 92';
Westfal	(1317)	Bd. 1 Bl. 60'; Bd. 2 Bl. 66; 77'; 89; 106; 115; 126.

Für die ebenfalls überprüften Familien Horneborch, Kannegetere, Kemme, Meyse, Northeim, Reben, Schiltreme, Sirdessen war kein Zinsbesitz nachzuweisen.

## D Die Stellung des Rates

Die Stellung des Rates in der Bürgerschaft begründet seine Haltung in den unruhigen Zeiten. Die Zerrissenheit und Zwiespältigkeit, die im Verhalten des Rates zum Ausdruck kommt, gibt ein getreues Abbild seiner Stellung und seiner Zusammensetzung. Einerseits gehört der Rat zur Bürgerschaft: jedes Mitglied des Rates ist Bürger; andererseits nimmt der Rat im ganzen eine Herrenstellung in der Stadt ein. Er übt die Schutz- und Gerichtsgewalt aus, er ist dem Landesherrn in Treue verpflichtet und kann Fehde führen. Da nun die Mitglieder der führenden Familien als Mitglieder des Rates immer wieder in Situationen anzutreffen sind, die sie dem benachbarten Adel gleichzustellen scheinen, liegt die Bezeichnung Stadtadel scheinbar gar nicht so fern, sie muß aber für die hier behandelte Zeit um so schärfer zurückgewiesen werden, weil dadurch die wirkliche Stellung der führenden Familien verfälscht wird. Der Unterschied zwischen der Stellung eines adligen Grundherrn auf dem Lande und der eines führenden Bürgers in der Stadt ist zu gewichtig, als daß er durch einen gemeinsamen Begriff — den die Zeitgenossen nie geprägt haben — überdeckt werden dürfte.

Für den Standort des Rates in der Bürgerschaft ist der Aufbau der Stadt aus fünf Weichbilden von entscheidender Bedeutung. Die Altstadt als das vornehmste und älteste Weichbild hat etwas von ihrer führenden Stellung bis in die Neuzeit bewahrt, ebenso haftet den Weichbilden Altewiek und insbesondere dem Sack ein Rest ihres minderen Ansehens bis in die Neuzeit an. Obwohl der Altstädter Rat schon längst nicht mehr die Vogtei über sie ausübte, behielt er doch etwas von seiner traditionellen Autorität. Diese Vorrangstellung war nicht in einem Privileg begründet, sie beruhte auf der Macht und dem Ansehen der Männer, die im Altstädter Rat saßen, und somit auf ihrer führenden Stellung, die sie im gemeinsamen Rat aller Weichbilde hatten.

Die Rivalität unter den Weichbilden führt zu Spannungen im gemeinsamen Rat. So findet denn meist jeder Weichbildrat in seinem Weichbild Unterstützung. Da nun aber im gemeinsamen Rat und noch mehr im ‚engen Rat‘ die Altstädter Bürger das Übergewicht haben, kann es dort leicht zu Beschlüssen kommen, die auf den Widerstand der anderen Weichbilde stoßen. Erhebt sich jetzt eine Unruhe in der Bürgerschaft, so scheint sie gegen ‚den Rat‘ gerichtet zu sein, tatsächlich aber richtet sie sich nicht gegen den ganzen Rat, sondern nur gegen die entscheidenden Männer im Rat und findet die Unterstützung eines großen Teils der Ratsmitglieder. Das Bild der gegen ‚den Rat‘ revoltierenden Bürgerschaft trifft also für die hier behandelten Unruhen gar nicht zu. So sind denn neben den Streitigkeiten der Gilden und der einzelnen Geschlechter die Spannungen zwischen den Weichbilden ein weiterer Grund für die Erhebungen der Bürger.

Zwischen den Weichbilden bestanden gerade wegen ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Grundlage auch stark ausgeprägte Interessengegensätze. Diese finden ihren Ausdruck schon in der unterschiedlichen Zusammensetzung der Weichbildräte. In jedem Weichbild war es ein ganz anderer Personenkreis, dem seinem Herkommen nach der Weg in den Rat offenstand; und in den Räten selbst waren wiederum Männer sehr verschiedener Herkunft von Bedeutung. Waren im Hagen die elf Wandschneider und Lakenmacher im Rat ausschlaggebend, so hatten demgegenüber in der Altstadt die sechs Wandschneider eine zwar achtbare, aber keineswegs ausschlaggebende Stellung. Gegen die Stimmen der sechs Beckenwerker war im Rat der Neustadt wohl kaum ein Beschluß zu

fassen; in den anderen Weichbilden gibt es dagegen gar keine Beckenwerker im Rat. Waren die drei Knochenhauer im Sack eine der stärksten Gruppen des Weichbildrates, so war dagegen die Stimme des einen Knochenhauers im Rat der Altstadt nahezu bedeutungslos.

War zum Beispiel für die Neustadt die Sicherung des Erzhandels mit Goslar von lebenswichtiger Bedeutung, so war sie dagegen für den Hagen ziemlich bedeutungslos. War die Sicherung des Pfandbesitzes außerhalb der Stadt für den Altstädter Rat ein oberstes Gebot, so war diese Frage für den Rat des Sackes ziemlich uninteressant.

Angesichts dieser Sachlage von ‚einem Kreis‘ ratsfähiger Familien, von einer Ratsaristokratie zu sprechen, die der Bürgerschaft gegenüberstanden hätte, heißt die wirklichen Gegensätze verdecken<sup>13)</sup>.

Aber das Verhalten des Rates ist nicht nur bestimmt durch seine Stellung in der Bürgerschaft; sein Verhältnis zum Herzogshaus und zum benachbarten Adel ist ebenso entscheidend. Auf die Schwierigkeiten, die dem Rat aus der Treuepflicht der Stadt gegen ihren Landesherrn erwuchsen, wurde schon mehrfach hingewiesen. Im allgemeinen wurde es als ein Vorteil für die Stadt angesehen, wenn sie dem Herzog oder auch dem benachbarten Adel große Summen gegen entsprechende Sicherheiten, meist Pfandschlösser, zur Verfügung stellte, weil dadurch der Herzog und der Adel in eine Abhängigkeit von der Stadt gerieten. Tatsächlich hat die Stadt auch meist ihren Nutzen aus diesen Geschäften gezogen, aber dieses Kreditgeschäft mit Partnern, die voraussichtlich ihre Pfänder nicht wieder einlösen konnten, barg auch eine Gefahr, die 1374 tatsächlich akut geworden ist. Wenn die Stadt selbst unerwartet in Geldnot geriet — und das war 1374 der Fall — dann konnte sie ihre Gelder nicht zurückerhalten, selbst wenn sie berechtigt war, sie einzuziehen. Weiterverpfänden durfte sie die Schlösser laut Abmachung meist nicht, und hätte sie es gedurft, wäre schwerlich ein Interessent zu finden gewesen. Für andere Städte, die das dazu erforderliche Geld hätten aufbringen können, lagen diese Objekte viel zu weit außerhalb ihrer Reichweite. Der Vorwurf also, der Rat hätte 1374 nicht durch eine Kornzise die ganze Bürgerschaft und dabei die ärmsten Bürger am härtesten belasten, sondern statt dessen seine eigenen Mittel flüssig machen und ausgeben sollen, ist nicht ohne weiteres berechtigt.

Hinzu kam bei den Pfandschlössern die Gefahr, daß dem Rat in einer Periode der Schwäche von allen Seiten Fehdebriefe zugeschickt wurden. Nichtigkeiten nahmen die Schuldner zum willkommenen Anlaß dafür, in der Hoffnung, so ohne Rückerstattung des Geldes wieder in den Besitz ihrer Güter zu kommen. Einer im Innern zerstrittenen Bürgerschaft wagte der Adel mit Gewalt entgegenzutreten und tat es nach der ‚schicht des rades‘ mit Erfolg. Solche Gefahr drohte der Stadt ständig, wenn sie nicht dafür sorgte, daß sie auch tatsächlich die Macht besaß, ihre Rechte zu schützen.

Hier tat sich eine Quelle unablässigen Streites auf, als die reichen Bürger in zunehmendem Maße Höfe und schließlich ganze Dörfer außerhalb der Stadt erwarben. Die Bürger gehörten nicht zum Landtag, auch wenn sie große Lehen innehatten. Sie blieben Bürger, und zuständig für sie war das Gericht des Rates. In schwierigen Fällen entschied auch ein aus dem herzoglichen Gericht und dem Gericht des Rates zusammengesetztes Kollegium.

<sup>13)</sup> Zum Nachweis dafür, daß auch vor der ‚schicht des rades‘ diese Kräfteverteilung zu Grunde lag, vgl. diese Arbeit II B 3 c.

Die Gerichtsbarkeit in den Dörfern mit überwiegendem Bürgerbesitz hatte in einigen Fällen der Rat inne, in anderen Fällen blieb sie in der Hand der adligen Herren.

Diese Fragen sind allein aus dem Braunschweiger Material nicht zu klären, eine befriedigende Darstellung dieser verwickelten Verhältnisse würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Festzustellen bleibt jedenfalls, daß der einzelne Bürger, der Höfe außerhalb erwarb, dort keine dem Adel vergleichbare Grundherrenstellung mit ihren Rechten und Pflichten im Land einnahm. Er zog auch in der hier behandelten Zeit nicht aufs Land, etwa in befestigte Häuser und Burgen. Da bei dem Kauf der Lehen in der Regel der Rat bei Streitfragen die Interessen seiner Bürger wahrnahm, befand sich der kleine Adlige, der sich theoretisch an den Herzog wenden konnte, in einer sehr ungünstigen Lage, da der Herzog meist nicht gegen die Stadt vorgehen wollte und konnte.

So erscheinen die „Raubritter“, über die die Bürger sich immer wieder beklagen, in einem ganz anderen Licht. In vielen Fällen werden sie nur versucht haben, sich für ein erlittenes Unrecht an Bürgergut schadlos zu halten, denn wo hätten sie ihr Recht suchen sollen? Vor den Landtag konnten sie die Bürger nicht ziehen, der Herzog wollte sich nicht einmischen, und der Rat entschied im Sinne der Bürger. So dürfte oft genug mit der Zusammensetzung des Gerichts auch schon der Streitfall entschieden gewesen sein.

## E Die Problematik belasteter Begriffe

Bevor abschließend der Versuch unternommen werden soll, die Motive der Bürger bei ihren Erhebungen zusammenfassend zu umreißen, gilt es, eine Schwierigkeit auf sprachlichem Gebiet aufzuzeigen. Zu groß ist die Gefahr, daß ein sprachliches Mißverständnis ein Mißverständnis in der Sache zur Folge hat.

Als erste erhebt sich die Frage, wie man denn die Bürger, die sich gegen das Stadtregiment erheben, zutreffend nennen kann. Sie „Revolutionäre“ zu nennen, geht nicht an, nachdem deutlich gezeigt worden ist, daß sie keine Revolutionen gemacht haben. Sie würden durch diese Bezeichnung viel zu sehr in die Nähe der Männer der Französischen Revolution gerückt, mit denen sie doch so wenig gemein haben. Die Bezeichnung „Auführer“ oder „Aufständische“ lenkt die Gedanken auch nur allzu leicht vom rechten Wege ab; zu nahe liegt der Gedanke an einen Aufruhr, der den Rahmen der bestehenden Ordnung sprengen will. Das Auftreten bewaffneter Bürger in den Straßen, die lärmend und drohend eine Forderung unterstützen, liegt jedoch noch im Rahmen der bestehenden Ordnung. Erst der heimliche „vorbunt“ oder der Sturm auf ein Rathaus trüge den Namen „Aufruhr“ mit einigem Recht. Auch die Bezeichnung „schichtmeker“ kann man nur mit Einschränkungen aus der Chronik übernehmen; zu sehr schwingt in diesem Wort das Urteil des Chronisten mit. Es bietet sich für diese lautstark vorgetragenen Forderungen das Wort Demonstration an, jedoch scheint dieses heute so geläufige Wort doch etwas zu harmlos, denn immerhin waren die Bürger bewaffnet und letztlich zum Kampfe bereit, wenn ihr Begehren nicht berücksichtigt wurde.

Vor ähnlichen Schwierigkeiten steht man, wenn es darum geht, die Gegner treffend zu bezeichnen. Mag man das Wort „Parteien“ noch mit Einschränkungen hinnehmen, sobald man diese aber näher bezeichnen will, drängt sich leicht die Vorstellung einer Partei der „armen Leute“, des „Mittelstandes“ und des „Patriziats“ auf, zumal sie eine scheinbare Entsprechung in den „Meinheiten“, den Gilden und den Geschlechtern finden. Damit wäre man in seiner Vorstellung schon wieder dem Modell der Schichten-Struktur verfallen.

Wie bei der Kennzeichnung der Gegner, so ist auch bei der Darstellung ihrer Motive dem Mißverständnis Tür und Tor geöffnet, wenn man versucht, sie mit dem Vokabular der Begründer der Braunschweiger Lokalgeschichtsforschung zu erfassen. Es ist gezeigt worden, daß in der hier behandelten Zeit ein „demokratisches Stadtregiment“ im Sinne einer modernen Demokratie weder erreicht noch angestrebt wurde. Es gibt hier keinen Einschnitt, der den Namen „Verfassungsumbruch“ verdiente. Nun muß man sich aber fragen, ob die Bezeichnung „demokratisch“ nicht doch, wenn auch in anderem Sinne als heute verstanden, eine gewisse Berechtigung hat. Der Gleichheitsgedanke innerhalb einer Einheit, einer Gilde, reicht bis in die Anfänge zurück. Von einer „Gleichheit aller, die Menschenantlitz tragen“, kann hier gar keine Rede sein.

Auch das Mitspracherecht der Bürgerschaft bei allen wichtigen Entscheidungen des Rates, die das Wohl der Allgemeinheit betreffen, ist uralte. Die Pflicht der Obrigkeit, in bestimmten Fällen den Rat bestimmter Männer zu hören, ist überall im mittelalterlichen Recht zu finden. Dieses Recht des Beratens leitet sich aus dem Treueverhältnis her, das den Herrn mit seinen Untertanen und auch den Rat mit der Bürgerschaft verbindet, nicht aber aus einer demokratischen Grundhaltung, die etwa im Volke den Träger der Regierungsgewalt gesehen hätte.

Wollte man diese Verhältnisse im Hinblick auf die Demokratie, wie sie im alten Griechenland als Gegensatz etwa zur Tyrannis geprägt worden ist, als ‚demokratisch‘ bezeichnen, so würde man damit eine typische Erscheinung mittelalterlichen Regiments ‚demokratisch‘ nennen. Eine solche Möglichkeit kann grundsätzlich nicht von der Hand gewiesen werden. Dann dürfte man freilich nicht von einer Entwicklung zur Demokratie sprechen; denn diese Elemente sind Bestandteil des Stadtreigiments gewesen, soweit wir zurückblicken können, und haben ihr Wesen während der ‚schichten‘ nicht geändert.

Der Nutzen einer solchen Terminologie ist jedoch schwer einzusehen, denn die beobachteten Phänomene lassen sich mit den Begriffen der Zeit, aus der sie stammen, viel treffender beschreiben. Die Gefahr aber, die eine solche Bezeichnung in sich birgt, liegt auf der Hand. Aus dem Denken der Französischen Revolution und der Vorstellung einer modernen Demokratie werden in einer Rückprojektion den Bürgern des mittelalterlichen Braunschweig nur zu leicht Motive untergeschoben, die sie nie bewegten. Einer solchen Rückprojektion würde durch diese Verwendung desselben Begriffs für verschiedene Dinge Vorschub geleistet.

Zudem erschwert jede Verwischung der Gegensätze zwischen jenen ‚schichten‘ und der demokratischen Bewegung, die im 19. Jahrhundert in Braunschweig lebendig ist, das Verständnis der Ereignisse des ausgehenden 18. und 19. Jahrhunderts. Der tatsächliche Umbruch, der sich mit dem Eindringen des Gedankengutes der Französischen Revolution vollzieht, wird niemals zu erfassen sein, wenn man eine direkte Verbindung zu den mittelalterlichen ‚schichten‘ und eine fortschreitende Entwicklung konstruiert und so die Wurzeln der Demokratie des 19. und 20. Jahrhunderts in den Konflikten zwischen Rat und Bürgerschaft im Mittelalter sucht.

## F Der Bürger und sein ‚gutes altes Recht‘

Was bewegt nun die Bürger dazu, Waffen anzulegen, auf die Straße, möglichst vor eins der Rathäuser zu ziehen und dem Rat zu drohen, sie würden ihn absetzen? Dieses heute so ordnungswidrig scheinende Verhalten ist die ganz ordnungsgemäße Reaktion des Bürgers auf einen Beschluß oder auch Zustand, von dem er glaubt, daß er sein althergebrachtes Recht verletze. Dem Rat wird dann vorgeworfen, er übe ‚bose vormundschoep‘, was er tue, sei gegen ‚de vriheyd der stad, der ghilden unde der gantzen menheit‘, sein Regiment stifte Schaden<sup>14)</sup>. Kann der Vorwurf, einzelne Männer im Rat oder der ganze Rat hätten die Gilden und die ‚Meinheit‘ ‚vorunrechter‘, aufrechterhalten werden, so ist das das Ende des bestehenden Regiments. Entweder kann der Rat den Vorwurf entkräften, oder aber er muß seine Beschlüsse ändern, unter Umständen die angeschuldigten Männer absetzen. Tut er das nicht, ist der Sturm der Bürger auf das Rathaus ziemlich gewiß. In der Regel aber einigt man sich in oft langwierigen Verhandlungen gütlich.

In all den Jahrhunderten sind es immer wieder dieselben Gründe, die den Bürger aus der Ruhe bringen. Häufig ist es eine finanzielle Belastung, die über das gewohnte Maß hinausgeht. Dabei handelt es sich meist um Zisen, ‚indirekte Steuern‘, die der Rat von Korn, Bier, Tuchen und anderen Dingen erhob, und die als besonders drückend empfunden wurden, da sie nicht nach Besitz und Einkommen gestaffelt waren. Von ihnen wurden die ärmeren Bürger am härtesten betroffen. Gegen die Behauptung des Rates, die Kornzise werde von den Kaufleuten bezahlt und belaste die übrige Bürgerschaft gar nicht, waren die Gilden und ‚Meinheiten‘ bei den Verhandlungen im Jahre 1374 wohl nur zu Recht sehr mißtrauisch. Die Bürgerschaft wußte, daß von einer Kornzise jeder betroffen wurde, der Brot aß.

Aber auch zu hohe Preise der Grundnahrungsmittel, die nicht durch Zisen des Rates verursacht waren, wurden dem Rat übel angedreht. Er hatte dafür zu sorgen, daß jeder Bürger zum gewohnten Preis Korn, Kohl und Bier kaufen konnte; gelang ihm das nicht, dann hatte er nicht den ‚Nutzen der Stadt gefördert und Schaden von ihr abgewendet‘.

Ebenso häufig wie zu hohe Steuern und Preise ist ungerechtes Gericht ein Grund für die Unzufriedenheit der Bürger. Oft genug mögen Bestechlichkeit oder Unfähigkeit der Richtherren berechtigten Anlaß zur Klage gegeben haben, häufig aber standen Rechtsansprüche gegeneinander, die auch ein gutes Gericht des Rates nicht miteinander vereinen konnte; das Urteilen im Streit der Gilden war eine undankbare Aufgabe, die den Rat oft vor unlösbare Fragen stellte<sup>15)</sup>. Im Streit zwischen Handwerkern und Bauern mußte der Rat Rücksichten auf die Grundherren der Bauern nehmen, die der einfache Bürger manchmal wohl nicht verstand. War nun die vor Gericht unterlegene Partei stark genug, hatte sie genügend Anhänger in der Bürgerschaft, dann konnte ein Aufzug bewaffneter Bürger vor dem Rathaus durchaus die Folge sein.

Schließlich kehrt als weitere Klage der Vorwurf wieder, der Rat schütze die Bürger und deren berechnete Ansprüche nicht gegen fremde Gewalt. Der Bürger erwartet, daß der Rat ihm hilft, auswärtige Schuldner zum Zahlen zu zwingen, er erwartet Sicherheit auf den Handelsstraßen und Schutz seines Landbesitzes.

<sup>14)</sup> Vgl. dazu in dieser Arbeit II B 2 d.

<sup>15)</sup> Dazu diese Arbeit II D 2.

Im allgemeinen sieht der Rat seine Pflichten sehr wohl und erfüllt sie nach besten Kräften — die große Blütezeit der Stadt ist nicht zuletzt der Beweis dafür, daß fähige Männer das Stadtre Regiment ausübten. Gegen Unzufriedenheit der Bürgerschaft war der Rat so lange geschützt, wie er wichtige Entscheidungen mit ‚vulbord‘ der Bürgerschaft fällte. Gegen den Willen der Bürgerschaft hätte der Rat einen Beschluß nicht verwirklichen können, weil er keine Mittel hatte, ihn durchzusetzen. Dieses Verhältnis von Rat und Bürgerschaft scheint zu bestehen, seit Braunschweig eine Stadt ist; denn ein ‚absolutes Regiment‘ des Rates, gegen das sich die Bürgerschaft dieses Recht der Mitsprache erst hätte erkämpfen müssen, ist auch in den ältesten Quellen nicht faßbar. Das Recht zur Mitsprache muß in engem Zusammenhang mit der Pflicht zur Hilfeleistung gesehen werden. So konnte also die Bürgerschaft eine höhere Forderung nicht zurückweisen, wenn der Rat vor einem besonderen Notfall stand. Die typische Streitfrage ist nun, ob eine ganz bestimmte Fehde, in die der Rat und somit die Stadt verwickelt war, tatsächlich einen besonderen Notfall darstellte, der dem Rat das Recht gab, erhöhte Forderungen zu stellen. Dieser Pflicht zur Hilfe ist die Bürgerschaft in den meisten Fällen mehr oder weniger bereitwillig nachgekommen. Das zeigt am besten die Tatsache, daß der Rat mit seinem Verlangen in den hier untersuchten zwei Jahrhunderten nur viermal auf den unbeugsamen Willen der Ablehnung bei der Bürgerschaft stieß. Ein Zeugnis für die Opferbereitschaft der Bürger, wenn es um die Sicherheit der Stadt ging, ist das Wirken der Lilienventhe nach der ‚schicht des rades‘.

Obwohl der Rat innerhalb dieses Treueverhältnisses an die Zustimmung (vulbord) der Bürgerschaft gebunden ist, heißt er ‚vulmechtig‘. Dieses ‚vulmechtig‘-sein bedeutet also nicht, der Rat hätte ein ‚absolutes Regiment‘ geführt. Daß der Rat ‚vulmechtig‘ sein müsse, fordern die Hansestädte als Voraussetzung dafür, daß sie Braunschweig als Hansestadt anerkennen, und das gleiche fordern auch die Bürger. Zweimal heißt es in der hier behandelten Zeit, daß der Rat nicht mehr ‚vulmechtig‘ gewesen sei. Zur Zeit der Verhansung im Anschluß an die ‚schicht des rades‘ fordert die Hanse, daß ein ‚vulmechtiger‘ Rat die Stadt regieren müsse, und am Ende von ‚Hollands schicht‘ fordern die Bürger, sie wollten wieder einen ‚vulmechtigen‘ Rat haben.

Wodurch verliert nun im Rechtsdenken jener Zeit der Rat die Eigenschaft des ‚vulmechtig‘-seins? Jedenfalls nicht dadurch, daß er sich bei einem Entschluß, den er anstrebt oder sogar schon gefaßt hat, dem Willen der Gilden und ‚Meinheiten‘ beugen muß oder in besonderen Entscheidungen an bestimmte Kollegien aus der Bürgerschaft gebunden ist, so z. B. bei der Festsetzung des Beitrags, den jeder Bürger zur Verteidigung der Stadt zu leisten hat, wenn Gefahr droht. Erst wenn der Rat das Regiment über die Bürgerschaft nicht mehr in der hergebrachten Weise ausüben kann, ist er nicht mehr ‚vulmechtig‘. 1374 wird er gestürzt und zum Teil vertrieben, damit verliert er selbstverständlich diese Eigenschaft. Der neue Rat der Stadt, der sich in den folgenden Jahren herausbildet, ist in den Augen der Bürger sehr wohl ‚vulmechtig‘, aber die Hanse erkennt ihn nicht an.

Im Verlaufe von ‚Hollands schicht‘ entgleitet dem Rat das Regiment, das vom Kollegium der Vierundzwanzig übernommen und ausgeübt wird; damit ist er nicht mehr ‚vulmechtig‘. Als die Bürgerschaft mit dem Regiment der Vierundzwanzig immer unzufriedener wird, fordert sie schließlich wieder einen ‚vulmechtigen‘ Rat.



Ein ‚vulmechtiger‘ Rat darf in der Stadt keine ‚sulfwold‘ dulden. Ist er nicht in der Lage ‚sulfwold‘ innerhalb der Mauern zu verhindern, dann ist er nicht mehr ‚vulmechtig‘. Was bedeutet nun dieses ‚sulfwold‘? Jedenfalls spricht niemand von ‚sulfwold‘, wenn Bürger bewaffnet und lärmend vor dem Rathaus erscheinen, um ihre Unzufriedenheit mit dem Rat zum Ausdruck zu bringen. Erst dann, wenn ein Urteil des Gerichts nicht vollzogen werden kann, weil die unterlegene Partei sich selbst mit Gewalt durchsetzt, oder wenn Bürger das Gericht des Rates gar nicht erst anrufen, sondern sich selbst mit Gewalt zu ihrem Recht zu verhelfen suchen oder bei einem Protest das Rathaus stürmen, um die Ratsherren gefangen zu setzen oder gar zu erschlagen, spricht man von ‚sulfwold‘.

Wer ‚sulfwold‘ übt, begeht einen Frevel, und so wehren sich die an der ‚schicht des rades‘ beteiligten Gilden in ihrer Rechtfertigungsschrift denn auch energisch gegen den Vorwurf, ‚sulfwold‘ geübt zu haben. Sie halten dem entgegen, daß sie Gericht gehalten hätten über die, die die Stadt ‚vorunrechter‘ hätten. Wer ‚sulfwold‘ übt, verläßt den Boden des Rechts. Wer sich von dem Vorwurf ‚sulfwold‘ geübt zu haben, nicht reinigen kann, ist verloren, wenn er in die Hände seiner Richter gerät.

Solange jedoch die Bürger ihren Protest offen auf der Straße und vor den Rathäusern erheben, ohne den Frieden zu brechen, wird ihnen keine ‚sulfwold‘ vorgeworfen, auch nicht, wenn sie auf diese Weise den Rat zwingen, einen bestimmten Beschluß zu fassen. Dieser Protest heißt ‚uplop‘ der Bürger und wird vom Rat immer sehr ernst genommen; er ist sich der Gefahr, die eine große Menge bewaffneter Bürger in ihrer Erregung bedeutet, bewußt. Das Recht der Bürger, einen solchen ‚uplop‘ zu machen, wird als selbstverständlich hingenommen. Der Rat hat die Pflicht, ihre Klagen zu hören; täte er das nicht, hätte er sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Ein Unrecht dagegen begeht, wer sich an einem ‚hemeliken vorbunt‘ oder an ‚hemeliker stemperie‘ beteiligt. Solche heimlichen Zusammenkünfte unzufriedener Bürger, die auf ‚sulfwold‘ sannen, sind vom Rat sehr gefürchtet. In Eiden und Rechtsauffassungen läßt er sich immer wieder versprechen, daß solche Zusammenkünfte von jedem ehrbaren Manne angezeigt werden müßten. Mit ‚stemperie‘ bezeichnet man hauptsächlich das Verbreiten von Gerüchten, Hetzen, Verleumdungen und Aufwiegeln; es ist eine Sache hauptsächlich der armen Handwerksgehlen und Tagelöhner in den Gasthäusern, sie hat keine so festen Formen, wie etwa der ‚hemelike vorbunt‘, in dem sich mehrere Bürger mit Eiden verpflichten, einander gegen den Zugriff des Rates beizustehen. Wer sich an einem ‚hemeliken vorbunt‘ beteiligt, muß damit rechnen, aus der Stadt verwiesen zu werden.

So betrachtet, sind die ‚schichten‘ Krisenpunkte im fortwährenden Spiel der Kräfte innerhalb der Bürgerschaft. Feste, im Grunde gleichbleibende Formen treten dabei hervor. Die Bürger wollen keine Revolution machen, sie wollen keine Neuerungen einführen; sie erheben sich gegen einen Rat, dem sie vorwerfen, er mißachte ihre althergebrachten Rechte. Herman Bote als ein ‚Chronist des Rates‘ tut ihnen ebenfalls Unrecht, wenn er alle, die sich gegen den Rat erheben, als Frevler hinstellt, und er beurteilt die Ergebnisse der ‚schichten‘ falsch, wenn er sie allesamt erfolglos nennt. Die ‚schichten‘ waren, gemessen an den Absichten derer, die sie machten — und woran wollte man den Erfolg sonst messen — gar nicht erfolglos. Über die ‚schicht der gildemester‘ wissen wir zu wenig, als daß sich eine begründete Aussage über Erfolg oder Mißerfolg machen ließe. 1374 aber

wird die umstrittene Kornzise nicht erhoben, und die verantwortlichen Männer verlieren ihre Ämter. 1445 verzichtet der Rat auf den doppelten Schoß, der schon beschlossene Sache gewesen war, und zwei Bürgermeister müssen ihr Amt verlassen. 1488 wird das umstrittene Münzedikt zurückgenommen und außer Kraft gesetzt, diejenigen, die den Protest organisiert hatten, erhalten ausdrücklich Straffreiheit zugesichert, und wieder muß ein Teil der Verantwortlichen den Rat verlassen. Dem Rat wird in diesen ‚schichten‘ nachdrücklich ins Bewußtsein gerufen, daß er der Rat der Bürgergemeinde ist, nicht mehr und nicht weniger. Ein Sturz des gesamten Rates lag nicht in der Absicht der Bürgerschaft, dieses Ziel ist den ‚schichtmekern‘ erst nachträglich untergeschoben worden.

Im Verlaufe dieser Arbeit ist immer wieder das Mitspracherecht der Bürgerschaft hervorgehoben worden, weil es in den hier behandelten Ereignissen eine besondere Rolle spielt. Das darf nun aber nicht zu einer Überschätzung dieses Mitspracherechts führen. Das Interesse der Bürger am Stadtre Regiment dürfte im allgemeinen sehr gering gewesen sein. Solange jeder in Ruhe seinen Geschäften nachgehen konnte und nicht über Gebühr beansprucht wurde, überließ er das Regieren dem Rat, ohne Widerspruch zu erheben. Auch bei den vornehmen Familien darf man nicht von einem Drang, unbedingt in den Rat zu kommen, sprechen. Die Arbeit im Rat war schwierig und zeitraubend; die privaten Geschäfte mußten darunter leiden. So kommt es denn immer wieder dahin, daß diejenigen, die im Rat an den wichtigen Stellen sitzen, vor allem also die Bürgermeister und Kämmerer, diese Ämter über Jahrzehnte innehaben. Ihr Erfahrung und ihre weiten Verbindungen machten sie nahezu unersetzlich. So groß war der Personenkreis auch nicht, der seiner Bildung nach überhaupt in der Lage gewesen wäre, ein solches Amt zu versehen. Die langen Zeiträume, in denen Ruhe und Zufriedenheit das Stadtbild bestimmen, sind die eigentlichen Grundzüge der Geschichte Braunschweigs.

Das weitgehende Desinteresse der Bürgerschaft am Stadtre Regiment führt dazu, daß die Bürger von einem tatsächlichen oder vermeintlichen Unrecht, das der Rat ihnen tut, immer erst Kenntnis nehmen, wenn es eigentlich schon zu spät ist. So hat sie 1374 die Fehde mit den Magdeburgern und selbst die schwere Niederlage am Elm nicht weiter erschüttert; erst als die ganze Bürgerschaft aufgerufen wird, zur Aufbringung des Lösegeldes beizutragen, ist es mit der Ruhe vorbei. Ganz ähnlich liegen die Dinge 1445. Gegen die Fehde wird kein Protest erhoben, obwohl man schon zu Beginn vermuten konnte, daß sie ziemlich teuer werden würde. Erst als die konkrete Forderung, statt einmal im Jahr zweimal den Schoß zu entrichten, erhoben wird, da ist der einfache Bürger aus seiner Ruhe aufgeschreckt und interessiert sich für das Regiment des Rates. Auch nach dem Beschluß des Münzedikts, daß die ‚schicht Hollands‘ auslöste, bleibt es noch jahrelang ruhig, bis der Rat Maßnahmen ergreift, die neuen Bestimmungen zu kontrollieren.

Das alles zeugt davon, daß der Bürger an den laufenden Geschäften des Rates wenig Anteil nimmt und auch bei wichtigen Dingen kaum informiert ist, sonst hätten sich warnende und protestierende Bürger zu Beginn der Fehden oder während der Beschlüsse über das Münzedikt gegen den Rat erheben müssen. An dieser Haltung in der breiten Masse der Bürger ist während der hier behandelten Zeit keine Änderung festzustellen, die etwa ein zunehmendes Interesse oder gar einen Willen zur Mitregierung verriete. Die wenigen wirklichen Neuerungen kommen aus dem Kreis der vornehmen Familien, in deren Händen das Stadtre Regiment liegt, nicht von unten her, aus der breiten Masse der

Bürgerschaft. Das beste Beispiel dafür ist die neue Kämmereiordnung, die nach dem Fiasko, das der Rat 1374 erlebt hatte, eingeführt wird, als sich alles wieder beruhigt hat.

Gerade die breite Masse der Bürger steht Neuerungen sehr mißtrauisch gegenüber. Sie hängt am Althergebrachten. Das zeigt am eindrucksvollsten die Haltung der Bürgerschaft gegenüber dem Juristen Dr. Johan Seborch, der im Zuge der ‚schicht Hollands‘ aus seinem Amt gejagt wird. Die vornehmen Familien hatten längst eingesehen, daß sie in ihren Verhandlungen mit dem Landesherrn, dem Adel und den anderen Städten auf die Dienste eines studierten Juristen nicht mehr verzichten konnten. Sie hatten sich deshalb auf eine echte Neuerung eingestellt. Der einfache Bürger aber sah voller Mißtrauen auf diesen Mann, dessen Rechtsdenken er nicht verstehen konnte.

Wenn es darum geht, den Ursachen der ‚schichten‘ auf den Grund zu kommen, wird man zu keinem befriedigenden Ergebnis gelangen, wenn man sie nur in der Bürgerschaft, innerhalb der Stadtmauern sucht. Es zeigt sich vielmehr, daß diese innerbürgerschaftlichen Auseinandersetzungen immer in engem Zusammenhang stehen mit Ereignissen außerhalb der Stadt. So ist die ‚schicht der gildemester‘, obwohl wir so wenig von ihr wissen, doch undenkbar ohne den Erbstreit im Herzogshaus. Die Situation des Rates im Jahre 1374 und damit der Anstoß zur ‚schicht des rades‘ bleiben unverständlich, wenn man nicht die Treuepflicht der Stadt gegen ihren Landesherrn berücksichtigt und so den Grund für die unglückliche Fehde erkennt. Ebenso ist die Not der Stadt in der Folgezeit nur im Zusammenhang mit der Struktur der Hanse zu sehen. Schließlich ist der Streit um die Münze im ausgehenden 15. Jahrhundert ein Problem, das von der innerstädtischen Entwicklung her allein überhaupt nicht zu verstehen ist. Hier wirkt sich eine allgemeine Tendenz eben auch in Braunschweig aus. Der einfache Bürger konnte diese Zusammenhänge weder übersehen noch den Sinn der vom Rat getroffenen Maßnahmen beurteilen. Er sah seinen eigenen Nachteil und glaubte die Schuldigen im Rat zu erkennen.

Bei der Anfälligkeit einer Handelsstadt gegen jede Beunruhigung der Straßen ist die dauernde Sorge des Rates um die Sicherung der Handelswege nur zu gut zu verstehen. Hier durfte er auch hohe Kosten nicht scheuen. Gerade das aber dürfte der einfache Bürger nur selten verstanden haben, vor allem dann noch nicht, wenn das Geld aufgebracht werden sollte. Er spürte die Folgen einer Unsicherheit erst viel später, wenn nämlich der Handel stockte und der kleine Handwerker für seine Rohprodukte mehr bezahlen sollte und für seine Waren keinen Absatz fand. Er war auch der erste, der in Not geriet, weil er es sich nicht leisten konnte zu warten, bis die Ruhe wieder hergestellt war, wie es der reiche Kaufmann tat.

So wird man in seinem Urteil über das Regiment des Rates sehr vorsichtig sein müssen, vor allem mit einer Verurteilung der häufigen Fehdeführung. Ganz sicher liegt den Fehden keine Raublust zugrunde — wo sie geführt wurden, wäre für den reichen Bürger ohnehin nicht viel zu holen gewesen. Diese Fehden waren das letzte Mittel der Stadt, die Rechte ihrer Kaufleute wirksam zu schützen. Wo der Rat diesen Schutz vernachlässigte, war ihm der Protest am ehesten gewiß; allerdings wurde dieser Protest nicht auf der Straße vorgetragen. Die Kaufleute, die sich in diesem Punkt alle einig waren, sind im Rat selbst stark genug vertreten, um dort ihre Forderungen durchzusetzen. Es hätte auch nicht dem Lebensstil dieser Männer entsprochen, ihren Protest auf der Straße zu erheben.

Im Grunde geht es bei allem Streit in der Bürgerschaft darum, daß Rechte verteidigt werden. Solange der Bürger in der Überzeugung lebt, daß niemand seine alten Rechte einschränkt, ist er zufrieden; fühlt er sich aber in seinem Recht verletzt, dann besinnt er sich auf die Möglichkeiten, die ihm zur Wahrung seiner Rechte zur Verfügung stehen. Die armen Leute, die ohne Bürgerrecht in der Stadt wohnten, haben nie einen entscheidenden Einfluß auf das Leben in Braunschweig gehabt. Zwar gesellten sie sich wohl am ersten einer lärmenden Schar zu, die durch die Straßen zog, ein fühlbarer Einfluß auf das Stadtreghment ist aber von ihnen nie ausgegangen.

## QUELLEN UND LITERATUR

### *Ungedruckte Quellen*

Aus dem Stadtarchiv Braunschweig:

- |                          |  |
|--------------------------|--|
| A I 1                    | Urkunden des Rates<br>Nr. 237; 254; 255; 256; 257; 260; 261; 264; 270; 271; 274; 275; 291. |
| B I 19                   | Degedingebücher<br>Bd. 1; 2; 7; 10; 11   |
| G IX 26: 1 — 12          | Stadtdirektor Bode   |
| G X 1 : 1 — 6            | Gelagsbrüderschaften   |
| G XI                     | Vereine  |
| H III 1 Nr. 17 Bd. 1 — 5 | Häuserbuch (Heinrich Meier)  |
| H III 2 Nr. 51           | Bodes Manuskript über Braunschweiger Geschichte  |
| H III 4 Nr. 42 Bd. 1 — 6 | Ratslinie (Werner Spieß)   |
| H III 3 Nr. 282          | (Otto Böse)  |

Regesten zur Braunschweiger Familiengeschichte im Mittelalter von Ludwig Hänselmann

### *Gedruckte Quellen*

- Urkundenbuch der Stadt Braunschweig. Hrsg. von Ludwig Hänselmann. Bd 1—4 [nebst] Reg. Braunschweig 1873 — 1912. (UB)
- Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande. Gesammelt u. hrsg. von H. Sudendorf. Th. 1 — 11. Hannover 1859 — 1883. (Sud.)
- Hansisches Urkundenbuch. Bd IV, bearbeitet von Karl Kunze. Halle 1896. (Hans. UB)
- Urkundenbuch der Stadt Lübeck. Bd 1 — 11. Reg. Lübeck 1843 — 1932. (Lüb. UB)
- Urkundenbuch der Stadt Halberstadt. Bearb. von Gustav Schmidt. Th. 1. 2. Halle 1878 — 1879. (Halb. UB)
- Hanserezesse. Hrsg. vom Verein für Hansische Geschichte. Abth. 1—3. Leipzig 1870—1913. (HR)
- Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrh. Bd. 6, 16, 35, 1: Braunschweig. (Chron. I. II. III.)

### *Bibliographische Hilfsmittel*

- Busch, Friedrich: Bibliographie der Niedersächsischen Geschichte f. d. Jahre 1908—1932. Hildesheim u. Leipzig 1938.
- Loewe, Viktor: Bibliographie der Hannoverschen u. Braunschweigischen Geschichte. Posen 1908.
- Willke, Otto: Bibliographie des landes- und heimatkundlichen Schrifttums über den Freistaat Braunschweig. Hannover 1929.
- Quellen und Hilfsmittel zur braunschweigischen Familiengeschichtsforschung. Hrsg. von Rudolf Borch. H. 1 — 3. Leipzig 1927.

## *Darstellungen*

- 1 *Achilles, Hans:*  
Die Beziehungen der Stadt Braunschweig zum Reich im ausgehenden Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit. Leipzig, Phil. Diss. 1913.
- 2 *Assmann, Wilhelm August Gottlieb:*  
Abriß einer Geschichte der Stadt Braunschweig. Braunschweig 1841.
- 3 Die geschichtliche Bedeutung der Stadt Braunschweig. Festschrift zu der Jubelfeier des tausendjährigen Bestehens von Braunschweig. Im Auftr. des Fest-Comités verfaßt. Braunschweig 1861.
- 4 *Binge, Friedrich:*  
Städteaufstände im Mittelalter und ihr Zusammenhang mit der Außenpolitik. Erl. an den Städten Bremen, Braunschweig, Lüneburg, Hamburg, Lübeck, Wismar und Rostock. Berlin, Phil. Diss. 1923 (Masch.schrift). [Auszug in: Jahrb. d. Diss. d. Philos. Fakultät Berlin 1923/24, I.]
- 5 *Bock, Adolf:*  
Henning Brabant, Bürgerhauptmann von Braunschweig. In: Bock: Der Tribun. Geschichtl. Taschenb. f. d. dt. Volk. Hannover 1846.
- 6 *Bode, Wilhelm:*  
Das Grundsteuersystem des Herzogthums Braunschweig geschichtlich verfolgt und erläutert. In: Beiträge zu der Geschichte des Herzogthums Braunschweig. Braunschweig 1824.
- 7 Der Culturzustand des alten Herzogthums Sachsen, besonders der Abtheilung Ostfalen, in dem Zeitraume von 772 bis zu dem Jahre 1824 [vielmehr 1024], als Einleitung zu e. Geschichte d. Stadt Braunschweig. Braunschweig 1828.
- 8 Beitrag zu der Geschichte der Unterrichtsanstalten, bes. der Bürgerschulen der Stadt Braunschweig. In: Braunschw. Magazin 1830, Stück 11 — 12.
- 9 Beitrag zu der Geschichte der Stadt Braunschweig besonders die Entwicklung der Hospitäler und die gegen die Pest u. a. ansteckende Krankheiten in älteren Zeiten ergriffenen Maßregeln betreffend. In: Braunschw. Magazin 1831, Stück 37 — 39.
- 10 Übersicht der Stadtverwaltung zu Braunschweig seit dem Jahre 1825. [H. 2 — 4:] Die Stadtverwaltung zu Braunschweig. Braunschweig 1832 — 1836.
- 11 Beitrag zu der Geschichte der Feudalstände im Herzogthum Braunschweig. H. 1. 2. Braunschweig 1843.
- 12 Der Elm mit seiner Umgebung und seinen Denkmälern der Vorzeit. Braunschweig 1846.
- 13 Geschichte des Bundes der Sachsenstädte bis zum Ende des Mittelalters mit Rücksicht auf die Terrien zwischen Weser und Elbe. Göttingen 1861.
- 14 *Bothen, Herman:*  
Shigt-Bôk der Stad Brunswyk. Zur Ergänzung von G. G. Leibnitii scriptores Brunsvicensium, hrsg. von Karl Friedrich Arend Scheller. Halberstadt 1829.
- 15 *Brunner, Otto:*  
Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter. 4. Aufl. Wien, Wiesbaden 1959.
- 16 *Dürre, Hermann:*  
Die Stadtvogtei zu Braunschweig von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis in den Anfang des 15. Jahrhunderts. In: Archiv des historischen Vereins für Niedersachsen. 1847.
- 17 Braunschweigs Entstehung und städtische Entwicklung bis in den Anfang des 13. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Kenntnis der vaterländischen Geschichte. Braunschweig 1857.

- 18 Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter. Wolfenbüttel 1875. [Verfaßt 1861.]
- 19 *Ennen, Edith:*  
Frühgeschichte der europäischen Stadt. Bonn 1953.
- 20 *Fabian, Ekkehart:*  
Die Entstehung des Schmalkaldischen Bundes und seiner Verfassung 1529 — 1531/33. Tübingen 1956. (Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte. 1.)
- 21 *Fahlbusch, Otto:*  
Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig seit dem großen Aufstand im Jahre 1374 bis zum Jahre 1425. Eine städtische Finanzreform im Mittelalter. Breslau 1913. (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte. 116.) [Teildruck: Göttingen, Phil. Diss.]
- 22 Die Bevölkerungszahl der Stadt Braunschweig im Anfang des 15. Jahrhunderts. In: *Hansische Geschichtsblätter* 18 (1912), S. 249 — 256.
- 23 *Frensdorff, Ferdinand*  
Das Braunschweigsche Stadtrecht bis zur Rezeption. In: *Zeitschrift der Savigny - Stiftung für Rechtsgeschichte, Germ. Abt.* 26 (1905).
- 24 Studien zum Braunschweigschen Stadtrecht. Beitr. 1. (2.) In: *Nachrichten der K. Ges. d. Wissenschaften zu Göttingen, Phil. hist. Klasse*, 1905 H. 1. 1906 H. 3.
- 25 *Fuhse, Franz:*  
Schmiede und verwandte Gewerke in der Stadt Braunschweig. Ein Beitrag zur Geschichte des Handwerks und zur Familienkunde. Braunschweig 1930. (Werkstücke 5.)
- 26 *Germer, H.:*  
Die Landgebietspolitik der Stadt Braunschweig bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts. Göttingen 1937. (Studien u. Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens H. 16.)
- 27 *Gluemer, Hans von:*  
Staatsbürgerliche Gesinnung und soziale Kultur im spätmittelalterlichen Braunschweig. In: *Niedersachsen* 35 (1930) H. 7.
- 28 *Grone, Adolf Kurt Ekbert von:*  
Geschichte der corporativen Verfassung des braunschweigischen Ritterstandes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation. Hannover 1842.
- 29 *Grotefend, Karl Ludwig:*  
Die Braunschweigische Fehde von 1492 und 1493. In: *Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen*. 1863.
- 30 *Hänselmann, Ludwig:*  
Der Braunschweiger Aufstand vom Jahre 1374. [Aushängbogen einer beabsichtigten Dissertation, ungefähr aus dem Jahr 1865.] Ohne Titelblatt, o. O. u. J.
- 31 Beilagen zu „Chroniken der Stadt Braunschweig“ Bd. 1. Leipzig 1868.
- 32 Braunschweig im täglichen Krieg des Mittelalters. In: *Braunschw. Anzeigen* Juli 1882 und Werkstücke Bd. 1.
- 33 Die Anfänge des Luthertums in der Stadt Braunschweig. In: *Braunschweiger Tageblatt* 1886 Nr. 86, 87, 90, 93, 96, 98, 102, 104.
- 34 Das Schichtbuch. Geschichten von Ungehorsam und Aufruhr in Braunschweig 1292 — 1514. Nach dem Niederdeutschen des Zoltschreibers Hermann Bothen und anderen Überlieferungen bearbeitet. Braunschweig 1886. (Deutsches Buergerleben. I).
- 35 Werkstücke — Gesammelte Schriften und Vorträge zur Braunschweigischen Geschichte 1. 2. Wolfenbüttel 1887.
- 36 Die ältesten Stadtrechte Braunschweigs. In: *Hansische Geschichtsblätter* 20 (1893).

- 37 Die Entwicklung der Stadt Braunschweig im Umriß dargestellt. Braunschweig 1897. In: Städtische Festschrift für die 69. Versammlung Deutscher Naturforscher u. Ärzte. 1897.
- 38 *Hassebrauk, Gustav:*  
Heinrich der Jüngere und die Stadt Braunschweig. 1514 — 1568. In: Braunschw. Jahrbuch 1906.
- 39 Herzog Heinrich Julius und die Stadt Braunschweig. In: Braunschw. Jahrbuch 1910.
- 40 Herzog Friedrich Ulrich und die Stadt Braunschweig. In: Braunschw. Jahrbuch 1911.
- 41 *Havemann, Wilhelm:*  
Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg 1. 2. Lüneburg 1853—57.
- 42 *Heinemann, Otto von:*  
Geschichte von Braunschweig und Hannover. 1 — 3. Gotha 1884 — 1892.
- 43 *Herbst, Albert:*  
Die alten Heer- und Handelsstraßen Südhannovers und angrenzender Gebiete . . . Göttingen 1926. (Landeskundl. Arbeiten d. Geograph. Seminars d. Univ. Göttingen 2.)
- 44 *Herden, Gustav:*  
Entwicklung der Landstände im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg vom 13. bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts. Jena, Phil. Diss. 1888.
- 45 *Heusinger, E.:*  
Geschichte der Residenzstadt Braunschweig von 1806 bis 1831. Braunschweig 1861.
- 46 *Holborn, Wilhelm:*  
Schreckenstage im alten Braunschweig. Wahrhaftiger Bericht über Geschehnisse im Jahre 1604, nach alten Quellen ungeschminkt wiedergegeben. In: Altbraunschweigische Blätter 1925 Nr. 1.
- 47 *Hundeiker, Julius:*  
Henning Braband, oder die Schrecken der Bürgermeisterherrschaft in Braunschweig. Eine Begebenheit aus den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts. Zur Vergleichung der vergangenen mit der gegenwärtigen Zeit, historisch-romantisch dargestellt. Braunschweig 1825.
- 48 Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig. Ein historisch - romantisches Gemälde als Forts. u. Seitenstück zu Henning Braband. Braunschweig 1826.
- 49 *Jordan, Robert:*  
Die Reformation in der Stadt Braunschweig. Braunschweig o. J.
- 50 *Kleinau, Hermann:*  
Der Grundzins in der Stadt Braunschweig bis 1350. Leipzig 1929. (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien. 40.)
- 51 *Kleist, Ulrich:*  
Die sächsischen Städtebünde zwischen Weser und Elbe im 13. und 14. Jahrhundert. In: Zeitschrift des Harzvereins 25 (1892).
- 52 *Kober, Erich:*  
Die Wehrverfassungen Braunschweigs und seiner Nachbarstädte Hildesheim, Göttingen und Goslar im Mittelalter. Marburg, Phil. Diss. 1909.
- 53 *Köhler, Erich:*  
Einzelhandel im Mittelalter. Stuttgart, Berlin 1938. (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beih. 36.)
- 54 *Konstanecki, Anton von:*  
Der öffentliche Kredit im Mittelalter. Nach Urkunden der Herzogtümer Braunschweig u. Lüneburg. Leipzig 1889. (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Bd. 9, H. 1.)



- 55 *Krusch, Bruno*:  
Die Entwicklung der herzoglichen braunschweigischen Centralbehörden, Canzlei, Hofgericht wie Consistorium bis zum Jahre 1584. In: Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen 1893.
- 56 *Lachmann, Karl Ludolf Friedrich*:  
Geschichte der Stadt Braunschweig seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Jahres 1815. Braunschweig 1816.
- 57 *Mack, Heinrich*:  
Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig bis zum Jahre 1374. Breslau 1889. (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte. 32.)
- 58 Das niedersächsische Quartier der Hanse im 16. Jahrhundert. In: Braunschw. Magazin 1 (1895).
- 59 Handelsbeziehungen zwischen Braunschweig und Hamburg im 14. Jahrhundert. In: Braunschw. Magazin 1 (1895).
- 60 Ludwig Hänselmann †. In: Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen 1904.
- 61 Das Ottonische Recht der Stadt Braunschweig und seine Ausgestaltung. In: Braunschw. Jahrbuch 1904.
- 62 Über neue Forschungen zum braunschweigischen Stadtrecht. In: Braunschw. Magazin 13 (1907).
- 63 Henning Brabandt. In: Görge, Spehr, Fuhse: Vaterländische Geschichten und Denkwürdigkeiten. 3. Aufl. Bd. 1. 1925.
- 64 Die Belagerungen der Stadt Braunschweig vom 15. bis ins 17. Jahrhundert. Ebd. 1925.
- 65 *Mehl, Walter*:  
Die Braunschweiger Schicht von 1374 und ihre Nachwirkung in anderen Städten. Berlin, Phil. Diss. 1909.
- 66 *Meier, Heinrich*:  
Die natürlichen Richtungen alter Handelswege, besonders im Herzogtum Braunschweig. In: Braunschw. Magazin 12 (1906). 20 (1914).
- 67 *Meier, Paul Jonas* [Hrsg.]:  
Niedersächsischer Städteatlas. Abt. 1: Die braunschw. Städte, bearb. von P. J. Meier. 2. Aufl. Braunschweig und Hamburg 1926.
- 68 Die Stadtflur von Braunschweig. In: Braunschw. Magazin 28 (1922).
- 69 *Meier, Paul Jonas* und *Karl Steinacker*:  
Die Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt Braunschweig. 2. erw. Aufl. Braunschweig 1926.
- 70 *Moderhacke, Richard*:  
Geschichte der Stadt Braunschweig im Überblick. In: Heimatkunde und Landesgeschichte. 1958.
- 71 *Moll, Margarete*:  
Die Ritterbürtigen im Braunschweiger Lande. Ein Beitrag zur Standesgeschichte des späteren Mittelalters. In: Zeitschrift des historischen Vereins f. Niedersachsen 80 (1915).
- 72 *Müller, Theodor*:  
Wilhelm Bode. 1779—1854. Hildesheim 1960. Niedersächsische Lebensbilder 4.
- 73 *Ohlendorf, Ludwig*:  
Das niedersächsische Patriziat und sein Ursprung. Hannover und Leipzig 1910. (Forschungen zur Geschichte Niedersachsens II, 5.)

- 75 *Olfen, Tobias*:  
Tobias Olfens, eines braunschweigischen Rathsherrn, Geschichtsbücher der Stadt Braunschweig, hrsg. von Carl Friedrich von Vechelde. Braunschweig 1832.
- 76 *Priebatsch, Felix*:  
Die große Braunschweiger Stadtfehde 1492 — 1495. Breslau 1890.
- 77 *Querfurth, Hans Jürgen*:  
Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671. Das Ende der Braunschweiger Stadtfreiheit. Braunschweig 1953. (Werkstücke aus Museum, Archiv und Bibliothek der Stadt Braunschweig. 16.)
- 78 *Rathmann, Heinrich*:  
Geschichte der Stadt Magdeburg von ihrer ersten Entstehung an bis auf gegenwärtige Zeiten. 1 — 4. Magdeburg 1800 — 1816.
- 79 *Reidemeyer, Sophie*:  
Genealogien Braunschweiger Patrizier- und Ratsgeschlechter aus der Zeit der Selbständigkeit der Stadt. (1671). Braunschweig 1948 (Werkstücke . . . 12.)
- 80 *Rehtmeier, Philipp Julius*:  
Braunschweig-Lüneburgische Chronica. Braunschweig 1722.
- 81 *Ribbentrop, Carl Philipp*:  
Vollständige Geschichte und Beschreibung der Stadt Braunschweig. 1. 2. Braunschweig 1796.
- 82 *Rietschel, Siegfried*:  
Markt und Stadt in ihrem rechtlichen Verhältnis. Leipzig 1897
- 83 Die Städtepolitik Heinrichs des Löwen. In: Historische Zeitschrift 102 (1909).
- 84 *Roloff, Ernst August*:  
Tausendjähriges Braunschweig. Die Stadt Heinrichs des Löwen im Wandel der Geschichte. Braunschweig 1939.
- 85 *Sack, Karl Wilhelm*:  
Über die Entstehung der Bauerschaften in der Stadt Braunschweig, die Eintheilung der Häuser nach Nummern, so wie deren Abgaben und Gerechtsame an der Weidetheilung. In: Braunschw. Magazin 38 (1825).
- 86 *Scharf, Winfrid*:  
Personennamen nach Braunschweiger Quellen des 14. Jahrhunderts. Freiburg, Phil. Diss. 1957.
- 87 *Schildhauer, Johannes*:  
Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts. Weimar 1959, (Abhandlungen zur Handels- u. Sozialgeschichte. 2.)
- 88 *Schlesinger, Walter*:  
Burg und Stadt. In: Aus Verfassungs- und Landesgeschichte. Festschrift zum 70. Geburtstag von Theodor Mayer. 1. 1954.
- 89 *Schmidt, Hermann*:  
Der Einfluß der alten Handelswege in Niedersachsen auf die Städte am Nordrand des Mittelgebirges. In: Zeitschrift des hist. Vereins f. Niedersachsen. 1896.
- 90 *Schottelius, Walter*:  
Das Ottonische Stadtrecht und seine Fortwirkung im Rechte der Stadt Braunschweig. Göttingen, Jur. Diss. 1904.

- 91 *Spieß, Werner:*  
Die Braunschweiger Revolution von 1614 und die Demokratisierung der Ratsverfassung 1614 — 1671. Mit einem Exkurs: Die vierzehn ratsfähigen Gilden der Stadt. In: Jahrbuch des Braunschw. Geschichtsvereins F. 2 Bd. 7 (1935) H. 1.
- 91a Fernhändlerschicht und Handwerkerklasse in Braunschweig bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts. In: Hansische Geschichtsblätter 63 (1938).
- 92 Die Ratsherren der Hansestadt Braunschweig 1231 — 1671. Mit einer verfassungsgeschichtlichen Einleitung. Braunschweig 1940. (Braunschweiger Werkstücke 11.)
- 93 Braunschweig. Die Verfassung und Verwaltung der mittelalterlichen Stadt. Hildesheim 1949. (Quellenhefte zur Niedersächsischen Geschichte. 1.)
- 94 Der Stand der Geschlechter und der Stand der weißen Ringe. In: Braunschw. Jahrbuch 30 (1949).
- 95 Wik, Markt und Stadt Braunschweig. Zu Fritz Timmes Aufsatz: Ein alter Handelsplatz in Braunschweig. In: Braunschw. Jahrbuch 32 (1951).
- 96 Das Stadtarchiv Braunschweig. Seine Geschichte und seine Bestände. Braunschweig 1951. (Werkstücke . . . 14.)
- 97 Von Vechelde. Die Geschichte einer Braunschweiger Patrizierfamilie 1332 — 1864. Braunschweig 1951. (Werkstücke . . . 13.)
- 98 Die Zentralverwaltung der Stadt Braunschweig in hansischer Zeit (bis 1671). In: Quellen u. Forschungen zur Braunschw. Geschichte 15 (1954).
- 99 Die Gerichtsverfassung der Stadt Braunschweig zur Hansezeit. In: Quellen u. Forschungen zur Braunschw. Geschichte. 14 (1954).
- 100 Braunschweig als Hansestadt. Bremen o. J. (Hansische Volkshefte. 15.)
- 101 Die Goldschmiede, Gerber und Schuster in Braunschweig. Meisterverzeichnisse und Gildefamilien. Braunschweig 1958. (Braunschweiger Werkstücke 22.)
- 102 *Stadler, Peter:*  
Geschichtsschreibung und historisches Denken in Frankreich 1789 — 1871. Zürich 1958.
- 103 *Stalman, Martin:*  
Beiträge zur Geschichte der Gewerbe in Braunschweig bis zum Ende des 14. Jahrhunderts. In: Zeitschrift des Harzvereins. 40 (1907). Freiburg. Phil. Diss. 1907.
- 104 *Strauß und Torney, Lulu von*  
Aus der Chronik niederdeutscher Städte. 2. Aufl. Stuttgart 1912.
- 105 *Strombeck, Friedrich Karl von:*  
Henning Braband, Bürgerhauptmann der Stadt Braunschweig, und seine Zeitgenossen. In: Braunschw. Magazin 1827. 1828.
- 106 Henning Brabant, Bürgerhauptmann der Stadt Braunschweig, und seine Zeitgenossen. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Stadt- und Justizwesens im Anfang des 17. Jahrhunderts. Halberstadt 1829.
- 107 *Thomsen, Helmuth:*  
Der volkstümliche Wohnbau der Stadt Braunschweig im Mittelalter. Untersuchungen zur Geschichte des deutschen Stadthauses auf Grund schriftlicher Quellen. Hamburg, Phil. Diss. 1933.
- 108 *Timme, Fritz:*  
Die wirtschafts- und verfassungsgeschichtlichen Anfänge der Stadt Braunschweig. Kiel, Phil. Diss. 1931.

- 109 Die Gründungsvorgänge des Hagens in Braunschweig im Vergleich zu denen der Dammvorstadt in Hildesheim im Lichte neuerer Forschung. In: Braunschw. Jahrbuch 3. F. Bd. 2 (1940/41).
- 110 *Varges, Willi:*  
Ein sozialer Aufstand am Schluß des Mittelalters. In: Zeitschr. f. Kulturgesch. 4 (1841).
- 111 Die Gerichtsverfassung der Stadt Braunschweig bis zum Jahre 1374. Eine verfassungsgeschichtliche Studie. Marburg, Phil. Diss. 1890.
- 112 Die Entwicklung der Autonomie der Stadt Braunschweig. In: Zeitschrift des Harzvereins 25 (1892).
- 113 Die Polizeigesetzgebung der Stadt Braunschweig im Mittelalter. In: Zeitschrift f. dt. Kulturgesch. 3. F. Bd. 3 (1893).
- 114 *Vechelde, Karl Friedrich von:*  
Die Fastnachts- oder Constable-Gelage der rathsherrlichen Geschlechter in der Altstadt von Braunschweig. In: Braunschw. Magazin 41 (1828).
- 115 Braunschweigische Geschichten. Th. 1 [mehr nicht ersch.]. Helmstedt 1835. [Andere Ausg. Braunschweig 1836.]
- 116 *Zimmermann, Paul:*  
Zur Genealogie der Braunschweigischen Stadtgeschlechter. In: Braunschw. Magazin 4 (1905).
- 117 Ludwig Hänselmann. In: Braunschw. Magazin 10 (1904).
- 118 *Zwing, Karl:*  
Klassenkämpfe im alten Braunschweig. Soziale Bilder aus Braunschweigs Vergangenheit. Braunschweig 1920.
- 119 Bericht, Ausfuerlicher warhaffter, die Fuerstliche Land- und Erbstadt Braunschweig . . . betreffend. [Genannt: Braunschweiger Händel] 1 — 3. [Mutmaßl. Verf.: Heinrich Meibom.] Helmstedt 1607 — 09.
- 120 Forschungen zur braunschweigischen Geschichte und Sprachkunde. Festgabe der Stadt Braunschweig . . . Hrsg. von Fritz Timme. Braunschweig 1954. (Quellen und Forschungen zur braunschw. Geschichte 15).

# BRAUNSCHWEIGER WERKSTÜCKE

Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt

Band 1—28

## Bd. 1

Fuhse, Franz: Vom Braunschweiger Tischlerhandwerk — Stobwasserarbeiten. Mit 37 Abb.  
Braunschweig: Appelhans 1925. 86 S., 2 Taf., vergriffen.

## Bd. 2

Gauß, Karl Friedrich: (Briefsammlung) Carl Friedrich Gauß und die Seinen. Festschrift  
zu seinem 150. Geburtstage. Hrsg. von Heinrich Mack. Mit 12 Taf.  
Braunschweig: Appelhans 1927. XI, 130 S., 10 Bl., 11 Taf., vergriffen

## Bd. 3

Schroeder, Hans: Verzeichnis der Sammlung alter Musikinstrumente im Städtischen  
Museum Braunschweig. Mit 43 Abb. — Instrumente, Instrumentenmacher und  
Instrumentisten in Braunschweig (Urkundliche Beiträge).  
Braunschweig: Appelhans 1928. 124 S., vergriffen.

## Bd. 4

Scherer, Christian: Braunschweiger Fayencen — Verzeichnis der Sammlung Braun-  
schweiger Fayencen im Städtischen Museum zu Braunschweig. Mit 48 Abb.  
Braunschweig: Appelhans 1929. 76 S., vergriffen.

## Bd. 5

Fuhse, Franz: Schmiede und verwandte Gewerke in der Stadt Braunschweig. Ein Beitrag  
zur Geschichte des Handwerks und zur Familienkunde. Mit 45 Abb.  
Braunschweig: Appelhans 1930. 157 S., vergriffen.

## Bd. 6

Mittelniederdeutsche Beispiele im Stadtarchiv zu Braunschweig, gesammelt von Ludwig  
Hänselmann. 2. veränderte und um Register vermehrte Auflage, besorgt von  
Heinrich Mack.  
Braunschweig: Appelhans 1932. XIV, 120 S., vergriffen.

Bd. 7

F u h s e , Franz: Handwerksaltertümer. Mit 255 Abb.  
Braunschweig: Appelhans 1935. 32, 284 S., vergriffen.

Bd. 8

M e i e r , Paul Jonas: Das Kunsthandwerk des Bildhauers in der Stadt Braunschweig seit der Reformation. Mit 180 Abb.  
Braunschweig: Appelhans 1936. 4 Bl., 120 S., 63 Taf., vergriffen.

Bd. 9

H e r b s t , Hermann: Tider Woltmann, ein Braunschweiger Buchbinder des 15. Jahrhunderts. Mit 12 Taf.  
Braunschweig: Appelhans 1938. 39 S., vergriffen.

Bd. 10

S t e i n a c k e r , Karl: Abklang der Aufklärung und Widerhall der Romantik in Braunschweig.  
Braunschweig: Appelhans 1939. 127 S., vergriffen.

Bd. 11

S p i e ß , Werner: Die Ratsherren der Hansestadt Braunschweig 1231—1671. Mit einer verfassungsgeschichtlichen Einleitung.  
Braunschweig: Appelhans 1940. 210 S., vergriffen.

Bd. 12

R e i d e m e i s t e r , Sophie: Genealogien Braunschweiger Patrizier- und Ratsgeschlechter aus der Zeit der Selbständigkeit der Stadt (vor 1671). Herausgegeben von Werner S p i e ß . Mit 4 farb. Wappentafeln.  
Braunschweig: Joh. Heinr. Meyer 1948. 194 S. Brosch. 8,— DM. Geb. 10,— DM.

Bd. 13

S p i e ß , Werner: von Vechelde. Die Geschichte einer Braunschweiger Patrizierfamilie. 1332—1864. Mit 1 farb. Wappentafel, 10 Bildnistafeln u. 1 Stammtafel.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1951. 206 S. Brosch. 12,60 DM. Geb. 16,— DM.

**Bd. 14**

**Spieß, Werner:** Das Stadtarchiv Braunschweig. Seine Geschichte und seine Bestände.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1951. 112 S. Brosch. 4,80 DM.

**Bd. 15**

**Jesse, Wilhelm:** Münz- und Geldgeschichte Niedersachsens.  
Braunschweig: Brandes in Komm. 1952. 130 S., 17 Tafeln, 1 Karte. Geb. 9,— DM.

**Bd. 16**

**Querfurth, Hans Jürgen:** Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671.  
Das Ende der Braunschweiger Stadtfreiheit. Mit 7 Tafeln.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1953. 304 S. Brosch. 14,75 DM. Geb.  
16,— DM.

**Bd. 17**

**Bergholz, Gerda:** Die Beckenwerkgilde zu Braunschweig. Unter Mitwirkung von  
Werner Spieß. Mit 1 Tafel.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1954. 76 S. Brosch. 3,75 DM.

**Bd. 18**

**Prescher, Rudolf:** Der rote Hahn über Braunschweig. Luftschutzmaßnahmen und Luft-  
kriegsereignisse in der Stadt Braunschweig 1927—1945. Mit 45 Abb.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1955. 170 S. Brosch. 4,80 DM.

**Bd. 19**

**Döhnell, Karl-Rudolf:** Das Anatomisch-Chirurgische Institut in Braunschweig. Mit 6 Abb.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1957. 72 S. Brosch. 4,— DM.

**Bd. 20**

**Meyen, Fritz:** Johann Joachim Eschenburg, 1743—1820. Professor am Collegium Caroli-  
num zu Braunschweig. Kurzer Abriß seines Lebens und Schaffens nebst Biblio-  
graphie. Mit 4 Abb.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1957. 132 S. Brosch. 6,— DM.

**Bd. 21**

**Jesse, Wilhelm:** Der zweite Brakteatenfund von Mödesse und die Kunst der Brakteaten  
zur Zeit Heinrichs des Löwen. Mit 20 Tafeln.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1957. 109 S. Brosch. 13,— DM.

Bd. 22

Spieß, Werner: Die Goldschmiede, Gerber und Schuster in Braunschweig. Meisterverzeichnisse und Gildefamilien.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1958. 60 S. Brosch. 4,— DM.

Bd. 23

Kurnatowski, Wolf-Dietrich von: St. Leonhard vor Braunschweig. Geschichte des Siechenhospitals, der Kirche und des Wirtschaftshofes. Mit 19 Abb.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1958. 132 S. Brosch. 9,— DM.

Bd. 24

Piper, Henning: Testament und Vergabung von Todes wegen im braunschweigischen Stadtrecht des 13. bis 17. Jahrhunderts. Mit 4 Tafeln.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1960. 112 S. Brosch. 5,— DM.

Bd. 25

Arends, Dietrich und Wolfgang Schneider: Braunschweiger Apothekenregister 1506—1673. Mit 2 Tafeln.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1960. 120 S. Brosch. 6,— DM.

Bd. 26

Meyen, Fritz: Bremer Beiträger am Collegium Carolinum in Braunschweig. K. Chr. Gärtner, J. A. Ebert, F. W. Zachariä, K. A. Schmid. Mit 4 Tafeln.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1962. 183 S. Brosch. 9,— DM.

Bd. 27

Jesse, Wilhelm: Die Münzen der Stadt Braunschweig von 1499 bis 1680. Auf Grund des Manuskripts von Heinrich Buck † bearbeitet. Mit 254 Abbildungen.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1962. 115 S. Brosch. 18,— DM.

Bd. 28

Reimann, Hans Leo: Unruhe und Aufruhr im mittelalterlichen Braunschweig.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1962. 146 S. Brosch. 7,50 DM.

